

AUFENTHALT IN PRAG

Stein und die Anfänge des 2. Ministeriums Hardenberg

224. Stein an Reden

Prag, 14. Juni 1810

Ehemals Preuß. Staatsarchiv Breslau: Ausfertigung (eigenhändig). Verm. Redens: „resp.“.
 Druck: Alte Ausgabe III S. 272.

Erste Eindrücke aus Prag. Hoffnung auf eine Zusammenkunft mit Reden. Graf Wallis.

Ich melde Ihnen, lieber Reden, meine Ankunft in dieser Stadt — wo ich eine Nachricht erfahre, die mich in Ansehung Ihrer beunruhigt, es soll eine Überschwemmung vielen Schaden in der Gegend von Schmiedeberg getan haben, ich fürchte für das schöne Buchwald, wenigstens werden Wege, Teiche gelitten haben und die tiefliegenden Wiesen — hierüber beruhigen Sie mich.

Noch bin ich zu sehr mit meiner Haus-Einrichtung beschäftigt, um mich weiter habe ausdehnen zu können, unterdessen habe ich auf jeden Fall durch die Ortsveränderung gewonnen, daß ich die hiesigen vorzüglichen Unterrichts-Anstalten für mich und meine Kinder benutzen kann. Der hiesige Oberburggraf G. v. Wallis¹, ein einsichtsvoller, kräftiger, rastloser Mann, der, wie es heißt, zum Finanz-Minister ernannt ist, hat mir den freien Gebrauch der Bibliothek gestattet und mir durch diesen Beweis einer sehr liberalen Handlungsweise einen großen Dienst geleistet.

Wir sind nunmehr, lieber Reden, nur 18 Meilen statt 42 von einander entfernt, lassen Sie uns diese geringere Entfernung benutzen, um uns wiederzusehen. — Kommen Sie her, Sie finden hier vieles, was Sie interessieren wird — und die Ortsveränderung selbst wird für Sie wohlthätig sein, da eine zu große Einförmigkeit der Lebensweise manche Nachteile hat.

Ist Ihnen meine Assignation auf 52 Taler zu Berichtigung der Rechnung der Gräfin Taff zugekommen?

¹ Jos. Graf v. Wallis (1767—1818), seit 1805 Oberstburggraf von Böhmen. Er wurde am 15. Juli zum Präsidenten der Hofkammer als Nachfolger O'Donells ernannt.

Befördern Sie, lieber Reden, die Einlage an Kunth — der noch immer über den gefährlichen Zustand der Gesundheit seiner Frau sehr betrübt ist, und dessen Gesundheit selbst durch diese lang dauernde peinliche Lage leiden muß.

225. Reden an Stein

Buchwald, 14. Juni [1810]

Stein-A.: Ausfertigung (eigenhändig).
 Druck: Alte Ausgabe III S. 273 f.

Das Ministerium Hardenberg. Sacks Schwierigkeiten mit den märkischen Ständen.

Da ich mit heutiger Post nach P[rager] Ad[resse] schreibe, welche Zeilen dies Blatt übereilen werden¹, so begnüge ich mich, den Empfang des Schreibens vom 3ten d[atiert] B[rünn]² zu melden, für die Adressen und Winke zu danken und die mir sehr empfohlene Anlage, auch eine Zeitung, woraus Sie, bester Freund, ersehen und bereits schon wissen — den Abgang von Altenstein, Nagler und Beyme, auch Scharnhorst (sehr heterogener Komposition)³.

Ich habe durchaus keinen Schlüssel zu dieser Veränderung, ich kenne kein dessous des Cartes — als die allgemeine Überzeugung, daß es so nicht länger gehen könnte. Der Wiedereintritt von H[ardenber]g ins Conseil hat den ...⁴ Beifall und Sanktion erhalten que depuis longtemps, Sa Majesté l'Empereur avait rectifié les idées qu'il avait eu sur Mr. de H[arden]b[er]g, qu'il n'avait absolument rien contre ce choix — — —⁵ qu'il verrait même avec plaisir

¹ Nicht erhalten.

² Siehe oben Nr. 222.

³ Der äußere Anlaß zum Sturz Altensteins ergab sich aus den finanziellen Schwierigkeiten des preußischen Staates, denen Altenstein als Finanzminister nicht gewachsen war, besonders seitdem Napoleon energisch auf Bezahlung der rückständigen Kontributionsraten drang. Als Altenstein, wie übrigens auch Scharnhorst, schließlich dazu riet, Napoleons Anregung aufzunehmen und Teile Schlesiens zur Ablösung der Kontribution abzutreten, verlor er das Vertrauen des Königs, das ohnehin nie sehr groß gewesen war, vollständig, und Friedrich Wilhelm III. verhandelte mit Hardenberg über dessen Rückkehr in den Staatsdienst. Hardenberg, der in Wittgenstein einen eifrigen Parteigänger hatte, erklärte sich bereit, als Erster Minister die Leitung der Geschäfte wieder zu übernehmen unter der Bedingung, daß außer Altenstein auch Beyme entlassen würde. Nachdem die Zustimmung Napoleons zur Rückkehr Hardenbergs erwirkt war, erhielten am 4. Juni Beyme und Altenstein den Abschied aus ihren Ministerämtern und Hardenberg wurde mit außerordentlichen Vollmachten zum Staatskanzler ernannt. Vgl. Mammoth, Geschichte der preuß. Staatsbesteuerung S. 133 ff.; H. Hauptherr: Erfüllung und Befreiung; ders.: Die Stunde Hardenbergs (1942).

Scharnhorst, dessen Entfernung Napoleon schon im Frühjahr gewünscht hatte, wurde seiner Stellung als Kriegsminister enthoben, behielt aber als Chef des Generalstabs auch fernerhin einen maßgebenden Einfluß auf die Geschäfte.

Dohna blieb noch bis zum November als Innenminister.

⁴ Unleserliches Wort.

⁵ So im Original.

qu'il eut aussi la gestion des affaires étrangères, darauf die Ernennung als Staatskanzler — und der Vortrag beim König. — Unfreundlich soll die Note von St. Marsan sein wegen des bewußten Gewehr-Prozesses gegen Hatzfeldt, dessen Niederschlagung sofort an das Kammergericht verfügt worden⁶. N[apoleon] soll gesagt haben, qu'il voyait avec peine que dans cette affaire le Roi encore s'était laissé aller aux conseils des ennemis de la Fr[ance].

Mit den Ständen hat Sack viel Händel⁷ und mit v. Pretrocky [?] eine Alteration à la Bourdet gehabt, — der König soll ungnädig sein, daß er gar nicht begriffe, was das wäre, daß man ihn in Verdrießlichkeiten mit seinen Ständen verwickle!!!

Die Stände sind ungehalten, daß man in dem Edikt über die Vermögens-Steuer gesagt hat, dieselben wären bei der Konfektion zugezogen.

Sack hat solche nach Potsdam convociert, vor ungefähr 8 bis 14 Tagen, so sind solche nicht erschienen. —

Dies scheint ein Grund mehr zu sein, warum man Sack in die Sektion gezogen Domaines, eaux et forêts. — Was aus alle diesem remue-ménage werden wird, weiß Gott allein, ich zweifele, daß es gehen wird, auch nicht in dem gegenwärtigen Zuschnitt mit dem Zwischengeschirr. Der Prem.-M[in]ist[er] H[ardenber]g ist nicht jung, nicht energisch genug, und außerdem kommt es hier nicht bloß auf das Subjektive an, sondern mehr auf richtige Organisation des Ganzen.

226. Stein an Merckel

Prag, 14. Juni 1810

Österr. Staatsarchiv, Allg. Verwaltungsarchiv Wien, Polizeihofstelle, Interzept: Abschrift.
 Druck: Alte Ausgabe III S. 274.

Vorteile des Prager Aufenthalts.

Das von Herrn Moriz Übermachte habe ich erhalten und danke Ew. Hochw. auf das verbindlichste für die gütige Besorgung dieser Angelegenheit. Der hiesige Aufenthalt verspricht mir mehrere Annehmlichkeiten als mein bisheriger, indem man die gelehrten Anstalten und den Umgang der Gelehrten benutzen kann, auch die Verbindung mit dem Ausland größer ist und mannigfaltiger wegen der Reisenden, des bedeutenden Handelsverkehrs, der Begrenzung mit Deutschland, da Mähren davon fast ganz abgeschnitten ist und nur mit Wien verkehrt. Überhaupt muß der Charakter der Böhmen kräftiger und ihr Geist lebhafter sein, da die Geschichte derselben reich ist an Äußerungen, die dieses beweisen.

⁶ Hatzfeldt war beschuldigt, im Oktober 1806 als Gouverneur von Berlin die rechtzeitige Fortschaffung von 40000 Gewehren jahrlässig versäumt zu haben, so daß diese den Franzosen beim Einmarsch in die Hände fielen. Sein Prozeß mußte auf Verlangen Napoleons niedergeschlagen werden. Vgl. Bassewitz II S. 145 ff.

⁷ Es handelt sich hier um den Konflikt über die Einführung der Einkommensteuer in der Kurmark, vgl. unten Nr. 247.

227. Reden [?] an Stein

B., 19. Juni 1810

Österr. Staatsarchiv, Allgemeines Verwaltungsarchiv Wien, Polizeihofstelle, Interzept: Abschrift. Billet ohne Adresse eines Unbekannten nach Berlin (= Schreiben Steins an Merckel, Prag 14. Juni 1810, siehe dort). Beilage unter Adresse des Freiherrn vom Stein nach Prag aus Berlin [?] dd. 19. Juni 1810 (= folgendes Schreiben).

Hoffnung auf Veränderung des Regierungssystems in Preußen.

Vox populi!

Nur mit wenigen Worten, bester B[aron,] zeige ich Ihnen den Empfang Ihres Briefes vom 10. an, da ich sehr beschäftigt bin und morgen zur Übergabe von Frauenhagen verreise.

Sehr dankbar bin ich Ihnen für die Nachrichten über die sich ferner entwickelnde Organisation unserer höchsten Staatsbehörden. Gebe Gott, daß sich Schöns Anstellung bestätigt; ist dies der Fall, so steht der Sinn der ganzen Veränderung und ihrer Tendenz herrlich und klar vor Augen und berechtigt zu den schönsten Aussichten; wer solche Menschen wählt, der ist geschützt für die Wahl von Voß und Konsorten — denken Sie nur, Sack, Niebuhr, Schön etc. erhalten erneuerte weite Wirkungskreise; Beyme, Nagler etc. verschwinden. Trügen nicht alle diese und einige andere mir noch mitgeteilte Merkmale, so leuchtet uns eine gute Zukunft und der Geist der Liberalität des Fortschreitens zur Nationalbildung, Kraft und Einheit wird nicht zerstört werden. Der gepflanzte Baum wird gedeihen, selbst in der Abwesenheit des edlen Pflanzers. Und wer weiß, ob auch selbst diesen und nicht noch dereinst veränderte Konjunkturen wieder schaden können, da schon so viel geschehen ist. Grüßen Sie Kunth herzlich von mir, wie sehr teile ich seine Freude über Schöns Anstellung und alles andere! Sagen Sie ihm das ja!

Leben Sie wohl, bester Freund, und was Ihre Wiederanstellung betrifft, so scheint es mir passender, die ersten Augenblicke vorbeigehen zu lassen, wo jeder so sehr mit seinem neuen Wirkungskreis beschäftigt ist — warum sollten sich nachher nicht Aussichten für Sie eröffnen? Für itzt freuen wir uns des vielversprechenden Anfangs, und vereinigen wir unsere Wünsche, daß kein Schatten ins Gemälde komme.

228. Kunth an Stein

Berlin, 19. Juni 1810

Österr. Staatsarchiv, Allg. Verwaltungsarchiv Wien, Polizeihofstelle, Interzept: Abschrift.
 Druck: Alte Ausgabe III S. 274 f.

Rückkehr Hardenbergs. Schön. W. v. Humboldt. Kunths Plan einer Reise nach Prag. Karstens Tod. Gerhard Chef des Bergwesens.

Ich habe Ew. Exz. gültiges Schreiben vom 3. erhalten. Inzwischen werden die ersten Kisten mit den Tisch- und Büchergeräten hoffentlich wohlbehalten angekommen sein. Es hat mir leid getan, daß Ew. Exz. nur noch durch so schwache Fäden mit uns Armen hier verbunden zu sein scheinen und auch diese je früher je lieber lösen wollen. Mein Gefühl sagt mir für das Ihrige, daß dem nicht ganz so sei, und es gibt ehrenwerte Stimmungen im Publico, die

sich über die Möglichkeit und Wahrscheinlichkeit einer neuen und dauerhaften Verbindung äußern. Ich möchte fragen, was in unserer Zeit noch unwahrscheinlich heißen kann? Wichtig für unser Inneres sind die neuen Veränderungen. Mehreres ist zu erwarten, besonders wenn der entfernte Freund hier eintrifft¹. Kommen wird er doch wenigstens; dazu ist er von allen Seiten dringendst aufgefordert. Das Bleiben ist die zweite Frage. Der Kluge ist Staats-Minister geworden², tritt in seine vorige Karriere zurück und freut sich, Ew. Exz. in einigen Wochen auf der Durchreise zu seiner neuen Bestimmung zu besuchen³ (dies für jetzt noch als Geheimnis). Er selbst wünschte, daß sein Bruder an seine Stelle käme. Es wird daran gearbeitet; der Kanzler treibt es ernstlich. Wie es scheint, ist dem Freunde gegenüber Bernhards Spinnerei⁴ auch eine sichere Bestimmung zgedacht. Über dieses und vieles andere, so Gott will, mündlich. Doch kann ich nichts versprechen. Meine Frau ist nichts weniger als noch reisefähig. Die Witterung muß fest werden und ich muß den Litauer abwarten, wenn er nicht zu lange ausbleibt. Deshalb werde ich auch das Gewisse vorziehen und eine gute Gelegenheit benützen, die Paketchen dem Freunde zuzuschicken, der seine Krücken weggeworfen hat und wieder reitet. Karsten's Tod hat eine so allgemeine und tiefe Sensation gemacht, als er verdient⁵. Er gehört, wie der ganze Mensch in ihm war, zu den Unersetzlichen. Chef der General-Bergbau-Direktion wird Gerhard der Rothenburger⁶. Meinen Rechnungsbestand bringt . . . ⁷ mit. Ich werde berechnen, ob besser bar oder in Papieren. Dukaten sind hier auch teuer. Komm' ich nicht selbst, so übermache ich ihn. Kleine Aufträge werden sich ja auch noch künftig wohl für mich finden. Ich bitte Ew. Exz. mich ferner und unveränderlich zu denen zu zählen, die in Ihrem Andenken zu bleiben wünschen⁸.

¹ Schön sollte als Chef der allgemeinen Polizei, der Gewerbepolizei und des Medizinalwesens in Hardenbergs Ministerium eintreten, er lehnte schließlich ab, da er Hardenbergs Finanzpolitik nicht mitmachen wollte. Vgl. *Papiere Schöns I, Anlagen S. 119 ff.*

² *Wilh. v. Humboldt war mit dem Range eines Staatsministers zum Gesandten in Wien ernannt worden. Er hatte um seinen Abschied gebeten als er erkannte, daß auch unter den veränderten Verhältnissen die Einführung des Staatsrats, wie er ihn erstrebte, unterbleiben würde. Vgl. über seinen Kampf um die Durchführung der Pläne Steins, seine Motive und die Abwandlung der Steinschen Ideen: S. Kachler, Wilh. v. Humboldt und der Staat S. 239 ff.*

³ Vgl. unten Nr. 275.

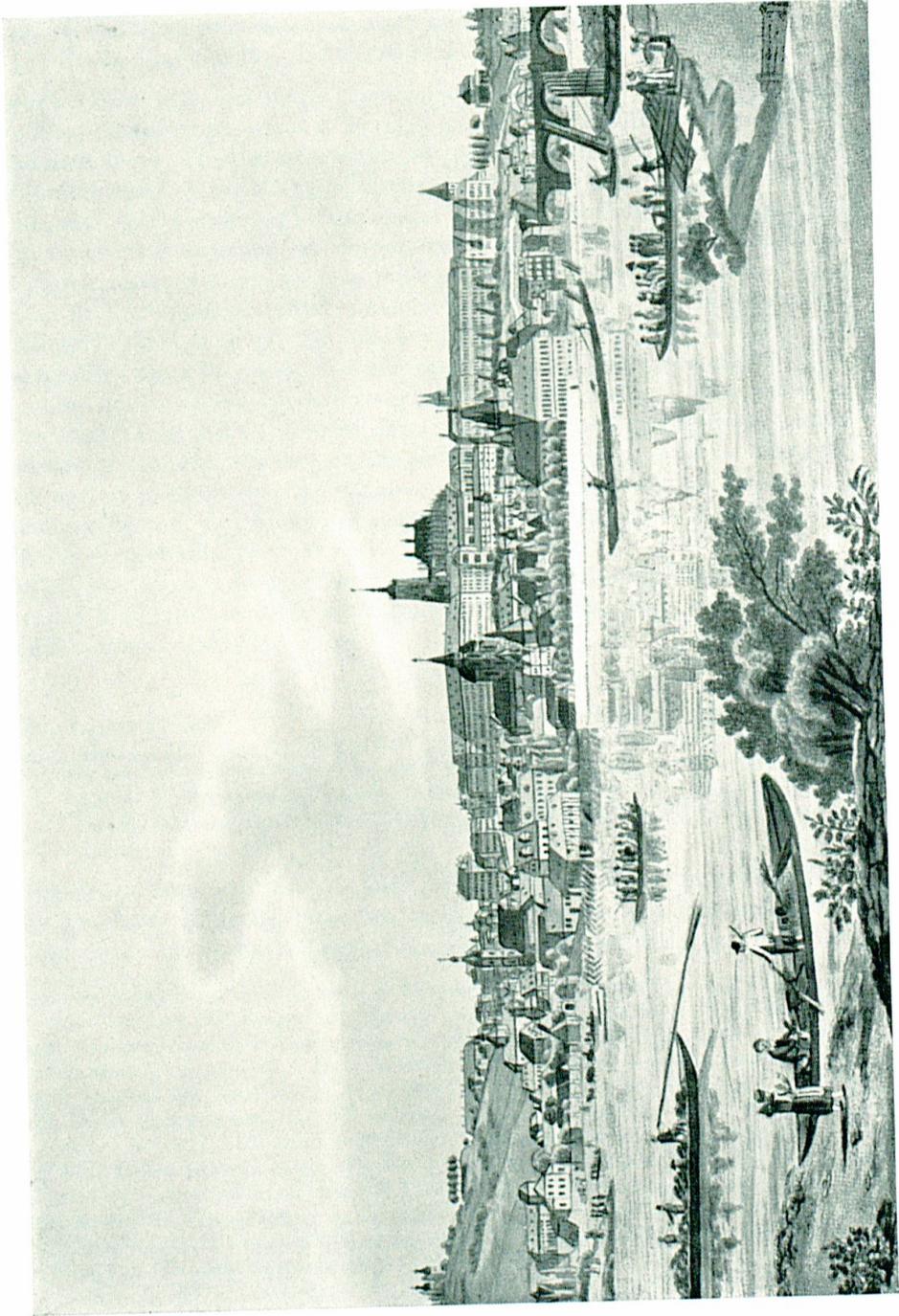
⁴ Vgl. oben Nr. 78 Anm. 2.

⁵ Vgl. oben Nr. 144 Anm. 2 und Nr. 222.

⁶ *Joh. Karl Ludwig Gerhard (geb. 1768). Vgl. Bd. I Nr. 88 Anm. 2 und ebd. Nr. 245 Anm. 8. Gerhard war 1806 Chef des Rothenburger Oberbergamts geworden und nach der Abtretung der preußischen Provinzen links der Elbe in westfälische Dienste getreten. Er wurde auf Vorschlag Dohnas im Oktober 1810 als Berghauptmann mit dem Range eines Geh. Staatsrats zum Chef des gesamten Bergwesens ernannt. Vgl. Bassewitz IV, S. 140. — Wulke S. 450 ff.*

⁷ Lücke im Text.

⁸ *Kunth besuchte Stein in Prag am 1. Juli 1810. Er überbrachte ihm den Brief Arnims vom 22. Juni, den Brief Sacks vom 29. Juni und vielleicht auch den Niebuhrs vom 29. Juni. Nach Fournier S. 130 Anm. 2 soll Kunth bei dieser Gelegenheit auch Hardenbergs Finanz-*



Blick auf die Prager Burg 1793

229. Stein an Marianne vom Stein und Gräfin Werthern [Prag,] 23. Juni 1810

Stein-A.: (eigenhändig).

Druck: Alte Ausgabe III S. 276; Teildruck: Pertz, Stein II S. 412 (deutsch).

Übersiedlung nach Prag, Gräfin Lanskoronska.

Je saisis l'occasion, mes chères soeurs, pour vous écrire et vous dire que nous sommes maintenant établis à Prague, ce qui nous procure l'avantage des établissements d'instruction publique pour l'éducation des enfants, le rapprochement de l'Allemagne, la possibilité d'apprendre des nouvelles de vous, mes chères amies, et les ressources de la société d'une plus grande ville. Nous y avons donc gagné, en comparaison faite avec notre séjour précédent, et j'espère qu'on pourra être tranquille pendant un temps quelconque.

Mme. de Lanskoronska vous remettra cette lettre. C'est une femme aussi distinguée par tout ce qui compose une femme aimable et spirituelle que par les qualités rares du coeur, elle m'a prouvé constamment son amitié de la manière qui lui donne des droits sur votre reconnaissance la plus vive et la plus inaltérable. Elle a montré dans toutes les crises par lesquelles nous sommes passés une noblesse et une pureté de caractère au-dessus de toute louange, et je compterai sa connaissance entre un des événements les plus heureux de ma vie. Elle vous parlera de nous, sur nous, avec tous les détails et avec tout l'intérêt de l'amitié.

Adieu, mes bonnes soeurs, Prague n'est pas bien éloignée de vous, que ne dépend-il de moi de venir vous trouver. Ma femme vous embrasse, mes enfants vous baisent les mains.

230. Sack an Stein

B[erlin], 29. Juni 1810

Stein-A.: Ausfertigung (eigenhändig).

Druck: Alte Ausgabe III S. 276 ff.; Steffens, Briefwechsel Sacks Nr. 16; Auszug bei Pertz, Stein II S. 477—487.

Kritik des Ministeriums Dohna-Altenstein. Berufung Hardenbergs. Geschäftsverteilung. Der neue Finanzplan Hardenbergs. Berufung der Notabeln. Einführung des Staatsrats.

Unmöglich kann ich eine so gute Gelegenheit, als sich durch die Reise des Freundes K[unth] darbietet, unbenutzt lassen, um ihm nicht einen Brief an Ew. Exz. mitzugeben, so wenig auch dieser heute so ausführlich

plan vom 28. Mai überbracht haben, eine Behauptung, die ebensowenig zu belegen ist wie die Angabe Fourniers, daß Stein diesen Plan am 10. Juli begutachtet habe. Ritter, Stein S. 379 Anm. 10 bemerkt mit Recht, daß es dann sehr auffällig bleibt, daß Stein in seinem Schreiben an Hardenberg vom 7. Juli 1810 (s. unten Nr. 233) die ganze Angelegenheit mit keinem Worte erwähnt. Die Angaben von Pertz, Stein II (S. 489 ff.), auf die Fournier sich u. a. stützt, sind ganz unzuverlässig und enthalten die größten Verwechslungen, auf die schon Lehmann (Stein III S. 74 Anm. 2) hingewiesen hat. Die Ausführungen Steins (Pertz II S. 492 ff.) beziehen sich vor allem nicht auf den Finanzplan vom 28. Mai, sondern auf die späteren Pläne Hardenbergs (s. unten Nr. 266). Steffens (Briefwechsel Sacks mit Stein und Gneisenau S. 38) gibt als Datum der Übersendung des Finanzplans vom 28. Mai, auf Grund von Korrespondenzen zwischen Sack und Hardenberg, den 27. Juli an. — Zur ganzen Frage: H. Haußherr: Die Stunde Hardenbergs (1942), S. 354.

sein kann, als ich es wünschte, da der Zusammenfluß der Geschäfte mir die Zeit dazu beschränkt hat.

Natürlich werden Sie sehr erwartend sein auf die nähern Ursachen und den Gang unserer Ministerial-Veränderung, und den Erfolg des neuen Ministerii. Die Notwendigkeit jener habe ich Ihnen schon in meinem letzten Briefe näher gezeigt¹; der Erfolg hat sie noch mehr bestätigt. Es war der Mangel an Zusammenhang unter den verschiedenen Ministern und wiederum unter den verschiedenen Teilen des Finanz-Ministerii zu einer unglaublichen Höhe gestiegen. Was Sie mir im vorigen Jahre darüber schrieben², ist buchstäblich eingetroffen; die Minister hatten keine Haltung und Kraft und der Finanz-Minister mit seinem Schwager im Bunde³ und von ihm verderbt, wirtschaftete ohne Plan, wie ein Student von einem Tag in den andern, glaubte sich nur überall durch Geben und Bewilligen, besonders an Menschen von Einfluß, Freunde machen zu müssen, um sich zu halten, und trieb, ohne die Geschäfte in ihrem Umfange zu kennen, sie ohne Ordnung fort, hatte z. E. keine bestimmten Vortragstage, keine Konferenzen mit den Räten, wählte sich jämmerliche Menschen, durch Konnexionen empfohlen, und befand sich behaglich, daß er unter diesen hervorstach und stets durch Ich will; Ich werde — sprechen konnte, recht breit und selbstgefällig. Der Minister des Innern, mit den besten Absichten, war viel zu nachgebend und belagert mit den Details, deren er nicht genug haben konnte, zu schwach, um das Gute durchzuführen und besonders an den Organisations-Grundsätzen festzuhalten, wovon alle Augenblicke abgewichen wurde. Wenn er dann so alle Tage mit dem Finanz-Ministerium zusammenfuhr, so war das Resultat nie, daß die Sache durchgefochten wurde — und wie sollte sie das, da kein Staats-Rat bestand und von oben her keine Entscheidung zu erwarten war, sondern daß sie liegen blieb; welches dann nach und nach mit den wichtigsten, fast zahllosen Sachen der Fall sein mußte. — Der Großkanzler nahm sich in gewohnter Art: anmaßend — protegierend alles, was schlecht und kriechend war und seiner Frau den Hof machte — absprechend und mit Leib und Seele an dem Alten hängend. So reformierte er nichts in seiner Partie, wechselte nicht einmal die schlechten Räte und Justiz-Offizianten mit guten um; hielt sich an den Finanz-Minister und seinen Schwager, gewiß in dem Vorsatz, durch diese den Minister des Innern aus dem Sattel zu heben, dessen Ministerium nach alter Art in 3 Provinzial-Minister, die er ex antiquis schon in petto hatte: Voß⁴, Gerlach⁵, von Borgstede⁶ zu teilen, sich

¹ Vom 7. April 1810, siehe oben Nr. 208.

² Am 31. Oktober 1809, siehe oben Nr. 161. ³ Nagler.

⁴ Voß war Chef der Friedensvollziehungskommission geblieben bis zur Aufhebung der Kommission im Dezember 1808 (vgl. oben Nr. 5 Anm. 1). Gleichzeitig hatte er das Amt eines ersten Direktors der kurmärkischen Landschaft bekleidet, aus dem er aber im Februar 1809 ebenfalls entlassen worden war.

⁵ S. oben Nr. 8 Anm. 6.

⁶ S. oben Nr. 96 Anm. 6.

zum Premier-Minister zu machen und alles zu regieren. Gegen das mußte man zu Felde ziehen und das konnte nur durch Obenstellung H[ar]d[en]-b[er]gs geschehen. Der miserable Finanzplan — oder vielmehr, daß er keinen hatte, sondern diesen und alle Zahlen für tote Massen erklärte, die zu nichts dienten, indem alles aus dem Leben in das Leben gehen mußte, gab die Veranlassung zur Veränderung. H. v. H[ar]d[en]b[er]g hatte die seltene, nicht überall erwartete Festigkeit, auf die Entfernung A[Ittensteins], N[aglers] und B[eymes] zu bestehen und der König, der sie durchaus konservieren und nur unter ihn stellen wollte, gab nach. Die 3 Herren erhielten jeder 3000 Rthl. Pension und können sie im Auslande verzehren; H. v. A[Ittenstein] außerdem noch 6000 Rthl. zur Entschädigung wegen seiner hiesigen Einrichtungen, und da er nicht viel hat. Nun ist aber H. B[eyme] eingekommen und hat ebenfalls darum gebeten, und der König hat sie bewilligt. Was sagen Sie zu einer solchen Präntion von einem Manne, der so viel hat und vom Staate bekommen hat? — Ich hatte wohl recht, wenn ich stets gegen B[eyme] riet; aber ich habe noch viel zu wenig von ihm sonst gesagt. —

H. v. H[ar]d[en]b[er]g ist kräftig und tätig, und der Himmel gebe, daß er dieses so fort bleibe. Er hat sich nicht überall gut umgeben; aber man muß nun tun, was möglich ist, ihn zu unterstützen. Er hätte lieber statt das Finanz-Ministerium zu teilen⁷, es behalten, zusammenlassen und unter einen Direktor unter seinem Präsidio stellen sollen. Dazu würde ich wohl gut gewesen sein; obgleich für mich es nicht zu wünschen war. Ich hatte auch meine jetzige Stellung mir verboten, sowie alle Teilnahme, aber sie ist mir auf eine schmeichelhafte Art und ohne daß mir jemand etwas vorwerfen kann, zuteil geworden. H. v. Heydebreck⁸ war erst von H. v. Quast⁹ gegen mich aufgereizt, ist nun ganz mit mir einig; aber letzterer kann es nicht verschmerzen, daß ich ihm vorgesetzt bin.

Zur Prüfung des neuen Finanzplans, der im wesentlichen in Schaffung von fundierbaren Vermögen [?] durch einen Teil der direkten Kontribution,

⁷ Die Geschäfte des Finanzministeriums waren neu aufgeteilt worden in die der Verwaltung der Domänen, Forsten und öffentlichen Abgaben, welche Sack übertragen wurde, und in die der Verwaltung der Staatsüberschüsse, Staatsschulden und der staatlichen Geldinstitute, welche einer Immediat-Finanzkommission, bestehend aus Niebuhr, Staegemann, Labaye und Oelfen anvertraut war. S. Bassewitz IV S. 138 (7. Juni 1810). Ein Minister für das gesamte Finanzministerium wurde nicht ernannt.

⁸ Vgl. oben Nr. 159 Anm. 9. Heydebreck blieb zunächst in seinem Wirkungskreis (Steuerverwaltung), unterstand also Sack bis zu der großen Verwaltungs-Reorganisation Hardenbergs im Oktober 1810, die Sack an die Spitze des Departements der allgemeinen Polizei im Ministerium des Innern stellte und Heydebreck die Leitung der Abteilung für alle Staatseinkünfte im Finanzministerium übertrug.

⁹ Quast hatte im Ministerium Altenstein die Verwaltung der Domänen und Forsten geleitet (vgl. oben Nr. 4), die jetzt Sack übertragen wurde. Als ihm im Oktober das Präsidium der neumärkischen Regierung angetragen wurde, nahm er seinen Abschied.

Ausdehnung der Akzise auf das platte Land, Fundierung der Tresorscheine und aller Staatsschulden und Einrichtung einer National-Bank besteht¹⁰, ist eine Kommission aus von Heydebreck, Ladenberg¹¹, v. Raumer¹², Beuth¹³, v. Beguelin¹⁴ etc. niedergesetzt. Ihre Ausarbeitung soll herbeizurufenden Notablen¹⁵, die das volle Vertrauen der Regierung und des Volkes haben, vorgelegt und sie bei der Ausführung zugezogen werden. Jetzt gleich wird der Staats-Rat eingeführt, der vorige, von Ihnen entworfene Organisationsplan fest zur Basis behalten¹⁶ und vollendet, die Repräsentation demnach verbessert.

Allerdings ist dabei noch viel zu tun, besonders da so wenig geschehen ist. H. v. Dohna, der das Gute liebt, aber zu schwach ist, um es durchzusetzen, wird von H. v. Schön verstärkt werden¹⁷, und an H. v. Humboldts Stelle haben wir Hoffnung, seinen Bruder Alexander zu bekommen¹⁸.

Das ist so das Allgemeine, was vorliegt und wozu der Himmel sein Gedeihen gebe! Noch läßt sich ein Mehreres nicht davon sagen, und H.

¹⁰ Eine Analyse des Finanzplans vom 28. Mai 1810 bei Mamroth, *Geschichte der preußischen Staatsbesteuerung* S. 150 ff., über Heydebrecks Teilnahme an diesen Beratungen s. ebd. S. 177. Heydebrecks Angabe, er sei zu den Konferenzen des Jahres 1810 nicht zugezogen worden, widerspricht also auch der vorliegende Brief Sacks.

¹¹ S. oben Nr. 166 Anm. 4.

¹² Fr. v. Raumer, der schon im Oktober des folgenden Jahres ganz zur Geschichtsschreibung überging, war im Mai durch Altenstein ins Finanzministerium berufen worden und wurde von Hardenberg auf Grund seiner literarischen Arbeiten über das britische Besteuerungswesen und über Lombards „Denkwürdigkeiten“ zur Mitarbeit in der am 25. Juni gebildeten Steuerkommission und zur Begutachtung des Finanzplans herangezogen. S. Mamroth S. 168 ff. u. S. 184 ff.

¹³ Auch Beuth war Mitglied der Steuerkommission Hardenbergs, er war bis dahin Regierungsrat bei der Regierung in Potsdam gewesen.

¹⁴ Vermutlich „Beguelin I“, der durch mehrere Schriften über die Geschichte der preuß. Steuern hervorgetreten ist, 1807 entlassen, 1809 als Geh. Staatsrat wieder angestellt wurde, S. Mamroth S. 172.

¹⁵ Sie wurden im Dezember 1810 berufen.

¹⁶ Über die Einführung des Staatsrats durch die Verordnung vom 27. Oktober 1810 („Über die veränderte Verfassung der obersten Staatsbehörden . . .“) vgl. Meier, *Reform der Verwaltungsorganisation unter Stein und Hardenberg* S. 167 ff. Der wichtigste Unterschied gegenüber der Verordnung vom 24. November 1808, die zwar vollzogen, aber nicht in Kraft gesetzt wurde, ist die Einführung des Staatskanzleramts, welches Hardenberg die Macht eines Premier-Ministers gab.

Die Einführung des Staatsrats wurde auch fernerhin ausgesetzt, von der Verordnung vom 27. Oktober 1810 sind nur die Bestimmungen über die Errichtung des Staatskanzleramts ausgeführt worden.

¹⁷ S. oben Nr. 228 Anm. 1.

¹⁸ Humboldts Nachfolger wurde Kasp. Friedr. v. Schuckmann (1755—1834), der außerdem noch die Leitung der Abteilung für Handel und Gewerbe übernahm. Er war bis 1806 Kammerpräsident in Ansbach gewesen und wurde 1814 preußischer Innenminister. Vgl. Bassewitz IV S. 142 und Lenz, *Geschichte der Universität Berlin I* S. 305 ff.

29. JUNI 1810

K[unth] wird Ihnen die Fragen des Details beantworten. Wie gerne täte ich dieses selbst und wie gerne täte ich dieses, indem ich Sie besuchte, wie mir Gr. Reden freundschaftlich anbietet, aber für dieses Jahr sehe ich keine Möglichkeit. —

Über Ihren Domänen-Akquis[itions-] Plan¹⁹ wird Freund K[unth] mit Ihnen sprechen und mir das Resultat bringen. Durch Oberst G[neisen]au, der jetzt hier ist und bald zu Ihnen geht²⁰, denk' ich wieder zu schreiben.

231. Niebuhr an Stein

Berlin, 29. Juni 1810

Stein-A.: Ausfertigung (eigenhändig).

Druck: Alte Ausgabe III S. 280 f.; Gerhard-Novin, B. G. Niebuhr, Briefe, II (Berlin 1929) Nr. 337.

Teildruck: Pertz, Stein II S. 488 f.

Das Ministerium Hardenberg. Angebliche Aufhebung des Sequesters der Steinschen Güter.

Eine Gelegenheit, die sich darbietet, einen Brief unmittelbar in die Hände Ew. Exz. zu befördern, kann ich nicht unbenutzt lassen, wenn ich gleich nur wenig und höchst unbedeutende Zeilen schreiben kann. Wie oft habe ich eine solche Gelegenheit gewünscht, seit Sie uns entrissen sind! Aber es ist ein sehr gewöhnliches Schicksal, daß man ein zu lange versagtes Gut, wenn ein später und flüchtiger Augenblick es einmal darbietet, nicht genießen kann.

Ob Ew. Exz. während dieser langen und düstern Zeit durch die, welche ich gebeten habe, Sie meiner innigen und treuen Liebe und Anhänglichkeit zu versichern, an mich erinnert worden sind: ob Sie nicht vielleicht sogar an mir, wegen meines Stillschweigens, irre geworden sein mögen: das weiß ich nicht. Ich bin darüber vielleicht eben deswegen zu unbesorgt gewesen, weil ich mir bewußt war und bin, daß niemand Ew. Exz. treuer und herzlicher ergeben sein könne als ich: weil Ihr Andenken mir nie fremd geworden ist.

Über die Lage eines unglücklichen Staats, der Ew. Exz. nicht gleichgültig sein kann, läßt sich in wenigen Worten schon darum nichts sagen, weil alles klein und jämmerlich ist. Ein Ministerialwechsel, welcher das Reich dünkeltvoller Egoisten beendet hat, gründet dasjenige einer noch schlech-

¹⁹ Stein wollte, um von den Zufällen der Finanzlage des Staates unabhängig zu sein, sich seine Pension kapitalisieren lassen und den Betrag zum Ankauf einer preußischen Domäne verwenden. Vgl. Steins Schreiben an Hardenberg vom 10. April und 7. Juni 1811, Hardenbergs Antwort vom 11. Juli 1811.

²⁰ Gneisenau war am 26. Juni aus Rußland kommend (s. oben Nr. 182 Anm. 2) in Berlin eingetroffen (s. Pertz, Gneisenau I S. 614 ff.) und reiste nach einigen Besprechungen mit Scharnhorst Anfang Juli nach Schlesien. Eine Zusammenkunft mit Stein hat er nicht gehabt.

teren Rasse. Was sagen Ew. Exz. zu Scharnweber¹, Beuth² und Oelßen³ als den Begeisterern des durchaus unfähig gewordenen, durch die Kabrunsche Schrift⁴ zu einer finanziellen Tollheit instigierten Herrn von Hardenberg? zu dem Fürsten Wittgenstein als seinem anerkannten Patron, unter dessen Schutz und durch dessen Schliche er in das gelobte Land des Ministeriums zurückgekehrt ist⁵? Stumm muß man werden bei der Frechheit, womit die flachste Unwissenheit Orakel verkündet: bei der Selbstzufriedenheit, womit dieser schwache Tor sich unter den Klippen Glück wünscht, worauf seine ungeschickte Hand das morsche Schiff in wenigen Tagen unfehlbar wirft. Es scheint mir die letzte Phasis unsrer Verwirrung vor dem völligen Untergang zu sein.

Die Niedrigen, welche Ew. Exz. anfeindeten, sind durch die nämlichen Menschen und durch die nämlichen Schliche, welche man gegen Sie anwandte, gefallen.

Ich hoffe von dem Überbringer bei seiner Rückkehr zu hören, daß Sie wohl sind: möchte er auch das Gerücht bestätigen, welches selbst die Zeitungen verkündigt haben, daß Ihnen Ihr Eigentum und die Freiheit, Ihre schöne Heimat wiederzusehen, zurückgegeben sei⁶. Möchte er mir auch die Gewißheit geben, daß Sie, edelster, verehrtester Mann, mir ein Wohlwollen erhalten haben, welches von dem ersten Augenblick, da ich

¹ Hardenberg hatte Scharnweber, Beuth und Oelßen zur Beratung über den Altensteinschen Finanzplan vom April 1810 zugezogen. Niebuhr lehnte jede Teilnahme an diesen Beratungen ab (s. Mamroth S. 153) und forderte am 23. Mai seinen Abschied. Am 23. Juni erstattete er noch ein ausführliches, durchaus ablehnendes Gutachten über den Finanzplan Hardenbergs vom 28. Mai 1810 und zog sich dann von aller Teilnahme an den Geschäften zurück, von denen er im Juni unter gleichzeitiger Ernennung zum Hofbiographen entbunden wurde. Vgl. Mamroth a.a.O. S. 146 ff., Nasse, Die preußische Finanzministerkrise im Jahre 1810 und Hardenbergs Finanzplan (HZ. 1871, Bd. 26, S. 304 ff.), Barthold Georg Niebuhr, Lebensnachrichten (1838 f.) und Bassewitz IV S. 138 Anm. I. — Scharnweber war Mitglied der Kommission, welche die Verordnung vom 27. Oktober 1810 vorzubereiten hatte (Bassewitz IV S. 140), er war früher im fränkischen Departement angestellt gewesen und zählte zu den Geistesverwandten Hardenbergs. Später hat Scharnweber im Büro des Staatskanzlers wesentlichen Anteil an dem Fortgang der Agrargesetzgebung gehabt, deshalb hat ihn auch wohl die Abneigung Steins getroffen, der sich in der Autobiographie sehr ungünstig über ihn äußerte. Wesentlich besser beurteilt ihn die moderne Forschung, so Mamroth S. 166 und E. v. Meier, Reform S. 152 (2. Aufl.). Dort auch weitere Literatur über Scharnweber.

² P. Chr. W. Beuth (1781—1835), Rat in der kurmärkischen Regierung.

³ Über Oelßen vgl. Nr. 154 Anm. 11.

⁴ Es handelt sich um die in Weimar gedruckte Schrift des Danziger Kaufmanns Jakob Kabrun (1759—1814) „Ideen eines Geschäftsmanns über öffentliche Bedürfnisse und Geldmangel“ (Februar 1809). Es wurde darin die Gründung einer Nationalbank nach englischem Vorbild gefordert, deren Noten auf Domänen und geistliche Güter fundiert sein sollten. Vgl. Nasse S. 298 ff.

⁵ Wittgenstein hatte dem König zuerst von Altensteins Bereitwilligkeit zur Abtretung eines Teiles von Schlesien Mitteilung gemacht und seine Entfernung, sowie die Wiederberufung Hardenbergs befürwortet. Vgl. oben Nr. 225 Anm. 3.

⁶ Eine falsche Meldung. S. unten Nr. 236 ff.

29. JUNI 1810

Sie kennenlernte, mein höchstes Ziel; sobald ich es zu besitzen glaubte, mein teuerstes Kleinod war.

Ich empfehle mich Ew. Exz. Wohlwollen und Ihrem freundlichen Andenken mit der tiefsten Ehrerbietung und unbegrenzter Ergebenheit.

232. Prinzessin Luise Radziwill an Stein

B[erlin], 29. Juni [1810]

Stein-A.: Ausfertigung (eigenhändig).
Druck: Alte Ausgabe III S. 232 f.

Komplimente. Gräfin Karl Brühl und ihre Tochter Marie. Ancillon als Erzieher des Kronprinzen.

Un guignon poursuit mes lettres. En voici une qui me revient et que je croyais que M. de Roeder¹ vous avait remise depuis longtemps, une maladie l'a forcé de revenir, et je m'afflige de penser que depuis si longtemps vous n'avez reçu aucun témoignage de souvenir de notre part. Cependant je vous assure bien qu'il n'est point de jour où votre souvenir ne nous occupe et où je ne donne des regrets à votre perte. Cependant vous êtes certainement plus heureux loin de nous que vous ne l'auriez été ici. Je vois avec chagrin partir pour la Bohême tant de personnes qui ne sont pas dignes de jouir de ce beau pays et de profiter de ce voisinage pour vous voir, tandis qu'avec les mêmes moyens je serais si fort plus heureuse. Il faut sacrifier plaisir, agrément, santé même à la dure nécessité, je crois que la seule raison n'en aurait point obtenu les sacrifices. J'ai eu le plaisir de faire la connaissance de votre ami K[unth?] et de parler à un homme qui vous est aussi parfaitement dévoué. Il vous donnera des nouvelles de la Comtesse Charles [Brühl]², qui est retenue chez elle par une chute qu'elle a faite et des suites de laquelle elle souffre encore, sans cependant nous donner d'inquiétude. Vous rappelez-vous des projets que vous formiez pour Marie? du côté de D[ohna] ils ont été vains, il est si occupé, si timide, si effrayé qu'il n'aurait osé faire mi-pas pour mériter ce bonheur, si même Marie n'avait pas des projets bien différents des vôtres. Vous en entendrez parler quelque jour³. Ces projets m'ont tourmenté un peu, puisque je les craignais pour la Comtesse Charles qui, vous savez, a quelquefois de la peine à se faire à des idées qui n'ont pas été les siennes, mais il me paraît que le bonheur de l'excellente Marie fera faire à notre amie le sacrifice de son opinion, et j'ai le plaisir de voir que ma société ne lui est pas inutile dans ce moment. Elle vient me voir souvent et elle retrouve quelquefois son

¹ Wohl Wilhelm v. Röder, ein der Familie Radziwill besonders nahestehender Offizier (gefallen bei Kulm 1813).

² Vgl. oben Nr. 159.

³ Es handelt sich um Clausewitz' Verlobung mit der Gräfin Marie Brühl. Stein hatte sie mit dem Minister Dohna verheiraten wollen. Vgl. Pertz, Gneisenau I S. 616 und Meusel, Marwitz I S. 176 ff.

ancienne gaité dans le petit cercle qui m'entoure. Mes enfants vous présentent leurs hommages, mes garçons étudient, ils sont assez avancés pour le latin et ont commencé le grec, Wilhelm⁴, étudie l'histoire et la mathématique avec assez de sens pour profiter l'hiver prochain du talent distingué de ce genre que nous possédons ici. Ferdinand⁵, qui a deux ans de moins, est plus reculé. — Voilà Ancillon fixé à l'éducation du Prince Royal, il a résisté longtemps à cette offre, mais il s'y est rendu en partie, et cette demi-mesure aura, je crains, les inconvénients qu'elles ont toujours. D'ailleurs, si on s'était décidé 2 ans plus tôt à ce changement, Ancillon aurait pu avoir l'espoir d'un succès plus assuré, cependant son influence sera toujours salutaire.

Mille choses, je vous prie, à votre épouse et aux chères petites, je vous quitte, puisqu'en causant avec vous je me suis insensiblement entraînée à parler et du présent et du passé et que sans doute il vaut mieux ne pas le faire.

Nachschrift. Mon mari vous renouvelle les assurances de son amitié et de son attachement.

233. Stein an Hardenberg

Brünn, 7. Juli 1810

PrGStA. Berlin, jetzt Deutsches Zentralarchiv II Merseburg, Rep. 92 Hardenberg K 71: Ausfertigung (eigenhändig).
Druck: Alte Ausgabe III S. 283.

Freude über Hardenbergs Rückkehr. Goltz und Dohna. Persönliche Anliegen. Troschke.

Je saisis l'occasion que le voyage du porteur de cette lettre m'offre pour lui témoigner le plaisir que la nouvelle de la rentrée de Votre Excellence dans les affaires m'a fait et combien je félicite le Roi d'avoir rapproché de lui un ministre pour lequel il a toujours eu de l'amitié et qui a su s'acquérir sa confiance. Votre Excellence a éloigné les intrigants et les égoïstes, pourquoi a-t-elle adopté les principes indulgents de l'Évangile en faveur des pauvres d'esprit? Maman Goltz et poor D[ohna], alas, poor men.

Si Votre Excellence a un moment de loisir, je la prie de se faire donner quelques détails sur ma position et les espérances qu'on peut se former. — Peut-être que tout se développera de manière à ce que je ne serais plus à charge aux finances. — En attendant, je forme quelques réclamations dont je me serais entièrement abstenu si des déplacements continuels, occasionnés par des circonstances inférieures, ne m'y obligeraient.

Nachschrift. Permettez que je vous recommande les intérêts du Baron de Troschke et qu'on le protège contre les persécutions du gouvernement

⁴ Wilhelm Fürst Radziwill (1797—1870), ältester Sohn der Prinzessin Luise, später preußischer General der Infanterie.

⁵ Ferdinand Prinz Radziwill (1798—1827), preußischer Offizier.

de Varsovie — il me paraît qu'il faudrait suivre l'exemple du gouvernement autrichien et séquestrer les possessions des Polonais dans les états du Roi pour dédommager ceux qui pâtissent par les injustices du gouvernement polonais.

234. Stein an Prinzessin Wilhelm von Preußen Prag, 7. Juli 1810

Hessisches Staatsarchiv Darmstadt, Großherzogliches Familienarchiv, Fischbacher Archiv, Kasten 22: Ausfertigung (eigenhändig); Stein-A.: Konzept (eigenhändig), etwas abweichend.
 Druck: Alte Ausgabe III S. 284 nach der Ausfertigung, ebenso hier.

Rückblick auf die Königsberger Zeit. Bedeutung des Krieges von 1809. Bestärkung der öffentlichen Meinung im Kampf gegen Napoleon als Gegenwartsaufgabe.

Ich mußte es wegen des Mangels einer zuverlässigen Gelegenheit aussetzen, E. K. H. auf Dero gnädiges Schreiben¹ früher zu antworten. — Der Aufenthalt in Königsberg muß uns allen unvergeßlich sein, es war eine Zeit der Prüfung, des Ausdauerns, des Strebens nach einem bessern und edleren Zustand der Dinge. Schwäche, Ränke der Einheimischen, rohe Gewalt der Fremden, zufällige Ereignisse haben alles vereitelt, die Werkzeuge zertrümmert, zerstreut. Das Bewußtsein einer reinen Absicht, die Bilder der bessern und edlern Menschen, die dieser Gerechtigkeit widerfahren ließen und ihr Teilnahme gewährten, begleiten die Entfernte in jeder Lage des Lebens, und ganz ohne dauernde Wirkung und Folge blieb das Begonnene nicht. Mir wird das Andenken an eine junge Fürstin, die mit allem Glanz äußerer Schönheit ein herrliches, für jedes Edle und Große empfängliches Gemüt verbindet, unvergeßlich sein, und ihre Lage im Leben sei, welche sie wolle, so wird sie sie durch ihre Gesinnungen und Betragen veredeln und erheben.

Allerdings sind unsere Wünsche und Erwartungen in vielem getäuscht, es bleibt aber immer tröstlich, daß Treue und Tapferkeit zwar nicht zu siegen vermochten, sich auf eine glänzende Art äußerten und die Grundfeste des Staats erhielten, daß ihre Äußerung als hervorleuchtendes Beispiel auf Zeitgenossen und Nachwelt wirken werden, und daß ein System, gegründet auf Gewalt und Willkür zur Verherrlichung des Einzigen, nicht zur Beglückung des Ganzen, früh oder spät der öffentlichen Meinung und der Gegenwirkung gereizter Kräfte unterliegen muß. Diese öffentliche Meinung aufrecht zu erhalten, das Gemeine zu bekämpfen, ist die Pflicht und das Geschäft der Besseren unter denen Zeitgenossen. Mit einer solchen Grundüberzeugung wird man die mannigfaltigen peinlichen Lagen, die unserer noch erwarten, mit Mut und Resignation durchleben, seinen innern Frieden bewahren und seinen Weg unter Verwicklungen aller Art leicht auffinden und es vermeiden, ein Spiel der Meinungen, des Einflusses

¹ Vom 27. November 1809.

und der Ränke gemeiner Menschen zu sein. Noch bin ich nicht so glücklich gewesen, einen der Herren Brüder E. K. H. kennenzulernen, von dem Prinz Philipp² hat mir aber eine meiner Freundinnen, die Gräfin Lanskoronska, die seltene Liebenswürdige mit Reinheit, Einfachheit und Adel des Charakters und einem gebildeten Geist vereinigt, mit Auszeichnung gesprochen.

² *Philipp August Friedr. Prinz von Hessen-Homburg (1779—1846) focht mit Auszeichnung als österreichischer Oberst bei Aspern und Wagram.*

235. Stein an Prinzessin Luise Radziwill

Prag, 8. Juli 1810

Stein-A.: Konzept (eigenhändig) vom 7. Juli. Ausfertigung (eigenhändig), dat. 8. Juli, PrGStA Berlin, jetzt DZA II Merseburg, Rep. 92 Pertz H 53, mit geringfügigen Abweichungen.
 Druck: Alte Ausgabe III S. 285 f. nach dem Konzept. Hier ergänzt nach der Ausfertigung (die beiden letzten Absätze)

Aufenthalt in Prag. Geist der österreichischen Bevölkerung. Ministerium Hardenberg. Dohna. Goltz. Wilhelm v. Humboldt. Familienangelegenheiten. Gräfin Marie Brühl. Ancillon.

J'ai reçu avec la plus vive reconnaissance les marques que V. A. R. a bien voulu me donner de votre souvenir¹, et j'ai été vivement pénétré du sentiment de bienveillance et de bonté que vous voulez m'y témoigner et que je crois mériter par mon attachement respectueux et inaltérable.

Il est vrai que je me trouve heureux d'être éloigné des agitations et des mouvements dont vous êtes entourée, de ne point entendre les Äußerungen d'un public égoïste, phraseur et geist- und herzlos et voir de près les Mißgriffe, die alle Regierungen in Europa mehr oder weniger tun, getan haben und tun werden et². Dans le pays que j'habite, il y a beaucoup de loyauté, de patriotisme et de bonhomie, le sens commun n'est point paralysé par un jargon metaphysique et par des demi-lumières, acquises par une lecture incohérente et fade.

Maman Golz et poor Dohna se sont sauvés du naufrage, la nullité les a abrités.

Il paraît que par le choix de Mr. de Hardenberg on rétablira l'unité qui a souffert par le peu d'union des chefs et par la faiblesse incroyable du pauvre diable de D[ohna], par l'influence des causes secondaires et infiniment petites — et il faut espérer que les affaires iront mieux. — Je m'étonne que Humboldt ait abandonné une branche d'administration qui seule offre encore un grand intérêt, pour se charger des rapports diplomatiques d'un pays écrasé auprès d'un gouvernement qui veut à tout prix la tranquillité, et dans une époque où il n'y a plus de continent et où tout se réduit à obéir à la volonté unique. L'art de la diplomatie est éteint, il ne s'agit plus de

¹ *Am 29. Juni. Die vorliegende Antwort Steins wurde ebenfalls durch Kunth übersandt, wie sich aus dem Brief der Prinzessin Radziwill vom 14. August 1810 ergibt.*

² *Darüber steht nach „Mißgriffe“: „des gouvernements et l'immoralité des gouvernés“.*

négociier, mais de se faire intimer la volonté du grand homme, et comme celui-ci ne confie son secret à personne, la bonne maman Golz apprend les nouvelles politiques tout aussi vite par les gazettes comme par les dépêches de ses agents mal choisis, mal payés, mal informés et mal vus.

Je prends un très grand intérêt au progrès de Guillaume et Ferdinand, ils doivent par là récompenser V. A. R. des soins et du zèle qu'elle voue à leur éducation — il faut surtout tremper leurs caractères et les préparer pour l'époque agitée et pénible qui les attend — vous ne me dites rien de la princesse Elise³. — Henriette est extrêmement douce et bonne, sensée et appliquée, mais ne sera point jolie, Thérèse est d'une grande mobilité d'imagination, de sentiment et de corps, et il paraît qu'elle sera bien.

Je serais fâché que Marie⁴ fasse un mariage qui puisse ne point la rendre parfaitement heureuse et convenir à sa mère qui depuis plusieurs années a essuyé tant de malheurs⁵. Fritz, que j'ai vu l'hiver passé, est un joli jeune homme dont ses supérieurs sont très contents⁶ — et je me fais une fête de voir cette excellente femme jouir du bonheur de revoir ce fils qu'elle chérit si tendrement, après avoir encore souffert par la Rohheit de M[arwitz] et la sécheresse métaphysique de son aimable épouse⁷.

Pourvu qu'Ancillon parvienne à rendre son élève un peu moins enfant et à remplir les lacunes qu'une éducation très imparfaite lui a laissées.

Pourvu qu'Ancillon parvienne à donner à son élève plus de Haltung und Würde, et à remplir les lacunes qu'une éducation très imparfaite a laissé dans la tête du jeune homme. Croyez-vous qu'Ancillon se chargerait l'année prochaine de la Leitung und allgemeine Aufsicht de l'éducation d'un jeune homme, qui aura alors 16 ans, élevé jusqu'ici à Vienne, d'une famille riche distinguée. Sa mère est une femme de mes amies d'un très grand mérite et à laquelle je désirerais être utile et lui prouver une reconnaissance pour les services très essentiels qu'elle m'a rendus. Il était question d'envoyer le jeune homme à Paris, mais ceci a été empêché heureusement.

J'attends avec impatience l'ouvrage que Votre A. R. me destine comme une marque précieuse de son souvenir et de sa bienveillance, et j'ose la prier d'offrir mes hommages à S. A. le Prince et d'agréer les assurances de mon respectueux dévouement.

³ *Elisa Radziwill, vgl. oben Nr. 43 Anm. 2.*

⁴ *Marie v. Brühl, s. oben Nr. 232 Anm. 3.*

⁵ *Im Jahre 1802 war ihr Gatte plötzlich gestorben, im Jahre 1804 ihre Tochter Fanny nach einjähriger Ehe mit Fr. Aug. Ludw. v. d. Marwitz. Vgl. Meusel I S. 173 ff. und oben Nr. 162 Anm. 1.*

⁶ *Friedrich Graf v. Brühl, jüngster Sohn der Gräfin Sophie Brühl, hatte 14jährig als Kornett beim Regiment Gensdarmes den Krieg von 1806 mitgemacht, wurde 1807 Leutnant im Freikorps, das sein Schwager Fr. Aug. Ludw. v. d. Marwitz aufgestellt hatte, das aber nicht mehr zur Verwendung kam, nahm mit Marwitz nach dem Frieden den Abschied und ging 1809 nach Österreich. 1828 vermählte er sich mit Gneisenaus Tochter Hedwig.*

⁷ *Marwitz hatte sich im April 1809 mit der Gräfin v. Moltke verheiratet.*

236. Stein an Wallmoden

[Prag, 10. Juli 1810]

Stein-A. (Binder): Konzept (eigenhändig).
 Druck: Alte Ausgabe III S. 286.

*Zweifel an der Richtigkeit der Zeitungsnachrichten über die Aufhebung des Sequesters.
 Absendung der Bittgesuche an Napoleon.*

On assure ici, mon cher ami, que vous êtes ou que vous allez être bientôt de retour à Vienne — peut-être que vous savez que S. M. l'Empereur a fait demander par le P. Sch[warzenberg] la levée du séquestre de mes terres en faveur des enfants — les papiers publiés d'Augsbourg et de F[rancfort] assurent que l'affaire a réussi; rien ne m'est encore parvenu, l'affaire paraît donc très douteuse. Si cette nouvelle serait absolument fausse, il serait peut-être de conseil de faire partir les deux lettres que ma femme a écrites et qui se trouvent entre les mains de Mr. de Binder, je vous prie de lui parler et de prendre tel parti qui vous paraîtra le plus convenable.

237. Stein an Binder

P[rag], 10. Juli 1810

Stein-A.: Konzept (eigenhändig).
 Druck: Alte Ausgabe III S. 287.

*Zeitungsnachrichten über die angebliche Aufhebung des Sequesters. Stein erbittet
 authentische Auskunft.*

Les sentiments d'un intérêt bienveillant que vous avez témoigné prendre aux affaires de ma famille m'engagent à vous demander quelques éclaircissements sur leur situation présente, comme je trouve que la Gazette d'Augsbourg assure positivement sur l'autorité des papiers publics de Francfort que le séquestre de mes terres est levé en faveur de ma famille. Quoique la nouvelle paraît plus que douteuse parce que rien ne m'est encore jusqu'ici parvenu, il serait cependant possible que les lenteurs des autorités du Duché de Nassau et de Varsovie aient occasionné un retard, et je prends la liberté de vous demander quelques éclaircissements sur si je dois à l'effet de la protection que S. M. I. a daigné m'accorder ce changement favorable dans ma situation.

Nous avons eu le plaisir de voir Mme la Csse de Lanskoronska ici pendant deux jours.

238. Binder an Stein

Wien, 18. Juli 1810

Stein-A.: Ausfertigung (eigenhändig).
 Druck: Alte Ausgabe III S. 287.

Desavouiert die Zeitungsmeldungen über die Aufhebung des Sequesters.

Quelque vivement que j'eusse désiré, Monsieur le Baron, me trouver déjà en état d'apprendre à Votre Excellence un résultat favorable des démarches que M. le Prince de Schwarzenberg a été chargé de faire pour autant que les

19. JULI 1810

circonstances le permettent, j'en suis encore réduit à fonder mes espérances d'un succès que personne ne désire plus sincèrement que moi sur ce que les feuilles publiques nous annoncent à cet égard, l'Ambassadeur de Sa Majesté l'Empereur à Paris ne nous en ayant rendu aucun compte jusqu'à ce moment.

Je m'empresserai, Monsieur le Baron, de porter sans délai à votre connaissance ce qu'il pourra en mander par la suite.

239. Spalding an Stein

Berlin, 19. Juli 1810

Stein-A.: Ausfertigung (eigenhändig).
Teildruck: Alte Ausgabe III S. 287 f.

Krankheit der Königin. Das Ministerium Hardenberg. Eröffnung der Universität Berlin.

Da sich die Gelegenheit mir darbietet, Ew. Exz. einen Brief zuzusenden, so wage ich es aufs neue, Ihre Muße zu unterbrechen mit einer Unterhaltung, der ich freilich wenig Interesse zu geben weiß. Vielleicht haben einige meiner Freunde das Glück gehabt, Ew. Exz. diesen Sommer zu sehen, und wie sehr würde ich mich freuen, wenn ich Gutes von Ihrer und Ihres verehrten Hauses Gesundheit hörte! Nach Brunn wird nun der Sohn unseres Bibliothekars Biester¹ gehen, der zwar den Wünschen des Herrn Predigers Tekusch² insofern nicht entspricht, als er nicht Theolog ist; indessen doch nach meiner Schilderung genehmigt worden ist. Der junge Mann, der sehr gute philologische und physikalische Studien hat, geht in diese Ferne mit dem regen Wunsch, Gutes zu stiften und auch sich selbst unter andern Umgebungen, als den einseitigen angebornen, auszubilden. Ich hoffe und wünsche, daß man mit ihm zufrieden sein werde.

Hier sind wir jetzt in der ängstlichen Erwartung der Bekanntmachung unseres Schicksals, das wahrscheinlich die Vorsehung jetzt schon zu unserer tiefen Trauer entschieden hat. Es scheint nur Verzärtelung zu sein, wenn wir uns schmeicheln wollten, daß unsere Königin noch lebe³. Ehe dieser Brief in Ew. Exz. Hände kommt, wird die entscheidende Nachricht gewiß auch schon zu Ihnen gelangen können. Die trübe Zukunft, die unserem Könige durch diesen Schlag bereitet wird, ist innigst und nie genug zu bedauern. Man kann wohl sagen: „Das ist das Los des Schönen auf der Erde.“ Gott gebe jedem Gemüte, das empfinden kann, einen freien Blick nach oben!

Die Umwälzung in unserm Ministerium ist hier von dem größeren Publikum, so viel dieses noch Gemeingeist hat, größtenteils günstig aufgenommen

¹ Joh. Erich Biester, seit 1784 Direktor der Berliner öffentlichen Bibliothek. Gest. 1816.

² Joh. Mich. Tekusch (1764—1813), von 1803—1813 evangelischer Prediger in Brunn.

³ Die Königin starb am selben Tage (19. Juli 1810).

worden. Daß wir an der Spitze der geistlichen und gelehrten Angelegenheiten Humboldt verlieren, ist allerdings zu bedauern. Selbst solche, die starke Vorurteile und starke Einwendungen gegen ihn hatten, sind veranlaßt worden, seinen großen Talenten eben in der Lenkung dieses Faches Gerechtigkeit widerfahren zu lassen. Unsere Universität soll nun auf Michaelis eröffnet werden⁴, und ernsthaft arbeitet man an der Herbeischaffung tüchtiger Männer, mit denen es auch zum Teil zu gelingen scheint! Man muß arbeiten und nicht müde werden! Die fröhlichste Aussicht kann sich trüben und die finsterste kann sich aufhellen. Unser Schleiermacher ist nun zum ordentlichen Mitglied der Sektion für den öffentlichen Unterricht ernannt. Daß Ancillon dem Kronprinzen nähergerückt worden, ist wahrscheinlich Ew. Exz. bekannt. Ich wünschte, er könnte den furchtbaren Schmerz, der dem Jünglinge bevorsteht, zu einer Art von Weihe zur Tugend für ihn machen. [. . .]

240. Stein an Binder

[Prag, 22. Juli 1810]¹

Stein-A.: Konzept (eigenhändig).
 Druck: Alte Ausgabe III S. 289.

Rät zur Absendung der Bittgesuche an Napoleon an den österreichischen Botschafter in Paris.

En vous remerciant des éclaircissements que vous avez bien voulu me donner, M. le Baron, permettez que j'aie l'honneur de vous [faire] observer qu'il ne serait peut-être point inutile de faire parvenir les deux lettres de ma femme, qui se trouvent entre vos mains, à Monsieur l'Ambassadeur qui, étant sur les lieux, jugerait de l'emploi que les circonstances permettraient d'en faire, et auquel il pourrait paraître nécessaire que les personnes les plus intéressées fassent une démarche directe qu'il se bornerait alors d'appuyer au lieu de prendre lui-même l'initiative, et il est à craindre qu'en la différant plus longtemps, que le départ vraisemblable de l'Empereur pour l'Espagne² au moment que les grandes chaleurs auront cessé et que les opérations militaires seront plus actives, occasionnera un plus grand retard.

⁴ Die Eröffnung der Universität Berlin ist nicht an einem bestimmten Tage, sondern im Laufe des Oktobers geschehen. Die erste Senatssitzung fand am 10. Oktober statt, die Einschreibungen wurden am 6., die Vorlesungen am 29. Oktober eröffnet, s. Lenz, *Gesch. d. Univ. Berlin I* S. 287 ff.

¹ Das Datum ergibt sich aus der Antwort Binders vom 28. Juli 1810.

² Vgl. oben Nr. 189 Anm. 13.

241. Stein an Reden

Prag, 22. Juli 1810

Ehemals Preuß. Staatsarchiv Breslau: Ausfertigung (eigenhändig). Vermerk Redens: „resp.“.
 Druck: Alte Ausgabe III S. 289 f.; Teildruck: Wutke S. 623.

Hoffnung auf eine Zusammenkunft in Prag. Schön. Kreisverfassung. Idee der Selbstverwaltung. Vincke. Verachtung seiner ganzen Generation — „hol es der Teufel, daß man unter dem Hunde-Zeug leben muß“.

Romberg¹ hat seine Aufträge ausgerichtet und seine Reise schleunig fortgesetzt. — Die Nachricht, die Sie mir von Ihrem Fuß geben, beunruhigt mich sehr, lieber Freund, sollten Sie nicht durch Ameisen-Bäder oder andere örtliche Reizmittel diesem Übel entgegenwirken können, benutzen Sie nur diese gute Jahreszeit.

Daß Buchwald unendlich reizend ist, weiß ich, lieber Reden, daß es seinen schätzbaren, lebenswürdigen, gastfreien Besitzern nie an Besuchern und Gästen fehlen wird, ist keinem Zweifel unterworfen, ich bleibe aber dennoch bei der Meinung, daß eine Veränderung des Wohnorts Ihnen im Winter gesund und zuträglich wäre — ohne sie Ihnen aufdringen zu wollen. Die Gelegenheit, die sich Ihnen so reichlich anbot, meteorologische Beobachtungen in Buchwald zu machen, finde ich nicht beneidenswert und hoffe ich, daß sie die letzte sein wird.

Man hätte Schön die Leitung der Finanzen anvertrauen sollen, er besitzt sehr gründliche Kenntnisse von dieser Wissenschaft, hat eine seltene Fertigkeit im Kombinieren der Zahlen und ihrer Bearbeitung, und sie sichern ihn wieder gegen die Verirrungen, wozu ihn sein Hang zu systematisieren verleitet. Er wird es verhindern, daß man nicht nach Seifenblasen, Luftgebilden, bubbles hascht, wozu man nach dem, was ich vernehme, sehr geneigt zu sein scheint.

Der Plan einer Kreisverfassung, den Sie erwähnen, war nach seinen allgemeinen Grundsätzen schon ao. 1808 im Oktober entworfen, er ging von dem Grundsatz aus, der auch bei der Städteverfassung zu Grunde liegt, die Tätigkeit aller Staatsbürger bei der Staatsverwaltung in Anspruch zu nehmen und nicht alles dem Mietlingsgeist der Büros zu überlassen. — In der Anwendung ist er vieler Modifikation fähig — ist die Kreisverfassung gut geordnet, so geht die Einrichtung der Provinzialbehörde umso leichter.

Ihr Urteil über Vincke ist sehr richtig, Beharrlichkeit fehlt ihm gänzlich, hierin allein patriziert er — und er wird entweder noch ein paar Jahr in der Welt herumreisen oder auf seinem kleinen Gut sich totlangweilen.

Überhaupt ist das jetzige Geschlecht verweichlicht, selbstisch, eifrig und behende im Tadeln und Anklagen anderer, langsam und flau im Selbsthandeln, unfähig auszuharren — es verdient nichts anderes als zertreten

¹ *Wilh. Heinr. Konrad v. Romberg, der 1809 als Rittmeister mit der Erlaubnis, in fremde Dienste zu treten, aus der preußischen Armee ausgeschieden war?*

zu werden — hol es der Teufel, daß man nur unter dem Hunde-Zeug leben muß — verzeihen Sie diese Stoß-Gebete. Ich glaube, lieber Reden, wir könnten uns besser apointieren in Königgrätz als in Nachod, jeder hätte dann nur 9 Meilen zu machen.

242. Wallmoden an Stein

Wien, 26. Juli [1810]

Stein-A.: Ausfertigung (eigenhändig).
 Druck: Alte Ausgabe III S. 290, Regest.

Schlechte Aussichten in der Sequestersache.

243. Schön an Stein

B[erlin], 27. Juli [18]10¹

Stein-A.: Ausfertigung (eigenhändig).
 Druck: Alte Ausgabe III S. 290.

Stellung zu Hardenberg. Hoffnung auf Steins Wiederkehr.

Alles, was ich schreiben könnte, kann der Überbringer sagen², dem ich andeutete, wie der Stand ist. Aber den Ausdruck der größten Hochachtung und innigsten Verehrung mußte ich mir selbst vorbehalten. — Weil Sie nicht sind, ergab ich mich nicht unbedingt, ich kam bedingt an und gehe vielleicht dahin zurück, von wo ich kam³. Aber nur vielleicht, denn Edelsinn ist da, in hohem Maß, ob Edelmut? darauf hat Zufall Einfluß; ich vertraue noch und hoffe, weil ein Schatten der Möglichkeit, daß ein großer Mann wieder zu uns kommen kann, da ist. Je länger die Spiele dauern, je höher werden sie. Kein Einsatz ist mir zu hoch.

Ein Wort von Ihnen, edler Stein! der je länger je mehr allgemein gekannt wird, wird mir große Freude machen.

244. Binder an Stein

Wien, 28. Juli 1810

Stein-A.: Ausfertigung (eigenhändig).
 Druck: Alte Ausgabe III S. 291.

Übermittlung der Briefe der Frau vom Stein an Napoleon und Kaiserin Marie Luise an Schwarzenberg.

Conformément au désir que vous m'exprimez, Monsieur le Baron, dans la lettre que vous m'avez fait l'honneur de m'écrire le 22 juillet, les deux lettres de Madame de Stein à l'Empereur et à l'Impératrice des Français seront envoyées à M. l'Ambassadeur Prince de Schwarzenberg par le premier courrier. Votre Excellence ayant bien voulu se reposer de ses intérêts sur les soins du Prince, je lui manderai en les lui transmettant, qu'elle lui abandonne également l'usage à faire des lettres en question.

¹ Über die Datierung vgl. Lehmann, Stein III S. 62 Anm. 1.

² Humboldt?

³ Vgl. oben Nr. 228 Anm. 1.

245. Stein an Schön

[Prag, Juli 1810]

PrStA. Königsberg, jetzt Göttingen, Nachlaß Schön: Ausfertigung (eigenhändig).
 Druck: Alte Ausgabe III S. 291; Pertz, Stein II S. 503 f.

Freude über Schöns Annäherung an Hardenberg. Hoffte auf eine fruchtbare Zusammenarbeit zwischen Schön und Hardenberg. Rät zu energischer Unterdrückung der Opposition.

Daß Ew. Hochwohlgeboren mit Ihrer seltenen Geistes- und Gemüts-Kraft wieder dem Mittelpunkt der Geschäfte nahe gebracht sind, dies ist für Ihr unglückliches Vaterland ein wohlthätiges, für Ihre Freunde, insbesondere für mich, ein erfreuliches Ereignis. Möge die Vorsehung Ihre edlen Bemühungen und Ihre Aufopferungen mit dem glücklichsten Erfolg belohnen, und mögen Sie Ihre Umgebungen stählen und härten, um den Kampf mit der Halbkultur, der Pffiffigkeit und Platttheit zu bestehen. — Ich würde sehr zu ernsthaften Maßregeln raten, um das verwilderte Volk zu bezähmen, und ich würde im Sinn Richelieus anfangen, einige intrigierende, klatschende usw. Menschen einzusperren oder in entlegene Winkel zu verweisen — dann würden die übrigen schweigen.

246. Stein an Hardenberg

Prag, 2. August 1810

PrGStA. Berlin, jetzt DZA Merseburg, Rep. 92 Hardenberg H 5 IV: Ausfertigung (eigenhändig).
 Druck: Alte Ausgabe III S. 291 f.

Der Finanzplan vom 28. Mai 1810. Freude über die Berufung Schöns. Wärmste Empfehlung. Tod der Königin.

Votre Excellence m'ayant fait savoir par Mr. Sack qu'elle désirait savoir mon opinion sur le plan de finance du 29 de mai, dont il m'a donné un extrait, j'ose lui soumettre quelques observations sur les bases sur lesquelles le plan est établi¹. Je me flatte qu'elle y reconnaîtra le désir que j'ai de lui prouver mon dévouement et que, tout en reconnaissant la bonté des idées générales sur lesquelles ce plan est établi, j'ai cependant cru devoir proposer quelques modifications. Je suis bien charmé que Votre Excellence a rappelé Mr. de Schoen et a montré par là qu'elle rend justice à ses talents et connaissances. Je l'avais proposé au Roi avant ma retraite comme Ministre des Finances, et je crois qu'il les aurait administrées avec Übersicht und Sachkenntnis. Le Roi craignait son impétuosité, je ne l'ai jamais vu s'oublier ou se livrer à des emportements. Il réunit à une connaissance profonde des principes de la science des finances une clarté dans ses conceptions, une facilité à faire les combinaisons arithmétiques et la connaissance de notre ancien système de finance qui est très utile quand on veut innover et changer, son esprit à système wird in diesem Fach durch Zahlen beschränkt und in seinen Grenzen gehalten.

¹ Folgen nachstehend.

La mort de la Reine m'a vivement touché, quel coup affreux pour le Roi, qui voit détruit le seul genre de bonheur que le sort lui avait laissé, le bonheur domestique — je le crains bien que l'isolement dans lequel il se trouve l'exposera à manchen Zudringlichkeiten und Einflüssen.

Pardonnez-moi la longueur de cette lettre, je la termine avec les vœux les plus sincères que je forme pour le bonheur, la santé, le succès la plus complète des plans de Votre Excellence.

247. Stein an Reden

Prag, 9. August 1810

Ehemals Preuß. Staatsarchiv Breslau: Ausfertigung (eigenhändig).
 Druck: Alte Ausgabe III S. 296 f.

Besuch Arnims. Schärfste Verurteilung der Haltung der kurmärkischen Stände.
 „Diese Menschen verdienen, mit Skorpionen gezüchtigt zu werden“. *Kaiserin Maria-Ludovica.*

Mitten unter Ihren gesellschaftlichen, botanischen und landwirtschaftlichen Beschäftigungen und Vergnügungen unterbreche ich Sie, lieber Reden, um mit Ihnen zu sprechen. Der Graf A[rnim] besuchte mich¹, er ist immer konsequent bis zur Unbiegsamkeit, gut und rechtlich gesinnt und verspricht sich etwas Besseres von der neuen Ordnung der Dinge, wenn ihm gleich die subjektiven Mängel nicht entgehen; zugleich teilte er mir die Verhandlungen der Herren aus der Kurmark über die Einkommen-Steuer mit, die dieser Menschen Flachheit und Selbstsucht in ihrem ganzen vollständigen Licht darstellt. — Diese Menschen verdienen, mit Skorpionen gezüchtigt zu werden, da sie durch alle ihre Erfahrungen in nichts geheilt, gebessert usw. sind, die Absicht der Herren geht dahin, das Resultat ihrer Verschwendung, ihrer Feigheit auf den Staat zu werfen und von sich abzuwälzen². H. v. Prittwitz³ hat einen Kopfsteuerplan erdacht, welcher 5 Millionen aufbringen soll, der erste Satz ist 60 Tlr., der niedrigste 2 Tlr. — Allem diesem hat G[raf] A[rnim] widersprochen und sich der Partei der Regierung mutig und kräftig angenommen.

Es ist unmöglich, nicht über alles dieses indigniert zu sein, wäre ich doch

¹ Arnim-Boitzenburg, der Schwager Steins, der ihn Ende Juni in Prag besucht hatte. Der Brief Arnims an Stein vom 22. Juni, den Pertz, Stein II S. 487 erwähnt, war nicht mehr zu ermitteln. — Arnims Anschauungen erhellen einigermaßen aus seinem Brief an Marwitz vom 12. Dezember 1810 (Meusel, Marwitz II/1 S. 190 ff.).

² Die kurmärkischen Stände hatten zur Bezahlung der französischen Kontributionen eine Reihe von Anleihen aufgenommen, sie hatten zuerst im Frühjahr 1809 den Antrag gestellt, daß die Provinzialschulden vom Staat übernommen werden sollten (vgl. Bassewitz III S. 127 f.).

³ Der Geh. Oberfinanzrat v. Prittwitz-Quilitz, Deputierter der kurmärkischen Stände, ein Kampfgenosse von Fr. Aug. Ludw. v. d. Marwitz. Er hat zur Verteidigung der altständischen Verfassung am 21. August 1810 ein Promemoria über den Feudalismus eingereicht. S. Meusel II/1 S. 152 ff.

jünger, so ginge ich nach Cadix und suchte einem halb Dutzend F[ransosen] die Hälse abzuschneiden, um mich mit mir und dem Schicksal zu versöhnen, so muß ich mir aber nur mit diesen Ergießungen Luft machen. Ich habe hier einen Besuch von G[raf ?] St. . . . u. H. v. R[omberg] gehabt, in diesem Alter darf man noch hoffen, glücklich zu sein oder wenigstens Zeuge und Teilnehmer an den großen Veränderungen zu sein, die das Schicksal herbeiführen wird.

Die Kaiserin hat Prag besucht, sie hat vielen Anstand, Grazie und Würde, sie spricht gut und sagt jedem etwas Verbindliches, sie äußerte sich mit Teilnahme über den Verlust der Königin, der ganze Bau ihres Körpers und ihrer Züge ist zart, ihr Ausdruck voll Geist und Leben. — Sie zeigt vielen Sinn für das Große und Gute, viel innres Leben und Herrschaft über den äußeren Eindruck.

Soeben erhalte ich einen Brief von der Frau v. R[eden] von Altenburg, ich werde ihr mit nächster Post antworten. Empfehlen Sie mich ihr.

248. Prinzessin Luise Radziwill an Stein Bellevue, 14. August [1810]

Stein-A.: Ausfertigung (eigenhändig).
Druck: Alte Ausgabe III S. 297 ff.

Tod der Königin Luise. Ihr Charakter. Schmerz des Königs. Zustände in Preußen. Dohna. Schön. Niebuhr. Ancillon als Erzieher des Kronprinzen. Humboldt.

J'ai attendu une occasion de vous offrir mes tendres remerciements pour la lettre dont M. K[unth] a été le porteur. Elle se présente aujourd'hui, où le départ de M. de Humboldt¹ me permet de vous dire combien j'ai été touchée des témoignages de votre souvenir et de votre amitié, ils ont fait du bien à mon coeur dans un moment où la perte cruelle que nous venons de faire m'avait entièrement accablée. Je suis sûre que vous avez été très sensible au sort funeste de ce Roi si malheureux. Tout espoir de bonheur est évanoui pour lui avec celle qu'il a tant aimée et dont les grâces touchantes, le caractère aimable, la bonté, la douceur, le rendaient si heureux. Elles lui ont tenu lieu de tous les biens de la terre, mais je ne me fais plus d'idée de cet avenir sans elle. Le charme de son caractère était inappréciable, elle était si parfaitement bonne quand son coeur seul la guidait, elle était si nécessaire à sa famille que dans la foule des maux que l'imagination faisait craindre pour l'avenir, jamais ce malheur ne s'est offert à moi. Il est au nombre de ceux qui trompent tous les calculs humains. Souvent, quand ma santé me faisait craindre pour l'avenir de mes enfants, je me reposais avec confiance sur son amitié si active, si obligeante pour ceux qu'elle aimait, et c'est moi qui lui survit, c'est moi qui pleure avec ces enfants la perte de cette belle, de

¹ Humboldt verließ Berlin am 15. August. Vgl. seine Briefe an K. v. Humboldt Bd. III S. 459.

cette malheureuse mère. Le Roi est plus touchant, plus parfait dans sa douleur que je ne puis vous le dire. Combien de sensibilité il y a dans le fond de ce cœur, il la réprime, il l'étouffe dans le journalier de la vie, et ce n'est que dans un moment déchirant de douleur et d'abandon qu'il développe ce caractère sensible et attachant qui a rempli mon âme de respect et d'attendrissement. Il met tant de prix aux témoignages d'attachement et d'intérêt qu'on lui donne que j'ai pensé qu'il serait très sensible à celui que vous pourriez lui témoigner dans cette triste occasion, peut-être y aurez-vous songé², une âme comme la vôtre comprendra ses douleurs et saura y compatir. Votre lettre m'a fait beaucoup de plaisir, je vous y ai retrouvé tout entier, et il me paraissait en la lisant vous revoir, vous entendre encore. Poor D[ohna] m'afflige, c'est un être si parfaitement bon et honnête que je me désole de le voir là où il faut être plus que cela, il me paraît encore qu'il a la conscience de son incapacité et qu'il a une espèce de honte de son état de roseau qui m'embarrasse pour lui quand je le vois; pour maman G[oitz], elle jouit au contraire d'une importante satisfaction, je laisse à Humboldt le soin et le plaisir de vous en conter des précieux détails, tout comme du certain héros dont il a reçu des instructions dignes de vous être communiquées. J'ai revu Schoen avec plaisir, il est ici encore sans que son sort soit fixé, sans être déterminé encore de se charger de soins qu'on veut lui confier, Niebuhr s'est éloigné de toute affaire, il est mécontent, je le regrette autant que je l'estime et j'aurais désiré avoir assez de crédit sur son esprit pour lui inspirer un peu plus de patience . . .³

Le Roi paraît lui⁴ vouloir du bien et, dans le moment actuel, où son âme a besoin d'être comprise, il vient et revient toujours à Ancillon pour lui parler de celle qu'il regrette; tout ce qui l'entourait la regrette vivement, mais c'est dans des moments pareils que le Roi doit sentir toute la nullité de ses entours. Ancillon ne se fait pas d'illusion sur les difficultés de sa position, vu les défauts d'éducation qu'il doit corriger dans un âge trop avancé pour employer encore des moyens qui ont été négligés — la perte de la Reine, qui sentait parfaitement les torts de son fils, qui désirait vivement réparer ceux de son éducation, est un malheur incalculable et profondément senti par Ancillon, et je crois qu'il n'y a que son attachement à la mémoire de cette pauvre Reine et tout l'intérêt que lui inspire le Roi qui ont pu le retenir après ce cruel événement. Cependant il aime le petit, il le trouve bon, sensible, doué des plus heureuses dispositions, mais comme jusqu'à 15 ans il n'a jamais été habitué de rien faire par devoir, il ne veut jamais que

² Vgl. dazu Steins Brief vom 24. September 1810 an Luise Radziwill und vom 13. August 1811 an den König.

³ Im folgenden beantwortet Prinzessin Radziwill eine frühere Anfrage Steins, ob Ancillon bereit wäre, die Erziehung eines Sohnes der Gräfin Lanskoronska zu leiten. Vgl. unten Nr. 267.

⁴ Ancillon.

l'impulsion du moment — il est, comme sa mère le disait très bien, immer der Raub des mächtigen Augenblicks — c'est comme il paraît froid et indifférent au milieu de la douleur générale et déplaît beaucoup par là. Cependant Ancillon dit qu'il aime, qu'il regrette vivement sa mère, mais qu'il a besoin qu'on lui rappelle sa perte, qu'on frappe son imagination si mobile, que tout le distraie et l'occupe — il est certain pourtant que depuis qu'Ancillon est auprès de lui, surtout dans sa présence, il s'observe davantage, Ancillon est le premier qui lui en impose, dont le regard le gêne, dont il se sait observé, et cependant il paraît s'attacher à lui, non de cet amour impétueux qu'il a et qu'il conserve pour Delbrück, mais on voit qu'il lui inspire de l'égard et du respect.

[*Persönliche und häusliche Angelegenheiten.*]

Humboldt mérite si fort d'être connu de vous, il a tant désiré toujours vous connaître, que je devrais me réjouir de l'événement qui le rapproche de vous, mais j'avoue que je n'éprouve que des regrets de perdre sa société qui était pour nous un des grands agréments de notre vie journalière. Vous serez, j'en suis sûre, bien content de lui.

249. Stein an Marianne vom Stein

P[rag], 15. Aug[ust] 1810

Stein-A.: Ausfertigung (eigenhändig).
Druck: Alte Ausgabe III S. 300 ff.

Frage ihres Wohnsitzes. Besorgnisse um die Gesundheit der Gräfin Werthern und Wielers. Schlechte Wirtschaft in Birnbaum. Lebensmüdigkeit und Resignation.

Ich benutze eine sichere Gelegenheit, liebe Marianne, um Dir ein paar Worte über Deine und unsere Lage zu sagen. Mir scheint, daß, wenn Du die gute Werthern verlieren solltest, Dir die Wahl zwischen Nassau und Deinen übrigen hiesigen Freunden bleibt, wo Du wohlbehalten und erträglich wirst existieren und nützlich sein können. Der gute W[ieler] bedarf Leitung, die er, wenn er noch lebt, von Dir erhalten würde; würdest Du Dich zu der ersten Idee entschließen, so müßtest Du wegen der Erlaubnis, in Nassau zu wohnen, mit Herrn von Marschall in Wiesbaden unterhandeln¹. Die Gesundheit des ehrlichen W[ieler] geht, wie ich zufällig erfahren habe, sehr schlecht, und es wird schwer sein, den ehrlichen, erfahrenen Mann zu ersetzen². Wie ich 1807 in Nassau war, empfahl mir Dreßler sehr dringend seinen Schwager Siegen, der damals in Dillenburg angestellt war. Kennst Du ihn, was hältst Du von ihm? Es ist eine ehrliche Rasse, und Dreßler selbst hat mir während meiner Krankheit außerordentlich viele Liebe und Treue erwiesen. Sollte aus einer oder der anderen Ursache mit ihm nichts sein, so wäre ein junger Mann namens Buddeus, gebürtig aus Bielefeld, der

¹ Vgl. Domarus S. 22 ff.

² Wieler starb am 28. Oktober 1810.

bei mir als Justitiarius in Birnbaum war und viele Verfolgungen ausgestanden hat von den Polen, zu wählen. Ich wünschte, daß Du hierüber, wenn es Dir möglich wäre, eine Einleitung bei Marschall träfest. Wir haben von hier aus einige Schritte zum Vorteil der Kinder getan³, der Kaiser hat dem F. Schwarzenberg aufgegeben, sich für die Kinder zu verwenden — den Erfolg wird die Zeit lehren.

Herr v. S[enff]t hat wegen B[irnbau]m gar nichts getan, selbst nichts, was die allerstrengste Gerechtigkeit gutheißt, wahrscheinlich ist es Mangel von Gewalt. Der polnische Sequester hat nun seit dem Februar 1809 toll gewirtschaftet, restiert seit 1½ Jahren die Zinsen, und so wird das Gut in sich selbst ruiniert, statt daß es sich in sich selbst verbesserte und einen bedeutenden Überschuß lieferte.

Unterdes leben wir hier eingeschränkt und ganz erträglich, ich in der Hoffnung, daß sich diese Vegetation bald endigen möge, da ich des Lebens herzlich müde bin, und die jüngere Generation in jugendlichen Erwartungen, die zu seiner Zeit bei ihr verschwinden werden, wie sie bei uns verschwunden sind.

Lebe wohl, liebe Schwester, und sage Luise, wie sehr wir die Erleichterung ihrer Leiden wünschen.

Könnte nicht der Professor Dappel⁴ einige französische Bücher verschaffen — z. B. „Sur la littérature française dans le 18. siècle“. Ich würde ihm den Betrag in Leipzig auszahlen lassen.

Da ich von Nassau nichts ziehe, so sollte Wieler die Birnb[auer] Zinsen so lange bezahlen, bis man den polnischen Sequester los ist. — Besonders 1200 Tlr. an Olfers Zinsen nach Münster, 560 Tlr. nach Wesel an pia corpora und 360 Tlr. an die Witwe Haas, 450 Tlr. an die Frau v. Deemen [?] und 320 Tlr. nach Berlin und ppotr. 300 Tlr. an Hoffbauer, ppotr. 3190 Tlr. in S[umm]a oder 5423 f. ungefähr.

250. Schön an Stein

[Berlin,] 16. Aug[ust 18]10

Stein-A.: Ausfertigung (eigenhändig).
Druck: Pertz, Stein II S. 504; Alte Ausgabe III S. 302.

Finanzplan Hardenbergs. Rücktrittsabsichten von Schön und Niebuhr.

Wilberforce — der Fromme — sagt¹:

Wenn Gouv[ernements] zu sinken anfangen und der Himmel seinen Beschluß gefaßt hat, kann man nicht sagen: dieser oder jener Mann ist daran schuld, dieses oder jenes Ereignis bestimmt den Fall. Jeder trägt Holz zum

³ „geschehen“ *im Text*.

⁴ Nicht ermittelt.

¹ *William Wilberforce, Vorkämpfer für die Idee der Abschaffung der Sklaverei (1759—1833) ?*

Brande, der Himmel steht höher als alle Vernunft, das Raisonement kann nur dem Ereignis folgen.

So spricht der Fromme als Beobachter dessen, was da war und als Seher dessen, was da sein wird. Und so war es möglich, daß der felsenfeste Mann² mit reinem edlen Willen eine Botschaft schickte, die viel Heil brachte, aber auch größtenteils das vernichtete oder schwankend machte, was der Däne³ und der Preuße⁴ mühsam zu erkämpfen nahe waren. Beide sprachen: Papier und Volk und Geld und Bank und Land und Pflicht und Tax und Kauf kann nur zum Tode führen. Der Däne — der sanfte Däne — war dermaßen entrüstet, daß er den Herrn selbst warnte, zwar ehrerbietig, aber mutig gegen ihn sprach, und Haß und Feindschaft deshalb über sich ergehen ließ. Auch der Preuße tat, was die Pflicht gebot, und nun — gehen der Däne und der Preuße wahrscheinlich nach ihrer Heimat zurück. Beide werden Meldung tun von dem, was sie taten.

² Stein.

³ Niebuhr, der in seinem Gutachten vom 23. Juni Hardenbergs Finanzplan scharf kritisiert hatte.

⁴ Schön, der am 10. August ebenfalls die Grundzüge des Hardenbergschen Planes verworfen hatte (vgl. Mammoth S. 204 f.). Hardenberg hatte gerade zur rechten Zeit Steins Bemerkungen erhalten, um der Opposition von Schön damit wirksam zu begegnen.

251. Sack an Stein

B[erlin], 22. Aug[ust 18]10

Stein-A.: Ausfertigung (eigenhändig).

Druck: Alte Ausgabe III S. 302 ff.; Steffens, Briefwechsel Sacks Nr. 17.

Steins Gutachten über den Finanzplan Hardenbergs. Die Opposition von Niebuhr und Schön. Hardenbergs Reformpläne. Vorschlag einer Besprechung an der preußisch-österreichischen Grenze.

Ew. Exz. bin ich für das mir durch den H. Gr. A[rnim] zugegangene Schreiben¹, noch mehr aber für das, was Sie durch eben diese Gelegenheit an den H. v. H[ardenberg] haben gelangen lassen, sehr verbunden². Für ihn selbst ist es von einem sehr großen Werte in der Krisis, worin er sich mit seinem Finanzplan befunden, und es hat uns sehr erfreuen müssen, daß Sie in den Hauptzügen einverstanden gewesen sind. Die Modifikationen sind in den Plan gern aufgenommen, und manche müssen überhaupt noch eintreten³; aber im allgemeinen ist jetzt nur die Frage: ob man radikal

¹ Nicht erhalten. — Graf Arnim-Boitzenburg, Schwager von Stein.

² Die undatierte, am 2. August übersandte Beurteilung des Finanzplans.

³ Diese Modifikationen führten zu dem 2. Finanzplan Hardenbergs („Grundzüge meines Finanzplans nach den neueren Erwägungen“, o. D., offenbar nach dem 11. August 1810, vgl. Mammoth S. 207 ff.), in dem zuerst der Gedanke einer Klassensteuer auftritt. Dieser Plan erfuhr Mitte September eine erneute Bearbeitung („Grundzüge meines Finanzplans nach den neuesten Erwägungen“, o. D., (s. Mammoth S. 209). Neu ist hier der Gedanke einer Luxussteuer.

kurieren oder nur kleine halbe Maßregeln nehmen und den Schaden ausflicken soll? — Eins ist sehr zu bedauern, daß sich in die Ansichten des braven N[iebuhr] so viel Bitteres eingemischt, seine ganze Hypochondrie rege geworden ist. Ärger gegen das Benehmen einiger Männer hat den ersten Samen dazu gesät, verfehlte Aussichten ihn genährt, nun ist er nicht mehr vorurteilsfrei. Der durchgreifende H. v. S[chön] ist in seinen Ideen nicht mehr zu erkennen; er rät zu lauter kleinen Mitteln, baut seinen Plan z. B. darauf, daß man nicht die geistl. Güter einziehen, sondern alle Geistl[ichen], kurierte und nicht kurierte, zwingen soll, ein Darlehen von 6 Mill. auf ihre Güter zu schaffen — die Erbpächter: ihren Kanon abzulösen, denn er geht von dem Grundsatz aus: es sei genug Geld vorhanden, oder was ihm gleich sei: Güter, Produkte etc., keine Nation lasse sich aber mehr Geld nehmen von Ausländern, als sie sich wolle nehmen lassen. Herrl[iche] theoretische Ideen, aber wenn man nun gezwungen ist, das Metall für die Kontribut[jionen] herausgehen zu lassen, wenn man unsere Produkte nicht will, wenn Ausfuhr gesperrt ist — wie dann? Die H[aupt]-Ideen H. v. H[ardenbergs] gehen dahin, bei jetziger Gelegenheit die Provinzial-Unterschiede aufzuheben, alle Provinzen, alle Klassen von Untertanen gleichen Lasten zu unterwerfen, den Bauern das Eigentum zu geben, alle Gewerbe frei zu machen etc. Ich kann nicht anders, als dem beipflichten — jetzt oder nie — und es ist mir nur aus egoistischen Ansichten erklärlich, daß einzelne Männer dagegen sind. Unterdessen will H. v. H[ardenberg] in dieser höchst wichtigen Sache gerne mit aller Umsicht verfahren und wünscht vorzüglich, über seinen ganzen jetzigen Plan Ihre Meinung zu haben. Deshalb ist sein höchster Wunsch, Sie zu sprechen. Er geht nun mit dem Könige am 1ten d. M. nach Schlesien, rasch durch über Crossen, Liegnitz, Glatz, Neiße, Cosel, Breslau, wo er den 10ten sein wird. Dann denkt er, H. v. H[ardenberg], nach Buchwald zu kommen unter Vorwand, Gr. Reden zu besuchen, eigentlich aber mit Ihnen zu sprechen, welches mit der durchaus nötigen Geheimhaltung nur geschehen kann, so, daß er mit Gr. Reden oder allein nach Trautenau kommt und Sie dorthin sich begeben oder an anderen Orten auf der Grenze, den [sic] Sie mit Gr. Reden besprechen möchten; natürlich muß alles Aufsehen vermieden werden. H. v. H[ardenberg] wird, sobald er in Breslau den Tag bestimmen kann, es an Gr. Reden schreiben und ihm die Hauptpapiere des Plans zuschicken, damit Sie vorher sie lesen und er dann mit Ihnen alles besprechen könne. Wahrscheinlich wird es zwischen dem 12. und 15. k. M. fallen. Ich brauche nicht zu sagen, wie sehr ich mich hierüber freue und es nur bedaure, daß ich nicht mitkommen kann, um Sie zu sehen und zu sprechen; aber weder hierzu noch sonst, meinem Wunsche und Ihrer Aufforderung gemäß, nach Prag zu kommen, sehe ich Hoffnungen, da ich durch die Geschäfte zu fest angekettet bin und kaum so viel Zeit habe, um meinen Körper durch die nötige Bewegung aufrecht zu erhalten. Vielleicht geht es im nächsten Jahre! — [Schlußformel.]

252. Vincke an Stein

Wiesbaden, 26. Aug[ust] 1810

Stein-A.: Ausfertigung (eigenhändig).

Kritik an dem Ministerium Hardenberg. Begründung seines Abganges.

Die Reise meines Freundes, des Kammerrat[s] v. Motz zu Hanau, nach Prag gibt mir eine lange gewünschte Gelegenheit, Ew. Exz. die Versicherung meiner Verehrung zu erneuern. Von der soweit erwünschten Bestimmung Ihrer hiesigen Angelegenheiten sind Sie unstreitig schon längst benachrichtigt, einstweilen sind wenigstens 2000 fl. jährlich disponibel, die Verwaltung ist in den alten guten Händen und der H[err] Wieler wird hoffentlich ganz wieder genesen; man möchte sich vielleicht scheuen, jetzt gleich wieder Anträge in dieser Sache zu tun, aber man denkt wenigstens doch nicht daran, irgendeinen Gewinn davon zu ziehen und möchte wohl geneigt sein zu gestatten, daß die übrigen Revenuen auf die Substanz, unter Abtragung darauf haftender Schulden pp. nach Ihren Ideen verwendet würden. Wollen Ew. Exz. letztere durch den Überbringer dieses, dessen Vetter, dem hiesigen Geheimen Kammerrat v. Motz, einem sehr schätzbaren und hier viel geltenden Mann, eröffnen, so wird derselbe solche genau auf jede Weise befördern. Ihr hiesiger Geschäftsführer, der H[err] Exner, gilt für einen ganz gewandten Mann, dem man aber kein Geld anvertrauen darf. — Ehe ich die Gegend verlasse, werde ich gewiß noch selbst Nassau besuchen und die Erinnerung des glücklichen Tages erneuern, welchen mir Ihre Gewogenheit vor 3 Jahren dort schuf. — Der Reg[ierungs-] Rat v. Mühlmann, welcher Referent bei der Regierung, ist ein sehr rechtlicher, verständiger Mann; ich hoffe auch noch Gelegenheit zu haben, den M[inister] v. Gagern darüber zu sprechen, welcher von Paris zurückkommt, aber wieder dahin geht. —

Ich befinde mich jetzt hier, um durch eine ordentliche Kur von 30 Bädern das rheumatische Übel auszutreiben, welches seit einem Jahre meinem Körper heftig zugesetzt hat und bei der geringsten Erkältung oder Gemütsbewegung sich erneuerte. Potsdam und Berlin verließ ich nach hartem Kampfe im Anfange Aprils: seitdem haben sich wichtige Ereignisse dort zugetragen, von denen ich in der Tat eine große und günstige Erwartung hegte, welche indessen der Erfolg leider nicht zu bestätigen scheint. Ich habe eben die Berliner Zeitungen der letzten 8 Wochen durchlaufen und glaubte hier wichtige Dinge zu finden, allein es ist mir auch gar nichts vorgekommen als die m[eines] E[rachtens] höchst törichte Suspension des kurmärkischen Einkommensteuer-Edikts, welche, noch durch nichts ersetzt, eine große Stagnation bewirken muß und das Gouvernement äußerst compromittiert durch schädliche Nachgiebigkeit gegen die egoistischen Stände. Noch weniger gefallen mir die vom M[inister] Hardenberg beibehaltenen und wieder angestellten Personen — der kraftlose, unbehilfliche Dohna geblieben, sowie die elenden Beguelins pp. — Niebuhr und Humboldt abgetreten — der so äußerst zweideutige Oelßen erhoben und diesem mit Labaye

und St[a]jegemann die obere Leitung der Finanzverwaltung übertragen! auch Kircheisen, der entschiedene Gegner aller Neuerungen und Veränderungen, Verfechter der Patrimonial-Jurisdiktion pp. paßt gewiß nicht — der neue Kriegsminister ist mir noch unbekannt — aber die übrige Komposition verspricht mir gar nichts — Schön ist berufen, hat sich aber erst die Sache ansehen wollen, ich bezweifle seine Teilnahme, kann diese auch eigentlich auf eine entscheidende Weise nicht wünschen, da mit seiner reinen Theorie, nach meiner Überzeugung, bei solcher Lage der Umstände, nur verschlimmert, nicht gebessert und geheilt werden kann. Auch mich wünschte man zurück, aber wäre ich auch gesund, ich hätte mich nie entschließen können, mich den jetzigen Maximen und Personen beizugesellen, wenn auch die äußern Verhältnisse, die Persönlichkeit des Königs mehr von der Zukunft erwarten ließen als dieses leider der Fall ist! Auch erschweren meine jetzigen persönlichen Verhältnisse dieses sehr.

Ew. Exz. mir stets bewiesene Teilnahme darf ich auch für die Versicherung in Anspruch nehmen, daß mein Lebensglück durch die am Ende Mai vollzogene Verbindung mit dem, wie ich von meiner Schwester vernommen, mir von Ihnen vor langer Zeit schon bestimmten Fr[äu]ll[ein] Syburg einen großen Zuwachs bekommen hat. — Bald nach unserer Verheiratung haben wir eine Reise nach der Schweiz angetreten, von welcher wir hierher zurückgekommen sind, und welche, obwohl durch den beinahe täglichen Regen sehr verleidet, mir doch sehr viel Interesse gewährt hat. Es ist ein ganz eigenes frohes Gefühl, sich einmal unter Menschen zu befinden, unter denen die jetzt so allgemeinen Klagen und Beschwerden nicht widerhallen und die noch ihres Lebens froh werden. Freilich ist dieses auch dort ein sehr prekärer Zustand, dessen Dauer die neueste Erfahrung von Holland sehr ungewiß macht, ohne daß das lockere Band, welches die einzelnen föderierten Kantone zusammenhält, ein bedeutendes Hindernis abgeben möchte. — Hofwyl hat mir sehr wohl gefallen, weniger das Pestalozzische Institut meine Erwartungen befriedigt — für Elementar-Unterricht ist die Methode gewiß vorzüglich, aber für die jetzt versuchte Ausdehnung auf allen materiellen, wissenschaftlichen Unterricht m[eines] E[rachtens] nicht geeignet. In den rheinischen Bundesländern habe ich überall große und gerechte Unzufriedenheit der Einwohner gefunden, die größte Unordnung und Verwirrung, zumal in der Finanzverwaltung; von allem scheint mir wirklich das Nassauische noch am besten regiert zu werden, am schlimmsten das Badensche — der alte Großherzog von Baden ist nun völlig blödsinnig — nächst dem Bergischen, welches ganz französisiert wird, kürzlich mit einer Grundsteuer von 40 p[ro C[en]t] des reinen Ertrages neben den anderen Steuern belegt wurde. Von Fulda und Hanau sind bei der Übergabe neben den Salinen und 6 Ämtern noch für 600 000 fr. Ertrag Domänen reserviert; zu letzteren die Kollegiengebäude, Gefängnisse, Chaussee-Alleen pp. gerechnet werden — doch Sie werden dieses Spezielles vom Überbringer vernehmen. —

Mich wird künftig die Verwaltung von Vellinghausen und Ickern beschäftigen, auf dem letztern Gute werden wir wohnen, selbst wirtschaften und bessere Zeiten abwarten. — Die alte Frau v. Diepenbrock ist gestorben; Romberg ist Präfekt des Ruhr-, Graf Borcke des Rhein-Departements, das Ems-Depart[ement] wird noch provisorisch versehen. — Das Domkapitel in Münster ist noch immer nicht aufgelöst und Spiegel dadurch fortwährend gefesselt — man nennt jetzt den G[rafen] Loison — mit welchem ich früher recht gut fertig geworden — als General-Gouverneur des Bergischen; von 3300 M[ann], die vor 2 Jahren von dort nach Spanien gegangen, sind nur 600 noch übrig, jetzt werden wieder 2200 nachgesendet — 7500 Westfalen sind auf 800 geschmolzen, und so im Verhältnis alle übrigen dahin geführte[n] Deutschen. —

Soeben sprach ich nochmals den Herrn v. M[otz], welcher gern alles unterstützen wird und es selbst möglich glaubt, bereite Disposition auf schicklichem Wege zu verschaffen — es tut mir leid, daß ich bald weiter entfernt nicht selbsttätiger als Mittelsperson wirksam sein kann — gewiß aber ist hier der beste Wille. —

Die Reck-Böselagersche Sache beruht jetzt beim Ober-Revisions-Gericht in Düsseldorf zur Final-Entscheidung.

Meine älteste Nichte heiratet den Erbgrafen von Wernigerode, ein seltner Fall, daß 3 Brüder mit 3 Schwestern verheiratet. —

253. Stein an Schön

Prag 30. August 1810

PrStA. Königsberg, jetzt Göttingen, Nachlaß Schön: Ausfertigung (eigenhändig). Danach hier. — Stein-A.: Konzept (eigenhändig) d.d. 29. Aug. auf dem Schreiben Schöns an Stein v. 16. Aug. [18]10 mit formalen Abweichungen gegenüber der Ausfertigung.

Druck: Pertz, Stein II S. 505 f.; Alte Ausgabe III S. 304 f.

Tadelt die Haltung Niebuhrs und Schöns gegenüber Hardenberg. Verteidigt dessen Finanzpolitik.

Wilberforce, der Fromme, würde wahrscheinlich dem Preußen und dem Dänen, die nach ihrer Heimat zurückgehen wollen, antworten, „daß nur der sich rühmen darf, einen guten Kampf gekämpft zu haben, der beharret bis an das Ende“.

Er würde rufen:

„Wachet, steht im Glauben, seid männlich und stark“. 1. Kor. 16, 13.
 „denn das Reich Gottes steht nicht in Worten, sondern in Kraft“. 1. Kor. 4, 20. „und jeder soll bleiben in dem Beruf, in dem er berufen ist“. 1. Kor. „niemand soll suchen, was sein ist, sondern was des andern ist“. 1. Kor. 10, 20.

Er würde die schöne Stelle über die Liebe, worunter die Liebe zum leidenden Vaterland und dem unglücklichen König begriffen ist, 1. Kor. 13, 1. sq. ganz abschreiben und besonders 5, 4. „die Liebe ist langmütig und freundlich, die Liebe eifert nicht“, 5, 7. „sie verträgt alles, sie glaubt alles, sie hofft

alles, sie duldet alles“, und I. Kor. 8, 1. „daß die Liebe bessert“. Ich würde noch auf die Behauptung, daß „Papier und Volk und Geld und Bank und Land und Pflicht und Tax und Kauf nur zum Tod führen“ antworten, habt ihr andere Mittel bei Krebs und Brand als Schnitt, Schierling und Höllenstein, so sagt sie, wollt ihr sie aber mit Froschlaichpflaster heilen?

Preußens Emanzipation muß innerhalb eines Jahres, Oktober 1811 als dem letzten Zahlungstermin, erfolgen, als der wahrscheinlichen Dauer des spanischen Kampfs, sonst ist es unübersehbar, welche neuen Kombinationen in dem Kopf des Übermächtigen und Ungebundenen entstehen können. Papier ist übel und gewaltsame Maßregeln, Metall zu erpressen, sind auch ein Übel, aber der gegenwärtige Zustand der Dinge ist noch ein größeres, und seine Dauer wegen der Folgen das allergrößte. Wer wird Friedrich d. G. Vorwürfe machen, daß er schlechte Münze schlug, da dieses eine unerläßliche Bedingung der Erhaltung seiner Staaten war. Papier ist nur im Übermaß nachteilig, und zwar denen Rentenierern, denen Besoldeten, nicht dem Produzenten und Gewerbetreibenden, dieses lehrt die hiesige tägliche Erfahrung, und dennoch läßt sich auch hier die Maßregel der übermäßigen Papier-Emission nicht tadeln, wenn man es als Mittel ansieht, um den langen Kampf gegen fremde Übermacht zu kämpfen.

254. Sack an Stein

B[erlin], 31. Aug[ust 18]10

Stein-A.: Ausfertigung (eigenhändig).

Druck: Alte Ausgabe III S. 305 f.; Steffens, Briefwechsel Sacks Nr. 18.

Abreise Hardenbergs. Die bevorstehende Zusammenkunft mit Stein. Die kurmärkischen Stände. Der Finanzplan Hardenbergs.

Mein Schreiben vom 23. d.¹ wird Ihnen ohne Zweifel durch dieselbe Gelegenheit, wie Sie dieses erhalten, sicher zugekommen sein. Mit Bezug darauf melde ich, daß der H. v. H[ardenberg] heute von hier gegangen ist und sich sehr inniglich freut, Sie zu sprechen. Es bleibt zwar dabei, daß der König den 12ten von Breslau zurückgeht, aber v. H[ardenberg] wird dann das Gebirge noch einige Tage besuchen, zu Gr. R[eden] kommen und durch ihn Sie zeitig benachrichtigen, wann er Sie sprechen zu können hoffe. Am liebsten wäre es, wenn es in diesseitigen Gebieten auf der Grenze wäre, um den Umständen überhoben sein zu können, welche die Reisen über die Grenze mit sich führen.

Über den Gegenstand Ihrer Unterhaltung sage ich nichts Näheres, weil Sie das vollständig erfahren, aber ich muß Ihnen die Bemerkung an das Herz legen, daß der Adel, besonders der kurmärkische, verderbte, alles tut, um das Vernünftige und Wohltätige Ihres großen Plans zur Reorganisation unseres Staates zu hemmen, und daß er Himmel und Erde bewegen wird,

¹ Genauer vom 22. August 1810.

sich in seinem alten Egoismus zu bewahren. Darum will er durchaus keine neue Repräsentation und hat den Herrn Minister des Innern vermocht, alle vernünftigen Pläne der H[erren] Friese und Borsche zu reponieren und die ganze Sache 2 Jahre auszusetzen². Er will durchaus alle Lasten von sich werfen und die andern Stände allein darunter seufzen lassen; alle Provinzial-Unterschiede und ebenso die Kasten-Unterschiede perpetuieren. Wenn aber jetzt nicht diese mit dem Zeitgeiste unverträglich und so verderblich gewordenen und gewiß noch mehr werdenden Unterschiede weggeworfen werden, so ist die Hoffnung auf Neues verloren. Wenn H. N[iebuhr] und S[chö]n nicht darauf dringen, im Gegenteil diese Pläne anfechten und wieder halbe Maßregeln vorschlagen, so geschieht es lediglich aus Egoismus und Eitelkeit, welche leider auch die gescheitesten Männer befangen kann. Sie wollen sich nun eine Partei bei dem Adel und exempten Klasse machen, um durch sie eine Rolle als Minister zu spielen. Glauben Sie mir das, Sie kennen mich zu lange, als daß Sie mich mißkennen könnten, ich werde mich nie verleugnen . . .³ gegen Sie; ich will nichts als die . . .⁴ Festhaltung an den Grundsätzen des Guten, was wir so oft als solches gemeinschaftlich anerkannt haben.

Der Punkt wegen Zusammenwerfung der Schulden in den verschiedenen Provinzen hat allerdings viel Bedenkliches⁵, aber wenn wir die Menschen nicht besser bilden und besser repräsentieren, so wird ebenso schlecht gehandelt werden, man mag die Provinzial-Schulden zusammenwerfen oder allein lassen; H. v. H[ar]d[enber]g wird Ihnen auch ein P. M. vorlegen, worin das Zulässige des Ersteren näher und, wie ich glaube, überzeugend dargetan ist.

Ich freue mich in der Anlage Ihnen etwas Gutes mitteilen zu können. Über die Art der Gelderhebung werden Sie das Nähere wohl veranlassen, in dem die Beziehung von dort oder von Wien her auf Frankfurt keine Bedenken finden kann.

Dem H. St[aa]ts- R[at] K[unth] habe ich nach Ihrem Auftrag an ihn die beiden Arowschmithschen Karten⁶ abgeliefert, den bis jetzt nicht gebrauchten Stuhl werde nun als ein schätzbares Andenken und als Sorgenstuhl gebrauchen, wozu es mir so wie bisher ferner nicht an Materie fehlen wird; die Büste unseres würdigen Vaters Heinitz darf ich, so wie sie jetzt ist, nicht abliefern, sie hat durch unverschuldeten Zufall diminutionem capitis oder vielmehr colli erlitten. Darum wünschte ich, sie Ihnen lieber bezahlen zu können.

² Die von Friese und Borsche bearbeiteten Pläne betrafen vorwiegend die Reform der Kreis-, Polizei- und Gemeindeverfassung, die unter Stein nicht zustande gekommen war. Dohnas Unentschlossenheit führte die von Sack kritisierten Verzögerungen herbei, so daß die Reformpläne Frieses erst im November 1810 zusammenfassend vorgelegt werden konnten. Vgl. über ihre Entwicklung und ihren Inhalt Meier, *Reform* (2. Aufl.) S. 381 ff. — Über Friese ebd. S. 135 ff. — S. außerdem Stern, *Reformzeit* S. 157 ff.

³ Abgerissen.

⁴ Abgerissen.

⁵ Vgl. oben Nr. 225 u. 247, unten Nr. 261 Anm. 4.

⁶ Arrowsmith, um 1800 bekannter englischer Karten-Verlag.

255. Gräfin Brühl¹ an Stein

Teplitz, 6. September 1810

Stein-A.: Ausfertigung (eigenhändig).

Reise nach Böhmen. Familienangelegenheiten. Geldknappheit. Zukunft ihrer Tochter Marie. Tod der Königin Luise. Persönliches.

¹ Vgl. Steins Briefe vom 2. Nov. und 20. Dez. 1809 (siehe oben Nr. 162 und 177). Über Gräfin Sophie Brühl und ihre Töchter vgl. oben Nr. 162 Anm. 1.

256. Stein an Kunth [?]

P[rag], 9. Sept[ember] 1810

Stein-A. (C 1/21 Kunth, Lose Briefe 4b): Konzept (eigenhändig).

Seine Einkünfte und finanziellen Verpflichtungen. Briefverbindung über Rothschild. Personal.

Es findet sich eine ganz sichere Gelegenheit, Ihnen dieses, mein liebster, treuer Freund, zustellen zu lassen, die ich benutze, um Ihnen zu schreiben. Nach hier eingegangenen Nachrichten hat¹ die nassauische Regierung meiner Frau(en) und Kinder Kompetenz auf 2/m f. [2 000 Florin] festgesetzt, diese müßte sobald als möglich her übermacht werden und zwar in Wechsel auf Münze oder Konventionsgeld, nicht auf Papier.

Da ich seit dem 1. Sept[ember] 1808 bis zur Zeit der Sequestration Jan[uar] 1809 nichts erhoben habe, von da an nichts habe erheben können, so müssen sich, unerachtet aller außerordentlichen Ausgaben, Bestände gebildet haben oder noch ferner bilden — diese könnten verwandt werden, entweder, [1]) daß man die Bestände sammelt und herschafft, welches aber doch ohne Konnivenz der Behörde in Wiesbaden nicht geschehen kann, 2) oder daß man die dortigen Schulden bezahlt z. B. die Overlachsche[n] Erben, die Zwierleinische[n] Erben, wobei aber das größte Geheimnis beobachtet werden müßte,

[3]) oder daß man die Birnbaumer Zinsen zahlt, wobei folgendes zu beobachten ist:

das Gouvernement in Warschau hat einen Sequester konstituiert, der 1 600 Taler Besoldung zieht, alle bisherigen Überschüsse nach Posen in das Depositorium schickt und bisher keinen Gläubiger bezahlt hat — es ist Hoffnung da, daß dieser Sequester aufgehoben und dem Miteigentümer die Verwaltung unter gewissen Einschränkungen und obrigkeitlicher Aufsicht gegeben werde, erfolgt dieses, so erfolgt auch die Zinszahlung, sonst häufen sich die Zinsreste immer auf. In diesem Fall, worüber noch nähere Nachricht Ihnen wird mitgeteilt werden, wünschte ich, daß die Zinsen in Wesel und Münster von Ihnen aus bezahlt würden, die Namen der Kreditoren finden sich unter Ihren Papieren.

Ich wünschte sehr, eine[n] kurze[n] summarische[n] Rechnungsabschluß von N[assau] zu erhalten.

¹ Stein schreibt „ist hat“, das erstere Wort versehentlich nicht getilgt.

Auf dem linken Rheinufer, wo das Vermögen ziemlich durch die Passiva absorbiert wird, müßte man den Kreditoren Assignationen auf einzelne Posten der passivorum geben, die sie dann unmittelbar selbst einzögen. Die alte Frau v. Diepenbrock ist gestorben, und Frau v. Boenen und deren Freund und Kurator, Herr Domdechant v. Spiegel zu Münster, würde[n] sich in Ansehung der Forderung der Erblasserin gerne hierauf einlassen, da ich von ihnen alles Freundschaftliche und Gute erwarte.

Man behauptet von guter Hand, daß der Herr Regierungsrat v. Mühlmann in Wiesbaden ein vorzüglicher, rechtschaffener, gutgesinnter Mann ist — mit dem müßte man sprechen.

Durch Herrn Bankier Rothschild, der periodisch vertraute Menschen herschickt, können Sie sich mit mir in Verbindung setzen — kuvertieren Sie Ihre Briefe hierher unter der Adresse Kurhessischen Herr[n] Geheime[n] Sekretär Delbrück, auf das innere Kuvert setzen Sie nur² — besorgen Sie sie auf eine ganz sichere Art an Herrn Rothschild — so werden sie mir wohl zukommen, aber unmittelbar, nicht durch die Dazwischenkunft einer in Frankfurt wohnenden Person.

Herrn Exner, der nach meinen Nachrichten ein sehr gewandter Mann ist, soll kein Geld anvertraut werden können.

Sollte man nicht die Möbel in das Posthaus setzen können, wo es an leeren Zimmern nicht fehlt — dann könnte man sie doch von Zeit zu Zeit lüften und reinigen und wäre auch gewiß, daß sie beisammen blieben — was macht der Gärtner Herr Diehle, die Hellwigin, der Jäger Müller, Herr Dreßler, Herr Rat [*abgebrochen*].³

257. Sack an Stein

Berlin, 11. Sept[ember] 1810

Stein-A.: Ausfertigung (eigenhändig).

Druck: Alte Ausgabe III S. 307 ff.; Steffens, Briefwechsel Sack Nr. 19.

Die Zusammenkunft mit Hardenberg. Reformprogramm. Reorganisation der landständischen Verfassung. Egoistische Haltung der kurmärkischen Stände. Aufhebung der Provinzial- und Standesunterschiede. Papiergeld. Domänen. Verschwendung im Staatshaushalt. Überflüssige Ausgaben und Protektionen bei der Armee. Bildung des Staatsrats unerläßlich. Reformen im Finanzministerium. Untätigkeit des Justizministeriums. Vincke. Schön. Niebuhr. Eichhorn. Ertrag der Akzise.

Höchst erfreulich sind mir Ew. Exz. beide Schreiben vom 19. und 31. v. M. gewesen¹, welche ich vor wenigen Tagen richtig erhalten habe. Ich erkenne Sie ganz wieder in dem lebhaften Interesse, was Sie an den großen Ein-

² Unleserliche Stelle.

³ Kunth hatte in einem Schreiben an Stein vom 3. mit Nachschrift vom 8. August (Ausfertigungen im Stein-A.) persönliche und geschäftliche Mitteilungen gemacht, auf die Stein hier eingegangen sein dürfte.

¹ Fehlen beide.

richtungen unseres und des dortigen Staates nehmen und an dem Beschlusse, die auf die ersteren hinielende Zusammenkunft anzunehmen, trotz der Gefahr, die für Sie damit verbunden sein könnte; ich freue mich, daß Sie in Hauptstücken meiner Meinung sind und mir immerfort Ihr lang gewohntes und, wie ich mir schmeichle, lang verdientes Vertrauen schenken, was zu den wenigen Dingen gehört, die für mich einen wahren Wert haben.

Dieses Vertrauen macht es, daß ich bei der nun nahe bevorstehenden wichtigen Zusammenkunft über einige Hauptobjekte näher zu Ihnen reden und sie zu Gegenständen Ihrer geneigten Überlegung, so weit Sie es für gut halten, zu machen bitte. Daß sie selbst mit größter Vorsicht gehalten werde, kann ich bei der Einleitung, die mir Gr. Reden gemeldet hat, und da er alles allein leitet, erwarten, und es wäre höchst traurig, wenn davon etwas verlautbarte, sowohl für Sie, als H. v. H[ardenberg] und den Staat.

Der Finanz-Plan ist das Erste und Hauptsächlichste. Ich bin durchaus überzeugt, daß sich ohne Radikal-Mittel kein Heil schaffen läßt. Diese müssen mit einer Konstitution und anderen Organisation der Stände angefangen werden. Die jetzigen sind total zu nichts nütze, als alles Gute zu hemmen und ihre Qualität zu mißbrauchen, um mit dem krassesten Egoismus alle Lasten von sich auf die andern Stände zu schieben. Aber hier gleich muß mit Kraft angefangen und festgehalten werden; sonst ist auch bei allen andern, nun folgenden Maßregeln nichts zu machen. Die ganzen französischen Okkupat[ions-]Geschäfte, die Einkommensteuer-sache pp. hat gelehrt, wie die Menschen denken, und lassen Sie sich von H. v. H[ar]d[en]b[er]g einen Bericht von mir wegen der Lebus'schen Stände vorlegen, um dieses von neuem zu sehen. Allein, will oder kann man diese Kraft nicht anwenden, so muß man nichts tun, was der Sache radikal helfen könnte, sondern sich mit jämmerlichen Palliativen behelfen.

Diese Radikal-Kur ist jetzt nur Wegschaffung aller Spuren des Lehenssystems, Wegwerfung aller Unterschiede zwischen den Provinzen und den verschiedenen Klassen der Untertanen in denselben. Jetzt oder nie, und besser dem Hund mit einmal die Ohren abgeschnitten, als alle Tage ein Stückchen, wie Gr[af] Dohna will. Wenn man dieses erst beschlossen und sich fest vorgenommen hat, so werden die einzelnen Maßregeln des H. v. H[ardenberg] gut sein mit Modifikationen, die gewiß von ihm selbst gern werden vorgenommen werden.

Höchst interessant sind Ihre Ideen über die Kontrib[utions-] Zahlung vom 19. v. M.², und gewiß werden Sie solche mit H. v. H[ardenberg] durchgehen. Die Anleihe in England wäre höchst wichtig. Was Sie zu den neuen Zirkulations-Mitteln des H. v. H[ardenberg] und [seiner Ansicht,] allein in die Steuer-Oblig[ationen] und Pfandbriefe alle andern Staatspapiere umzuschaffen [?], sagen werden, bin ich sehr erwartend. Aber dann dürfen wir

² *Fehlt.*

die Domänen nicht an Napoleon geben³; weil wir sie dazu brauchen; auch würde es uns gewiß viel mehr in französische Verhältnisse und Zwistigkeiten verwickeln als die — allerdings höchst fatale Festungs-Besatzung; denn hier werden wir sonst mit den Franzosen sehr gut fertig. G. Liebert⁴ ist ein älterer, nicht böser Mann aus Moreaus Anhang, und die andern Kommandanten in Küstrin und Glogau sind subordinierte Stabsoffiziere, die sich ohne Anhang ruhig halten. Können wir die Räumung aber sonst erhalten, wozu Hoffnung ist, so ist es der Kostenersparung und Selbständigkeit halber sehr wünschenswert.

Sehr recht haben Sie, daß im innern Haushalt keine Sparsamkeit sei. Gr. Dohna treibt die Sache in das Lächerliche mit den Kosten. Die Medizinal-Partie kostete sonst 6000 Rthl. bei dem ausgedehnten Staate, jetzt 36 000 Rthl. — Durch bloße Konnexionen sind Männer ohne Reputation, z. B. wie Dr. Kohlrausch, weil er Humboldts Hausfreund in Rom war, mit 2—3000 Rthl. zu Geheimen Medizinal-Räten angesetzt⁵, Formey usw. übergangen. Eine Menge unnützer Menschen sind überall angestellt. Darin ist durchaus eine Revision, Wegschaffung des Überflüssigen und mehrere Strenge notwendig. Höchst interessant ist es, daß Sie dem H. v. H[ardenberg] die dortigen militärischen Einrichtungen mitteilen. Bei uns ist ein hoher Militär-Etat, die alten Stellen der Offiziere⁶, mehr Druck als je wegen des Service- und Einquartierungs-Wesens und unmittelbare Bewilligung alles dessen, was die Regiments- und Bataillons-Chefs haben wollen, die sich damit nur unmittelbar an den König zu wenden brauchen. Der Grundsatz, daß der Militär-Stand inklusive des Adels in die Nation zurücktreten und das Verdienst allein zum Eintreten und Avancieren berechtigten sollte, ist ganz verlassen⁷. Die Söhne und Vettern der Offiziere und adligen Familien sehen wir mehr als je als kleine Kinder schon im Militärrock, und kein andrer kommt dazu.

Höchst nötig ist es, daß der Staats-Rat bald eintrete und die Organisation vom 24. November 1808 ganz durchgeführt werde; aber leider ist er auch in den neuesten Zeiten in Hauptsachen abgeändert p. e.: die Post, welche als Polizei-Anstalt unter dem Minist[erium] des Innern stehen sollte, ist emanzi-

³ Was Stein anscheinend vorgeschlagen hatte. Vgl. Steffens, Sack S. 51 Anm. 2. — Allerdings widerspräche es seinen Anschauungen aus dem Jahre 1808, wo Stein selbst sich gegen die Überlassung von Domänen an Napoleon ausgesprochen hatte. S. Lehmann, Stein II S. 174.

⁴ Der französische Kommandant von Stettin.

⁵ Das alte Collegium medici et sanitatis war Ende 1809 aufgelöst, an seiner Stelle die Medizinalsektion des Ministeriums des Innern gebildet worden, die Humboldt unterstellt wurde. Mitglieder waren Hufeland, der Geh. Obermedizinalrat Welper, der Generalstabschirurg Görke und seit Juli 1810 als Geh. Obermedizinalrat auch Humboldts Hausarzt Kohlrausch. (Vgl. Bassewitz IV S. 111 f.)

⁶ Steffens, Briefwechsel Sacks S. 52, liest hier: „das alte Stehlen [?] der Offiziere.“

⁷ S. das „Reglement über die Besetzung der Stellen der Portepée-Fähnriche und über die Wahl der Offiziere . . .“ vom 6. Aug. 1808. Vgl. Lehmann, Scharnhorst II S. 61 ff.

piert⁸, Titular Geh. St.-Räte gemacht und dgl. m[e]hr]. Ohne Zusammentritt des Staats-Rats sind Widersprüche der einzelnen Behörden, Unkenntnis des Ganzen, Mangel an Zusammenhang unvermeidlich.

Auch bei unserem Finanz-Ministerio muß durchaus eine Änderung gemacht werden. Ich habe von der Teilnahme daran nichts als Arbeit und Verdruß, weder im Gehalt noch Ehre gewonnen, würde dieses auch nicht genommen haben, wenn man mich als Präsident der ganzen Finanzkommission⁹, die das Finanz-Ministerium unter H. v. H[ardenberg] repräsentierte, vorgesetzt hätte, indem dann auch H. v. Heydebreck und v. Quast Mitglieder blieben, wogegen niemand etwas sagen könnte, da ich als Ältester Geh. St[aa]ts- R[at] bin und als Oberpräsident dergl[eichen] Ministerial-Funktionen zu meinen Geschäften gehörten; aber dann wäre doch noch Verbindung des Ganzen und ordentlicher Geschäftsgang, jetzt ist durch die Teilung fast alles davon verschwunden. Sie kennen H. Labaye, daß der kein Mann für Geschäfts-, bloß für kaufmännische Leitung ist; H. Staegemann als alles auf die leichte Achsel nehmend, und H. v. Oelßen ist mit Geschäftsbetrieb zu wenig bekannt. So bin ich fast ganz aus dem Zusammenhang gehalten und habe durchaus die zur Administration gehörige Übersicht und fortgesetzte Kenntnis nicht, und die Geschäfte bei der Kommission werden mit großer Förmlichkeit, Langsamkeit und Unzusammenhang behandelt.

Wenn man in obiger Art das Finanz-Ministerium konstituierte, so hätte man die Sektionen vereinigt, wie in der Tat überall wird geschehen müssen, weil sonst die Scheidelinie zwischen ihnen und den Ministerien zu unbestimmt ist und unnützes Geschreibe zu sehr vervielfältigt wird.

Am allerwenigsten hat bei uns das Justiz-Ministerium getan. An Auswechselung der schlechten Subjekte, Konsolidierung der einzelnen Gerichte, Aufhebung von Patrimonial-Gerichten scheint so wenig der jetzige als vorige Justiz-Minister zu wollen¹⁰; man hielt das Alte für höchst vollkommen, und ich habe es nicht einmal dahinbringen können, hier die exempten und in exempten Kriminalgefangenen usw. der Hausvogtei mit der Stadtvogtei zu verbinden und dagegen die Polizei- und Schuldgefangenen von den Kriminalgefangenen zu trennen.

In allen diesen Dingen müßte durchaus der treffliche und einsichtsvolle

⁸ Hiermit verband sich ein besonderer persönlicher Kummer von Sack. 1808 war nämlich das neue Generalpostamt als eine Unterabteilung der I. Sektion (Allgemeine Polizei) des Ministeriums des Innern eingegliedert worden. Hardenberg verwandelte es in eine selbständige, dem Departement der allgemeinen Polizei nicht mehr unterstellte Abteilung des Innen-Ministeriums. Aus dieser Neuordnung ergaben sich sehr kleinliche Rangstreitigkeiten zwischen dem General-Postmeister Seegebarth als Chef der neugebildeten Abteilung und Sack, der in diesem Punkte sehr empfindlich war.

⁹ Vgl. dazu oben Nr. 230 Anm. 7.

¹⁰ Bymes Nachfolger als Justizminister wurde der bisherige Chefpräsident des Kammergerichts, Friedrich Leopold v. Kircheisen.

H. v. H[ardenberg] mit seiner großen Güte [?] bestimmten Willen aussprechen und darauf dringen, sonst geht es in der Tat nicht, und ich bitte, dieses alles ihm recht an das Herz zu legen. Sie haben sein ganzes Vertrauen. Sie fragen mich: ob H. v. Vincke unter keiner Bestimmung wiederzuerhalten wäre? Eben gestern habe ich einen Brief von ihm erhalten, den ich Ihnen daher beilege, weil er sich darüber bestimmt ausspricht und zugleich allerhand Ihnen gewiß interessante Nachrichten enthält. Ich wünschte den Brief aber wohl wieder zurückzuerhalten. Was er darin am Ende von dem Martin¹¹ sagt, scheint irrig, indem mich H. Eichhorn versichert hat, daß derselbe sich, nachdem er von hier durch sichere Versprechungen des westf. Gesandten nach Kassel veranlaßt [?] worden, treffl[ich] benommen, nichts aus sich hat herausbringen lassen und bereit [war] zu sterben, nachher aber, weil man auf ihn nichts bringen konnte, begnadigt ist.

H. v. Schön ist, wie Sie wissen, nach Gumbinnen zurückgereist, unzufrieden damit, daß man ihn hier nicht an die Spitze gestellt hat, obgleich getröstet durch des Königs persönliche Behandlung und eine gnädige Kabinettsordre¹²; H. v. Niebuhr ist mißvergnügt [?] und seine Eigenliebe höchlich beleidigt, ich glaube daher schwer, daß ich ihn disponiere, zu Ihnen zu gehen. Indessen ist wirklich sein Abgehen von keinem nachteiligen Einfluß im Publikum; weder er, noch H. v. Sch[ön] haben die öffentliche Meinung für sich. Es ist fatal, wenn sonst so achtbare Menschen sich von ihrem Egoismus so unterkriegen lassen. H. v. H[ardenberg] wird Ihnen darüber das Nähere mitteilen. Wegen Ihrer Gelder zu F[rank]f[ur]t nehme ich auf mein Schreiben vom 31. v. M. Bezug, was Ihnen unterdessen zugekommen sein wird. H. Eichhorn wartet, ob Sie deshalb vielleicht direkt oder durch uns disponieren wollen. Übrigens wird dieser wackere Mann, der kürzlich Kammer-Gerichts-Rat worden ist, die jüngste Tochter des Hofpr[edigers] Sack¹³, ein schönes getreues Mädchen heiraten, und es ist mir lieb, einen so rechtlichen, gescheiten Mann in unsere Familie zu bekommen.

H. Eversmann¹⁴ aus Hagen kam vor etlichen Tagen hier durch, um nach Moskau zu gehen, wo er Disponent eines Herrn Kraus & Hilliger [?] werden soll, welche ungeheure Eisen- und Kupferwerke im hinteren Rußland haben; um seine Wissenschaft ist es schade, durch sein Benehmen und öffentl[iches] Handeln hat er sich aber kein Vertrauen erworben, die sein Weggehen sehr bedauern lassen, in Berg war seine Stellung sehr prekär und ungewiß.

¹¹ *Sigismund Peter Martin, der an Dörnbergs Aufstand beteiligt gewesen war. Er hatte sich nach dem Zusammenbruch des Unternehmens nach Berlin gewandt. Von hier aus wurde er durch den westfälischen Gesandten unter dem Versprechen der Straflosigkeit nach Kassel zurückgelockt, dort sofort verhaftet und zum Tode verurteilt, am Tage vor der Urteilsvollstreckung zu einer Gefängnisstrafe von unbestimmter Dauer begnadigt.*

¹² *Vgl. Papiere Schöns I S. 65 und Anlagen S. 133.*

¹³ *Amalie Sack. Vgl. W. Windelband, Deutsche Revue 1916, 1918.*

¹⁴ *S. Bd. I Nr. 124 Anm. 5.*

Bei uns ist nun der junge H. Gerhard aus Rothenburg gerufen¹⁵; ich glaube mein Bruder aus der Gr. Mark¹⁶ wäre für Schlesien gut gewesen, auch wäre er gern gekommen, aber ich habe natürlich nicht für ihn sprechen können. Wenn Sie jener Meinung sind, so empfehlen Sie ihn dem H. v. H[arden-]b[er]g.

Ich schließe diesen langen Brief mit dem herzlichsten Wunsche des Gelingens und der glücklichsten Folgen Ihrer Zusammenkunft und mit der Bitte, mir Ihr Andenken und Ihre Freundschaft zu erhalten, sowie mit den besten Wünschen für Sie und Ihre hochverehrte Familie.

Nachschrift. Die Akzise trägt dies Jahr trefflich Geld ein. Allein Königsberg hat im August 303000 Rthl. gebracht, und so verhältnismäßig überall, wo die Kolonialwaren hin- und durchkommen. Wenn uns nur nicht diese Quelle abgeschnitten wird!

258. Stein an Reden

[o. O., vor 14. September 1810]¹

Ehemals Preuß. Staatsarchiv Breslau: Ausfertigung (eigenhändig).
Druck: Alte Ausgabe III S. 306 f.; Wutke S. 623.

Die bevorstehende Zusammenkunft mit Hardenberg.

Ich erwarte also die nähere Bestimmung des Tags und die Auswahl des Orts. Sollte Königgrätz nicht der schicklichste Ort sein oder Jaromircz? Die Schenke hatte vieles Unbequeme. Ich empfehle jedem und auch Ihnen, mein Freund, den Text: „Wachet, steht im Glauben, seid männlich und stark“ I. Kor. 16. Kap. 13. Vers, „denn das Reich Gottes steht nicht in Worten, sondern in Kraft.“ I. Kor. Kap. 4, Vers 20, und dann empfehle ich I. Kor. 13. Kap. Vers 1². Leben Sie wohl — auf Sie freue ich mich.

259. Grundzüge des Hardenbergschen Finanzplans [o. D. Frühjahr 1810]

PrGStA., jetzt DZA II Merseburg, Rep. 92 Hardenberg H 5 IV Vol. 1.: Entwurf (Kanzleiband).

Grundzüge des Finanzplans nach den neuesten Erwägungen. Vgl. unten Nr. 263.

Einleitung.

Die Schulden des preußischen Staats übersteigen keineswegs seine Zahlungskräfte — selbst dann nicht, wenn man nach vorhergegangener Liquidation und Prüfung der Provinzial- und Kommunal-Schulden, von den aus dem letzten Kriege herrührenden, den Teil auf den Staatsschulden-Fonds übernimmt, welchen die Provinzen und Kommunen zu tragen außerstande sind. Es würde nicht viel Schwierigkeiten machen, einen Plan zur

¹⁵ S. oben Nr. 229 Anm. 6.

¹⁶ S. oben Nr. 68 Anm. 7.

¹ Das Datum ist abgerissen.

² „Wenn ich mit Menschen- und mit Engelzungen redete und hätte der Liebe nicht, so wäre ich ein tönend Erz oder eine klingende Schelle.“

sukzessiven Tilgung aller Schulden zu entwerfen und durchzuführen, wenn man in Absicht auf Zeit und äußere Umstände unbeschränkt wäre. Nur diese und der Umstand, daß die französische Kontribution in einem sehr kurzen Zeitraum entrichtet werden soll, legen uns die größten Hindernisse in den Weg und nur durch Anstrengung können diese überwunden werden.

Noch ist es nicht klar, ob die Sendung des Geheimen Staatsrats Labaye nach Paris eine Milderung in Absicht auf die Zahlungstermine hervorbringen werde. Inzwischen muß in dem Finanzplan auf die Zahlung der nach der Konvention vom 8ten September 1808 zu entrichtenden vollen monatlichen 4 Millionen Francs gerechnet werden, aber dieses kann nicht auch in Absicht auf die augenblickliche Abtragung des Rückstandes an den bisherigen Zahlungen geschehen, darauf der Kaiser Napoleon auch nicht zu bestehen scheint, obgleich bis jetzt immer nur auf gänzliche Erfüllung aller Verpflichtungen gedrungen wird.

Bekanntlich schmeichelte man sich mit der Erwartung, durch das Anleih in Holland hauptsächlich diesen Rückstand zu decken, und nur hierdurch und durch die auf lange Zeit hinausgeschobene Wiederbezahlung ließen sich die äußerst lästigen und dem Kredit so nachtheiligen Bedingungen des holländischen Anleihs rechtfertigen. Es scheint aber völlig zu scheitern, und es bleiben nur noch die Hoffnungen übrig, welche sich Herr Valkenaer noch von seinen neuen Unterhandlungen in Paris macht.

In dem Plan aber darf nur auf dasjenige gerechnet werden, was wirklich in Holland subskribiert ist.

Ebensowenig wäre es rätlich, schon jetzt etwas zu unserem Vorteile auf die Versuche in Anschlag zu bringen, welche die Herren v. Beguelin und v. Treskow zu Abtragung eines Theils der Kontribution mittelst preußischer Fabrikate machen wollen.¹

Ein guter Erfolg aller dieser Bemühungen wird dem Plan Erleichterung geben und das binnen kurzer Zeit vorhandene große Geldbedürfnis beschränken.

Auf die Zahlungen an Sachsen wegen der Bayonner Konvention² zufolge der Verhandlungen des p. v. Zerboni³ ist in dem Plan auch noch nicht zu rechnen, da dieserhalb noch nichts feststeht, kommt eine Übereinkunft auf die bisher angenommenen Grundlagen zustande, so müssen zwar jährlich 600 000 Thl. an Sachsen gezahlt werden, dagegen würde die Bank aber ihre Einkünfte aus dem Herzogtum Warschau erheben und die Mehrausgabe möglichst decken müssen. Allenfalls würde das auf den Plan zu bringende Deckungs-Quantum zutreten. Wird die Unterhandlung aber bloß auf die Rückgabe der Kapitalien der milden Stiftungen gerichtet, so ist gar kein Geldaufwand erforderlich.

Verzeichnis der Staatsschulden und Geldbedürfnisse bis Iten Juni 1812.

Das anliegende Verzeichnis⁴ der Staatsschulden No. 1 weist nach

1. den Betrag der Kapitalschulden,
 2. der rückständigen Zinsen,
 3. der halbjährigen laufenden Zinsen;
- ferner

a) von dem bis zum 31ten Dezember d. J.

b) vom 1ten Januar bis 31. Mai 1811

c) vom 1ten Juni 1811—1812

zu zahlen ist.

¹ Zur Frage der Sachentschädigung aus der Industrie vgl. unten Nr. 263 Anm. 2.

² Konvention von Bayonne 1808.

³ Zerboni di Sposetti, Joseph, Oberpräsident (1760-1831), vgl. Bd. V S. 210 der *Allen Ausgabe*.

⁴ Die angegebenen Verzeichnisse fehlen hier. — Für das folgende vgl. die nachstehend abgedruckten Denkschriften.

In den Beilagen von I bis XII sind die speziellen Data enthalten. Als eine Hauptbestimmung wird festgesetzt, daß der Staats-Haushalts-Etat ganz abgesondert bleibe von dem des Staats-Kredit-Wesens. Eine gewisse Überschußsumme aus jenem fließt in die Kasse, welche letzterem gewidmet ist.

Projektierter Staats-Haushalts-Etat.

Die Anlage No. 2 enthält den projektirten Staats-Haushalts-Etat in runden Summen. Über die Quellen, aus denen die Einkünfte durch neue Steuern und Einrichtungen geschöpft werden sollen, sowie über die Ausgaben dieses Etats, wird unten das Nötige noch vorkommen.

Bemerkungen über die Zahlungen, die bis zum 1ten Juni 1812 zu leisten sind.

1. **Französische Kontribution.** Ist die französische „Kontribution“ abzutragen, nebst den Zinsen, auf die Pfandbriefe, welche in Paris zum Unterpfande gegeben worden sind. Sollte die Entrichtung noch mehrerer Nachforderungen unvermeidlich sein, so werden diese doch wenigstens länger hinausgeschoben werden können, da wegen der Termine nichts stipuliert ist.

2. **Kapital-Abträge.** Sind ganz notwendige Kapital-Zahlungen zu leisten, theils vollständig, theils auf Abschlag. Zu erstern gehört die Rückzahlung des im Lande gemachten gezwungenen Anleihs, die auf das holländische Anleih; zu letzteren, was auf das inländische Prämien-Anleih, auf die Forderungen in Preußen an den russischen Entschädigungs-Geldern zu entrichten ist. Mehrere Forderungen an Armee-Lieferanten, aus Vorsschüssen pp. werden durch Übereinkunft, mit Papieren oder Tresorscheinen abzumachen sein.

3. **Beihilfe an die Kurmark, Neumark und Stadt Berlin.**

Muß der Kurmark, der Neumark und der Stadt Berlin mit einer beträchtlichen Summe zu Hilfe gekommen werden, um ihre mit mehrfachen Pfändern belegten Wechsel-schulden abtragen zu können. Dieses ist unvermeidlich, wenn nicht die allernachtheiligste Rückwirkung auf den ganzen Staats-Kredit stattfinden soll. Was in Absicht auf die Provinzial- und Kommunal-Schulden überhaupt für Grundsätze anzunehmen sind, wird unten vorkommen.

4. **Rückständige Zinsen von ausländischen Schulden.**

Die rückständigen Zinsen können größtenteils in diesem Zeitraum nicht bezahlt werden. Jedoch ist darauf gerechnet, daß solchen von den im Auslande kontrahierten Schulden, von dem 1ten und 2ten Wittgensteinschen Anleih, von dem Frankfurter von 1794, von dem Thurn und Taxisschen, von dem Langheimischen, dem der Fürther Bank und dem Münsterischen am 1ten Juli 1811, 1ten Januar 1812 geschehe, um den Kredit und jene Papiere zum Vorteil der neuern auswärtigen Anleihe zu heben.

Hierbei ist folgende Einrichtung projektirt. Jeder, der rückständige Zinsen auf die vorgedachten Verschreibungen zu fordern hat, wird aufgefordert, die Zinsen bis zum 1ten Januar 1811 entweder bei der Seehandlung hierselbst, oder bei den von derselben benannten Handelshäusern auf die vorzuweisenden Verschreibungen abschreiben zu lassen und dagegen Zinsscheine in Empfang zu nehmen, deren Betrag halb am 1. Juli 1811, halb am 1ten Januar 1812 zahlbar sein soll. Diese Zinsscheine sollen auch bei dem ausländischen Anleih für voll mit angenommen werden.

5. **Rückständige Zinsen von inländischen Schulden.**

Wegen der rückständigen Zinsen von inländischen Anleihen sowohl des Staats als aller Institute, würde ebendieselbe Aufforderung ergehen, die wegen der von den ausländischen Anleihen oben erwähnt ist. Ebenso in Absicht auf die Provinzial- und Kommunal-Schulden durch die zur Verwaltung derselben anzuordnende Behörde. Die Liquidanten bekämen Zinsscheine, die erst später, wo möglich vom 1ten Januar 1814 an, in zwei

halbjährigen Terminen bar zahlbar würden, jedoch mittlerweile bei dem inländischen Anleihe, wovon weiter unten die Rede ist, desgleichen bei dem Verkauf der Domänen und geistlichen Güter realisierbar sein würden.

6. Laufende Zinsen.

Dagegen werden die laufenden Zinsen von allen Schulden ohne Ausnahme vom 1ten Januar 1811 an in den bedungenen Terminen wiederum pünktlich entrichtet, also zuerst am 1ten Juli 1811.

7. Verpflegung der Truppen in den Oder-Festungen.

Die Kosten der Truppen-Verpflegung in den Frankreich eingeräumten Oderfestungen mußten in Rechnung gebracht werden.

8. Summe zu Deckung der Ausfälle.

Ist die beträchtliche Summe von 5100000 Rthl. zu Deckung der Ausfälle, für Ausgaben, auf die nichts Bestimmtes angenommen werden konnte, und für solche, die noch dringend werden möchten, ingleichen zu den Administrations-Kosten ausgesetzt.

Die Anlage Nr. 3 zeigt, was nach der vorstehenden Klassifikation auf jeden Gegenstand trifft.

Über die nach 1ten Juni 1812 noch zu zahlende Summe und den alsdann zu bestimmenden Finanzplan.

Die letzten beiden Abteilungen derselben ergeben dasjenige, was vom 1ten Juni 1812 an zu zahlen übrigbleiben würde. Für die alsdann anhebende Epoche wird künftig erst ein angemessener Plan bestimmt festzusetzen sein, indessen ist schon jetzt anzunehmen:

(a) Sinkender Fonds.

Kapital-Abtrag auf Schulden, die nicht als Anleihe zu betrachten sind.

Konsolidierung der übrigen. Gleichstellung des Zinsfußes und bestimmte Abtrags-Summe.

a) Daß ein sinkender Fonds zu Tilgung der Schulden entrichtet werde.

b) Was die Abbezahlung der Kapitalien betrifft, so müssen solche Forderungen, die nicht als Anleihe zu betrachten sind, worunter vorzüglich mit die wegen der russischen Entschädigungs-Gelder gehören, baldmöglichst abgetragen werden; in Absicht auf die auswärtige Anleihe muß man die ursprünglich eingegangenen Verbindlichkeiten erfüllen, alle übrigen Staatsschulden aber ohne Ausnahme, sowohl diejenigen, die jetzt als solche betrachtet werden, als die von den Provinzial-Schulden auf den Staats-Schulden-Fonds zu übernehmen, werden konsolidiert, um der Agiotage zu steuern, auf einerlei Zinsfuß zu 4 Prozent gesetzt und die bisherigen Verschreibungen gegen neue umgewechselt. Eine Aufkündigung darf abseiten der Gläubiger nicht stattfinden, sie müssen die Zahlung, wenn sie derselben bedürfen, auf dem Markt suchen, aber es wird eine Summe unveränderlich bestimmt, die jährlich auf die Weise abgetragen wird, daß von den numerierten Obligationen eine der Abtrags-Summe gleichkommende Anzahl durch das Los ausgewählt und öffentlich gezogen werde. Es versteht sich, daß dem Staat frei bleibe, außerdem abzubezahlen, so viel für gut gefunden wird, welches wohl am zweckmäßigsten durch Ankauf unter der Hand geschehen kann.

Ob die Bankschulden ebenfalls wie die übrigen, jedoch mit Belassung auf ihren bisherigen Zinsfuß zu behandeln und mit den Fabriken zu konsolidieren sind, ist noch einer näheren Überlegung zu unterwerfen.

Provinzial- und Kommunal-Schulden-Wesen.

c) Inwiefern die Provinzial- und Kommunal-Kriegs-Schulden, oder ein Teil derselben zu Staatsschulden zu erklären sind, muß noch von vorhergehenden Untersuchungen abhängig gemacht werden. Ein großes Hindernis liegt darin, daß Schlesien, Pommern und Preußen nach ganz anderen Grundsätzen verfahren, als die Marken und die Stadt Berlin. Jene Provinzen würden über Prägravation schreiben, wenn man die Kriegsschulden der letzteren unbedingt dem Ganzen aufbürden wollte. Eine vollkommene Ausgleichung nach den wirklich getragenen Kriegslasten und den zu ihrer Bestreitung bereits gemachten

Aufopferungen wird sehr schwer sein, auf der anderen Seite ist es gar nicht rätlich, jede Provinz nach besondern Grundsätzen für sich fortwirtschaften zu lassen und den Provinzialismus dadurch noch fester zu begründen, während es so notwendig ist, Nationalismus hervorzubringen. Man nehme diesen nach folgenden Maßregeln.

1. Sämtliche Provinzial- und Kommunal-Schulden werden einer General-Administration hier in Berlin unterworfen, die den Ministerien der Finanzen und des Innern untergeordnet ist, und zu der Repräsentanten der Provinzen und Kommunen mit beigezogen werden.
2. Das erste Geschäft dieser Behörde muß sein, den Kredit-Zustand und das Schulden-Wesen der Provinzen und Kommunen einer genauen Prüfung zu unterwerfen und ein Liquidum zu konstatieren.
3. Muß sie eine Ausgleichung zwischen den Provinzen zu Stande zu bringen suchen und dabei Bedacht darauf nehmen, daß, wo es billig und möglich ist, die Beiträge in Anrechnung kommen, die einzelne im ungleichen Verhältnis für ganze Kommunen leisteten, z. B. in Berlin.
4. Der Ober-Aufsicht auf die Verwaltung selbst sich sogleich unterziehen und solche nach und nach bei sich selbst konzentrieren.
5. Der Staat kommt durch unverzinsliche Vorschüsse da zu Hilfe, wo die Provinzen oder Kommunen außer Stande sind, sich aus eigenen Kräften zu helfen, z. B. bei der Kurmark, der Neumark, Berlin.
6. Die Repräsentanten werden das erste Mal von Sr. Majestät dem König ausgewählt. Sie sollen aus den Provinzen genommen werden, handeln aber nachher nach ihrer Überzeugung und sind nicht der Provinz, sondern dem ganzen Staat verantwortlich.
7. Der Haupt Gesichtspunkt, von dem die Administration ausgehen muß, ist: daß möglichste Gleichheit der Lasten mit Hintenansetzung kleinlicher Genauigkeit bewirkt werde und daß man für die Folge nur ein National-Interesse begründe.
8. Wie die Provinzial- und Kommunal-Schulden zu konsolidieren sind und wie der sukzessive Abtrag derselben zu sichern sei, muß sich aus den Arbeiten der neuen Verwaltung erst näher ergeben. Eine Konsolidation muß aber ebensowohl durchaus stattfinden, als eine allgemeine Bestimmung des Zinsfußes auf 4 Prozent. Vorerst muß eine öffentliche Versicherung genügen, daß der Staat jene Schuld auf die vorbemerkte Art behandeln und ihre Verzinsung und Abtragung sichern werde.
9. Es versteht sich, daß hier von den Pfandbriefs-Instituten gar nicht die Rede sei, diese gehen das Privat-Vermögen an und bleiben ganz für sich.

d. Rückständige Besoldungen.

Eine dringende Schuld des Staates ist die der rückständigen Besoldungen. Schon lange beschäftigt sich eine Kommission mit der Liquidation derselben. In einzelnen Fällen sind an Bedürftige bare Zahlungen auf diesen Gegenstand geschehen, aber es ist eine größere und schnellere Hilfe nötig, um den Unglücklichen zu helfen, soweit es möglich ist. Ich schlage daher vor, denjenigen, die rückständige Besoldungen zu fordern haben, ohne das Ende der Liquidation abzuwarten, so wie die einzelnen postiert-konstatiert sind und werden für $\frac{3}{4}$ ihrer Forderung Bons, den 1ten Januar 1814 zahlbar, mit Hinzurechnung von 4 Prozent Zinsen jährlich, vom 1. Januar 1811 an, die mithin statt 100 Tlr. 112 Tlr. versichern, zu geben. Diese Bons würden nicht unter 25 Tlr. Kapital, also mit den Zinsen zu 28 Tlr. ausgestellt, die Differenz aber mit Gelde ausgeglichen. Sie würden zwar nicht in den Kassen als Zahlung angenommen, wohl aber bei dem Verkauf von Domänen und geistlichen Gütern und bei dem inländischen Anleihe, wovon unten die Rede sein wird, gleich den andern Staats-Papieren. Für das $\frac{1}{4}$ tel der Forderung erhielten die Gläubiger alle Tresorscheine, damit sie nicht gleich nötig hätten, die Bons anzugreifen, nach dem Nominal-Wert und die Differenz auch bar.

Über den künftigen Finanz-Plan nach dem 1ten Junius 1812 läßt sich vorerst nicht wohl mehr sagen, ich wende mich nun zu den Mitteln, die ungeheuren Zahlungen zu bestreiten, die wir zu leisten haben.

FRÜHJAHR 1810

Mittel, die Zahlungen zu bestreiten.

Ohne große neue Lasten ist es nicht möglich, sie herbeizuschaffen. Mit Rosenwasser heilt man die tiefen Wunden des Staates nicht. Es kommt darauf an, unter dem Drückenden das Mindestdrückende zu wählen. Der Zweck muß einmal erreicht werden, wenn nicht alles aufgegeben werden soll. Ich glaube für den Zeitraum bis zum 1ten Juni 1812 in folgenden Mitteln Hilfe zu finden, die ich freilich nur en gros ansetzen kann. Eins muß das andere übertragen und im Lauf der Zeit können auch noch mehrere hinzukommen, so wie der Kredit sich befestigt oder durch kluge Finanz-Operationen Gewinne bei den Ausgaben bewirkt werden.

I. Für die Abteilung bis zum 31. Dezember d. J.

Für die Abteilung bis zum 31. Dezember d. J. sind erforderlich. 3664000 Tlr.

a) darauf sind bereits auf die französische Kontribution bezahlt 850000 Tlr.

b) aus den Überschüssen der Landes-Einkünfte und aus außerordentlichen Einnahmen wegen Konfiskation der Kolonialwaren erfolgen 1500000 Tlr.

c) in Hamburg wird ein Wechselgeschäft gemacht von 500000 Tlr.

d) der Rest muß aus dem auswärtigen Anleih bei Schmagor oder aus anderen Operationen auf kurze Zeit erfolgen 814000 Tlr. 3664000 Tlr.

Auch ist unter dem oben angegebenen Bedürfnis ein Deckungsquantum von 600000 Talern.

II. Für die Abteilung vom 1. Januar bis 1. Juni 1811.

Für die Abteilung vom 1. Januar bis 1ten Juni 1811 sind nötig 10423045 Tlr.

Um diese anzuschaffen, können angenommen werden:

a) aus den Überschüssen der Einkünfte 3250000 Tlr.

Auf das zweite halbe Jahr der Etats-Periode kann man zwar einen höheren Überschuß annehmen als auf das erste, da die mehrsten Einnahmen in diesen Zeitraum fallen und außerordentliche Zuflüsse wegen der Kolonialwaren noch zu erwarten sind, indessen rechne ich nur die Hälfte der auf dem Überschlage wegen des Staats-Haushalts angesetzten Überschuß-Summe, weil die neuen indirekten Steuern erst einzuführen sind und anfangs noch nicht völlig in Gang kommen.

b) Aus dem Domänen-Verkauf 1000000 Tlr.

c) aus dem der geistlichen Güter 1000000 Tlr.

d) aus Rußland 500000 Tlr.

e) aus dem holländischen Anleih. 1200000 Tlr.

f) aus dem inländischen Anleih neben 1½ Mill. Papiere am 1ten Juni und 1. Juli 1811 3000000 Tlr.

g) aus dem auswärtigen Anleih 473045 Tlr. 10423045 Tlr.

Hier wird nur wenig angesetzt, da die in der vorigen Periode in Einnahme gebrachten 500000 und 814000 Tlr. vielleicht wenigstens zum Teil hieraus gedeckt werden müssen, mithin das Anleih 1787045 Tlr. liefern müßte.

AUFENTHALT IN PRAG

III. Für die Abteilung vom 1. Juni 1811 bis 1812.	
Für die Abteilung vom 1. Juni 1811 bis dahin 1812 müssen angeschafft werden	24809263 Tlr.
Hierzu werden gerechnet:	
a) Überschuß aus den Staats-Einkünften	6500000 Tlr.
b) aus dem Domänen-Verkauf	3000000 Tlr.
c) aus dem der geistl. Güter	3000000 Tlr.
d) aus dem inländischen Anleih am 1. Januar 1812 neben 750000 Tlr. Papier	1500000 Tlr.
e) aus den auswärtigen Anleihen zu 6000000 den Rest	4263045 Tlr. 18263045 Tlr.
Würden fehlen	6546218 Tlr.
Allein das Deckungs-Quantum ist angenommen zu	5100000 Tlr.
und wenn die im Bestand befindlichen Pfandbriefe zu	2000000 Tlr.
hinzugerechnet werden, ferner der am 1ten Julius 1812 fällige letzte Termin des inländischen Anleihs neben 750000 Tlr. Papieren für	1500000 Tlr.
	8600000 Tlr.
	6546228 Tlr.
	2053772 Tlr.

So übersteigen die Deckungen jenes Minus um wenn auch nicht auf stärkere Einzahlungen bei dem Anleih und auf Überschüsse gegen die angenommene Summe gerechnet werden dürfte.

In dem Steigen unserer Papiere und der Hebung des Kredits in vorteilhaften Finanzoperationen werden hoffentlich Erleichterungsmittel, ja Ersatz für Aufopferungen sich darbieten und noch ist die Aussicht nicht ganz verschwunden, dergleichen in vermindernden Zahlungs-Fristen der französischen Kontribution und in den Operationen der Herren Valkenaer, von Beguelin und von Treskow gleichfalls zu finden.

Nähere Auseinandersetzung der Zahlungsmittel.

A. Überschuß aus dem Staatshaushalt.

Die von mir vorgeschlagenen Zahlungsmittel erfordern nun eine nähere Auseinandersetzung.

Da der Überschuß der 6500000 Taler auf die neuen Einrichtungen berechnet ist, die in Absicht auf das Steuer-Wesen zu machen sein werden, so muß ich hierüber erst das Nötige kurz sagen.

Die oben schon angeführte Nachweisung No. 2 ist zwar kein ordentlicher Etat für den Staats-Haushalt, sie ist aber ein Überschlag, nach dem der Etat anzulegen sein wird.

Zu 1. der Einnahme: alte Staats-Einnahme.

Auf die an alten Staats-Einnahmen angesetzten 17000000 Taler ist mit Zuverlässigkeit zu rechnen, auch wohl noch auf eine Vermehrung.

Zu 2. der Einnahme: Besteuerung der bisher exemten Grundstücke — auch der Domänen, nach gleichen Grundsätzen.

Die Absicht ist, die in den verschiedenen Provinzen der Monarchie sehr ungleiche Grundsteuer mittelst eines neuen, mit der mindest möglichen Weitläufigkeit anzulegenden Katasters auf gleiche Sätze und Prinzipien zu bringen. Der Geist der Zeit sowohl als die Notwendigkeit, die Prägravationen und die Vorwürfe einer Provinz gegen die andere zu entfernen, fordern es laut, daß die bisher steuerfrei gewesenen Grundstücke mit besteuert werden und der Opinion, auch des vorseienden Verkaufs wegen, müssen auch die Domänen mit gleicher Steuer belegt werden, welches ganz unbedenklich ist. Die Grundsteuer der bisher nicht Befreiten soll keiner Erhöhung im Ganzen unterliegen, sondern nur gleichheitlich und nach einem richtigen Verhältnisse verteilt werden. Das Plus von 300000 Talern ist auf die bisher befreiten Grundstücke wohl nicht zu hoch angenommen.

Für die Steuer von den Domänen wird nichts angesetzt, da sie von den Domänial-Einkünften abgeht.

Zu 3. der Einnahme: Konsumtions- und Luxus-Steuern.

Die indirekten und Luxus-Steuern werden den beträchtlichsten Teil der Abgaben ausmachen. Sie sollen vereinfacht, auf weniger Gegenstände reduziert, dagegen aber einige erhöht und alle sowohl in den Provinzen der Monarchie gleichgesetzt, als auf das platte Land mit erstreckt werden, dagegen fällt aber die Thraccuse weg, so wie manche andere Plackerei, die bisher diese Abgaben lästig machten. Die angesetzten 5 500 000 Th. gründen sich auf eine Berechnung, die mit dem Edikt wegen der Erhebung der erwähnten Steuern zugleich vorgelegt werden wird.

Zu 4. der Einnahme: Stempel-Einkünfte.

Eben dieses gilt von der aus den Stempel-Einkünften angenommenen Erhöhung zu 250 000 Taler.

Zu 5. der Einnahme: Patentsteuer auf die Gewerbe.

Gewerbe-Freiheit und Aufhebung der Bann- und Zwang-Rechte.

Wenn auf der einen Seite dem platten Lande durch die Erstreckung der Konsumtions-Steuern auf solches eine neue Last aufgelegt wird, so sollen demselben auf der andern Seite auch Begünstigungen widerfahren, wodurch jene Last erleichtert und mit Wohltaten kompensiert wird. Dazu gehören die Aufhebung der Zwang- und Bann-Rechte in Absicht auf das Gemahl und die Getränke und die allgemein zu gestattende Befugnis zur Betreibung eines jeden Gewerbes gegen Erlegung einer Patentsteuer mit Aufhören der bisherigen Abgaben vom Gewerbe. Die Verordnungen wegen dieser Gegenstände liegen fertig vor und es läßt sich mit aller Wahrscheinlichkeit auf die in Anschlag gebrachten 900 000 Taler rechnen.

Zu 6. der Einnahme: Servis-Steuer, gleichheitlich von allen Hausbesitzern und Mietern in den Städten zu erheben.

Die gegenwärtige Servis-Einrichtung muß durchaus geändert werden. Die Klagen darüber sind allgemein und selbst das Militär ist damit nicht zufrieden. Vorhin erhielten die Städte eine Summe von 487 858 Talern an Zuschuß aus den königlichen Kassen, der ihnen jetzt entzogen ist, eine beträchtliche Erhöhung der Sätze ist hinzugekommen und wirklich können die bequartierten Städte die ungleich verteilte Last nicht ertragen. Der Plan ist daher, diese Last auf alle Städte und zwar auf die Eigentümer und Mieter der Häuser gleich zu verteilen und sie dadurch zu vermindern, daß aus den übrigen Landes-Einkünften ein Zuschuß erfolge, denn auf die städtische Auflage sind nur 600 000 Taler angesetzt und der Bedarf des Servis ist in der Ausgabe auf 1 000 000 Taler angeschlagen.

Zu 7. der Einnahme: Salzwesen.

Die 1 400 000 Taler kommen nach den neuesten Verhältnissen aus dem Salzwesen auf.

Zu 8. der Einnahme: Säkularisation der geistlichen Güter und Einkünfte aus solchen.

Diese setzt die Säkularisation der geistlichen Güter voraus, die vorzüglich in Schlesien einen sehr reichlichen Beitrag zu den großen Gelderfordernissen geben müssen. Kein vernünftiger Grund setzt sich in der gegenwärtigen Lage der Dinge dieser Maßregel entgegen, sobald für liberale Pensionierung der gegenwärtigen Pfründer und insonderheit für reichliche Dotierung der katholischen Kirchen, Schulen und milden Stiftungen gesorgt wird.

In politischer Hinsicht ist auch kein Bedenken dabei, da nicht nur in allen katholischen Staaten, sondern namentlich auch in Österreich die Säkularisation und der Verkauf der geistlichen Güter an der Tagesordnung sind. Es wird nur einer vertraulichen Eröffnung bedürfen, um in Wien rücksichtlich der Friedensschlüsse zu treffen.

AUFENTHALT IN PRAG

Die Haupt-Vorteile, die aus der Säkularisation gezogen werden sollen, sind: Erlangung baren Geldes durch den Verkauf und von Sicherheitsmitteln für Anleihe. Die Pensionierung der Kloster-Geistlichen, die Verzinsung der Schulden, die Kosten für Pfarren, Schulen und milde Stiftungen werden auf den Ausgabe-Etat übernommen, um zu jenen Zwecken freie Objekte zu erlangen.

Die in Einnahme gebrachten 540 000 Tlr. mit den in Ausgabe gebrachten 440 000 Talern balanciert, ergeben vor jetzt nur einen künftig steigenden Überschuß von 100 000 Tlr., auf den mit Gewißheit gezählt werden dürfte.

Aber wird die Säkularisation der schlesischen katholischen geistlichen Güter in Schlesien beschlossen, dazu allerdings auch die des Bistums Breslau und des Malteser- und Deutschen Ordens zu rechnen sein werden, so würde es einen üblen Eindruck machen, wenn die protestantischen geistlichen Besitzungen eine Ausnahme machen sollten. Das Prinzip der Säkularisation müßte also auch für diese, für den Johanniter-Orden, die Dom- und andere Stifter ausgesprochen werden, wenngleich Se. Majestät der König sich vorbehalten, in die Ausführung besondere Modifikationen zu legen, die durch persönliche Rücksichten auf des Prinzen Ferdinands und dessen Koadjutors, Königliche Hoheiten, und andere Verhältnisse bestimmt würden. Eine spezielle Prüfung würde ergeben, wie wegen einer jeden Stiftung zu verfahren sei.

Zu 9. der Einnahme: Außerordentliche Einnahmen.

Hier ist auf außerordentliche Einnahmen und auf ein Plus gegen die alten unter I. angeführten Staats-Einnahmen gerechnet. Kommt der Ansatz nicht auf, so ist dagegen das Deckungs-Quantum No. 11 der Ausgabe hoch genug angenommen.

Zu 1. der Ausgabe: Hofstaaten, Oberste Behörde, Universität ist mit einer Vermehrung das bisherige Bedürfnis zu Grunde gelegt.

Zu 2. der Ausgabe: Militär.

a) Wird an eigentlichen Militärausgaben der Etat nach Abzug der genehmigten Ersparnisse in Aufsatz gebracht.

Fourage und Brotkorn

b) ist die Absicht, die Fourage- und Brotkorn-Lieferung ganz aufhören zu lassen, da sie lästig ist und jetzt nach ungleichen Prinzipien aufgebracht wird. Billiger ist es, die Last mit gleichen Schultern vom Ganzen tragen zu lassen, welches geschieht, wenn man beides entweder von den Untertanen oder von Lieferanten für Geld anschafft und die erforderliche Summe aus den allgemeinen Auflagen nimmt.

Servis.

c) Wegen des Servis ist oben zu 6 der Einnahme das Nötige gesagt.

Zu 3. der Ausgabe: Vorspann.

So wie dem platten Lande durch die Veränderung mit der Fourage-Lieferung eine Erleichterung angedeiht, so ist es vorzüglich nötig, es von den Fesseln zu befreien, die dem pflichtigen Bewohner desselben bisher in Absicht auf den Vorspann banden. Für Kriegszeiten kann hierunter nichts bestimmt werden, in Friedenszeiten aber soll der Zivil-Vorspann und der für einzelne Militär-Personen ganz aufhören, der eigentliche Militär-Vorspann aber mit 6 g für das Pferd auf die Meile bezahlt und dann jeder, der Pferde hält, dazu verpflichtet werden. Die Verbindlichkeit, Pferde wegen des Vorspanns zu halten, fällt weg, 3 Ochsener werden für 2 Pferde gerechnet und Luxus-Pferde sind frei, weil sie besonders versteuert werden.

Zu 4. der Ausgabe: Administrations-Kosten bei den neuen Steuern sind keine weiteren Erklärungen erforderlich, als die Nachweisung selbst enthält.

5. Ausfall an den alten

6.—8. Pensionierung der Kloster-Geistlichen, Verzinsung der Schulden der Klöster und Fundierung von Pfarren pp.

9. Retablissements-Fond für das Land

10. Ablieferung zur Staatsschulden-Kasse

11. Deckung der Ausfälle.

Zu 6 und 7. Zinsen für Domänen-Verschreibungen, durch den Verkauf von Domänen und geistlichen Gütern entstehender Ausfall

wird das Nötige bei den Operationen, wovon die Rede ist, selbst vorkommen.

B. Verkauf der Domänen und der geistlichen Güter.

Der Verkauf der Domänen und der zu säkularisierenden geistlichen Güter würde, wenn es möglich wäre, beide in einem kurzen Zeitraum zu Gelde zu machen, allein mehr als hinreichend sein, die Abbezahlung aller Staatsschulden zu bewirken, da die Domänen mit Einschluß der Forsten einen Wert von mehr als 80 Millionen haben, den reinen Ertrag zu 5% auf Kapital erhöht, die geistlichen Güter aber wohl zu 20 Millionen angenommen werden mögen. Unstreitig ist es rätlich, diese beiden Gegenstände dem Abtrage der Schulden zu widmen. Die Macht und der Wohlstand eines Staats beruhen keineswegs auf Domänen, wie es vielleicht früher der Fall war, vielmehr werden die Kultur und die Vermehrung der Staatskräfte durch ihren Übergang in den Privat-Besitz befördert, eben dadurch die Mittel vervielfältigt, die Staats-Einkünfte zu erhöhen, und die Verwaltung vereinfacht. Diesem tritt hinzu, daß es politisch betrachtet sehr angemessen ist, die Domänen zu veräußern. Man hat jene Gründe auch anerkannt, allein so viele Erschwerungen in die Verkaufs-Operation gelegt, sie so zweckwidrig behandelt, daß sie gar keine Fortschritte gemacht, nur unbedeutende Summen geliefert und in die Verwaltung der Domänen selbst die größten Nachteile gebracht hat. Bei den Grundsätzen, welche die Sektion für Domänen und Forsten beobachtete und bei denen, die sie in den Entwurf einer neuen Veräußerungs-Instruktion legte, würde das Geschäft, von dem jetzt die Rettung des Staates großenteils mit abhängt, keinen besseren Fortgang gewinnen. Eine bessere Organisation und Besetzung dieser Sektion ist unumgänglich erforderlich, sowie eine zweckmäßige Instruktion für das Veräußerungs-Geschäft. Es kommt jetzt gar nicht darauf an, die Domänen hoch auszubringen, sondern schnell Geld dafür zu bekommen und die Schulden-Last damit zu tilgen. Daher müssen auch viele Papiere nach dem Nominal-Wert bei dem Verkauf angenommen werden und zwar in einem stärkeren Verhältnisse als bares Geld, damit dieses nicht zu teuer und jenes auf dem Markte zu wohlfeil, vielmehr gehoben und eingezogen werde.

Es ist Gewinn genug für den Staat, wenn er durch die Operation viel Schulden los wird und dabei in den Besitz so vielen klingenden Geldes kommt, als es die Umstände gestatten. Bei den geistlichen Gütern schlagen alle die Gründe an, die ich eben wegen der Domänen angeführt habe. Bis zum 1ten Juni 1812 sollen 8 Millionen bares Geld aus diesen Objekten erfolgen. Es wird nicht leicht sein, dieses zu bewirken, unmöglich aber, wenn man die Sache nicht auf alle ersinnliche Weise befördert. Nur eingeschränkte Ansichten können bei dieser Angelegenheit nach alltäglichen Grundsätzen der Plasmacherei verfahren wollen. Ich habe die Instruktion mit der größten Sorgfalt von mehreren einsichtsvollen Männern prüfen lassen, den Entwurf der Sektion völlig verwerflich gefunden und nach eigener reiflicher Überlegung eine Instruktion wegen Benutzung und Veräußerung der Domänen vorbereitet, die der höchsten Vollziehung Sr. Königlichen Majestät unterworfen werden kann und auf deren Inhalt ich mich beziehe.

C. Anleihe im Inlande zu Abtragung der Kontribution von Frankreich auf das reine Vermögen und Steuer von denen, die nicht Vermögen genug besitzen, um hierzu beizutragen.

Die Herbeischaffung einer sehr großen Summe Geldes ist dringend, sie muß binnen einer kurzen Zeit stattfinden, der Verkauf der Domänen und geistlichen Güter kann jene Sum-

me bei weitem nicht schnell genug liefern, das, was aus Anleihen im Auslande aus den Landes-Einkünften erwartet werden mag, ist nicht hinreichend. Es bleibt also nichts übrig als ein Anspruch auf das Vermögen des Inlandes.

Diesen so zu stellen, daß er mit der mindest möglichen Bedrückung befriedigt werde, darauf kommt es an, denn es ist eine Chimäre, unsern Zustand, ohne unser Kapital anzugreifen, bessern und uns ohne Maßregeln, die dies bezielen, retten zu wollen.

Eine Einkommensteuer, so viel sich auch dafür anführen läßt, hat, da sie fortwährend Darlegungen und Untersuchungen des Privat-Vermögens notwendig macht, vieles, was in den Eigentümlichkeiten der Nation liegt und besonders die Opinion gegen sich, es scheint leichter, dem reinen Vermögen eine Abgabe aufzulegen, die nur einmal eine Manifestation desselben voraussetze und in mehreren Terminen gehoben werde. Die Sache kann aber sehr erleichtert werden, wenn sie folgendergestalt eingerichtet wird. Sie wird zugleich dazu beförderlich sein, die Staats-Papiere zu heben und auch aus dem Lande noch freiwillige Summen Geldes einzuziehen.

1. Jedermann wird aufgefordert, auf seine Untertanen-Pflicht den Betrag seines reinen Vermögens anzugeben.
2. Dieses geschieht vor einem Komitee von wenigen, etwa 3 Personen, welche von jeder Klasse des Volks, die bisher nicht mit Eigentum angesessen gewesenen Bauern angenommen, selbst gewählt wird. Diese Bauern werden von den Gutsherren mit Zuziehung einiger aus ihrer Mitte und unter Aufsicht der Landräte taxiert. In den Städten können die Wahlen durch die Stadt-Verordneten geschehen, jedoch von dem Handelsstande in den großen Städten, von diesem besonders. Kapitalisten, die bloß von ihren Renten leben, werden zu den übrigen Bürgern gerechnet.
3. Entsteht bei diesem Komitee kein Verdacht einer unrichtigen Angabe, so wird sie angenommen, wie sie geschehen ist.
4. In dem entgegengesetzten Falle ist das Komitee befugt, eine Untersuchung anzustellen und hiernach das reine Vermögen zu schätzen.
5. Eine Appellation gegen diese Schätzung findet alsdann nur an ein in Berlin zu bestellendes General-Komitee zu Leitung des ganzen Geschäftes statt, bei dessen Entscheidung es dann bleibt.
6. Bei denjenigen, die kein Vermögen haben, aber Gewerbe treiben, als Dienstboten, Tagelöhner, Handwerker p., wird das Gewerbe nach festzusetzenden Prinzipien von der Obrigkeit, auf dem Lande unter Aufsicht der Landräte, geschätzt und hiernach die Abgabe bestimmt, die monatlich entrichtet werden kann. Was auf die Salarienten und auf die höheren Militär-Personen von ihrem Solde zu legen sei, muß noch näher bestimmt werden. Es würde von dem Gehalt abgezogen. Die Subaltern-Offiziere, so wie das ganze Militär von da ab, bleiben ganz frei. Es versteht sich aber von selbst, daß dieses nur vom Gehalte gilt und daß ein jeder, der Vermögen besitzt, verhältnismäßig nach solchem geschätzt werden muß.
7. Von dem ausgemittelten reinen Vermögen werden 4 Prozent in 4 halbjährigen Terminen am 1ten Januar und 1ten Julius 1811 und am 1ten Januar und am 1ten Julius 1812, $\frac{2}{3}$ in barem klingendem Gelde, jedoch halb in Courant, halb in Münze, $\frac{1}{3}$ in Staatspapieren jeder Art, ohne Ausnahme, desgleichen in Zinsscheinen über die rückständigen Zinsen der inländischen Schulden, erlegt. Es versteht sich hierbei, daß es jedem freistehe, das $\frac{1}{3}$ in Papieren zu erlegen, daß aber niemand hierzu gezwungen sei, sondern jedermann seinen Anteil auch ganz in Golde erlegen könne.
8. Es werden Domänen und säkularisierte geistliche Güter namentlich bestimmt und der zu errichtenden National-Bank überwiesen, die dazu dienen sollen, dasjenige zu ersetzen, was dem Kapital-Vermögen der Nation auf vorbemeldete Weise entzogen wird.
9. Wer in einem halbjährigen Termin 25 Taler bezahlt, erhält dafür eine auf eins der vorgedachten Grundstücke speziell ausgestellte Verschreibung, die 4 Prozent jährliche

Zinsen aus solchen sichert, und wofür überdem alle noch oben zu diesem Zweck bestimmten Domänen und geistlichen Güter solidarisch haften. Wer über 25 einbezahlt, bekommt erst dann, wenn der Betrag 50 Tlr. und darüber ausmacht, eine Versicherung über 50 Tlr. und so weiter über 75, über 100, 125, 150 u. s. f. Summen, die zwischen diesen Beträgen stehen und nicht mit vollen 25 aufgehen, werden nicht verzinst. Wer dieses bewirken will, muß den Beitrag ergänzen. Um aber auch diejenigen an der Wohltat der Zins-Erhebung mit teilnehmen zu lassen, die weniger als 25 Tlr. in einem Termin zu entrichten haben, soll nachgegeben werden, daß die, welche in mehreren oder auch in allen 4 Terminen so viel entrichten müßten, Interims-Scheine und dann bei der Zahlung, wo die 25 Tlr. voll werden, zinsbare Verschreibungen dafür erhalten.

10. Wer in allen 4 Terminen weniger als 25 Tlr. entrichtet, bekommt keine zinsbare Verschreibung, wenn er seine Zahlung nicht bis dahin ergänzt.

11. Es werden steigende Prämien für diejenigen ausgesetzt, die früher als die 4 halbjährigen Termine es bestimmen, Zahlung leisten. Wer am 1ten Januar 1811 alle 4 auf einmal zahlt, bekommt die höchste.

12. Demjenigen, der freiwillig mehr einzahlen will als der auf ihn repartierte Betrag ausmacht, sollen noch größere Vorteile gemacht werden, je nachdem die Summe beträchtlicher ist.

13. Die oben erwähnten Verschreibungen auf Domänen und geistliche Güter werden in allen Fällen, wo andere Staatspapiere angenommen werden, ebenfalls angenommen, insonderheit bei dem Verkauf vorgedachter Güter und zwar nach dem Nominal-Werte.

14. Wer in den bestimmten Terminen den auf ihn fallenden Beitrag nicht pünktlich einzahlt, entrichtet für jeden Monat der Zögerung $\frac{1}{6}$ mehr.

In dem oben angelegten Überschlage ist darauf gerechnet, daß aus dieser inländischen Operation 12 Millionen an Papieren aufkommen sollen. Vielleicht werden diese Summen durch die vorgedachten Maßregeln, die zugleich die Gestalt eines freiwilligen Anleihs mit haben, übersteigen, da 4% vom Vermögen wahrscheinlich mehr als jenen Betrag ausmachen, und wenn manche ihr Vermögen niedriger als es ist anzugeben streben, so werden dagegen manche es auch höher manifestieren. Auf jeden Fall ist es aber geraten, die Forderung gleich anfangs lieber zu hoch als zu niedrig zu stellen, da dadurch keine Nachforderungen stattfinden dürfen, auch ist es rätlich, die Beiträge nach Prozenten und nicht mit Bestimmung einer gewissen Summe auszuschreiben.

Eine detaillierte und in allen Stücken genau überlegte Verordnung muß alle Verhältnisse bestimmen.

D. Über Papiergeld.

Bei dem Abströmen solcher beträchtlichen Summen, als die Abtragung der französischen Kontribution erfordert, entsteht die wichtige Frage, ob nicht für die innere Zirkulation ein Surrogat des klingenden Geldes notwendig sei, um den Betrieb der Gewerbe zu sichern. Immerhin mag die Theorie für den natürlichen Zustand der Dinge ganz gegründet sein, daß eine Nation unter allen Umständen das Geld habe, dessen sie zu ihrem Verkehr bedarf, daß das Geld sich, wie das Wasser, in das Gleichgewicht versetze u. s. w. Der Zustand der Staaten ist aber jetzt bei weitem nicht der natürliche und jene Sätze möchten, praktisch betrachtet, nicht die Probe halten. Die Schaffung eines neuen Papiergeldes hat, wiewgleich man alle Vorsichten dabei anwendet, um die Nachteile zu vermeiden, allerdings viel Bedenkliches. Es ist daher zu wünschen, daß man es entbehren könne, wenigstens solange wir in dem Fall sind, noch auswärtige Anleihe zu suchen. Man übereile sich also wenigstens nicht damit. Sollte die Erfahrung zeigen, daß ein Papiergeld nötig ist, so wird es leichter sein, solchem Wert und Gewicht in der Opinion zu verschaffen, wenn der Kredit sich erst durch die zu ergreifenden Maßregeln wieder gehoben haben wird und man in Absicht auf auswärtige Anleihe den Zweck erreicht hat.

Alsdann kann die Nationalbank ein Papiergeld kreieren, das auf die oben erwähnten

AUFENTHALT IN PRAG

Domänen- und geistlichen Güter-Obligationen dergestalt fundiert sei, daß man eins gegen das andere bei derselben und bei ihren Büros auswechseln könne.

Ob und welcher Kurs solchenfalls diesem Papiergelde zu geben sei, ob ein gezwungener, ob und in welchem Verhältnis es in den Kassen zu nehmen, alles dieses sind Fragen, deren Erörterung noch ausgesetzt bleiben kann. Auf alle Fälle müßte dieses Papiergeld gleiche Rechte mit den oben benannten Verschreibungen haben und müßte da genommen werden, wo diese gelten. Einstweilen sind noch die alten Tresor-Scheine, die nach und nach verbrannt werden, und die neuen Taler-Scheine da, auch werden die oben zu 10. erwähnten Interims-Scheine in Kurs kommen und gewissermaßen lehren, was von einem auf die gedachten Verschreibungen zu fundierenden Papiergelde erwartet werden dürfe.

E. Künftig mögliche Abkaufung der Grundsteuer.

Sobald als das neue Kataster beendet sein wird, bietet sich, wenn es nötig ist, eine anderweitige Hilfsquelle dar. Man kann nämlich sodann die Grundsteuer freiwillig abkaufen lassen.

F. Alte und neue Tresor-Scheine.

Wegen der alten und neuen Tresor-Scheine würde alles bei der bisherigen Einrichtung bleiben und streng gehalten werden, was dieserhalb versprochen worden ist.

G. Münz-Scheine.

Eben dasselbe gilt von den Münzscheinen.

H. Auswärtige Anleihe.

Außer den inländischen Hilfsquellen ist es nötig, dergleichen noch in auswärtigen Anleihen aufzusuchen und diese zu benutzen und zu erleichtern, soweit es nur immer geschehen kann.

Mit dem Hause Schmagier & Comp. ist man nach der Anlage No. 4 wegen eines Anleihs zu 8 Millionen im 20 Gulden-Fuß übereingekommen, bei dem 1/4tel in Staats-Papieren von aller Art mit Einschluß der von den Geld-Instituten des Staats und der von den Ständen der Provinzen Kur- und Neumark und den Städten Berlin und Königsberg ausgestellten Schuldverschreibungen angenommen werden sollen.

Hiernach würden, wenn man die völlige Realisierung dieses Anleihs hoffen könnte, 6 Millionen bares Geld zu erwarten sein, welches jedoch immer ungewiß bleibt. Sollte es darauf ankommen, noch mehr Erleichterungen in die Sache zu legen, um den Zweck zu erreichen, so würde man nicht anstehen dürfen, solches zu tun und allenfalls das Anleihe zu 9 Millionen stellen und 1/3tel Staatspapiere dabei annehmen.

Anleihe im Lande oder in den deutschen Handelsstädten auf kurze Zeit, mittelst Wechselgeschäften oder auf andre Weise, schließt dieses Schmagiersche Anleih nicht aus, noch viel weniger andere größere Anleihe außerhalb Deutschlands, zu denen keine Gelegenheit zu versäumen ist.

J. Münz-Wesen.

Eine Einrichtung bei dem Münzwesen, wodurch sukzessive die Scheidemünzen eingezogen werden, ist heilsam, ja notwendig.

Dieses wird sich ohne großen Verlust bewirken lassen, wenn man sie nach und nach einschmelzt, richtige Tiegel-Proben nimmt und bei dem Einschmelzen so viel Silber zusetzt, daß der erforderliche Gehalt des auszuprägenden Courants herauskäme. Eine gute Kupfermünze müßte als Scheidemünze substituiert werden.

K. Gegenwärtige Bank, National Bank, Seehandlung.

Ob die Abwicklung der beiden gegenwärtigen Geld-Institute der Bank und der Seehandlung rätlich sei, kann man noch einer näheren Prüfung unterziehen. Die erste beruht jetzt auf fehlerhaften Grundsätzen und muß, soll sie beibehalten werden, eine Um-

formung und Verwandlung in eine National-Bank erleiden. Die letztere ist eigentlich ein Staats-Schulden-Kontor und eine Administration der Salz-Einkünfte, machte aber zugleich Wechselgeschäfte. Ob solche neben der Bank noch fort dauern zu lassen rätlich sei, wird auch von einer näheren Untersuchung abhängen. Auf alle Fälle errichte man statt der Bank, wie sie jetzt ist, eine National-Bank, die ihre verschiedenen Zweige in unsern vornehmsten Handelsstädten habe, auf Aktien organisiert und unabhängig vom Staat nach der ihr vorgeschriebenen Konstitution bloß dem Schutz desselben unterworfen sei. Er habe die Freiheit, sich dabei als Aktionär zu interessieren, aber keine mehreren Rechte als andere. Das Generalkontor sei in Berlin und werde mit Gliedern durch Auswahl der Aktionäre aus allen Handelsstädten besetzt, die Kontors in den Handelsstädten selbst vornehmlich mit Aktionären aus ihrer Mitte, die sie der General-Direktion vorschlagen. Wegen der Pupillen- und Depositen-Gelder kann die jetzige Verfassung in Rücksicht auf die National-Bank bleiben, jedoch stehe es den vormundschaftlichen und Depositäl-Behörden frei, die ihnen anvertrauten Gelder auch sonst, wo sie solche mit Sicherheit unterbringen können, zu belegen, damit es mehr Fonds für Gewerbe und Industrie gebe. Die Seehandlung könnte als solche wohl füglich aufhören, als Staats-Schulden-Verwaltung und als Salz-Administration fortzuwähren. Handels- und Wechsel-Operationen kann der Staat wohl immer zweckmäßiger durch die National-Bank oder durch Bankiers machen.

Schluß.

Das beabsichtigte einfachere und gleichheitlicher aufgelegte Steuer-System mit völliger Gewerbe-Freiheit und den Erleichterungen für den Bauernstand in Absicht auf Vorspann und Fourage, auch Brotkorn-Lieferungen; für den Städter in Absicht auf Servis und Plackereien bei der Akzise, das einem jeden zu bewilligende Eigentum, die Begünstigung der Abfindungen wegen der Dienste durch freiwillige Übereinkunft zwischen den Dienstberechtigten und Dienstpflichtigen, die Aufhebung der Bann- und Zwangs-Rechte gegen eine selten nur stattfindende Entschädigung, wo der Schaden überzeugend bewiesen wird, der Patrimonial-Gerichte gegen zweckmäßige diesen zu substituierende Einrichtungen, eine bessere Polizei- und Kreis-Verfassung, endlich eine auf richtige Grundsätze zu bauende konsultative Repräsentation werden die Lasten weniger fühlbar machen und als Wohltaten erscheinen und wirken. Se. Majestät der König würden die Repräsentanten der Nation, gegen welche die einzelnen Städte wegfielen, zum erstenmale Höchstselbst nennen.

In der Folge könnten sie nach richtigen Vorschriften wählen. Ihnen würde bei ihren Versammlungen jährlich der Zustand des Staats und der Finanzen vorgelegt und öffentlich dargetan, daß die Schuldentilgung planmäßig fortgehe und daß alles geschehe, um den öffentlichen Wohlstand zu vermehren. Die Verständigen im Volk erhielten dadurch die Überzeugung, daß die Anstrengung der Kräfte desselben den Zweck erfüllt, wozu diese aufgeboden worden und jeder würde die nötigen Opfer gern tragen.

Durch zweckmäßige Publikationen sind die notwendigen Einrichtungen bekanntzumachen und eine allgemeine Einleitung dazu, so daß Vertrauen zur Verwaltung erregt und bestärkt werde. Ein wohleingerichtetes Regierungs-Blatt wird dazu beitragen. In dieses sind alle Gesetze und Verordnungen aufzunehmen.

Die anliegende Zusammenstellung No. 5 zeigt in einer kurzen Übersicht, was jeder Stand durch die Haupt-Veränderungen, welche mittelst der neuen Grundsätze bewirkt werden, gewinnt oder verliert.

260. Auszug aus dem Finanzplan Hardenbergs¹ [Berlin,] 28. Mai 1810

PrGStA., jetzt DZA Meerseburg, Rep. 92 Hardenberg H 5 IV Vol. 2: Abschrift (Kanzleiband) mit eigenhändigen Randbemerkungen Hardenbergs.
 Druck: Alte Ausgabe III S. 698 ff.

Status der Bank und Seehandlung. Vorschlag der Errichtung einer Nationalbank. Abkauf der Grundsteuer. Ausgabe von Steuerobligationen. Reform der gutsherrlich-bäuerlichen Verhältnisse. Schaffung von Papiergeld. Verwendung der Tresorscheine dafür. Auswärtige Anleihen. Ihre Fundierung. Säkularisation der geistlichen Güter. Innere Überbrückungskredite. Amortisation der inneren Schuld. Richtlinien für die Geschäftsführung der Nationalbank. Aufhebung der Bank und Seehandlung geplant. Etat. Steuerreform. Einführung der Gewerbefreiheit gegen eine Gewerbeabgabe. Keine Einkommensteuer. Bezahlung der Kontribution. Berufung von Notabeln. Bezahlung der Provinzial- und Kommunalschulden.

Dieser Auszug ist in einer mit der Immediat Finanz Commission abgehaltenen Konferenz am 11ten Julius durchgegangen und hierneben notiert, was das Resultat der Überlegungen war.

Mit Vergnügen unterwerfe ich meine Vorschläge jeder einsichtsvollen Prüfung, ja sie gehen bestimmt darauf hin, daß eine solche Prüfung vorgenommen werde. Man fange damit an, die Notizen und Kalküls zu berichtigen, man gebe ihnen die fehlende Bestimmtheit, dann erwäge und prüfe man!

Die anliegenden Zusammenstellungen Num. 1 bis 5 werden hierzu einen Leitfaden und zugleich eine Übersicht der gegenwärtigen Lage der preußischen Finanzen und der wahrscheinlichen Resultate der vorzuschlagenden Maßregeln für die nächsten zwei Jahre geben; sie werden zugleich eine Beruhigung gewähren, daß es an Hilfsquellen nicht fehle und daß nur die rechten Mittel gewählt werden müssen, um sie zu benutzen, endlich, daß dieses, zwar nicht ohne Mühe und Lasten für das Land, jedoch ohne Bedrückung und mit steter Hinsicht auf ein wohlthätiges, die Trennung der alten und neuen Lasten erleichterndes und auf Ew. Königl. Majestät Untertanen mit verhältnismäßiger Gleichheit zu verteilendes System für die Abgaben geschehen könne. Num. 1 enthält eine Nachweisung der Gegenstände, womit die Staats-Instituts- und Provinzial-Schulden gedeckt werden können, und der Schulden, die zu decken sind.

Es ist dabei von der Voraussetzung ausgegangen, daß die Seehandlung und die Bank, und zwar letztere, auch ohne auf einen günstigen Erfolg wegen ihrer Forderungen im Herzogtum Warschau zu rechnen, sich durch sich selbst halten können, wenn dafür gesorgt wird:

1) daß die Forderungen berichtigt werden, welche diese Institute an die Staatskassen haben.

D. i. theils durch Zurückgabe der Papiere derselben, die sich im Besitz der Staatskassen befinden, theils durch Versicherung der bleibenden Schuld in Domänen und Verzinsung derselben aus solchen.

2) Wenn man sie in den Stand setzt, die rückständigen Zinsen zu bezahlen.

Auf diese Weise, daß man den Kreditoren die Wahl lasse, entweder die Zinsen jetzt in Papier (den zu Bankscheinen zu machenden Tresor-Scheinen) zu nehmen oder sie später in einer noch nach den Umständen näher zu berechnenden Frist in barem Golde zu erheben.

3) Wenn die Bank die Depositen- und Pupillen-Gelder nach der bisherigen Verfassung fortbenutzt, und es findet sich:

a) daß die theils vorhandenen, theils anzuschaffenden Sicherheits- und Deckungs-Gegenstände 122 242 693 Rthl. betragen,

b) die zu deckenden Objekte dagegen 85 998 945 Rthl. mit Einschluß der Provinzial- und eines Theils der größeren Kommunal-Abgaben,

c) mithin ein Überschuß bleibt von 36 243 748 Rthl., ja es ergibt sich:

d) daß selbst dann, wenn man auch alle Bank-Papiere zu 17 644 518 Rthl. decken wollte, dennoch ein Überschuß von 18 599 230 Rthl. vorhanden sein würde.

Diese Summen sind nach den rektifizierten Tableaux näher zu bestimmen, sobald alle Data vollständig beisammen sein werden.

¹ Vgl. oben Nr. 246. Die eigenhändigen Randbemerkungen Hardenbergs in Kleindruck.

Bei der Zusammenstellung der Deckungsmittel sind nur solche angenommen, auf die vielleicht mit einiger Modifikation sicher zu rechnen ist. Die einzige Forderung, die Zweifeln unterworfen sein möchte, ist die an den Prinzen Georg von Darmstadt.

Sie ist nur zu 150000 Tlr. anzunehmen, die geboten sind.

Die Domänen und Forsten sind nach den bei dem Finanz-Ministerium vorhandenen Etats nunmehr nach der rektifizierten Nachweisung bei dem anliegenden Voto d. H. G. St. R. Sack², die den reinen Ertrag nachweist, welcher aber ohne Zweifel noch erhöht werden kann, angeschlagen, die schlesischen Klöster nach dem ebenfalls von ihm erhaltenen Tableau, das Bistum Breslau und das Dom-Kapitel nach Nachrichten, welche mir der Fürst-bischof von Breslau mitteilen lassen, die Malteser-Güter nach dergleichen vom Finanz-Ministerium.

Diese Gegenstände sind alle noch genauer zu untersuchen und anzuschlagen, auch der Wert der Güter des Johanniter-Ordens und der übrigen geistlichen Korporationen zu eruieren.

In Absicht auf die Hälfte der Grundsteuer bemerke ich, daß ich bei folgenden einfachen Operationen die Abkaufung derselben beabsichtige, wodurch ein sehr ansehnlicher Fonds von unbestreitbar großer Sicherheit erlangt wird, teils um zinsbare Papiere zu schaffen, teils Papier-Geld darauf zu gründen, das nicht verzinset wird, teils um Sicherheiten für in- und ausländische Anleihe zu liefern.

Die Operationen, welche ich vorschlage, sind folgende:

- 1) Ew. Königliche Majestät genehmigen die Errichtung einer National-Bank, davon weiter unten die Rede sein wird, deren Verwaltung nach den in der Foundation derselben zu bestimmenden Grundsätzen für unabhängig von jeder Einmischung des Gouvernements erklärt wird.
- 2) Allerhöchstieselben zedieren diesem Institut das Kapital der Hälfte der Grundsteuer.
- 3) Jeder Steuerpflichtige kauft die Hälfte seiner nach dem Fuß von 8% zu Kapital anzuschlagenden Grundsteuer dadurch ab, daß er der National-Bank eine mit 5% zu verzinsende, an der ersten Stelle hypothekarisch einzutragende Obligation mit der Bedingung ganzjähriger Kündigung nach Ablauf eines Jahres ausstellt. Diese Bedingung wird zwar anfangs verhindern, daß die Steuer-Obligationen pari werden oder einen diesem ganz nahe liegenden Kurs erhalten, aber sie ist notwendig, um die Zahlungspflichtigen nicht in Verlegenheit zu setzen, wogegen aber kein Indult auf diese Obligationen bezogen werden darf.
- 4) Diese Obligationen werden dadurch, daß Ew. Königl. Majestät das Kapital der halben Grundsteuer der Nationalbank völlig übereignen, Privatgut und gewähren daher die vollkommenste Sicherheit.
- 5) Da die Steuerpflichtigen ein Opfer dadurch bringen, daß sie statt der Verpflichtung zur bloßen Zahlung der Zinsen des Grund-Kapitals die übernehmen müssen, auf den Kündigungsfall das Kapital selbst zu entrichten; so ist es billig und, um die Last nicht zu drückend zu machen, notwendig, ihnen durch die Erhöhung zu 8% einen Vorteil zu gewähren. Es ist indessen nicht denkbar, daß die ganze Summe der Steuer-Obligationen, ja daß nur eine sehr beträchtliche Summe derselben gekündigt werden könnte,

um den Bedenlichkeiten dieserhalb noch besser vorzubeugen, würde es gut sein, Korporationen zu bilden, gleich den Pfandbriefs-Instituten, denen nur gekündigt werden dürfte,

zumal wenn der Kredit des Staats und der Individuen durch eine zweckmäßige und ordentliche Staats- und Finanz-Wirtschaft aufrecht erhalten und gehoben wird.

6. Die freien Steuerpflichtigen stellen die Obligationen für ihre Quote selbst aus, für die Unfreien müssen vorerst die Gutsherrn die Vertretung übernehmen, mit dem Regreß an die Besitzungen der Steuerpflichtigen. Es muß aber ungesäumt daran gearbeitet werden, die beabsichtigte Verwandlung der Unfreien in Eigentümer zu bewirken und zugleich die völlige Sicherstellung und Schadloshaltung des Gutsherrn wegen jener Verbindlichkeit.

² Vom 11. Juli 1810. Hier nicht beigelegt. Vgl. unten Nr. 262 Anm. 10.

AUFENTHALT IN PRAG

Es ist besser, die Bauern gleich zu Eigentümern zu erklären und ihnen Hypotheken-Bücher zu geben. Die bisher eximierten Grundstücke müssen auch der Grundsteuer unterworfen und dem Abkauf unterworfen werden.

7. Um den Abgang an barem Metall-Geld zu ersetzen, welcher durch die Zahlung der französischen Kontribution entsteht, ist ein Repräsentations-Mittel in Papier unumgänglich erforderlich.

8. Da es vorerst unmöglich ist, einen hinreichenden Realisations-Fonds für dieses Papiergeld in der Kasse zu haben, so muß dafür gesorgt werden, daß die Realisation wenigstens indirekt möglich sei. Dieses wird dadurch bewirkt, daß der ganze Betrag des Papiergeldes in den vorerwähnten Steuer-Obligationen bei der Nationalbank vorhanden sei, und daß es jedermann freistehe, sein Papiergeld gegen Steuer-Obligationen umzusetzen.

9. Weil ferner die Verfertigung eines zweckmäßigen Papiergeldes viel Zeit erfordert, die uns fehlt, weil wir die Tresor-Scheine haben und weil es nützlicher ist, ein schon existierendes Papiergeld, an das das Publikum schon gewöhnt ist, beizubehalten, als ein neues zu kreieren, so werden die Tresor-Scheine der National-Bank zu übergeben und auf die Steuer-Obligationen bündigst zu fundieren sein.

10. Notwendig muß diesem nach das weitere Verbrennen derselben eingestellt

das weitere Verbrennen ist einzustellen, sobald der Plan feststeht. Es ist aber besser, die Realisation der Talerscheine fortzusetzen.

und das darauf gerichtete königl. Versprechen und ebenfalls das wegen barer Realisierung der neuen Talerscheine, wodurch der dazu bestimmte Fonds zu andern Zwecken disponibel wird, zurückgenommen werden, so wie auch die Zusage wegen der weiteren Emission dahin zu modifizieren ist, daß sie nur von der National-Bank solle geschehen können, insoweit als sie öffentlich darzutun vermöge, daß sie die volle Deckung in Kasse habe und behalte, und daß Ew. Königl. Majestät nie HöchstIhre Genehmigung zu einer weitem Emission anders als unter diesen Bedingungen geben würden, welches alles, wenn es gehörig motiviert wird, ganz unbedenklich ist.

Da die Tresor-Scheine als ganz neues Bank-Papier eine ganz andere Eigenschaft annehmen, so ist die Einstellung ihres Verbrennens und die Emission der vorhandenen, die allerdings vorsichtig geschehen muß, unbedenklich.

Die ganze Summe der ursprünglich verfertigten Tresor-Scheine beträgt nach den vorliegenden Nachrichten 9 093 210 Rthl. Verbrannt sind für 1 Mill.,

so daß am 16. Julius noch weitere 500 000 Rthl., die Anlage zeigt den neuesten Bestand der Tresor-Talerscheine, wonach mehr dergl. vorhanden, aber nur 458 862 Rthl. in Kurs waren,

da aber statt derselben der gleiche Betrag an Taler-Scheinen vorhanden ist, so bleibt jene Summe unverändert. In der Zirkulation sind nach eben den Nachrichten 1 672 490 Rthl., also noch in den Kassen 7 420 720 Rthl.

11. Diese werden durch Unterschriften von zwei Vorstehern

durch Stempelung, da die Unterschriften zu viel Zeit erfordern

der National-Bank als das oben beschriebene Papiergeld sanktioniert und bekanntgemacht, daß so wie von den in Zirkulation seienden Tresor-Scheinen, welche bei den Kassen einkommen, diese an die National-Bank verabfolgt und nicht anders als mit der erwähnten Unterschrift versehen wieder ausgegeben werden sollen.

12. Die Emission der ganzen Summe von Tresor-Scheinen scheint unter den vorerwähnten Voraussetzungen ganz unbedenklich. Sie wird dadurch bewirkt, daß die rückständigen Zinsen von den Staats-Bank- und Seehandlungs-Schulden, sowie die übrigen im Etats-Jahr vom 1. Januar 1810/11 nach dem Tableau Nr. 2 in Papier zu entrichtenden Gegenstände, welche 26 178 072 Rthl. betragen, damit bezahlt werden. Hierbei darf nur eine dreimalige Zirkulation der ganzen Summe von Tresor-Scheinen angenommen werden, auf die wohl mit voller Gewißheit zu rechnen ist.

Wenn es möglich ist, einen Plan aufzustellen, um die Zinsen in barem Gelde zu zahlen, so war der Zweck nur desto sicherer erreicht. Man konnte auch die Wahl lassen, ob die Gläubiger die Zinsen später — in einer jedoch zu bestimmenden Zeit — die Zinsen bar zum Kapital geschlagen annehmen wollen, oder jetzt gleich halb in Papier, halb in Gelde, welches doch immer besser ist als nichts.

13. Ew. Königl. Majestät geruhen zu befehlen, daß in allen Staatskassen die Einzahlungen halb in Tresor-Scheinen geschehen können.

14. Bei allen diesen Maßregeln wird es eines Zwangs-Kurses derselben nicht bedürfen.

15. Wenn von der ganzen Summe der Steuer-Obligationen zu 21 672 262 Rtlr. abgezogen wird der Betrag der Tresor-Scheine zu 9 093 210 Rtlr., so bleiben an Steuer-Obligationen für 12 579 052 Rtlr., welche zur Verhypothekierung für inländische und ausländische Anleihe gebraucht werden können.

16. Es ist darauf gerechnet, daß durch ein auf alle Einwohner des Staats nach näher zu bestimmenden Grundsätzen zu repartierendes Zwangs-Anlehn die Summe von 7 Mill. an Metall aufgebracht werde, wobei aber auch Staats- und Instituts-Papiere nach dem Kurs,

Es wird besser sein, keine Papiere nach dem Kurs zu nehmen, das Anlehn muß höher ausgeschrieben werden und in mehreren Fristen, damit dasjenige, was nicht nach Frankreich geht, der Zirkulation erst zurückgegeben werde. Für diejenigen, die keine nutzbaren Grundstücke besitzen, die begüterten Land- und Stadt-Bewohner eine verhältnismäßig zu bestimmende Klassen-Steuer. Aber wie der Kapitalist? Soll er eine Vermögens-Steuer oder ein Anlehn gegen Steuer-Obligationen geben? Das letztere scheint rätlich.

auch Gold und Silber nach dem innren Wert und Juwelen nach der Taxe angenommen werden können. Dafür sollen die Darleiher den vollen Betrag in Steuer-Obligationen erhalten und die Zinsen zu 5% künftig halb in barem Metall, halb in Tresor-Scheinen, wozu die National-Bank den Fonds in den Zinsen der Steuer-Obligationen, die gleichfalls halb in Gold, halb in Papier zu entrichten sind, besitzt. Das Opfer, welches die Zwangs-Darleiher bringen, besteht also darin, daß sie vorerst Effekten erhalten, die nicht ganz so hoch als bares Geld zu benutzen sind, und in den Kosten, welche vielleicht bei manchem die Aufbringung des auf ihn zu repartierenden Betrages verursachen wird.

17. Durch die Steuer-Obligationen, welche die Zwangs-Darleiher erhalten, kommt außer den Tresor-Scheinen 9 093 210 Rtlr. noch ein zinsbares Papier zu dem Betrage von 7 000 000 Rtlr. in die Zirkulation, also überhaupt an Papieren 16 093 210 Rtlr., wodurch der Abgang an metallischem Numerair wohl hinreichend ersetzt werden wird.

Für Fundierung auswärtiger Anleihe bleiben also von den Steuer-Offizianten noch übrig 5 579 052 Rtlr.

Werden hierzu gerechnet:

a) der Betrag der geistlichen Güter in Schlesien	11 066 000	„
b) des Bistums Breslau	2 045 000	„
c) des Dom-Kapituls daselbst	600 000	„
d) der Malteser- und Deutsch-Ordens-Kommende in Schlesien	1 440 000	„

so haben wir für diesen Zweck 20 730 052 Rtlr.

[18.]

Bei a, b, c, d sind die Schulden auf den Schulden-Etat gebracht und die übrigen Ausgaben an Pensionen etc. für die jetzigen Teilhaber der Einkünfte, die Unterhaltung der Kirchen und Schulen, Almosen auf den Staatswirtschafts-Etat. Was kann sich also, vernünftigerweise, der Säkularisation entgegensetzen, zumal wenn Ew. Kgl. Majestät geruhen, die Versicherung zu geben, daß alles, was von diesen Ausgaben durch Todes-Fälle erspart wird, zu Dotierung katholischer religiöser Schulen und milden Stiftungen verwendet werden soll.

Jene 20 730 052 Rtlr. erfolgen, ohne Rücksicht zu nehmen, auf dem ganzen Betrage der Domänen und Forsten zu 83 271 465 Rtlr., worauf man wegen Sicherstellung der holländischen Anleihe, welche erfordert 19 200 000 Rtlr.

vorerst nichts weiter fundieren müßte, als was zu Deckung der Forderung an den Staat,

a) die Bank mit	4 178 574	Rtlr.
b) die Seehandlung mit	14 796 849	„
	<u>38 175 423</u>	Rtlr.

in dem Tableau Nr. 1 aufgeführt ist, überdem ohne Rücksicht auf die im Besitz des Staats seienden Privat-Pfandbriefe und Dokumente zu 2 148 228 Rtlr., ferner ohne alle Rücksicht auf auswärtige Aktiva und nicht sichere Forderungen, vorzüglich auch ohne Rücksicht auf das, was wir von Frankreich konventionsmäßig als Folge der Festungs-Verpflegung zu fordern haben. Es erhellet also hieraus, daß für das im Auslande projektierte Anleihen von 8 Mill. die überflüssigste Hypothek bestellt werden kann, man darf sich also der Hoffnung, solches zu realisieren, wohl mit Gewißheit überlassen, aber nicht anders, als bei einer konsequenten, offenen und ebenso ordentlichen als pünktlichen Finanz-Wirtschaft, und wenn der Gang der Justiz nicht durch Reskripte des Groß-Kanzlers gehemmt wird, wie bisher in mehreren Fällen geschehen.

19. Da es sich aber gar nicht voraussetzen läßt, daß dieses auswärtige Anleihen binnen der Frist, worin die französische Kontribution gezahlt werden soll, so zustande kommen könne, daß es bares Geld liefere, so ist ein interimistisches Hilfsmittel durchaus nötig. Ich habe daher bereits mit einigen der ersten Bankiers-Häuser in Berlin Rücksprache nehmen lassen, und man kann nach ihren Erklärungen mit Sicherheit darauf rechnen, daß durch diese und die übrigen inländischen Handelshäuser die Summe von 6 bis 8 Mill. nach und nach angeschafft werden wird, wenn man sie in bestimmter Zeit deckt, wozu es nach dem Vorstehenden an Mitteln nicht fehlt, und wenn man der Haupt-Voraussetzung, ohne welche gar keine Rettung sein würde, der Hebung des Kredits überhaupt durch eine bessere Finanz-Wirtschaft, öffentliche Mitteilung solider Pläne, Abtragung der Kontribution an Frankreich und durch die Folge aus allen diesem, ein festeres politisches System, genüget.

20. Der National-Bank sind alle Staats-Schulden, auch die Zahlung der französischen Kontribution, insofern sie nicht durch das holländische Anleihen entrichtet wird, so wie die Provinzial-Schulden, wie auch die Krieges-Schulden von Berlin und, wenn es möglich ist, von andern größern Städten, welche vorzüglich durch den Krieg gelitten haben, zur Verzinsung und zum sukzessiven Amortissement zu übergeben und derselben die nötigen Fonds, so rechtsbeständig als es nur immer geschehen kann, zu überweisen. Diese Fonds dürfen derselben auf keinen denkbaren Fall entzogen werden, solange der Zweck des Amortissements aller überwiesenen Schulden nicht vollkommen erreicht ist. Alsdann erst fallen sie zur Disposition des Staats zurück.

21. Zum Amortissement muß ein Minimum, so hoch als möglich, festgesetzt werden, wozu die Möglichkeit schon in diesem und dem folgenden Etats-Jahre aus den Tableaux Nr. 2, 5, 3 hervorgeht, da im ersteren ein Deckungs-Fonds von 3 024 452 Rtlr. in Golde, in letzterem von 2 382 890 Rtlr. aufgenommen ist. Außerdem müssen kluge Finanz-Operationen, Aufkauf der Obligationen, Zins-Coupons etc. das Amortissement beschleunigen.

22. Eine Aufkündigung der von der National-Bank zu übernehmenden Schulden darf nicht stattfinden, ihre Realisierung muß durch ihren Wert auf dem Markt mittels richtiger Bezahlung der Zinsen — der ausländischen in klingendem Metall, der inländischen halb in solchen, halb in Tresorscheinen — und durch das pünktlich zu beobachtende Amortissement ganz in klingendem Gelde gesichert werden.

23. Das holländische Anleihen ist eine Sache für sich nach den feststehenden Bestimmungen, die National-Bank hat nichts damit zu schaffen. Es muß auf alle Weise begünstigt werden, und die Absendung des p. Valkenaer nach Paris ist zu genehmigen und zu beschleunigen.

24. Die National-Bank verrichtet auch Giro-Geschäfte.

25. Sie leihet gegen vollständige Sicherheit auf realisierbares Pfand und zu mäßigen Zinsen, um dem Wucher zu steuern, auf kurze Zeit.

26. Ihre Verwaltung wird ganz unabhängig von der Staats-Verwaltung durch besonders dazu nach einer noch zu bestimmenden Weise auszuwählende tüchtige Männer geführt, aber nach den Grundsätzen ihrer ersten Bestimmung.

27. Die jetzige Bank und die Seehandlung wickeln sich ab, und erstere behält zu dem

Ende, bis der Zweck erreicht ist, die Depositen- und Pupillen-Gelder. Dann hören sie auf, da drei große Geld-Institute nebeneinander zu haben nicht rätlich ist.

Herr Geheimer Staats-Rat Labaye bemerkt, daß die Seehandlung wegen der Salz-Partie fort dauern müsse. Dieses ist näher zu prüfen.

28. Das ganze Staats-Schulden-Wesen und die Tilgung derselben muß völlig abgeschnitten und getrennt sein und bleiben von dem Staats-Wirtschafts-Etat.

29. Dieser ist in den Tableaux Nr. 4 und 5 ganz unabhängig von der Schulden-Zahlung, also auch von der der französischen Kontribution dotiert, und zwar reichlich für die Etats-Jahre 1810/11 und 1811/12 nach einem anzuführenden Überschlag im voraus. Die Bestände sind gar nicht angegriffen, ebensowenig als die Reste und die sich ergebenden extraordinären Überschüsse. Die Abgabe an den Staats-Schulden-Fonds ist auf 4 700 000 Rthl. bestimmt, und es bleibt künftigen Umständen und Ew. Kgl. Majestät höchsten Bestimmungen ganz überlassen, diese Summe, wenn die Überschüsse sich vermehren, entweder zu erhöhen oder jene zur Sammlung eines besondern Schatzes oder zu andern Zwecken zu verwenden.

30. Es würde zu weit führen, hier in die Details bei der Einnahme und Ausgabe des staatswirtschaftlichen Etats hineinzusehen.

Ich bemerke also nur:

a) daß auf die Ausdehnung der Akzise nach gleichförmigen Sätzen für alle Provinzen und sehr geringe Erhöhung einiger Artikel auf das platte Land, das in Absicht auf diese Abgabe mit den Städten ganz gleichzusetzen ist,

b) auf einen Erbschafts-Stempel bei Erbschaften in auf- und absteigender Linie, desgleichen auf einen Wechsel-Stempel,

der Wechsel-Stempel ist späterhin nicht rätlich gehalten, aber das Stempel-Edikt wird überhaupt umgearbeitet,

c) auf eine Patent-Steuer bei ganz freiem Gewerbe und bei Aufhörung der Nahrungssteuer gerechnet sei, wogegen die von dem Minister von Altenstein projektierte ungleichförmige und zum Teil höchst drückende Akzise-Erhöhung bis zu 2 $\frac{1}{2}$ Millionen, die den Zweck ohnehin nicht erreicht haben würde, weil z. B. die Branntwein-Abgabe ganz unerschwinglich sein würde, ferner die einer fortgesetzten Inquisition gleichkommende und der öffentlichen Opinion so sehr zuwiderlaufende Einkommen-Steuer gänzlich wegfallen.

31. In dem Etats-Überschlage für 1811/12 ist auf die Abschaffung des drückenden Vorstands, dieses Haupt-Hindernisses des Wohlstandes des Bauern und der Kultur, auf Minderung der städtischen Akzise und Übertragung der bisherigen lästigen Zuschüsse der Städte zum reglementsmäßigen Servis und endlich auf Bezahlung des Brotkorns und der Fourage für das Militär nach den Martini-Marktpreisen gerechnet, letztere aber sind keinesweges, wie der Minister von Altenstein beabsichtigt, mit 500 000 Rthl. unter den Ersparnissen aufgenommen. Jene Erleichterungen sind durchaus notwendig, um das Lästige zu kompensieren, sie können zwar in dem gegenwärtigen Etatsjahr noch nicht realisiert, müssen aber bestimmt zugesagt werden.

Seitdem ist darauf Bedacht genommen, alle diese Dinge gleich zu realisieren, um die neuen Vorteile mit den neuen Lasten zugleich gehen zu lassen. Eine Kommission hat alle dahin gehenden Edikte schon bearbeitet.

32. Was die Zahlung der französischen Kontribution anbetrifft, so sind zu deren Berichtigung keineswegs, wie es der Minister von Altenstein getan hat, Bestände, Reste, Überschüsse aus den Einkünften, die entweder ohne alles zu lähmen oder die Untertanen völlig auszuziehen, dazu nicht zu verwenden oder selbst in dieser Voraussetzung nicht zu verbürgen sind, herbeigezogen worden, auch nicht die in der Gerechtigkeit gegründete Entschädigung der Domänen-Beamten und der Untertanen wegen der Kriegs-Vorschüsse, diesen durch Einstellung der Kompensation ihrer Reste mit jenen Forderungen entzogen, selbst auf das Geld aus Rußland ist hierbei nicht gerechnet, so wenig als auf irgendeine der weit aussehenden und zum Teil ganz unsichern Operationen, die der Minister projektiert hat, sondern darauf, daß die französische Kontribution erfolge:

AUFENTHALT IN PRAG

- a) aus dem holländischen Anleih 12 Millionen,
- b) aus dem inländischen Zwangs-Anleih 7 Millionen,
- c) aus auswärtigen Anleihen 8 Millionen

oder mehr aus dem Zwang-Anleih und weniger aus dem ausländischen. Wie aber, wenn das holländische Anleih, wie es allen Anschein hat, der Erwartung nicht entspricht? Die Nachrichten von H. Valkenaer müssen dieserhalb gleich eingehen und hiernach wird auf Maßregeln Bedacht genommen werden müssen,

und bis dahin, daß diese Geld einbringen können, aus den Operationen auf kurze mit inländischen Bankiers überhaupt 27 Millionen, wogegen die französische Kontribution 23 beträgt. Die nächsten Schritte, um alle diese Operationen vorzubereiten, würden sein:

1. Die genaue Berichtigung

ist durchaus notwendig

aller zum Grunde gelegten Notizen und Berechnungen. Der Termin, bis wohin, muß auf den 1. Juni gesetzt werden, so wie von da an die Administration auch ganz nach den neuen Grundsätzen einzurichten und hiernach der Etat zu entwerfen ist.

2. Die schnellst-mögliche Entschließung wegen des Indults, welcher den 24. k. M. abläuft und die unverantwortlich bis zu dem gegenwärtigen Augenblicke verzögert ist. Sie hat auf den Privat- und auf den öffentlichen Kredit den wesentlichsten Einfluß.

3. Die Zusammenberufung einsichtsvoller Männer aus der ganzen Monarchie, der drei

wie diese Versammlung zusammensetzen sei, ist eine der wichtigsten Fragen,

Ober-Präsidenten, der Landes-Direktoren und einiger andern aus den Besitzern adeliger Güter, den städtischen Magistraten und dem Bankiers-Stande auszuwählenden Personen, mit denen der Plan zur National-Bank und der damit zu vereinigenden Schuldentilgungs-Anstalt, die hierzu zu ergreifenden Mittel in Überlegung zu nehmen sein werden, damit sie demnächst als Organ Ew. Königl. Majestät den Ständen die Resultate Höchster Entschließungen überbringen, sie ihnen und den Einwohnern ihrer Provinzen als annehmlich und den Zweck erfüllend darstellen, dadurch den Patriotismus und den Eifer zur Rettung des Vaterlandes wecken und zur Erreichung des Zwecks und Herbeischaffung der Mittel kräftig mitwirken können. Außerdem wird es noch wichtig sein:

Übrigens ist noch zu bemerken, daß es notwendig ist, die Liquidation der Provinzial- und Kommunal-Schulden vorzüglich zu beschleunigen und wegen Übernahme derselben auf den Staats-Schulden-Fonds solche Grundsätze festzusetzen, daß Prägravationen möglichst vermieden werden,

- a) Wengleich die Unterhandlungen wegen der Forderungen der Institute im Herzogtum Warschau nicht den Anschein eines guten Erfolgs für sich haben, doch vor allen Dingen durch die Entrichtung der 600/m Rthl. zurückgehaltener Depositen, die Sequestrierung der den Untertanen Ew. Königl. Majestät gehörenden, gegen 30 Millionen betragenden Forderungen, um deren Zinsen aufheben zu machen, wodurch eine äußerst beträchtliche Masse von Numerar dem Verkehr mit dem größten Nachteil entzogen wird.
- b) Zu überlegen, ob das Edikt wegen der Freiheit, Zinsen zu nehmen, so hoch man will, dagegen sich die öffentliche Meinung sehr erhebt, aufzuheben oder zu modifizieren sei³.
- c) Die nach der Äußerung des Ministers von Altenstein nächstens zu erwartende neue Instruktion für die Veräußerung der Domänen sorgfältig zu prüfen.
- d) Übrigens muß die Notdurft an Kupfergeld als Scheide-Münze ausgemittelt und ein Plan zu dessen Prägung gemacht werden. Unsere gegenwärtige Silber-Scheide-Münze muß man suchen, bei Gelegenheit des Zwang-Darlehns möglichst wegzuschaffen und den Rest nach und nach.
- e) Ist zu prüfen, ob die rückständigen Gehälter der königlichen Diener nicht durch Kassenscheine in 18 Monaten, halb in Tresor-Scheinen, halb in Gelde zahlbar, getilgt werden könnten. Die Mittel dazu würden sich bis dahin finden. Vor allen Dingen muß erst ihr Betrag vorliegen.

³ S. oben Nr. 259 und unten Nr. 262—266.

261. Bemerkungen Steins über den Finanzplan Hardenbergs vom 28. Mai 1810
[Prag,] 1. [2.] August 1810

PrGStA., jetzt DZA Merseburg, Rep. 92 Hardenberg H 5 IV: Reinschrift (eigenhändig);
Stein-A.: Konzept (eigenhändig) mit dem Vermerk Steins: „den 1. [2.?] August 1810 über den Finanzplan des
H. v. H[ardenberg], dd. 29. Mai 1810.“
Druck: Alte Ausgabe III S. 292 ff. nach der Reinschrift.

Wendet sich gegen die von Hardenberg geplante Übernahme der Provinzialschulden auf die Staatskasse. Befürwortet die Erteilung des ungeteilten Eigentumsrechts an die Bauern. Erklärt sich für eine Vermehrung der Zirkulationsmittel, Ausgabe von Papiergeld. Währungstheorien Steins. Warnt vor Einziehung der geistlichen Güter in Schlesien. Mißtrauen gegen eine Staatsbank. Auflösung der Seehandlung. Empfiehlt die Befreiung gewisser Gewerbe von den bisherigen Einschränkungen, die Einführung der Einkommensteuer und energische Maßnahmen gegen die Opposition.

Einige Bemerkungen zu dem Bericht dd. 29. Mai 1810.¹

Unter den Schulden, die man aus dem Staatsvermögen zu decken beabsichtigt, finde ich die Provinzialschulden mit 27 Millionen aufgenommen. Diese Übernahme der Kommunitätslasten auf das Ganze enthält eine Unbilligkeit für die Provinzen, welche ihre Schulden zum Teil getilgt haben wie Preußen oder welche keine eingegangen sind wie Schlesien. Es ist außerdem bekannt, wie leichtsinnig man in der Kurmark während der feindlichen Okkupation mit dem Schuldenmachen verfahren, und wie vertragswidrig man jetzt noch bei Bezahlung der Zinsen und Erfüllung der eingegangenen Verbindlichkeiten handelt. Ohnehin macht es die Gefahr, worin alle Staaten stehen zertrümmert zu werden, gefährlich, alles zu konsolidieren und der Leichtsinns, womit man die Kriegslasten auf die Nachkommenschaft abwälzt, statt sie zu tragen, wird hierdurch begünstigt. Billig ist aber eine Unterstützung und Erleichterung der zu sehr belasteten Teile, insbesondere von Pommern und Berlin.

Es ist zwar keinem Zweifel unterworfen, daß nicht der Betrag des Staatsvermögens den Betrag der Staatslasten übersteige, die große Schwierigkeit bleibt immer die Aufbringung des baren Geldes, zur Befriedigung der Forderungen, die nur auf diese Art bezahlt werden können und müssen, da die Ursachen, welche die alten Kapitalien zerstören und die Sammlung neuer verhindern, nachzuwirken fortfahren.

ad 3. Der Ankauf der Grundsteuer wird müssen zur Notwendigkeit gemacht werden, da ihn sonst bei den jetzigen Umständen niemand

¹ Zum Verständnis der Äußerungen Steins über den Hardenbergschen Finanzplan ist oben Nr. 260 der in Hardenbergs Nachlaß befindliche Auszug dieses Planes mitgeteilt, der, wie sich aus den von Stein erwähnten Einzelpunkten ergibt, wohl mit dem Stein übersandten Auszug übereinstimmen dürfte. Stein selbst hat, wie er am 2. August 1810 an Hardenberg schreibt, nur einen Auszug, nicht den ganzen Plan erhalten. — Vgl. über die allgemeinen Zusammenhänge: Nasse, *Die preuß. Finanz- und Ministerkrisis i. J. 1810* (HZ. 26 (1871), S. 314 ff.); jetzt: H. Haubherr, *Die Stunde Hardenbergs*.

vornehmen wird, indem er sich in neue Geldverlegenheit setzt. Da in der Kurmark, Neumark und Pommern der Adel steuerfrei ist, so wird eine bedeutende Masse von Grundeigentum gar nicht zu der Operation mitwirken.

ad 6. Die Verwandlung der bäuerlichen Nichteigentümer in Eigentümer wird in der Kurmark, wo das lassitische Bauernverhältnis vorhanden ist, wenig Schwierigkeiten haben, aber mehrere in Pommern, Preußen, wo der Bauer nur Zeitpächter auf drei Jahre ist. Da aber der Gutsbesitzer bei diesem Verhältnis unstreitig wenig Nutzen hat, da ich das Eigentum der Bauerngüter in Preußen selbst für Usurpation des Adels halte, da endlich auf den großen Domänen bereits 1808 das Eigentum den Bauern übertragen worden, so halte ich es für ratsam, in dieser Angelegenheit durchzugreifen.

ad 7. Eine Vermehrung der Zirkulationsmittel ist dringend nötig, um das Verhältnis zwischen den Preisen der Produkte und den auf ländlichen und städtischen Grundstücken haftenden Lasten wieder herzustellen, die zu kreierende Summe scheint auch nicht zu hoch. Österreich hat die Erfahrung gemacht, daß bei einer verhältnismäßigen Summe von Papiergeld dieses sich pari und zu gleicher Zeit neben dem baren Geld erhalten könne. Dieses war der hiesige Zustand der Dinge von den Zeiten des Kaisers Joseph II. an bis auf das Jahr 1801. Selbst bei dem Mißbrauch mit dem Papiergeld in diesem Staat wurde nicht die Produktion und das Gewerbe erschüttert, vielmehr erfolgte das Gegenteil, sondern der Besoldete und der Staatsdiener waren der leidende Teil. Kreiert man aber nicht mehr Papiergeld, als zur Zirkulation der Produkte und der Güterveräußerungen eines Landes nötig ist, so wird der Wert desselben dem Metallgeld gleichbleiben. Nach dem vorgeschlagenen Plan ist die Summe des Papiergeldes begrenzt durch die Summe der Obligationen, worauf jenes gegründet ist, also keine willkürliche wandelbare Größe.

ad 12. Es wird für die Eigentümer dieser Forderungen vorteilhafter sein, Effekten zu erhalten, welche im schlimmsten Fall einigen Wert haben, als gar keine Art der Befriedigung, wie es jetzt der Fall ist.

ad 13. Das Papiergeld muß dem Metallgeld ganz vollkommen gleichgesetzt werden, es muß zu einem gesetzlichen Zahlungsmittel erklärt werden, erhält es nicht dieselben Funktionen, so wird allgemein ein doppelter Preis entstehen, einer in Papier, einer in Metallgeld. Das Papiergeld kann nur einen regelmäßigen Umlauf erhalten durch eine mäßige, dem Umfang des Verkehrs angemessene Emission und Zwangskurs oder durch Realisation — da die letztere nicht statthaben kann, so muß man es beleben, indem man ihm die vollkommenen Geldfunktionen beilegt.

ad 18. Bei der Säkularisation der schlesischen geistlichen Güter halte ich es nicht für ratsam, den ganzen Teil des geistlichen Vermögens, der zur Dotierung der Religions- und Lehranstalten erforderlich ist, einzuziehen

und diese wichtigen Kulturmittel abhängig zu machen von öffentlichen Kassen, dagegen bleibt der übrige Teil des geistlichen Vermögens, z. B. Klöster, überflüssige Dom- und Kollegiat-Präbänden ein sehr schicklicher Gegenstand der Finanzoperationen. Ich sehe keinen Grund ein, warum man den Johanniter-Orden, die Domstifte Brandenburg, Havelberg usw. nicht zu wichtigen Staatszwecken, allenfalls zur Dotierung von Kommenden eines zweckmäßig eingerichteten Verdienstordens verwenden wolle.

So vollständig die Hypothek ist für die Anleihe der acht Millionen, so schwierig wird es unter den jetzigen Umständen sein, sie zu realisieren, indem der gegenwärtige gewaltsame und gesetzlose Zustand der Dinge und die Zerstörung des bedeutenden nord- und ostseeischen Handels eine Menge Kapitalien und so manche wichtige Quelle des Nationalwohlstandes vernichtet haben. Auch auf Holland wird nach den neuesten Ereignissen nicht viel zu rechnen sein.

ad 19. Um die Bankiers zu decken, bedarf man Bargeld, und dieses wird man Mühe haben anzuschaffen, am meisten wird man auf den einländischen baren Geldvorrat rechnen müssen, und je stärker man ihn angreift, umso notwendiger wird Papiergeld zum inneren Verkehr.

ad 22. Die kostbaren Staatsschulden müssen allerdings in Annuitäten verwandelt werden.

ad 25. Eine solche Leihanstalt taugt nach allgemeinen Grundsätzen und nach der mit der Berliner Hauptbank gemachten Erfahrungen nichts, in Ansehung der Grundsätze beziehe ich mich auf Smith T. II p. 71², in Ansehung der Erfahrungen auf meinen ao. 1806 über die Berliner Bank abgestatteten Bericht³.

ad 26. Wer soll wählen? sollen die jährlichen Abschlüsse nicht gedruckt werden?

ad 27. Die Seehandlung kann gleich aufgelöst werden, indem sie ihre Schulden der Staatsschulden-Tilgungskasse überweist, die ihre Aktiva ein-kassiert.

² Basel 1791. Steins Handexemplar befindet sich noch jetzt in seiner (Cappenberger) Bibliothek. An der zitierten Stelle finden sich folgende Ausführungen als Beispiel zu den Einwänden, die Smith gegen eine Staatsbank erhebt: „Die Berliner Banque hatte ein ihr vom Staat geliehenes Capital von 4 Mill. Th., das verstärkt wurde durch die gesetzliche Bestimmung, dass alle gerichtliche Deposita und Pupillar Gelder in Ermangelung anderer hypothecarischer Auswege bey ihr zinsbar niedergelegt werden mussten und dass viele Privatleute ihre Gelder bey ihr niederlegten gegen 2% Zins und Stägige Aufkündigung. Sie lieh aus auf Effecte, kaufmännische und andere gültige Papiere a) discountirte — b) mittelbar durch Dazwischenkunft von Wechsellern und Papieren auf Güther.

Sie machte zu lange Geschäfte und unsichere, und sie war influencirt durch Unbesonnene und bestätigt Smiths Bemerkungen über die Nachtheile einer allgemeinen Leyhe Anstalt. Sie machte fast gar keine Geschäfte mit Fabriken, sondern nur mit Banquiers.“ — Vgl. den Aufsatz von E. Botzenhart über Steins Bibliothek (Vierteljahrsschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte Bd. 22 (1930).

³ S. Bd. II Nr. 147, 239, 243.

ad 30 a.) Dem platten Lande würde man Brennen, Brauen und Backen, auch Fabrikenbetrieb freigeben und jenes mit Verbrauchsabgaben, dieses mit einer Patentsteuer belegen, ich halte es aber nicht für ratsam, dem platten [Lande den] Handel mit Kolonialwaren und Leinen und anderen ausländischen Produkten zu lassen, sondern dieses würde den Städten bleiben. Bei der Berechnung des Ertrages jener Abgaben wird man aber auf den bedeutenden Ausfall, der in der städtischen Akzise entsteht, Rücksicht nehmen müssen.

ad c) Eine solche gleichförmige Akzise-Erhöhung ist bei der bereits vorhandenen Höhe der Besteuerungssätze ganz verwerflich — da aber alles, was zur Kleidung aus einländischen Fabriken genommen wird, unbesteuert ist, es aber eine Abgabe tragen kann, so wäre diese Quelle der Einnahmen zu benutzen; außerdem ist es ratsam, das alte kurmärkische Zinsen- und Kreditwesen wegen seiner Kostbarkeit und Zwecklosigkeit aufzuheben. Diese neuen Quellen der Einnahmen werden aber nicht besonders viel aufbringen, ich halte eine Einkommensteuer für die gleichförmigste, einträglichste, wodurch zugleich die privilegierten Stände zur Mitleidenheit gezogen werden. Sie ist in England, in Österreich, in Ostpreußen zur Ausübung gebracht, und sie wird auch zur Basis dienen können bei der Verteilung der gezwungenen Anleihe oder sie unnötig machen, wenn man sie für einmal vervielfacht.

Auf die Opinion ist im Preußischen wenig Rücksicht zu nehmen, hier herrscht ein tief eingewurzelter Egoismus, halbe Bildung, Ungebundenheit, vereinigt mit der nordischen Gemütlosigkeit und Rohheit — diese verwilderte öffentliche Meinung muß durch ernsthafte Mittel berichtigt und nicht durch Schonung und Nachgiebigkeit in ihren Verwirrungen bestärkt werden. Es ist schwer, mehr Unverstand, Verdrehung und üblen Willen verbunden zu finden als in den Verhandlungen der kurmärkischen Edelleute über die Einkommensteuer⁴.

⁴ Die kurmärkischen Stände hatten im Frühjahr 1809 der Einführung einer Einkommensteuer zur Tilgung der Kriegsschulden zugestimmt. Da sie aber in der durch das Einkommensteuer-Reglement vom 11. März 1810 angeordneten Bildung eines General-Komitees, welches an Stelle des bisherigen ständischen Komitees das Steuerwesen der Provinz unter Mitwirkung von Vertretern aller Stände leiten sollte, eine Verletzung ihrer ständischen Verfassung sahen, und da sie ohnehin mit der neuen Steuerverteilung nicht einverstanden waren, so verweigerten sie jede Mitarbeit im General-Komitee, indem sie keine Vertreter dorthin entsandten. Hieraus ergaben sich die von Reden am 14. Juni erwähnten „Händel“ Sacks mit den Ständen. Hardenberg wich vor ihrer Obstruktion zurück, am 18. Juni wurde die Einführung der Einkommensteuer in der Kurmark auf unbestimmte Zeit suspendiert. S. Basseswitz III S. 127 ff., 158 ff. — Schönebeck, Die Einkommensteuer unter den Nachfolgern Steins (Forschungen XXV S. 117 ff.).

262. Hardenberg an Stein

Buchwald, 12. Sept[ember 1810]

Stein-A.: Ausfertigung (eigenhändig).
 Druck: Alte Ausgabe III S. 312 f.

Übersendet ihm die Akten über den Finanzplan.

Mille grâces, chère Excellence, de ce que vous avez bien voulu avoir égard à ma prière. Je me rendrai après demain, 14, avec empressement au rendez-vous¹. En attendant, je vous envoie

1. mon plan de finances en première esquisse que vous connaissez pour la plus grande partie².

Il faut que j'ajoute pour votre information que cette esquisse fut faite avant que je rentrai au service et que je m'en occupai par ordre du Roi, à l'occasion d'une discussion entre Altenstein et Wittgenstein³. Je me réserve de vous faire connaître les détails de cette discussion de bouche.

2. La correspondance sur ce plan entre moi et Niebuhr⁴ et entre celui-ci et le Roi⁵.

Vous serez étonné de la manière infâme dont M. N[iebuhr] en a agi envers moi, quoique je lui aie prodigué toutes les marques possibles de confiance et d'amitié. Il avait porté à mon insu son mémoire⁶ à M. de Koeckeritz et intrigué par lui pour parler au Roi.

3. Un mémoire de MM. Beuth, Scharnweber et de Raumer⁷, résultat de quelques conférences que nous eumes et dont je les chargeai de rédiger le résumé sur le mémoire de M. Niebuhr.

4. Un plan de finances avec un mémoire de M. de Schoen⁸.

5. Un mémoire de MM. de Beguelin et de Heydebreck⁹.

6. Un mémoire de M. Sack¹⁰.

7. Un autre de M. Labaye¹¹.

8. Projektierte, aber von mir außer dem ersten Commissorii noch nicht ge-

¹ Die Zusammenkunft zwischen Stein und Hardenberg fand am 14. September in Hermsdorf statt. S. Hardenbergs Brief vom 19. Mai 1811 unten Nr. 356.

² Den Finanzplan vom 28. Mai, den Stein bisher nur im Auszug kannte. Vgl. oben Nr. 246.

³ S. oben Nr. 235 und Mamroth S. 144 ff.

⁴ Mai und Juni 1810. Der Schriftwechsel befindet sich im Nachlaß Hardenbergs, PrGStA., jetzt DZA II Merseburg, Rep. 92 Hardenberg H 5 IV Vol. 1—3.

⁵ Insbesondere die Schreiben Niebuhrs vom 10. und 23. Juni 1810. Ersteres im Nachlaß Hardenbergs [a. a. O.], letzteres im Nachlaß Schöll, PrGStA., jetzt DZA II Merseburg, Rep. 92 Schöll 29.

⁶ Vom 23. Juni, in dem Niebuhr ganz besonders scharf an Hardenbergs Plänen Kritik übte. Der König hatte Niebuhrs Denkschrift vertraulich an Hardenberg weitergeleitet, PrGStA., jetzt DZA II Merseburg, Rep. 92 Schöll.

⁷ Vom 30. Juli 1810, PrGStA., jetzt DZA II Merseburg, Rep. 92 Hardenberg H 5 IV: Konzept; Rep. 92 Nachlaß Schöll: Ausfertigung.

⁸ Vom 10. August. Ebd.

⁹ Vom 23. August. Ebd.

¹⁰ Vom 11. Juli. Ebd.

¹¹ Nicht ermittelt.

nehmigte Edikte wegen der Besteuerung¹², mit dem Gutachten des Herrn von Schön¹³.

9. v. Schön und Hoffmann über Besteuerung¹⁴.

Morgen werde ich noch nachsenden:

1. Ein Résumé aus den verschiedenen Plänen, welches ich durch den Regierungsrat von Raumer fassen lasse¹⁵.

2. Grundzüge meines Finanzplanes, wie ich ihn jetzt beabsichtige¹⁶.

Über alles werde ich mir dann Ihre einsichtsvolle Meinung erbitten. Es geschieht mit Vorbewußt des Königs, und Ew. Exzellenz wissen, wie groß der Wert ist, den ich auf Ihren Rat setze.

263. Hardenbergs „Finanzplan nach den neueren Erwägungen“ [1810]

PrGStA., jetzt DZA II Merseburg, Rep. 92 Hardenberg H 5 IV: Konzept (Kanzleiband). — Vgl. oben Nr. 259.
 Druck: Alte Ausgabe III S. 708 ff.

Allgemeine Finanzlage. Verhandlungen über die Bezahlung der französischen Kontribution. Schlechte Erfahrungen mit der holländischen Anleihe. Versuch einer teilweisen Bezahlung der Kontribution mit Sachlieferungen. Vergleich mit Sachsen über die Konvention von Bayonne. Bezahlung und Ausgleich der inneren Staatsschuld. Vereinheitlichung der Staatsverwaltung unter Bildung einer Nationalrepräsentation. Verzinsung und Amortisation der inneren Staatsschuld. Bezahlung der rückständigen Gehälter. Gesamtbedarf zur Bestreitung der Kontribution und der inländischen Schulden. Seine Deckung. Anleihen. Säkularisationen, Steuerobligationen. Bepfandbriefung der Domänen und geistlichen Güter. Zwangsanleihe, Klassensteuer, Reform der Abgaben- und Grundverfassung. Einführung der Gewerbefreiheit. Offenlegung der Finanzverwaltung. Volksvertretung.

Die Schulden des preußischen Staats übersteigen, wie die anliegenden Darstellungen ergeben, keineswegs seine Zahlungskräfte, selbst dann nicht, wenn man einen großen Teil der Provinzial- und Kommunal-Kriegs-Schulden mit hinzurechnet, nämlich denjenigen, der nicht von den Provinzen und Kommunen aus eigenen Kräften getragen werden kann, und solchen auf den Staats-Schulden-Fonds übernimmt. Es würde nicht viel Schwierigkeit machen, einen Plan zur sukzessiven Tilgung aller Schulden zu entwerfen und durchzuführen, wenn man in Absicht auf die Zeit und die äußeren Umstände unbeschränkt wäre. Nur diese und der Umstand, daß die französische Kontribution in einem sehr kurzen Zeitraum entrichtet werden soll, legt uns die größten Hindernisse in den Weg, welche man nur durch große Anstrengungen überwinden kann.

Die französische Kontribution beträgt ursprünglich 120 Millionen Francs, ohne verschie-

¹² O. D. PrGStA., jetzt DZA II Merseburg, Rep. 92 Hardenberg H 5 IV Vol. 3.

¹³ Dieses Gutachten fehlt in den Handakten Hardenbergs. Vgl. über seinen Schriftwechsel mit Schön: Mammoth S. 198 ff.; Haußherr, Die Stunde Hardenbergs S. 71—184; Ritter, Stein S. 378 ff.

¹⁴ Nicht ermittelt.

¹⁵ Nicht ermittelt. Vgl. Raumer, Lebenserinnerungen I S. 147 ff.

¹⁶ Der „Finanzplan nach den neueren Erwägungen“. Außerdem hat Hardenberg Stein noch den in dieser Aufzählung nicht erwähnten Entwurf eines Gesetzes über die Regulierung der bäuerlichen Verhältnisse zugesandt, wie sich aus den Aufzeichnungen Steins unten Nr. 266 ergibt.

dene Aufrechnungen an Pfandbriefs-Zinsen, Wechsel-Protest-Kosten, die man nach den neuesten Nachrichten aus Paris übertrieben zu 10 Millionen Francs anschlägt. In dem Zeitraum von 8ten November 1808 bis 8ten Juli 1810 hätten bezahlt werden sollen: 84 000 000 Fr. Es sind aber nur bezahlt 49 500 000. Folglich im Rückstand geblieben 34 500 000.

Durch eine vor kurzem geschaffene Übereinkunft mit dem Handelshaus Tourton, Ravel & Co. Paris ist von diesem übernommen worden, die Kontribution bis zu dem Belauf der Hälfte von 60 000 000 abzutragen, wogegen dasselbe durch Promessen und Wechsel der Kaufleute unsrer beträchtlichsten Handelsstädte gedeckt ist, die bis zu Ende dieses Jahres zahlbar werden. Der Staat muß dagegen diese Kaufleute befriedigen. Das Haus Tourton und Ravel bekommt 1% Provision, und die Übereinkunft ist mit Vorwissen des Kaisers Napoleon und nachdem alles mit dem Tresorier des kaiserlichen besonderen Schatzes, Baron de Laboullerie, abgeredet war, durch den ersten Commis des erwähnten Handelshauses und den Geheimen Staatsrat Labaye in Berlin abgeschlossen.

Der Baron Laboullerie hatte erklärt: der Kaiser werde vermöge dieses Arrangements bis zum Ablauf dieses Jahres keine weitere Zahlung von Preußen verlangen und zugleich als unbezweifelt angegeben, daß die Festung Glogau konventionsmäßig werde geräumt werden. Da man in Paris einen Bevollmächtigten wünschte, um unsre Rechnung völlig aufs Reine zu bringen, so ist der Geheime Staatsrat Labaye dahin geschickt, um die letzte Hand an die Übereinkunft mit Tourton & Ravel zu legen und um es wegen der 2ten Hälfte womöglich dahin zu bringen, daß man sich mit 2 Millionen Frs. monatlich, statt der konventionsmäßigen 4 begnüge. Unterrichtet von dem Abschlusse mit Tourton & Ravel hat der Kaiser Napoleon neuerlich durch den Laboullerie erklären lassen: es müsse durch einen Bevollmächtigten des Königs auch wegen der 2ten Hälfte vorläufig eine Übereinkunft getroffen und ein richtiges Liquidum wegen aller seiner Forderungen an Preußen gestellt werden, bevor er Glogau räumen könne und dann müsse die Sache auf dem diplomatischen Wege ihre Erledigung finden. Insofern es hiernach scheint, daß der Kaiser von der Strenge der Konvention vom 8. September 1808 abgeht, indem er selbst zu einer neuern Übereinkunft die Hand bietet, kann man diese Erklärung als günstig betrachten, aber es geht auf der anderen Seite hervor, daß man die Räumung von Glogau zu verzögern trachtet, und überdies ist man von der Forderung, monatlich 4 000 000 Frs. zu erheben, noch nirgend abgegangen, obgleich Laboullerie und Tourton zu einer Ermäßigung bis zur Hälfte noch immer Hoffnung machen.

Der Herzog von Cadore¹ hat ebenfalls eine Ermäßigung hoffen lassen und geäußert, daß es rätlich sei, die Sache vorerst als eine affaire de comptabilité zu behandeln und dann die erforderlichen diplomatischen Stipulationen hinzuzufügen. Die Ankunft des Geheimen Staatsrats Labaye, welche nun vor mehreren Tagen erfolgt sein muß, wurde in Paris mit Ungeduld erwartet. Wir werden also nun bald erfahren, was wir in Absicht auf diese drückendste unserer Schulden zu erwarten haben. Inzwischen ist in dem Finanzplan auf den Fall kalkuliert, daß man 4 000 000 Frs. monatlich bezahlen müßte, nicht aber auf den schlimmsten Fall, für den wir keine Mittel haben, daß der Kaiser auf augenblickliche Abtragung des arriére von 34 000 000 noch schuldiger Summe dringe, welches jedoch die Absicht nicht zu sein scheint.

Man schmeichelte sich bekanntlich mit der Hoffnung, durch das Anleihen in Holland einen großen Teil der französischen Kontribution zu decken. Die äußerst lästigen Bedingungen, unter denen solches abgeschlossen ist, konnten nur dadurch Rechtfertigung finden, daß es überhaupt schwer ist, Anleihen im Auslande zustande zu bringen, vorzüglich aber durch die auf lange Zeit hinausgeschobene Abbezahlung der Schuld. Die Operation scheint indessen ganz zu scheitern und hat dem Kredit des Staats empfindlich

¹ S. unten Nr. 291 Anm. 2.

geschadet. Die ganze Subskription betrug, nachdem das Anleih öffentlich geschlossen war, nur 4 053 000 holl. Fl., darauf $\frac{1}{3}$ wegen der alten schlesischen Obligationen abgeht. 1 391 745 holl. Fl. waren eingezahlt. Die Obligationen waren durch widrige Umstände und Gerüchte auf 50% gefallen und sind jetzt bis auf 62 wieder gestiegen, nachdem sich diese Gerüchte widerlegt haben und nachdem das Haus Serrurier, um den Kurs wieder zu heben, von dem Einkommen des Anleihs selbst für 107 000 Fl. Obligationen angekauft hat. Wir haben auch unter der Hand einen Ankauf durch einen Berliner Bankier zu diesem Zweck veranstaltet. Der Unternehmer H. Valkenaer ist selbst nach Paris gegangen, um womöglich das Anleih dem Kaiser zu überweisen, bisher ist er aber in seinen Unterhandlungen nicht glücklich gewesen und erwartet jetzt den Erfolg eines neueren Antrags: daß der Kaiser bei der auf die Kolonialwaren in Holland gelegten Abgabe von 50% einen Teil in Obligationen unseres Anleihs annehmen möge. Der Geheime Staatsrat Labaye ist angewiesen, überall mit H. Valkenaer und der Gesandtschaft Sr. Majestät de concert zu gehen, und man hat in Paris jeden Beschluß wegen der Unterhandlungen des H. Valkenaer bis zur Ankunft des H. Labaye verschoben. Auffallend ist es, daß, während das Anleih bei de Willon Überfeldt und Securrier so schlecht geht, das Haus von Halmael & Hagedorn ein Anleih von 800 000 Tlr. bis zu einer Million den neumärkischen Ständen fast aufdringt, welches H. Valkenaer aber bisher nicht gestatten wollte, um der großen Operation nicht zu schaden, auffallend ferner, daß ich soeben ein anderes Anerbieten zu einem Anleih in Holland aus Amsterdam erhalte, von dessen Solidität inzwischen noch keine Beweise vorliegen.

Einen Versuch, einen Teil der Kontribution mittelst preußischer Fabrik-Waren zu bezahlen, wollen jetzt der Geheime Finanz-Rat v. Beguelin und der Kanonikus von Treskow machen². Sie selbst versprechen sich einen sehr günstigen Erfolg und sind nach Paris abgereist. Man hat sie mit einer kaiserl. Autorisation versehen und ebenfalls zur Konzertierung mit der kaiserl. Gesandtschaft und mit den Herren Valkenaer und Labaye angewiesen.

Die höchst unangenehme Sache mit den Forderungen unserer Institute in dem Herzogtum Warschau und der Sequestration des preußischen Privateigentums ist soeben durch die Bemühungen des p. v. Zerboni mittelst einer Konvention beendet³. Preußen übernimmt die Leistung der Verbindlichkeiten, welche Sachsen in der Bayonner Konvention gegen Frankreich übernommen hat, zediert dem Herzogtum Warschau einige Forderungen, und dagegen erhalten unsre Institute ohne Ausnahme alles zurück, der Sequester wird aufgehoben und das wechselseitige Verkehr hergestellt. Unsre Schuldenlast vermehrt sich dadurch zwar um 6 Millionen Taler, die binnen 10 Jahren bezahlt werden müssen, allein wir gewinnen doch immer ansehnlich und kommen aus einer höchst unangenehmen Kollision mit Frankreich, da der Kaiser beharrlich erklärt hat, wenn wir uns nicht mit Sachsen vergleichen, würde er die Sache zu seiner eigenen machen müssen. Es ist nicht daran zu denken, vorerst eine freie Kapital-Kündigung unsrer Staats- und Provinzial-Schulden zu gestatten, der Plan kann nur dahin gehen:

1. Außer der französischen Kontribution binnen einer nicht zu langen Frist und größtenteils bis zum 1. Juni 1812 nach und nach bar zu bezahlen:

- a) die Wechselschulden der Provinzen und der Stadt Berlin, wofür zum Teil mehrfaches Pfand gegeben ist,
- b) liquide und gerechte Forderungen an den Staat in unverzinslichen Posten und einigen andern, die durchaus bezahlt werden müssen,
- c) den Teil der von Rußland für Preußen bezahlten Vergütungen, der nicht auf andere Weise kompensiert werden kann,

² Sie verhandelten damals über die Anleihe in Holland. Über den sehr interessanten Versuch, einen Teil der Kontribution durch Sachlieferungen zu bezahlen, wäre noch Genaueres zu ermitteln. Siehe oben Nr. 259 Anm. 1.

³ Vgl. Bassewitz II S. 574 ff.

d) die Forderung der Bank an den Staat, um jene in Stand zu setzen, Zahlung zu leisten und sich zu halten. Die Bank wird sich damit selbst helfen können, zumal da sie nun ihre Forderungen im H. Warschau und die Zinsen dafür erhält. Es wird dann nicht nötig sein, ihre Papiere mit den Staatsschulden zu konsolidieren. Bei der Seehandlung treten ganz andre Rücksichten ein.

2. Die übrigen sämtlichen Staats-Schulden, mit Einschluß der Seehandlungsoptionen und Aktien, Tabaks-Aktien pp. wie auch eines Theils der Provinzial- und Kommunal-Schulden — diese nach vorhergegangener Liquidation und Ausgleichung unter den Provinzen, auch nach vorhergegangener Prüfung, welche sich zur Übernahme auf den Staats-Schulden-Fonds qualifizieren, zum Teil vielleicht noch eine Behandlung mit manchen Gläubigern, die schon mit Erfolg in einigen Fällen bei Forderungen an den Staat eingetreten ist — würden zu konsolidieren und für Staats-Schulden mit völlig gleichen Rechten zu erklären sein.

Ob es rätlich sei, für die Folge bei allen diesen also konsolidierten Papieren einerlei Zins-Fuß und welchen, einzuführen, um das Agiotieren damit zu hemmen, fragt sich? Die Konsolidierung scheint hauptsächlich aus diesem Grunde allein schon notwendig, sie ist ferner rätlich, weil Konzentrierung in eine Administration stattfinden muß, weil wir den Provinzialismus nicht verewigen, sondern Nationalismus einführen wollen. Die größte Schwierigkeit liegt in der Ausgleichung zwischen den Provinzen, es scheint aber sehr möglich, diese durch einen Zusammentritt von Deputierten aus denselben unter einer zweckmäßigen Leitung zu bewirken, zumal wenn eine richtige National-Repräsentation stattfindet, daß der König seine Domänen mit in den gemeinsamen Fonds wirft, erleichtert übrigens die Übereinkunft.

Es ist ferner die Frage, ob man die verschiedenartigen konsolidierten Papiere bestehen lassen oder gegen ein Neues, davon weiter unten die Rede sein wird, umsetzen will?

2. [sic!] Die rückständigen Zinsen würden bis 1. Januar 1811 zum Kapital geschlagen,

3. die laufenden von diesem Termin an halbjährig prompt entrichtet.

4. Die Kapitalien selbst werden für unaufkündbar abseiten der Gläubiger erklärt. Diese müßten Zahlung durch Verkauf auf dem Markt suchen. Sie müßten solche aber annehmen, wenn sie abseiten des Staats geschähe, welcher inzwischen besser durch Aufkauf sich der Schuld entledigen kann.

5. Zum Amortissement würde ein unveränderlicher Fonds bestimmt, der als Minimum zu jährlicher Abtragung eines Theils der Schuld nach dem Ecosse [?] diene. Zu dem Ende müßten die Obligationen Nummern erhalten.

6. Die rückständigen Gehälter, mit deren Liquidation man sich beschäftigt, würden durch Bons, nach 3 Jahren zahlbar, berichtet, wodurch doch manchen Unglücklichen vorerst geholfen werden würde.

9. Viele Forderungen der Domänen-Pächter und der Untertanen, hauptsächlich auch die der letzten wegen der russischen Entschädigungs-Gelder könnten durch Kompensationen oder besondere Behandlungen abgetan werden.

Um diese Zwecke mit Einschluß der französischen Kontributions-Zahlung zu erreichen, sind nach den notifizierten Berechnungen an barem Gelde erforderlich:

a) bis zum Ende des Jahres 1810	4 000 000
b) bis zum 1. Juni 1811	11 500 000
	<u>15 500 000</u>
c) vom 1. Juni 1811/12	18 500 000
	<u>überhaupt 34 000 000</u>

Woher nehmen wir diese beträchtliche Summe? Es ist allerdings nicht leicht, hierauf befriedigend zu antworten, wenn man sich nicht täuschen will. Der Plan d. H. v. Schön scheint mir ganz unzulänglich und unsicher. Ich glaube in folgenden Mitteln Hilfe zu finden:

AUFENTHALT IN PRAG

	bis 1. Juni 1811	vom 1. Juni 1811/12
1. Überschüsse aus den bisherigen Staatseinkünften	5 500 000 Tlr.	— 5 500 000 Tlr.
Diese lassen sich nach der Erfahrung mit Gewißheit erwarten, ja ein Plus von Bedeutung, wenn nicht äußere Verhältnisse nachtheilig wirken.		
2. Vom neuen indirekten Steuer-System	500 000	1 000 000
3. Vom Domänen-Verkauf	1 000 000	3 000 000
4. Vom Verkauf aufzuhebender geistl. Güter . . .	1 000 000	2 000 000
5. Aus Rußland	1 000 000	—
6. Durch auswärtige Anleihe	2 000 000	4 000 000
Es sind dieserhalb ganz neuerlich Verhandlungen abgeschlossen, die Hoffnung gewähren.		
7. Durch das holländische Anleih. Hiervon nehme ich nur $\frac{2}{3}$ ppc. der subskribierten Summen an . . .	500 000	1 500 000
8. Durch ein Anleih im Inlande, welches wohl nicht anders als gezwungen nach den weiter darzulegenden Grundsätzen stattfinden kann	6 000 000	6 000 000
	17 500 000	23 000 000
		17 500 000
		40 500 000

Es ist hier auf 6 500 000 Tlr. mehr gerechnet, damit Ausfälle bei den aus- und inländischen Anleihen gedeckt werden können. Ferner ist eine ein für allemal behufs der Tilgung der französischen Kontribution auszuschreibende Klassensteuer, die nach und nach erhoben werden soll, gar nicht mit in Anschlag gebracht.

Um die Anleihe sowohl im Inlande als im Auslande zustande zu bringen, sind Sicherheits-Objekte nötig:

1. Die Domänen und Forsten liefern nach den bisherigen Erträgen einen Wert von wenigstens	80 559 304 Tlr.
2. Die geistlichen Güter, deren Aufhebung, wenn man für reichliche Dotierung katholischer Weltgeistlichkeit, der Kirchen, Schulen und milden Stiftungen sorgt und die jetzigen Nutznießer gut pensioniert, unbedenklich ist, sind nach Abzug der Schulden und des Kapitals der Kontribution, mit Einschluß der Domstifter, des Johanniter-Ordens etc. wenigstens wert	16 000 000
	96 559 304

Hiervon rechne ich $\frac{1}{3}$ als Pfandbriefswert 64 000 000

3. An guten Pfandbriefen und Hypotheken besitzen wir zirka	4 000 000
4. durch eine gleich näher zu detaillierende Operation mit der Grundsteuer werden an Pfandbriefen erlangt wenigstens für	24 000 000
	92 000 000

Die Absicht ist nämlich: a) Die Grundsteuer in der ganzen Monarchie durchaus nach gleichen Sätzen auf alle Grundstücke ohne Ausnahme gleichzustellen und zu dem Ende auf dem mindest weitläufigen Wege neue Kataster fertigen zu lassen. b) Sodann soll die Hälfte dieser Grundsteuer zum Vorteil der Steuerpflichtigen mit 8% zu Kapital erhöht werden. Von der gegenwärtigen Grundsteuer würde dieses zirka 21 000 000 Kapital abwerfen. Es werden also für die bisher Exemten nur 3 000 000 gerechnet. Die Domänen-Grundstücke müßten der Opinion wegen auch mit herangezogen werden. Dafür wird aber hier nichts in Ansatz gebracht, indem ihr Wert oben schon ganz in Einnahmen steht. Jeder Steuerpflichtige stellt eine Verschreibung über diesen halben Betrag seines Steuer-Kapitals aus und kauft dadurch die Steuerpflichtung in tantum ab. Die von ihr aus-

gestellte Obligation war somit 5%. Er gewinnt also durch die Operation gegen die bisherige jährl. Abgabe. Es werden Assoziationen unter den Steuerpflichtigen formiert gleich den Pfandbrief-Instituten. Diese geben Steuer-Pfandbriefe zu 5% Zinsen aus, ein Jahr nach der Auszahlung, nach vorhergegangener ganzjähriger Aufkündigung zahlbar. Die Assoziation haftet dafür in Solidum und hat den Regreß gegen jeden einzelnen Schuldner der Steuer-Obligationen. Sie erhält sonach von Anfang an einen Indult auf 2 Jahre, weil Kündigungen sie noch zur Zeit zu sehr drücken möchten, eine Maßregel, die vorerst den Kurs dieser Papiere heruntersetzen wird, aber unvermeidlich scheint. Während der 2 Jahre sammelt die Assoziation einen Fonds, der noch vermehrt, und zum Amortissement dienen könnte, wenn jeder Steuerpflichtige außer den 5% Zinsen 1% zur Tilgung seiner Schuld zahlte. Sobald sie ganz getilgt wäre, würde die halbe Steuerpflichtigkeit völlig abgekauft sein. Der Steuerpflichtige kann füglich 6% geben, da er durch die Kapital-Bestimmung nach dem Fuß zu 8% doch noch immer gewinnt und das Amortissement zu seinem Vortheile gereicht.

f. [*sic! c-e in obigem Absatz nicht gekennzeichnet*] Feierliche Zusage, daß die direkte Grundsteuer nicht wieder erhöht werden soll, muß gegeben werden.

g. Man kann es auch den Steuerpflichtigen freistellen, die andre Hälfte der Grundsteuer auf ebendie Art abzulösen und auf die Weise sein Grundstück ganz steuerfrei zu machen. Solchenfalls erstreckt sich die Zusage ad f auf gänzliche Steuerfreiheit auf immer.

h. Die Steuer-Obligationen werden primo loco in das Hypotheken-Buch eingetragen, welches unbedenklich ist, da die Steuer schon jetzt allen andern Forderungen vorgeht.

i. Da es nicht möglich ist, die ganze Operation auszusetzen bis die neuen Steuerkataster vollendet sind, so wird vorerst von der gegenwärtigen Steuer $\frac{1}{4}$ nach den oben-erwähnten Grundsätzen behandelt. Die Steuerpflichtigen geben Interims-Verschreibungen, und der Betrag wird bei der künftigen Final-Regulierung zugut gerechnet, die neu zu regulierende Steuer betrage mehr oder weniger.

k. Die Domänen und geistlichen Güter werden sämtlich bepfandbrieft. Wenn davon verkauft wird, werden die Pfandbriefe durch das Kaufgeld getilgt.

l. Zu Hypotheken für die ausländischen Anleihen werden die Domänen-Pfandbriefe und die der geistlichen Güter, insofern sie dazu erforderlich sind, vorzüglich bestimmt. Bei einem gegenwärtig in Leipzig abzuschließenden Handel wegen eines Anleihs zu 7 Millionen ist auf Domänen-Pfandbriefe reflektiert.

m. Für das inländische Anleih sollen Grundsteuer-Pfandbriefe und vorerst Interims-Scheine gegeben werden. Wenngleich also es gezwungen sein muß, so nehmen die Darleiher doch völlige Sicherheit für das herzuschießende Kapital und 5% Zinsen.

n. Das inländische Anleih soll bis zum 1. Juni 1812 zwölf Millionen bares Geld bringen und auf achtzehn ausgeschrieben werden, insofern man rätlich findet, die Hälfte in Staats-Papieren, Tresor-Scheinen nach dem Nominal-Wert anzurechnen. Wird ein Viertel rätlicher gehalten, oder ein Drittel — nach Proportion. Die einkommenden Papiere werden kassiert. — Durch diese Maßregel muß der Kurs der Papiere sich heben, sowie auch dadurch, daß im Verhältnis Papiere auch bei den auswärtigen Anleihen angenommen werden. Den 1. November 1810 würden $1\frac{1}{2}$ Millionen eingefordert, den 1. Januar, 1. März und 1. Mai 1811 ebensoviel, den 1. Juli, 1. September, 1. November 1811, 1. Januar, 1. März, 1. Mai 1812 immer 1 Million bares Geld, $\frac{1}{2}$, $\frac{1}{3}$ oder $\frac{1}{4}$ in Papieren nach dem Nominal-Wert. Man sicherte dem Publico zu, daß wenn durch Ergiebigkeit anderer Quellen weniger erforderlich sei, das Anleih vermindert werden solle. Es scheint mir Täuschung zu glauben, daß ein solches Anleih freiwillig zustande kommen könne. Diejenigen, welche zu dem bereits ausgeschriebenen Anleih von $1\frac{1}{2}$ Millionen beigetragen haben, rechnen das eingezahlte Quantum an. Die Repartition des neuen Anleihs wird nach möglichst gerechtem und gleichheitlichem Grundsatz auf die Grundbesitzer und Kapitalisten gemacht.

o. Da aber der Gewerbetreibende und ohne Vermögen existierende Teil der Nation mit

beigezogen werden muß, so wird nach mäßigen und billigen Sätzen eine Klassensteuer eingerichtet, dazu alle Einwohner ohne Unterschied beitragen müssen. Sie hört auf, sobald die französische Kontribution bezahlt ist und wird monatlich eingezahlt. Um Vorwürfe zu vermeiden, muß jedermann ohne Unterschied dazu beitragen. Das Anleih ist eine Sache für sich.

p. Die Steuer-Pfandbriefe werden nicht alle zur Hypothek für das Anleih gebraucht. Schlägt man dieses zu 18 Millionen inkl. einzuzahlenden Papiers an, so bleiben noch 6 Millionen Steuer-Pfandbriefe übrig und überdem eine große Summe von Domänen-Pfandbriefen und Pfandbriefen der geistlichen Güter. Hier entsteht also die Frage, ob man dem Gläubiger freistellen oder gar es veranstalten will, daß die Papiere der nach oben konsolidierten Staatsschulden gegen dergl. Pfandbriefe umgesetzt werden?

q. Ferner fragt es sich, ob es nötig und ratsam sei, auf die Pfandbriefe, welche frei übrigbleiben, einige Millionen neues Papiergeld zu fundieren oder den jetzigen Tresor-Scheinen dieses Pfand, wogegen sie stets eingewechselt werden könnten, zu geben und dann diejenigen, die wir noch in Vorrat haben, zu kommittieren, es sei alle oder zum Teil, desgl. ob man solchenfalls diesem Papiergelde einen gezwungenen Kurs geben solle oder nicht.

r. Oder ob man die Pfandbriefe selbst in kleinen Summen bis zu 10 und 5 Tlr. mit ausfertigt und sie zinsbar, obwohl au porteur, zirkulieren läßt und in den Kassen mit einigen Ausnahmen annehmen soll? Die Zinsen machen freilich bei der Zirkulation von Hand in Hand als Geld Schwierigkeit. Es kommt alles auf die Fragen an: Bedürfen wir eines neuen Repräsentationsmittels? Wird ein solches, als wir auf die erwähnten Pfandbriefe fundieren, können sich halten? Hierbei kommt die weitere Frage vor, ob es gestattet werden könne, daß die Privat-Pfandbriefe kleiner gemacht und zum innern Gold-Verkehr angewendet werden? Das neue Steuer-System geht auf indirekte Abgaben, gleich für Stadt und Land mit Ermäßigung und Verminderung der Steuer-Sätze. Man rechnet bei Abschaffung der Plackereien auf 4 Millionen Plus. Ich habe weit weniger angenommen und halte dafür, daß man die Sätze durchaus nicht zu hoch setzen müsse. Völlige Gewerbe-Freiheit gegen eine in benachbarten Ländern schon eingeführte und beliebte Patentsteuer, Eigentum der Bauern, Vorbereitung der Reluition ihrer Dienstleistungen nach bestimmten Grundsätzen und nach den lokalen Umständen, Abschaffung des die Kultur so sehr hemmenden Vorspanns, der prägravierlichen Fouragelieferung, der Bann- und Zwang-Rechte. Gleichheitliche Verteilung der allgemein Beschwerde erregenden Servislast und Erleichterung der Einquartierung, Abschaffung der Patrimonial-Jurisdiktionen gegen zweckmäßige Gerichte und gute Polizei-Einrichtungen. Alles dieses muß dem Finanzplan zur Grundlage oder zur Unterstützung dienen. Ich lege hier das Projekt eines Edikts, dem indessen noch manches mangelt, und eine Übersicht der Vorteile und Nachteile der neuen Administrations-Grundsätze bei. Ob es einer National-Bank bedürfe, die ohne Zweifel ihre Abteilungen in unsern vornehmsten Handelsstädten haben müßte und die Abwicklung der gegenwärtigen Bank- und Seehandlung voraussetzt, erfordert noch einer Prüfung. Sie scheint mir immer nicht unnützlich, um den Kredit zu befestigen. Auf jeden Fall ist die Publizität in Absicht auf die Finanzen durchaus notwendig, Vertrauen erweckend und das Vornehmste. Der König gebe dem Staat eine Verfassung, eine konsultative Repräsentation, deren Mitglieder er zuerst nenne, und lege dieser den Zustand der Nation und der Finanzen jährlich vor. Er sichere die Ausführung der Finanzpläne und der Schuldentilgung vor Eingriffen und inkonsequenten Verfahren und suche einen jeden Verständigen im Volk öffentlich zu überzeugen, daß die Anstrengung der Kräfte desselben den Zweck erfüllen, dazu sie aufgeboten werden, daß wenigstens abseits des Gouvernements nichts unterlassen wird, was dazu beförderlich sein kann.

Die Wegschaffung der Münze ist übrigens auch noch eine dringende Maßregel, die zur Hand genommen werden muß, sobald sie nur ohne großen Nachteil zu bewerkstelligen ist.

264. Notizen Steins zu den ihm von Hardenberg übersandten Akten¹
 [12. oder 13. September 1810]

Stein-A.: Konzept (eigenhändig).
 Druck: Alte Ausgabe III S. 313 ff.

Beurteilung der Einwände Niebuhrs, der Pläne Raumers, Scharnwebers und Schöns.

Einwände von Nieb[uhr]².

Französ[ische] Kontribut[ion] soll gedeckt werden durch Zwangsanleihe, durch auswärtige Anleihe — jene ist willkürlich, letztere untunlich³.

¹ Die einzelnen Abschnitte sind im folgenden der Übersichtlichkeit halber durch Sperrdruck hervorgehoben. Diese Hervorhebungen fehlen in der Vorlage.

² In seiner Denkschrift vom 23. Juni.

³ Vgl. dazu Niebuhrs Ausführungen: „Die Zahlung der französischen Kontribution, auf 23 Millionen Taler berechnet, wird durch 3 Pöste gedeckt, wovon der erste, das holländische Anleihen, weil das arriéré dadurch gedeckt werden soll, hier nicht näher erwähnt zu werden braucht.

Um so wichtiger sind die beiden übrigen Pöste, das inländische Zwangs-Anleihen und ausländische Anleihen bis zum Betrag von 8 Millionen.

Hierdurch sollen 15 Millionen Taler gedeckt werden, da aber eigentlich nur für die laufenden Termine gesorgt zu werden braucht und diese nur 40 Millionen Franken betragen, so sind, streng gerechnet, auch nur zwischen 11 und 12 Millionen Taler zu decken und dafür also 3 Millionen Taler in Abzug zu bringen. Mithin könnte dafür der Betrag des inländischen Zwang-Anleihens auf $5\frac{1}{2}$ Millionen und der der ausländischen Anleihen auf $6\frac{1}{2}$ ermäßigt werden, wenn nur die Kontributionszahlung berücksichtigt wird.

Jenes soll nach Abschätzungen ausgeschrieben werden — der Einkommensteuer wird die Inquisition vorgeworfen, und um die Inquisition zu vermeiden, soll die absolute Willkürlichkeit stattfinden, welche jedes Gefühl, nicht bloß einzelne Klassen empört.

Entweder werden nun Reklamationen angenommen, und dann geht in vielen Monaten nichts ein, oder sie werden nicht gestattet, dann sind die Abschätzungs-Kommissionen Kollegien von Tyrannen, welche sich alles erlauben dürfen, und der Staat verstopft sein Ohr gegen das Geschrei der Opfer. Das kleine Zwangs-Anleihen, welches jetzt allmählich vollendet wird, unterstützt durch bedeutende freiwillige Beiträge, hat schon der Willkürlichkeit wegen heftige Klagen erregt, nur die — jetzt geraubte — Hoffnung auf baldige und bare Rückzahlung hat diese besänftigt. Bietet man jetzt ein Papier als Valuta an, dessen Wert sich nach und nach mit den Tresorscheinen regulieren und mit ihnen auf einen ungeheuer niedrigen Kurs herabsinken würde, so wird der Druck zehnfach schrecklich, auch abgesehen davon, daß die jetzt geforderte Summe fünffach größer ist.

Von ausländischen Anleihen neben dem Holländischen läßt sich eigentlich gar nichts erwarten, wenigstens im Lauf des Jahrs, welches ich schon früher als meine Überzeugung geäußert habe. Vorschüsse und Kredit auf Zeit sind wohl möglich, aber zu ganz andern Bedingungen, als in dem Administrations-Etat in Ansatz gebracht sind.

Es ist ein entschiedener Irrtum, daß man auf Geld aus dem Auslande rechnen dürfe, wenn eine überflüssige Real-Sicherheit nachgewiesen wird. Bestimmte diese, so würde kein Mensch dem Staat leihen, so lange noch etwas auf Privat-Hypotheken innerhalb des Taxwerts anzubringen ist. Der Staat hat den Vorzug vor jedem Privat-Schuldner, solange er Kredit hat, das heißt, solange man keine spezielle Sicherheit bei ihm nachsucht, muß er sich durch Ausweisung dieser helfen, so steht er jedem Privatschuldner nach, denn jeder weiß doch, daß die nachgewiesene Real-Sicherheit nur ein Blendwerk ist.

Dies würde wahr sein, wenn auch das Geld überall im Überfluß wäre, das Gegenteil ist aber leider ausgemacht, und alle gegebenen Hoffnungen, eine eigentliche Anleihe zu Stande zu bringen, sind ganz trügerisch.“

Die Steuer-Obligationen sind wegen der prekären Existenz des Staats von luftiger Natur⁴.

Bei der Papierzahlung verliert der Besoldete und der Rentnier⁵.

Gegen das Projekt, alle Provinzial-Schulden zu konsolidieren — et ergo⁶.

⁴ Niebuhr: „In Hinsicht dieser (der Steuer-Obligationen) ist es im Dunkeln, ob sie ganz in Metallgeld oder zur Hälfte darin, zur Hälfte in Papier zahlbar sein sollen, so wie die Zinsen gestellt werden. Jenes wird wahrscheinlich der Fall sein müssen, weil sie sonst schon an sich äußerst tief fallen würden.

Es ist mir nicht bloß wahrscheinlich, sondern ausgemacht gewiß, daß weit entfernt, daß eine auch nur beträchtliche Kündigung kaum denkbar sein sollte, mit dem Ende des ersten Jahres eine allgemeine Kündigung unausbleiblich ist, weil jeder ein Papier, welches er weit unter pari akquiriert, zu realisieren suchen wird . . .“.

⁵ Niebuhr: „Wer bei Tresorscheinen an den jetzigen Kurs von 84 Prozent denkt und voraussetzt, daß sie diesen wenigstens ungefähr bei dem vorgeschlagenen System behalten würden, muß es allerdings für eine Wohltat halten, wenn der Gläubiger seine rückständigen Zinsen damit abbezahlt bekommt. Allein die Sache steht ganz anders, wenn man erwägt, welches ich mit meiner Ehre und mit allem, was ich in der Welt besitze, verbürge, daß, so wie das Edikt vom 4ten Dezember gebrochen wird, dieses Papier augenblicklich fürchterlich fallen muß und wird, und daß, sobald es nachher millionenweise ins Publikum kommt, die Herabwürdigung des Kurses ganz über alle Berechnung gehen wird. Daher verliert jeder Gläubiger des Staats oder der Kommunen entsetzlich, anstatt Vorteil zu haben, indem er eine Forderung, welche, wie seine Obligationen, doch 50 Prozent wert ist, gegen ein Papier umtauschen muß, welches gewiß unter 20 Prozent herabsinkt . . .“.

„Eine allgemeine Reduktion, bei der jeder doch weiß, was ihm bleibt, ist unendlich viel besser als die grenzenlose durch Papiergeld. Ein Mann, dem nach seinem Stande Ehrgefühl zugekraut wird, ist vor dem Publikum entehrt, wenn er die Gelegenheit wahrnimmt, eine Schuld in Metall mit einem herabgewürdigten Papiergeld zu bezahlen. Von dieser Schande hat sich der Präsident Jefferson nie reinwaschen können. Aber der Staat? Von Laws Maßregeln und von denen, die unmittelbar auf sein System folgen, hat sich der französische Kredit bis zur Revolution nie erholen können.

Zahlung von Staatsschulden durch ein luftiges Papiergeld ist nur ein modifizierter Bankerott, welcher alle diejenigen trifft, die durch einen Bankerott gelitten haben würden, aber überdies noch zahllose andere, welche nie die Möglichkeit ahnden konnten, in diese Gefahr zu kommen. Der verschuldete Grundbesitzer, dessen Produkte, Pacht, Hausmiete nominal im Preise steigen, gewinnt dabei, wie dies in Dänemark und Österreich jetzt der Fall ist, der Kaufmann verliert nicht, aber alle andere Klassen verlieren zehnfach mehr und vor allem der Staat selbst.“

⁶ Niebuhr: „Das Projekt, alle Provinzialschulden zu konsolidieren, ist allerdings in der Hauptstadt und in den Marken populär bei Kreditoren und Debitoren, in den übrigen Provinzen wird es unfehlbar mit einer noch größeren Bitterkeit aufgenommen werden, als ein ganz Unparteiischer dann empfinden würde, wenn auch gegen diese Provinzen ein Wohlwollen gezeigt würde, wozu der Wille ohne Zweifel durch eine einfache Erinnerung erweckt werden wird . . .“.

„Hat die Kurmark unleugbar billige Forderungen an den Staat wie wegen Abtretung der Altmark und anderer Pöste, so hat Ostpreußen, ganz abgesehen von den russischen Forderungen, einen noch weit größeren Anspruch, weil es das Opfer des Kriegs geworden ist. Der Verlust, den diese Provinz erlitten hat, liegt aktenmäßig vor und läßt sich schon daraus schätzen und gegen den anderer Provinzen abmessen, daß sie 120 000 Menschen und fast alles Vieh verloren hat, ohne der zahllosen Menge eingäscherter oder abgetragener Städte, Dörfer und Vorwerke zu erwähnen. Die Schlotdienschen und Reichentswaldischen Güter allein haben eine Million Reichstaler verloren, ohne den Verlust oder die Ausgabe an barem Gelde zu rechnen.“

ad 45. Die Bank kann nicht fortdauern, wenn sie ihre zahlreichen Aktiva nicht einzieht — ergo sie verliert ppter. $\frac{1}{3}$ ihres Fonds⁷.

ad 53. Die Land-Akzise kann dieses unmöglich aufbringen⁸.

ad 57. Fourage-Lieferungs-Recherche [?] jetzt intempestiv⁹.

[Zum] Resumé [Niebuhrs]:

3. Zwangs-Anleihe taugt nichts¹⁰ — accedo.

4. Auswärt[ige] Anleihe erfolgt nicht¹¹ — accedo.

⁷ Niebuhr: „Wenn die Bank ihre Forderungen in Polen einbüßt, so kann sie schlechterdings nicht fortdauern, wenn der Staat nicht ihre Schulden bezahlt.“

⁸ Niebuhr: „Durch die Landakzise eine Mehreinnahme von 4 Millionen erwarten, heißt darauf rechnen, daß der Landmann neben $\frac{13}{16}$ der bisherigen Grundsteuer, welche er ohne alle Reste aufbringen soll, ja sogar der Tagelöhner im Stande sei, wenn er Nahrungsmittel zu sich nehmen will, eine Kopfsteuer von ungefähr 1 Rthl. 4 gr. für seinen Kopf und ebensoviel für den jedes Individuums seiner Familie zu bezahlen, welches jetzt augenscheinlich unmöglich ist.“

⁹ Niebuhr: „Es ist schön und löblich, daß Vorspann und Fourage hinreichend bezahlt werden soll, aber in dem Etat des laufenden Jahres ist doch gerade auch geschehen, was dem mir nicht näher bekannten Plan des Hr. Ministers von Altenstein für dasselbe Etatsjahr so bitter zur Last gelegt wird, nämlich weder für das eine noch für das andere gesorgt, beides soll im künftigen Etatsjahr geschehen.“

Daß diese Lasten an sich, so wie sie berechnet wurden, Makel unserer Administration waren, ist seit langer Zeit eingeräumt, obgleich die Verächter der Regierungsgrundsätze Friedrich Wilhelms I. und Friedrichs des Großen wohl nicht wissen, daß der Landmann in den preußischen Staaten weniger als in den meisten größeren protestantischen Ländern, namentlich als in Sachsen, Hannover und Holstein zahlte, und daher diese Lasten in gewöhnlichen Zeiten und bei guten Kornpreisen doch noch ertragen konnte. Dabei taten jene großen Könige sonst für die Konservation der Bauern, was ihnen möglich war, und Entschädigungssätze, die jetzt empörend niedrig scheinen, waren vor 80 Jahren nur knapp berechnet, auch war der Münzfuß um 15 Prozent besser, selbst gegen Kurant.

Jeder wird sich also des Vorsatzes freuen, daß billigere Entschädigungen eintreten sollen, aber ist eine Entschädigung nach Extrapostreisen nicht ein Übergang ins Extrem? Der Posthalter muß die Pferde zu einem bestimmten Zweck halten, zu dem sie ihm fast ausschließlich dienen, und es ist ein ganz anderer, im Ankauf und in der Unterhaltung weit kostbarer Schlag, als die armseligen Graspferde der Bauern. Da nun die Landakzise ganz allgemein wird, der Vorspann aber nur partiell drückt, so entsteht hieraus eine unnötige Begünstigung derjenigen, welche diese Fron trifft, bei einer allgemeinen, gerade jetzt, nach der harten Behandlung, welche der kontribuablen Stand in den Marken unleugbar erlitten hat, und bei seinem gänzlichen Ruin in Ostpreußen, zur Verzweiflung treibenden Belastung.

Ja, es fragt sich wohl, ob, wenn der Vorspann über den wahren Wert bezahlt wird, nicht zu erwarten sein sollte, daß der Bauer gar keinen Vorteil davon ziehen wird, indem es doch wohl möglich wäre, daß die Gutsbesitzer in diesem Fall, und wenn nur nicht Furcht vor Abschaffung der reichlichen Bezahlung sie abhält, den Vorspann von ihren Vorwerken stellen würden?¹⁰

¹⁰ Niebuhr: „Denn das Zwangsanleihen, abgesehen vom Zustand der Nation, wird schon darum wenig aufbringen, weil die allgemeine Stimme heftig dagegen aufgeregt werden wird, indem es 1) nach Abschätzungen, also auf die drückendste und unproduktivste Art ausgeschrieben werden soll und 2) in eben diesem Plan vorgeschlagen ist, die Bedingungen, welche in dem Edikt vom 11. Februar über das Anleihen von $1\frac{1}{2}$ Millionen zugesagt sind, durchaus zu brechen.“

¹¹ Niebuhr: „Auf auswärtige Anleihen neben dem Holländischen kann eigentlich gar nicht

5. Sistierung der Realisation d[er] T[aler-] Sch[eine] — Wortbruch — kann durch ein besond[eres] Pa[pier] verm[ieden ?] werden¹².

6. Die Steuer-Obligationen, so zur Einlösung der T[resor-] Sch[eine] dienen sollen, taugen nichts, werden diese nicht haben¹³.

ad 9. Die gezwungene Ablösung der Grund-Steuer ruiniert den Bauernstand. — Die Bestimmungen wegen des B[auern-] St[ands] sind schädlich, aber im Plan unwesentlich [?] und müssen abgeschafft werden¹⁴.

ad 10. Die Einziehung der geistl[ichen] Güter ist verderblich, nur die überflüssigen müssen eingezogen werden¹⁵.

Raumer, Scharnweber.

Die Projekte dieser Herren sind sehr sanguinisch und Wortgepränge. Die Zwangs-Anleihen erhöhen von 7 auf 12 Mill[ionen] in 2 Jahren.

8. Die neuen Bankpapiere sollen nicht P[apier-] G[eld] sein, dann sind sie nichts.

Herr von Schön

will die Stifter u.s.w. belasten — $6\frac{1}{3}$ Mill.

gerechnet werden, am wenigsten auf 8 Millionen Rtlr. — am allerwenigsten überhaupt, sei es auch für eine geringere Summe, zu den berechneten Bedingungen von 7 Prozent Provision und 5 Prozent Zinsen; — ganz und gar aber nicht, wenn die rückständigen Zinsen der Anleihe im Reich mit Papiergeld bezahlt werden sollen.“

¹² Niebuhr: „Die Sistierung der Realisation der Talerscheine und Emission derselben nebst den alten Tresorscheinen als ein nicht realisables Papier würde eine Schändung des königlichen Worts, ein Todesstoß für den Ruf der guten Treue sein, welcher den eigentlichen Kredit noch überleben kann, der doch in Hinsicht dieses Papiers schon wieder auflebte: es würde dadurch die Möglichkeit, ein gutes und wohlthätiges Papiergeld zu stiften, auf immer verscherzt werden.“

¹³ Niebuhr: „Den Inhabern von Staats- und Kommunalpapieren, deren rückständige Zinsen damit ganz, die laufenden teils ganz, teils zur Hälfte darin gezahlt werden sollen, würde damit so wenig eine Wohltat erzeugt, daß man vielmehr diese Papiere eben so tief als das Papiergeld und noch weit unter ihren jetzigen Kurs herabwerfen würde.“

¹⁴ Niebuhr: „Die gezwungene Ablösung der Grundsteuer ist an sich eine äußerst ungerechte, partiell abweichende Maßregel, welche nach dem vorgeschlagenen System geradehin auf die Ausrottung des gesamten, bisher von allen preußischen Königen so väterlich beschützten Bauernstandes in den Marken hinführt, allenthalben den Bauern, in Schlesien und Preußen aber auch den Adel, hart drückt und gefährdet und eben in diesen Provinzen auch die Kredit-systeme erschüttert.

Die ganze Härte und aller Nachteil dieser Maßregel verschafft aber nicht den geringsten Vorteil, denn die zum Austausch gegen Tresorscheine bestimmten Steuerobligationen werden den Kurs dieses Papiers nicht erhalten. Die für die Zwangsanleihe ausgegebenen haben keinen Kredit vor jedem andern Staatspapier und die Lästigkeit, die Zinsen als Privatforderungen einzuziehen, macht sie höchst unangenehm, die zum Unterpand für Anleihen im Ausland bestimmten werden zu diesem Zweck schlechterdings nicht zu brauchen sein.“

¹⁵ Niebuhr: „Die Einziehung der geistlichen Güter in Schlesien ist eine höchst gefährliche Maßregel, bei der überdies unausbleiblich große Summen, die bisher aus den angrenzenden Staaten flossen, verlorengehen, die auch darum beides, grausam und gefährlich ist, weil aus der Analyse des Staatshaushaltungsplans unwidersprechlich hervorgeht, daß die sämtlichen Pensionen, Almosen u. s. w. nur in Papiergeld nach dem Nominalwert gezahlt werden könnten, während doch eine gerechte Entschädigung verheißen wird.“

Die Domänen-Kanons [?] gleichfalls 3 [Mill.]
ad Edikt¹⁶.

Keine Mahl-Akzise für das platte Land.

Trank-Steuer auf dem platten Land wird durch Fassion [?], Revision der
Fabrik[atons-] Stätten u.s.w. erhoben.

. . .¹⁷ wegen Aufhebung des Mahl-, Brau-, Brennzwangs.

265. Aufzeichnungen Steins zu Hardenbergs „Finanzplan nach den neueren
Erwägungen“¹ [o. O. 12./13. September 1810]

Stein-A.: Konzept (eigenhändig).
Druck: Alte Ausgabe III S. 317 ff.

*Vorläufige Bemerkungen über die finanziellen Pläne Hardenbergs. Innerpolitische
und moralische Voraussetzungen für das Gelingen seiner Pläne.*

Es hätten bezahlt werden sollen	120	Mill[ionen]
Es sind bezahlt	49 500	
Rest	70 500	

Der Rückstand für die Zeit vom 8. November 1808 — 8. Juli 1810 —
34½ M. — Tourton und Bauer zahlt bis 60 Mill[ionen], also 10 500 000 ge-
deckt durch Wechsel und Promessen. Napol[eon] räumt noch nicht, bis
Sicherheit wegen der 2ten Hälfte gestellt ist — Versuche Valkenaers² um
die Securrierschen Obligationen als Zahlungsmittel für die Kolonial-
w[aren-] Abgabe zu erlangen.

Der Abschluß mit dem Herz[ogtum] Warschau ist sehr glücklich — die ver-
schiedenen Institute selbst würden mit beitragen können nach ppc³.

Die Schulden müssen Annuitäten werden — richtig.

Die Bank kann sich selbst helfen, wenn sie ihre Forderungen aus dem
G[roßherzogtum] W[arschau] erhält — die Schulden der Seehandlung sind
Staatsschulden.

Gleichsetzung des Zinsfußes und Konsolidation aller Staatsschulden, welcher
20% Ausgleichung unter den Provinzen.

Könnte man die rückständigen Zinsen nicht als unverzinsliches Kapital
zahlen?

ad 6. Gut — oder mit Steuer-Obligationen.

¹⁶ Vgl. Hardenbergs Brief vom 12. September 1808.

¹⁷ Unleserliches Wort.

¹ Der „Finanzplan nach den neueren Erwägungen“ ist zum Verständnis dieser und der
folgenden Aufzeichnungen Steins oben Nr. 263 vollständig abgedruckt, so daß für alle
Einzelheiten darauf verwiesen werden kann. Vgl. auch oben Nr. 259 und 260.

² Holländischer Bankier, mit dem Niebuhr 1807 Verbindungen angeknüpft hatte. Vgl.
Bassewitz IV S. 381 ff.

³ Unleserliche Stelle.

Mittel und Wege

richtig, nur würde ich Einkommensteuer nehmen — denn auch Klassensteuer wird die Untersuchungen erfordern, welche die Einkommensteuer nötig macht.

ad 2. Geistliche Güter müssen dotiert werden, die geistlichen Institute. Anstalt zum Loskauf der Steuer.

ad m. Wenn aber statt der gezwungenen Anleihe eine Einkommensteuer bezahlt wird, so bedarf es der Verwendung der Steuer-Obligationen zur Bezahlung der Zwangsanleihe nicht. Will man aber bei der gezwungenen Anleihe stehenbleiben, so ist der Weg recht gut, wenigstens würde ich die Einkommensteuer der Klassensteuer bei weitem vorziehen und mit jener nach mäßigen Prozenten gerechnet die Zwangs-Anleihe verbinden.

Soll man die Staatsschulden mit denen Pfandbriefen und Steuerpfandbriefen bezahlen — dieses ist eigentlich keine Bezahlung, sondern eine Ver-tauschung von Effekten, die allgemein auf die Staats-Revenuen angewiesen waren, gegen Effekten, denen speziell Hypotheken zugrunde liegen.

Soll man auf diese Steuerscheine und Pfandbriefe Papiergeld fundieren — oder soll man sie in kleinen Summen zirkulieren lassen, oder soll man die Privatpfandbriefe verkleinern und zum innern Geldverkehr brauchen? Abgeändertes Steuer-System.

Ich halte nichts auf dergleichen Staats-Unternehmen, besser eine große Privat-Bank, welche den Staat halten kann ohne mit ihm zusammenzu-schmelzen.

Man lege also eine Privat-Bank an, die aus Aktionären besteht, nach dem Plan der französ[ischen] Bank ante a. 1805, gebe ihr die Befugnisse der englischen Bank seit dem Jahre 1797.

Das Resultat vom Gesagten wäre also kürzlich:

1. man lasse die Operationen, wodurch das alte Kreditwesen wieder hergestellt werden soll, auf die Operationen, wodurch die französische Kontribution gezahlt wird, folgen, damit nicht eins das andere hindere, zahle aber unterdessen laufende Zinsen und suche die Gläubiger durch allgemeine Versicherungen zu beruhigen. — Sollte die Publizität der Mittel und Wege vor erfolgter Evakuation nicht nachtheilig sein.
2. Die Zahlungsmittel wende man an, erwäge, ob die Einkommensteuer nicht besser ist als Klassensteuer und Zwangs-Anleihe, oder ob nicht diese mit der Einkommensteuer zu verbinden.
3. Man schreite in den innerern Reformen fort, im Steuer-System, in der Gewerbe-Polizei.
4. Man bilde sich ein verständiges, achtungswertes Ministerium und entferne die alten Weiber und organisiere den Staats-Rat zum Vereinigungs-punkt, den der Präsident und erste Minister lenken.
5. Man stelle Gehorsam und Zucht wieder her und wende die Richelieuschen

Politica gegen eine verwilderte, ungebundene, durch Halbwissen aufgeblähte Nation an.

266. Denkschrift Steins über den Finanzplan Hardenbergs vom Sommer 1810 [o. O., 12./13. September 1810]¹

PrGStA., jetzt DZA Mersburg, Rep. 92 Hardenberg H 5 IV: Reinschrift (eigenhändig); Stein-A.: Konzept mit dem Vermerk Steins: „ad acta, so mir in H[ermsdorf] d. 14. Sept. 1810 zugestellt worden“; eigenhändig. Druck: Alte Ausgabe III S. 319 ff.; Pertz, Stein II S. 511–515 und 492–503 (irrtümlich getrennt); Thiede, Ausgew. Schriften S. 155 ff.; Teildruck: Kleine Ausgabe Nr. 91. — Hier nach der Reinschrift.

Finanzielle und allgemein-politische Maßnahmen zur Überwindung der Staatskrise. — Einkommensteuer statt Zwangsanleihe und Klassensteuer. Gegen eine Verwandlung der Provinzialschulden in Staatsschulden. — Verkauf der Grundsteuer, Einziehung der geistlichen Güter. Auswärtige Anleihen. Ausgabe von Papiergeld, Sistierung der Einlösung der im Umlauf befindlichen Tresorscheine. Reform des Abgabesystems, Aufhebung des Mahl- und Getränkezwangs gegen Entschädigung der Berechtigten. Reform der gutsherrlich-bäuerlichen Verhältnisse, Überweisung des Eigentums an die Erbpächter. Währungsauffassung Steins. Umlaufstheorie. Gegen die Einrichtung einer Staatsbank. — Sittliche Erneuerung des Volksganzen als Voraussetzung der Staatsreform. Entfernung schwacher und unfähiger Minister (Dohna, Goltz). Schön oder Sack als Finanzminister vorgeschlagen. Einrichtung des Staatsrats. Energische Maßnahmen zur Überwachung und Hebung des Geistes der oberen Stände, insbesondere des Beamtentums und des Adels (Adelsreform). Verweis auf Richelieu. Erziehung der Nation durch Leitung der Literatur und des öffentlichen Unterrichts. Pestalozzi. Selbstverwaltung. Vertrauen in den Geist des Volkes.

Die Materien², so verhandelt worden sind in denen beikommenden Akten, betreffen

- 1) die Mittel zur Bezahlung der Kontribution;
- 2) zur Bezahlung der Schulden des Staats, der Institute der Provinzen;
- 3) die Abänderung des Abgaben-Systems³;
- 4) die Verbesserung des Zustandes des Landmannes⁴.

Die zur Bezahlung der Kriegs-Steuer in Vorschlag gekommenen Mittel sind gezwungenes Anleihen, auswärtiges Anleihen, Klassen-Steuer.

Soll bei dem gezwungenen Anleihen nach irgendeinem richtigen Maßstab verfahren werden, so muß es im Verhältnis mit dem Vermögen des Zahlen-

¹ Pertz druckt diese Denkschrift nach dem vielfach abweichenden Konzept als zwei verschiedene Denkschriften und zwar in verkehrter Reihenfolge, den Anfang Bd. II S. 511 ff., die Fortsetzung ebd. S. 492 ff. Vgl. Lehmann, Stein III S. 74 Anm. 2. — Die wichtigeren Abweichungen der Reinschrift vom Konzept sind in den folgenden Anmerkungen angegeben.

² Für das Sachliche sei auf die Nr. 260 u. 263 abgedruckten Finanzpläne Hardenbergs verwiesen und zwar beziehen sich Steins Bemerkungen bis S. 398 auf die Akten, die ihm am 12. September zukamen, das übrige, von „Nachdem ich dies geschrieben hatte“ an, auf den „Finanzplan nach den neueren Erwägungen.“

³ Zusatz im Konzept: „Luxussteuer, Ausdehnung der Akzise auf das platte Land.“

⁴ Zusatz im Konzept: „des Gewerbetreibenden durch Aufhebung des Mahl- und Getränke-Zwangs.“

den ausgeschrieben werden, es ist also eine Ausmittlung des Vermögens erforderlich. Dieses ist nun der gehässige Teil der Einkommen-Steuer, welchen sie mit der gezwungenen Anleihe gemein hat. Ich sehe aber keinen Grund ab, warum diese zur Erhaltung des gegenwärtigen Zustandes des Staats bezahlte Geldesleistung die Natur einer Anleihe und [nicht] einer Abgabe annehmen soll, warum man nicht ganz einfach eine dem Bedarf angemessene Einkommens-Steuer ausschreibt. Jeder läßt sich eine momentane und unvermeidliche Last gefallen und findet auch noch für den Augenblick teils durch Ersparungen, teils durch Kredit, Mittel, sie aufzubringen⁵. Ohne Übertreibung wird man die Einkommen-Steuer auf zwei Jahre verteilt zu einem Ertrag von 10 Mill. berechnen können, auf welche der Bankier Vorschüsse leistet, sobald sie gehörig eingerichtet ist.

Man will aber weiter gehen und durch Operationen mit einem fundierten, aber nicht realisierbaren Papier Staats- und Provinzial-Schulden tilgen. Ich bin es zwar überzeugt, daß ein den Bedürfnissen der Zirkulation angemessenes, auch gezwungenes Papier sich pari halten könne, ich rate aber, diese Sache bis zur Zeit der gezahlten Kontribution⁶ auszusetzen, weil jede Emission von Papier Einfluß auf den Gang der Zirkulation, besonders den bei unseren auswärtigen Zahlungen so sehr zu beachtenden Wechselkurs hat, und es daher ratsam ist, mit allen Unternehmungen dieser Art bis dahin, daß unsere Lage sich verbessert, Anstand zu nehmen.

Aus denen Ressourcen, so der Finanzplan anbietet, würde man wohl im Stande sein, einjährige Zinsen denen alten Staatsgläubigern zu bezahlen und sie auf irgendeine zweckmäßige Art vorläufig zu beruhigen, wozu sich mancherlei Mittel anbieten.

Die Fragen wegen der Verwandlung der Provinzial-Schulden in Staatsschulden, wegen Bezahlung der alten Staatsschulden durch Geld oder Effekten, wegen der Natur derselben, der Art und Quantität der Emission derselben, werden unterdessen noch näher geprüft, und man kann die Operationen, wozu man sich entschließt, leichter ausführen, da man mit denen aus dem Aufbringen und Aussenden großer Geldsummen entstehenden Hindernissen nicht zu kämpfen hat. Der gelähmte und kränkelnde Zustand des preußischen Staats erlaubt ohnehin keine zu kräftigen Maßregeln, die eine große Monarchie wohl erträgt.

Als subsidiarische Hilfsmittel zur Bezahlung der Kontribution würden angewandt werden können⁷

⁵ *Zusatz im Konzept:* „da die Ernte gut, der Wollverkauf bedeutend und sich wieder Zeichen von Wohlstand und Luxus äußern.“

⁶ *Konzept:* „Ich würde aber raten, diese Materie bis zum Jahre 1811 auszusetzen.“

⁷ *Hier folgt im Konzept anstelle des nächsten Absatzes:* „a) Die von Herrn v. Schön vorgeschlagene Belastung sämtlicher geistlicher Korporationen, welche ich aber nur zu 2 Millionen Taler annehme. b) Die Operation mit Bepfandbriefung der Domänen-Kanons, die ppter. für 3 Mill[ionen] Taler Effekten der Staatskasse verschaffte.“

der notwendige Verkauf eines Teils der Grund-Steuer und die Benutzung der geistlichen Güter durch Säkularisation oder Belastung.

Es ist zwar die Einziehung der überflüssigen geistlichen Güter nach vorhergegangener Dotierung der kirchlichen und Lehr-Anstalten mit Grundeigentum nützlich, es kann aber doch sein, daß der Privat-Kredit der Korporationen wirksamer ist, um schnell bares Geld zu erhalten, als es der Verkauf der Grundstücke in diesem Augenblick sein kann.

Sollte es ferner nicht möglich sein, in Paris selbst eine Anleihe zu eröffnen — Österreich läßt durch Herrn Erkeles einen Versuch damit machen, oder in London, wenn man an englische Häuser Revenuen in Ostpreußen verpfändet — sie liehen an Amerika 4 Mill. Pf[und] St[erling] auf das entfernte Louisiana.

Was nun die zur Zahlung der einländischen und alten Schulden beabsichtigten Papier-Operationen anbetriift, so kann nur ein Papier, dem man alle Funktionen des Geldes gesetzlich beilegt (legal tender), etwas helfen, und es muß im Verhältnis zum Umfang der Zirkulation stehen (Thornton, Ueber Papier Credit⁸), oder die Summe der Zahlungsmittel muß dem aus der Summe der Veräußerungsgeschäfte entstehenden Bedarf angemessen sein. Ein richtiges Verhältnis der Zahlungsmittel zum Umfang der Veräußerungen erleichtert Zahlungen, Erwerb, Genuß, sein Mangel oder Seltenheit lähmt alles, sein Übermaß hat zufolge Verteuerung der Waren, Verschiedenheit des Metallpreises vom Münzpreis oder Losreißen des Papiers vom Geld, Unsicherheit des Zustandes des Rentenierers und Besoldeten. Es läßt sich aber nicht a priori bestimmen, ob die Zirkulation gerade wird 16 Millionen oder mehr oder weniger tragen können, und ich behalte mir zu seiner Zeit eine nähere Entwicklung meiner Meinung vor.

Zu einer Emission des Papier-Geldes oder eines ihm ähnlichen Effekts bedarf es aber keiner Nationalbank, sondern die Emission geschieht ganz einfach durch Auszahlung oder Überlassung an Bank, Seehandlung usw. zu ihrem beliebigen Gebrauch⁹.

Was die vorgeschlagene Ausdehnung und Abänderung der indirekten Abgaben anbetriift, so halte ich im allgemeinen die Operation für sehr zweckmäßig, jedoch mit folgenden Bestimmungen.

Die Ausdehnung der Abgabe für das Gemahl auf das platte Land ist sehr lästig und unproduktiv, da man den Mahlzwang aufzuheben beabsichtigt, will man sie aber einführen, so ist es einfacher, die Abgabe in der Form von Fix-Akzise nach mäßigen Anschlägen zu erheben. Das Getränke läßt sich bei der Fabrikation besteuern, wie es im Österreichischen mit der

⁸ *Henry Thornton, An inquiry into the nature and effects of the paper credit of Great Britain (1802, übersetzt 1803 „Der Papierkredit von Groß Britannien“).*

⁹ *Hier folgt im Konzept: „Unbillig halte ich aber die Verwandlung der Provinzial- in Staats-Schulden, da die Vorsteher der Provinzen, nicht die Staatsbehörden, und insbesondere die Kurmark, sie mit einem unbeschreiblichen Leichtsinne kontrahiert haben.“*

Tranksteuer und in Frankreich mit diesem Zweig der *droits réunis* geschieht.

So wohlthätig die Aufhebung des Mahl- und Getränkezwangs ist, so tief wird das Eigentum der Berechtigten erschüttert, wenn diese Befreiung ohne verhältnismäßige Vergütung geschehen soll, und der Staat müßte alsdann wenigstens den Betrag, wofür ihr Ertrag in den Steuer-Katastern berechnet ist, ihnen erlassen. Das Gemahl und besonders das Getränke-Urbar ist in Schlesien und Preußen ein sehr bedeutender Teil des Ertrags der adligen Güter, und durch seine Aufhebung wird der letzteren Wert in Beziehung auf Kauf und Kredit-System außerordentlich vermindert. Die Aufhebung dieser lästigen Monopolen geschehe, aber gegen Entschädigung des Berechtigten vom Verpflichteten.

Zu den wesentlichen Verbesserungen des Zustandes des Landmanns gehört die vorgeschlagene Überweisung des Eigentums, wogegen dem Gutsherrn die Akquisition und Einziehung des halben Bauerlandes zum Vorwerkland gestattet wird. In Schlesien, wo der Bauer Eigentümer ist, oder in der Kurmark, wo er lassitisches Eigentum besitzt, können für den Bauerstand hieraus keine drückenden Folgen entstehen, denn der Gutsherr muß kaufen, und es ist bei dem Zusammenkaufen einzelner Grundstücke im Ganzen wenig Vorteil. In denen Provinzen, wo der Bauer nur Pächter ist, in Pommern, Preußen, Uckermark, polnisch Oberschlesien, da sichert der § 10 des projektierten Edikts gegen das Legen der Höfe.¹⁰

Nachdem ich dies geschrieben hatte, erhielt ich die Grundzüge des Finanzplans nach denen neueren Erwägungen, wodurch vieles von dem Gesagten überflüssig wird.

[1)] Ich bin vollkommen damit einverstanden, daß man die Staats- und Provinzial-Schulden in Annuitäten verwandle.

2) Die Bank wird sich selbst helfen, wenn sie ihre polnischen Kapitalien einzieht, die Schulden der Seehandlung sind Staatsschulden, und alle als Staatsschulden anerkannten Forderungen würde man auf 4 p^o/_o Zinsen setzen.

3) Die rückständigen Zinsen könnte man auch als unverzinsliches Kapital artuell zurückzahlen.

¹⁰ *Im Konzept lautet der Nachsatz: „da ist zu befürchten, daß der Gutsherr die mecklenburgische Operation des Bauernlegens vornehme, und dieser Stand wird sehr leiden, und für diese Provinzen sind besondere Einschränkungen nötig, wofür dann die Disposition des § 10 angewandt wird.“ — Der Entwurf der Edikte ist gedruckt bei Knapp, Bauernbefreiung II S. 243 ff. — Bis hierher bei Pertz II S. 515. Das Folgende ebd. S. 492 ff., mit veränderter Einleitung: „Die Vorschläge betreffen Bezahlung der Kriegs-Steuer an Frankreich, eines Teils der einländischen Forderungen durch freiwillige und gezwungene Anleihen, durch Verfertigung eines Papiergeldes. Der natürliche Gang der Untersuchung dieser Vorschläge ist die a) Notwendigkeit des Papiergeldes, die Zweckmäßigkeit seiner Einrichtung und b) die Tauglichkeit der vorgeschlagenen Zahlungsmittel [zu prüfen]. Die Zirkulationsmittel . . .“ (weiter wie S. 399 unten).*

4) Was nun die aufgezählten Mittel und Wege anbetrifft, so würde ich ad 8 statt des gezwungenen Anleiheus und der Klassen-Steuer eine Einkommen-Steuer nehmen, denn auch Klassensteuer erfordert, wenn die Klassen einigermaßen verhältnismäßig verteilt sind, die Untersuchungen, welche die Einkommen-Steuer nötig macht. Oder will man durch Verbindung der Steuer-Obligationen mit dem gezwungenen Anleihe die Erhaltung großer Summen sich erleichtern, so würde ich wenigstens die Einkommen-Steuer der Klassen-Steuer vorziehen und mit jener nach mäßigen Prozenten veranschlagt das Zwangs-Anleihe verbinden, und es durch die Steuer-Obligationen und Annahme eines aliquoten Teils von alten Staatspapieren unterstützen.

Soll man die Staatsschulden mit Domänen-Pfandbriefen oder Steuer-Obligationen bezahlen? Dieses ist eigentlich keine wahre Bezahlung, sondern eine Vertauschung von Effekten, die allgemein auf die Staats-Revenue angewiesen waren, gegen Effekten, denen spezielle Hypotheken zugrunde liegen. Die Zahlung erfolgt erst, wenn die substituierten Effekten zahlbar werden.

Soll man auf diese Steuerscheine oder Pfandbriefe Papiergeld fundieren, oder soll man sie in kleinen Summen zirkulieren lassen, oder soll man die Privat-Pfandbriefe verkleinern und zum innern Geldverkehr brauchen?

Die Zirkulations-Mittel eines Landes sind Geld, Banknoten, Wechsel, denen öffentliche oder Privat-Papiere, so Zinsen tragen, zu Hilfe kommen. Die Summe des Bedarfs dieser Zirkulations-Mittel richtet sich nach der Summe der Veräußerungs-Geschäfte, nach der Geschwindigkeit ihres Gangs und nach vielen Nebenumständen, als Festigkeit der Regierung, Nationalcharakter, Wohnort, Verbindungs-Anstalten usw. Das richtige Verhältnis der Zahlungsmittel zum Bedarf erleichtert, wie schon gesagt, die Zahlungen, Erwerbfluß, Genuß, deren Seltenheit oder Mangel lähmt alles. Es haben daher alle Regierungen in Ermangelung von Metall oder bei entstehenden Stockungen im Verkehr Hilfsanstalten getroffen, England ao. 1793 bei der Handels-Stockung durch Vorschüsse von Schatzkammerscheinen auf Waren, bei dem Goldmangel ao. 1797 durch Einstellung der Realisation der Banknoten¹¹. Denn bei Schwierigkeiten Zahlungen zu leisten, leidet Landwirt-

¹¹ *Das Folgende im Konzept erweitert:* „Sollen Zahlungen der durch die verschiedenen Arten des bürgerlichen Verkehrs entstehenden Schulden geschehen, so müssen Zahlungsmittel vorhanden sein, und bei der Seltenheit einer Art muß ein Surrogat erfunden und dargestellt werden, indem bei der Schwierigkeit Zahlungen zu leisten, Landwirtschaft und Manufakturen gestört werden, die erstere wird weniger kräftig betrieben, in den letztern wird weniger lebhaft gearbeitet. Der Wert der Produkte und das Grundeigentum sinken unter den bisher gewöhnlichen Stand, die Kapitalien werden durch ihre Zinslosigkeit, ihre Unmöglichkeit sie zurückzuzahlen, zerstört. So wie das verminderte Zahlungsmittel den Wert der Produkte vermindert, so steigert es den der auf dem Eigentum haftenden Lasten der Abgaben, Zinsen, und sonstigen Verpflichtungen. Diesem Übel wird abgeholt-

schaft und Manufakturen, jene wird weniger kräftig betrieben, in diesen wird weniger lebhaft gearbeitet, der Wert der Produkte und des Landeigentums sinkt unter den bisher gewöhnlichen Stand, die Kapitalien werden durch ihre Zinslosigkeit und ihre Unmöglichkeit, sie zurückzuzahlen, zerstört. So wie die Verminderung der Zahlungsmittel den Wert der Produkte herabsetzt, so steigert sie den Wert der auf dem Eigentum haftenden Lasten, der Zinsen und Abgaben¹².

Der preußische Staat erhielt seine Zirkulations-Mittel, insofern sie aus edlen Metallen bestanden, durch eine vorteilhafte Handelsbalance¹³, ihre Summe hat sich vermindert durch den seit 1806 gestörten Handel und die Sperrung der Häfen, durch die Herabsetzung der Scheidemünze, die feindliche Besitznahme seit 1806 und die Herabwürdigung des Werts der öffentlichen Papiere, als Bank-Obligationen usw.

Eine Folge dieser Verminderung der Zirkulationsmittel ist Unwert der Produkte, der Ländereien und der städtischen Grundstücke, Stockung in allen Geld-Geschäften. Die Verminderung des Münzvorrats nimmt durch

fen, der Wert des beweglichen und unbeweglichen Eigentums, die Zahlbarkeit der Kapitalien wird wieder hergestellt durch verhältnismäßige Vermehrung der Zirkulationsmittel, damit der Schuldner befriedigen und der Gläubiger befriedigt werden könne. Es werden alsdann die Veräußerungen des Grundeigentums ihren Weg gehen, es wird aus den Händen derjenigen, die in Verlegenheit sind, in die Hände derer kommen, die es nicht sind, die aber jetzt wegen ihrer stockenden und nicht zahlbaren Forderungen keinen Gebrauch davon machen können.“

¹² *Die beiden folgenden Abschnitte sind versehentlich in doppelter Fassung eingereicht worden. Dem Abdruck im Text liegt die in den Zusammenhang passende zugrunde, die andere, offenbar unvollendete, versehentlich beigelegt, sei nachstehend noch mitgeteilt:* „Der preußische Staat erhielt den Teil seiner Zirkulationsmittel, der in öffentlichen Abgaben bestand, durch eine vorteilhafte Handelsbalance, durch den Handelsgewinn, der aus dem Überfluß seiner Produktion über seine Konsumtion entstand. Diese Zirkulationsmittel haben sich vermindert [a)] durch den seit 1806 gestörten Handel, da seit dieser Zeit die Häfen gesperrt waren, b) durch die Herabsetzung der Scheidemünze, c) durch die feindliche Besitznahme seit 1806 und die dadurch verursachten Geld-Ausflüsse, d) durch die Vernichtung des Werts der öffentlichen Papiere, als Bank-Obligation etc.

Eine Folge dieser Verminderung ist der Unwert der Produkte, das Sinken des Werts ländlicher und städtischer Grundstücke, Stockung im Geldverkehr, in Rückzahlung fälliger Kapitalien, Zinsen usw. Hierzu kommt, daß der vorhandene Vorrat von Metall oder Münze sich beständig durch die fortdauernden Geldzahlungen an Frankreich vermindert, daß also die Folgen des Mangels an Zahlungsmittel steigen und der Wert der Waren immer mehr [sinkt].“

¹³ *Das Folgende im Konzept:* „durch den Handelsgewinn, der aus dem Überschuß seiner Produktion über seine Konsumtion entstand. Sie haben sich vermindert a) durch den seit 1806 gestörten Handel, da seit dieser Zeit seine Häfen gesperrt waren, b) durch die Herabsetzung der Scheidemünze, c) durch die militärische Okkupation seit 1806 und die Zahlung der Kontribution, d) durch die Vernichtung des Werts öffentlicher Papiere, welche als Zahlungsmittel gebraucht wurden, der Staats-Obligationen, Bank-Obligationen, Pfandbriefe usw.“

die Zahlungen an Frankreich immer zu, und die Folgen des Mangels an Zahlungsmitteln sind fortschreitend¹⁴.

Der preußische Staat ist daher jetzt im Fall, durch Verfertigung eines Papiergeldes den[en] nachteiligen Folgen des Mangels an Zirkulationsmittel abhelfen zu müssen, nur muß er die Bedingungen beobachten, wodurch die Nachteile einer zu großen Vervielfältigung vermieden werden.

Diese Nachteile sind: Verteuerung der Waren, Losreißen des Papiers vom Geld, Beeinträchtigung des Vermögens der Rentnierer und Besoldeten. Diese Folgen sind dennoch geringer als die Lähmung in allem Gewerbe und Geld-Verkehr, die aus dem Mangel an Zirkulations-Mittel entsteht, und im Österreichischen erschütterten alle diese Folgen nicht die Produktion und das Gewerbe, vielmehr ist beides in einem Zustand des Fortschreitens, sondern nur der Besoldete und der Kapitalist ist der leidende Teil, da besonders die Gesetzgebung bisher nichts für ihn getan hat.

Die Nachteile, so aus einer zu großen Vervielfältigung des Papiergeldes entstehen, werden vermieden, wenn man dessen Verfertigung einer selbstständigen Behörde anvertraut, dem Papier ein hinreichendes Eigentum zur Sicherheit beilegt und nicht mehr ausgibt¹⁵, als die Zirkulation oder der Umfang des Verkehrs eines Landes zuläßt¹⁶.

¹⁴ *Hier folgt im Konzept:* „Es muß also an die Stelle des fehlenden Metalls ein anderes Zirkulationsmittel erfunden und eingeführt werden, damit der regelmäßige Gang des Verkehrs, der Veräußerungen usw., der Übergang der Produkte vom Produzenten zum Konsumenten und Kaufmann, der gewöhnliche Preis wiederhergestellt werde. Hierzu kommt, daß der vorhandene Vorrat von Metall oder Münze sich beständig durch die fortdauernden Geldzahlungen an Frankreich vermindern müßte(n), daß die üblen Folgen des Mangels an Zahlungsmitteln beständig steigen und der Wert der Waren immer mehr sinken muß.“

¹⁵ *Doppelt unterstrichen.*

¹⁶ *Anstelle der folgenden beiden Abschnitte stehen im Konzept die Ausführungen:* „Der Vorschlag des H. Staats-Kanzlers geht dahin, für 16 Millionen Banknoten zu verfertigen, zu ihrer Sicherheit eine gleiche Summe von Obligationen der Käufer der Grundsteuer niederzulegen und mit ihrem Kaufgeld allmählich jene 16 Millionen wieder einzulösen.

Löst man sie schleunig ein, so entsteht aber dieselbe Verlegenheit, die die Seltenheit des Zirkulationsmittels herbeigeführt hat, ich würde es daher für ratsam halten, aus denen Gründen, die überhaupt Verminderung der Domänen ratsam machen, für 16 Millionen Domänen und besonders Erbpachts-Kanon und fixe Gefälle zur Sicherheit der Bancozettel zu überweisen und sie der Verwendung der Administration, der die Verwaltung der Bankzettel anvertraut wird, zu übertragen.

Die Administration würde man einer Deputation anvertrauen, die aus Ständen jeder Provinz unter einem königlichen Kommissario zusammengesetzt wäre. Da die Benennung Banknoten wegen des mit dieser Art des Papiers gemachten Mißbrauchs anstößig ist, so würde man das neue Papier lieber Domänenpfandbriefe nennen. — Man müßte ihm die vollkommenen Eigenschaften des Geldes beilegen, es zu einem gesetzlichen Zahlungsmittel erheben. Man würde ihm die ausschließende Fähigkeit beilegen, als Zahlungsmittel bei dem Verkauf der ihm überwiesenen Domänen zu dienen. Diesen Verkauf würde man in Ansehung der festen Zinsen und Erbpachten für notwendig erklären und jährlich für 1 Million verkaufen. — Innerhalb der hierzu erforderlichen 16 Jahre verbessert sich der

Man lege also eine Privatbank an, die aus Aktionären besteht und durch Publizität ihrer jährlichen Bilanz und die Aufsicht des Staats verhindert wird zu schwindeln, und man lege ihrem Papier die Eigenschaften des Geldes bei, wache aber, daß sie nicht mehr emittiere, als die Zirkulation tragen kann.

Zinsbare Papiere, als Pfandbriefe, sind kein schickliches Zirkulationsmittel, und ebensowenig sind die Kredit-Institute so organisiert, daß ihnen dessen Emission anvertraut werden könnte.

Eine wesentliche Voraussetzung bei allen Finanzoperationen ist Her-

innere Wohlstand, und man wird alsdann die Maßregeln nehmen, die der Zustand der Dinge für notwendig erachten läßt.

Die Ausgabe des auf diese Art fundierten Papiers geschähe zur Bezahlung der Staatsschulden, zum Teil auch für andere Staatsausgaben, die Gläubiger erhalten ein Papier, welchem die Funktionen des Geldes beigelegt sind und so von den Domänen-Käufern gesucht wird, um das Kaufgeschäft zu machen, statt daß bei dem jetzigen Zustand der Dinge, dessen Ende bei denen bisher angewandten Mitteln gar nicht abzusehen ist, die Forderung der Gläubiger an den Staat gar keinen Wert hat. Es kann sein, daß dieses Papier mit einem Diskont zirkuliert, aber ein Papier mit einem Diskont, das als Geld gebraucht werden kann, ist besser als gar nichts. Man kann die Emission auch auf mehrere Jahre verteilen und die Sachen nach Maßgabe des Gangs des Kurses leiten. Überhaupt muß dieses Mittel, welches die Verhältnisse der Zirkulation wieder herstellen soll, mit dem Anleihe- und Abgabe-System zur Befriedigung der französ[ischen] Kassen in Übereinstimmung gebracht und die Tilgung der Provinzialschulden der Bezahlung der Kriegsteuer nachstehen, und man kann die erstere ganz aussetzen, bis die letztere erfolgt sein wird.

Zur Bezahlung der Kriegsteuer kann nur Münze gebraucht werden, und diese müßte man anschaffen durch Ersparungen, durch die Einkommen-Steuer und durch Anleihen in Paris oder vielleicht London. Haben Londoner Häuser 4 Millionen Pfund zum Ankauf von Louisiana an die Vereinigten Staaten geliehen, warum sollten sie nicht die Hälfte auf ostpreußische Domänen oder die Zollrevenuen von Königsberg und Memel geben, besonders wenn man ihnen die Verwaltung überließe, so wie vielleicht Pariser Häuser auf kurmärkische Revenuen unter denselben Bestimmungen Geld anlegen werden. Österreich findet jetzt in Paris Mittel, eine Anleihe zu bewirken.

Die Einkommen-Steuer ist unter allen Abgaben die billigste, da sie alle Staatsbürger und alle Quellen des National-Einkommens trifft, die Prinzipien der Besteuerung, das Verfahren bei der Ausmittlung des Ertrags, das Verfahren bei der Erhebung sind bekannt, und es ist überflüssig, sich weiter darüber zu verbreiten.

Hat das Königreich Westfalen 21 Millionen Livres gezwungenes Anleihen von 3 Millionen Menschen erhoben, so wird der preußische Staat, der 4 600 000 M[enschen] in sich faßt, 7 Millionen Taler Einkommen-Steuer aufbringen oder 24 Mill[ionen] 700 000 [Livres]. Überhaupt ist das Staatsvermögen des preuß[ischen] Staates bei weitem größer als das des König-R[eichs] Westfalen. Dieses Land hat den größten Teil seiner Domänen verloren. es hat eine Schuldenlast von 100 Mill. Francs oder ppter. 27 Mill. Taler, ihm sind ppter. 50 Mill. Tlr. hannövr[ische] Schulden zugewachsen — so daß das Ganze 77 Mill. Tlr. beträgt — sein Einkommen ist 27 Mill. Livres, es unterhält einen sehr kostbaren Hof, ein großer Teil der Truppen steht außer Landes, und hierzu kommt der Unterhalt eines großen Korps französischer Truppen. Wird die Einkommen-Steuer zu 7 Mill. Taler gerechnet, die Ersparungen zu 3 Mill., so blieben noch 10 Mill. zur Anleihe, die sich hoffentlich effektuierten lassen.“

stellung des Gehorsams der Untertanen und besonders der öffentlichen Beamten, denn Widersetzlichkeit, Gleichgültigkeit gegen das Wohl des Ganzen, Frechheit im Reden und Schreiben, grober Egoismus hat alle Stände, besonders die Beamten und den Adel ergriffen, und Zucht und Gehorsam kann nur durch ernsthafte Maßregeln wiederhergestellt werden¹⁷.

Eine der wesentlichsten Maßregeln ist bessere Zusammensetzung des Ministeriums, Entfernung des schwachköpfigen, unbehilflichen, geist- und willenslosen D[ohna], des durch Leerheit, Schlawheit und elende sonstige häusliche Verhältnisse unbrauchbaren und verächtlichen Goltz.

Die Stelle des ersteren könnte mit Vincke, in dessen Ermangelung mit Sack¹⁸, des letzteren mit Humboldt ersetzt werden¹⁹. Das Finanzministerium müßte man Schön unter der Verpflichtung, einen verabredeten Finanzplan auszuführen, übertragen. Labaye ist ein Buchhalter und gemeiner Kerl, Staegemann ein versatiler, pffiger Justizkommissar, Oelßen ein gewandter, schlauer Mann, der sein Glück machen will, Heydebreck besitzt Verstand, Kenntnisse, ihn würde man, wenn Schön seinen Entschluß nicht ändert²⁰, an die Spitze der Finanzen setzen können. Den redlichen und geschickten Klaatsch, jetzt bei der Haupt-Akzise-Kasse, empfehle ich zum Rendanten bei der Hauptstaats-Kasse.

Die Errichtung des Staatsrats halte ich für eine wesentliche Bedingung, um Einheit in die Geschäfte zu bringen, denen Verhandlungen die Vielseitigkeit und Gründlichkeit zu verschaffen, welche von der Vereinigung, von dem Wetteifer, der wechselseitigen Aufmerksamkeit mehrerer dazu berufener Geschäftsmänner zu erwarten ist²¹. Als 1715 der Regent den Staatsrat in Frankreich wieder herstellte, so motivierte er ihn mit den Betrachtungen „que la surcharge du travail fatigue les génies les plus actifs, ou précipite les délibérations, ou ralentit le cours des expéditions; que les affaires partagées entre plusieurs sections du conseil pour être rapportées en commun et de là mises sous les yeux du conseil supérieur qui s'en réserverait la révision, ne pouvaient attendre que des décisions promptes et réfléchies, tandis que le temps et la liberté d'esprit permettaient à chacun d'entrer lui-même dans ces détails essentiels dont l'oubli dénature quelquefois le sujet

¹⁷ Das Konzept hat hier am Rande des Blattes folgende, teilweise fast unleserliche Dispositionsnotizen Steins ohne Interpunktionen: „... in den Perso[nen] D[ohna], G[o]ltz], V[incke] od[er] Fries[e?] d[er] Borsche [?] Barsche = Arnim?]. Auflös[ung] d[er] Korporationen, Einzieh[ung] d[er] Stift[er] d[urch?] R[eichstags-] D[e]p[ut]ation] 1802. Vollendung [?] d[er] . . . , St[aa]ts- Rat. Reform des Adels, d[er] Geistlich[keit], u[nd] wenn diese wiederhergestellt[?] ist [?] R[eichs-] Tag. Vertrauen.“

Daneben stehen noch die Worte: „Ablieferung in Waren. Troschke.“

¹⁸ Der Zwischensatz fehlt im Konzept.

¹⁹ Zusatz im Konzept: „der zugleich die Sektion des öffentlichen Unterrichts verwalten würde.“

²⁰ Statt dessen im Konzept: „wenn mit Schön nicht auszukommen wäre.“

²¹ Zusatz im Konzept: „und es bildet sich eine größere Anzahl von Personen zu allgemeinen Ansichten und allgemeinen Geschäften.“

de la question, que si on n'intéressait au gouvernement un certain nombre d'hommes aussi fidèles qu'éclairés, il serait impossible de trouver toujours des sujets formés et instruits qui fussent en état de remplacer la perte des hommes en place²².

Der von Adel und Beamten gezeigte Geist ist so verderbt und widersetzlich, daß seine Wiedergeburt kräftige Maßregeln erfordert.

Man müßte die bedeutendsten Individuen von beiden Klassen genau beobachten, die Beamten, die sich durch Frechheit in Reden, Tadelsucht der Regierung, Unfähigkeit, das Neue zu begreifen und zu wollen, auszeichnen, entfernen, und ihre Stellen mit Besseren ersetzen²³.

Die Auflösung der Stifter verursacht eine Lücke in den ständischen Verfassungen, die zu deren gänzlicher Auflösung führt.

Den Adel selbst würde man an Geburt und Güterbesitz heften und darnach ihn klassifizieren, weil diese große Menge armer, güterloser, verschuldeter Edelleute dem Staat äußerst lästig ist. Denn er ist ungebildet, hilfsbedürftig, anmaßend, drängt sich in alle Stellen vom Feldmarschall bis zum Stadtinspektor, er steht allen Bürger-Klassen durch die Stellen, so er ihnen entzieht, durch die Ansprüche, die er aufstellt, im Wege, und er sinkt zu den unteren Stufen herunter durch seine Armut, seine verwandtschaftlichen Verbindungen und seine Roheit²⁴. Die Lage dieses Adels verschlimmert sich durch die Verminderung der preußischen Armee, es entgehen ihm einige tausend Offiziersstellen²⁵, er wird täglich mehr sinken, so wie die untern Stände in ihrer Bildung, Wohlhabenheit und in ihren Ansprüchen steigen. Es ist daher ratsam, dieses Mißverhältnis zu heben, den Adel auf seine ursprüngliche Bestimmung zurückzubringen, ihn nur mit Geburt und Gutsbesitz nach einer gewissen Stufenfolge zu verbinden

²² Zitat aus [Véron de Fortbonnais,] *Recherches et Considérations sur les Finances de France T. 5 p. 194-198. Quellenangabe im Konzept. Dort noch der Zusatz:* „Die Errichtung des Staatsrats wird den unmittelbaren Nutzen haben, daß man hierdurch sich bestimmt ausspricht, die seit 1808 abgeänderte Verfassung und angenommenen Verwaltungsgrundsätze aufrecht erhalten und anwenden zu wollen.“

²³ *Der Schluß dieses Absatzes und der folgende Absatz lautet im Konzept:* „... ihre Stellen mit besseren, kräftig gesinnten Menschen ersetzen. Sollte ein Anhänger des alten Schlenkdrans, wie H. v. Massow, imstande sein, mit Verstand und Geist einer großen Provinz, wie Schlesien, vorzustehen? würde nicht Graf Dohna von Wundlacken besser sein?

Die adligen Korporationen, die vom Staat unabhängig sind, die Domstifter und den Johanniter-Orden müßte man nach dem R[eichs-] Deputat[i]ons-] Schluß von 1802 auflösen und in Ordens-Kommenden des Schwarzen und Roten Adler-Ordens verwandeln. Die Verteilung einer jährl[ichen] Rente von 150 000 Tlr. wird dem Ermessen des Königs überlassen, die gegenwärtig nach veralteten Formen und unter nicht bedeutenden Insignien veräußert oder verschenkt werden. Hierdurch würde in der kurmärkischen ständischen Verfassung eine Lücke entstehen, die zu deren gänzlichen Auflösung führte, und ihnen zugleich die Sinecuren entziehen, die die Stände bei Gelegenheit der Verwaltung ihres alten Kredit-Wesens verteilen.“

²⁴ „Seine wenige Bildung“ *im Konzept.*

²⁵ *Zusatz im Konzept:* „und die zur Versorgung des Militärs bestimmten Zivilstellen.“

und den übrigen in die ganze Masse der Staatsbürger zurücktreten zu lassen²⁶.

Die Unglücksfälle, die den Staat getroffen haben, die Veränderungen, die man darin vorzunehmen gar nicht vermeiden konnte, erhalten unter dessen Bewohnern eine fortdauernde Gärung, die derjenige, der dem Staat vorsteht, sorgfältig beobachten muß, um ihr eine zweckmäßige Richtung geben zu können. Außer der mit den Polizei-Direktoren der großen Städte zu führenden Korrespondenz wäre es ratsam, sich in jeder Provinz mit vorzüglich zuverlässigen Männern in genaue Verbindung zu setzen, z. B. in Schlesien mit Herrn v. Troschke²⁷ und Oberst Gneisenau, in der Kurmark mit Graf Arnim und Chazot, und sie als Beobachter und Leitungs-Anstalten der öffentlichen Meinung zu benutzen.

Die Frechheit und Verwilderung in der öffentlichen Stimmung und besonders in der der Beamten²⁸ wird nur zerstört werden können durch sehr strenge Maßregeln, durch plötzliche Dienst-Entsetzungen, Verhaftungen, Verbannungen²⁹ nach kleinen Orten, wo der Sträfling isoliert wird, unter Aufsicht lebt. Unerbittlich muß man alle Versuche der Umgebungen des Königs bestrafen, um dem Minister³⁰ zu schaden, mit Entfernung³¹, und die von Richelieu angewandten Maximen, eine verwilderte, ungehorsame, ränkesüchtige Nation zu beherrschen, verdienen jede Rücksicht. Man lasse sich durch das Geschrei nicht stören, eine große Gegenpartei wird man sich durch Furcht und Hoffnungen, Strafen und Belohnungen, durch weise, kräftige Verwaltungs-Maßregeln bilden können³². Man darf es erwarten, daß der jetzige Zustand der Dinge, den nur Gewalt erhält, sich in sich selbst zerstöre, und daß liberalere Grundsätze alsdann in das Leben zurücktreten werden. Die Regenten sind daher dringend aufgefordert, durch Leitung der Literatur und der Erziehung dahin zu wirken, daß die öffentliche Meinung rein und kräftig erhalten werde³³.

²⁶ Vgl. dazu oben Nr. 8 und den Aufsatz von E. Botzenhart über „Adelsideal und Adelsreform beim Freiherrn vom Stein“ *Westfälisches Adelsblatt V Nr. 8/12*.

²⁷ Der Kammerherr v. Troschke-Osterode, der im Februar den Plan einer ständischen Verfassung für Schlesien eingereicht hatte. *Linke I S. 100, S. 119*.

²⁸ „des größten Theils der öffentlichen Beamten“ *im Konzept*.

²⁹ *Im Konzept erweitert*: „Verhaftungen, Verbannungen nach kleinen Orten der Menschen, so sich bemühen, schädliche Meinungen zu verbreiten oder die Beschlüsse der Regierung zu untergraben, wo sie isoliert sind und beobachtet werden, z. B. N[agler], Z[astrow], H[agen].“

³⁰ „Vorsteher des Staates“ *im Konzept*.

³¹ *Stattdessen im Konzept*: „diese Personen müssen gleich entfernt und ihr Benehmen an ihnen gehandelt werden.“

³² *Im Konzept*: „eine große Gegenpartei wird man sich bilden durch eine weise, kräftige, wohlthätige Verwaltung, durch zweckmäßige Verteilung der Stellen, Ordens-Kommenden u. s. w., durch Leitung der Literatur.“

³³ *Der nächste Absatz und der Anfang des übernächsten lauten im Konzept*: „Auf den Deutschen wirkt Schriftstellerei mehr als auf andere Nationen wegen seiner Leselust

Auf die Schriftsteller muß man in Deutschland wirken, um das Reich der Wahrheit und des Rechts aufrecht zu erhalten und denen elenden, verderblichen Sophisten entgegenzustreben, die den jetzigen Zustand der Dinge als wohltätig vorstellen, denn die Zahl der Schriftsteller ist groß, und der Deutsche ist leselustig.

Ebenso wichtig ist die Sorge für Erziehung und die Anwendung der pestalozzischen Methode auf Elementar-Schulen, da sie die Selbsttätigkeit des Geists erregt, den religiösen Sinn und die edlern Gefühle des Menschen erhöht und dem Hang zum genießenden, selbstsüchtigen Leben entgegenwirkt. Die Erziehung muß nicht allein dem Menschen gewisse mechanische Fertigkeiten und einen Umfang von Kenntnissen verschaffen, sondern den staatsbürgerlichen und kriegerischen Geist in der Nation erregen und kriegerische Fertigkeiten durch Unterricht in gymnastischen Übungen verbreiten.

Ist Leitung der Literatur und der Erziehung ein so kräftiges Mittel, um das gegenwärtige Geschlecht zu verbessern und das zukünftige zu veredeln, so ist es notwendig, seine Anwendung einsichtsvollen, treuen, kräftigen Männern anzuvertrauen, die den Zustand der Wissenschaften, der Gelehrten, der Erziehungs-Anstalten und die moralischen und geistigen Bedürfnisse der Nation kennen³⁴ — und als ein solcher verdient Schleiermacher eine vorzügliche Aufmerksamkeit.

Das Resultat vom Gesagten wäre also kürzlich

1) man lasse die Operationen, wodurch das alte Kredit-Wesen wiederhergestellt werden soll, auf die Operationen, wodurch die französische Kontribution gezahlt wird, folgen, damit nicht eins das andere hindere, zahle aber unterdessen laufende Zinsen und suche die Gläubiger durch allgemeine Versicherungen zu beruhigen. — Sollte die Publizität der Mittel und Wege vor erfolgter Evakuation nicht nachteilig sein?

und die große Anzahl von Menschen, auf die die öffentlichen Lehranstalten einen Einfluß irgendeiner Art haben. Die Leselust der Nation ist eine Folge ihrer Gemütsruhe, ihrer Neigung zu einem inneren, besonnenen Leben und ihrer Staatsverfassung, die die Verwaltung der National-Angelegenheiten wenigen öffentlichen Beamten und nicht der Nation anvertraut. Die Anzahl der Schriftsteller ist in Deutschland größer als in irgendeinem anderen europäischen Land, da die große Anzahl von wissenschaftlichen Anstalten einer Menge von Gelehrten Beschäftigung und Versorgung verschafft. Auf diese müßte man wirken, um das Reich der Wahrheit und des Rechts aufrecht zu erhalten, und denen elenden, verderblichen Schriftstellern entgegenzuwirken, die den gegenwärtigen Zustand der Dinge als wohltätig darstellen.

Es ist aber nicht hinreichend, die Meinungen des jetzigen Geschlechts zu leiten, wichtiger ist es, die Kräfte des folgenden zu entwickeln. Dieses würde vorzüglich kräftig geschehen durch Anwendung der pestalozzischen Methode [. . .]“

³⁴ Hier folgt im Konzept: „Zwei Männer verdienen eine vorzügliche Aufmerksamkeit, S[üvern] und A[nillon].“

Die Schlußzusammenfassung fehlt, dafür stehen am Rand die Worte: „Reichstag, Vertrauen.“

- 2) Man wende die vorgeschlagenen Zahlungsmittel zur Emanzipation Preußens an, erwäge, ob die Einkommen-Steuer nicht der Klassen-Steuer vorzuziehen sei und der Zwangs-Anleihe, oder ob diese nicht mit der Zwangs-Anleihe zu verbinden. —
- 3) Man schreite in den Reformen im Steuer-System und der Gewerbe-Polizei fort — mit einigen Modifikationen.
- 4) Man bilde ein verständiges, achtungswertes Ministerium und entferne die alten Weiber, die Schwachköpfe, man organisiere den Staats-Rat zum Vereinigungspunkt der Verwaltungs-Ämter, den der Staatskanzler leitet. —
- 5) Man stelle Gehorsam und Zucht wieder her und wende Richelieus Maximen gegen eine verwilderte, ungebundene, selbstische, durch Halbwissen aufgeblähte Nation an —
- 6) und suche, durch National-Repräsentation und Erziehung und Leitung der Schriftstellerei einen öffentlichen und Gemeingeist zu bilden.
- 7) Man errichte eine Bank, um die Zirkulations-Mittel zu vervielfältigen, deren Mangel alles lähmt.
- 8) Man hänge den Minister, der von Länderzession spricht, und handle kräftig, mutig, unerschütterlich gegen das Geschrei der Intriganten, die herrschen wollen, der Egoisten, die nicht zahlen wollen, der Schafsköpfe, die ihre Stellen nicht verlieren wollen.

267. Stein an Prinzessin Luise Radziwill [Prag,] 24. Sept[ember 1810]

Stein-A.: Konzept (eigenhändig).
 Druck: Alte Ausgabe III S. 331 f.

Tod der Königin. Vertrauen zu Hardenberg. Mißbilligt die Haltung von Schön und Niebuhr. Charakter des Kronprinzen.

M. d. H[umboldt] m'a remis la lettre de V.A.R. du 14 d'août à son passage pour Vienne, et le retour de M. de Bruger à Berlin me fournit l'occasion de lui offrir l'hommage respectueux de ma sensibilité aux marques qu'elle daigne me donner de la continuation de ses sentiments bienveillants. Je sens profondément la perte que le Roi, ses enfants et tout le pays ont fait par la mort de la Reine. Au moment où j'appris ce malheureux événement, je m'étais proposé d'écrire au Roi, mais j'ai craint que cette démarche serait peut-être susceptible d'explications fausses, que ses entours domestiques, qui me rendent le mépris que je leur porte par une haine bien suivie, me prêtent des motifs d'intrigue, de vue intéressée sur un retour, et j'ai cru devoir abandonner cette idée. Une âme aussi pure et morale comme celle du Roi ne peut trouver de la consolation que dans une religion bien-faisante dont il est pénétré, dans l'exactitude à remplir ses devoirs et dans les soins qu'il voue à l'éducation de ses enfants. — Il est bien tranquilisant pour lui d'avoir rapproché de sa personne Ancillon qui réunit tant de

connaissances en sciences morales et politiques avec une si grande aménité de caractère — il y trouvera de la consolation, de l'instruction, de l'agrément moral[?]. Le retour de Hardenberg lui allégera les affaires en y mettant de l'unité et les mettant entre les mains d'un homme qui mérite sa confiance par la justesse de son esprit, la noblesse de son caractère et l'attachement qu'il a pour sa personne et l'Etat, pourvu que H[ardenberg] s'entoure de gens d'exécution et qu'il éloigne les hommes nuls et faibles, afin qu'il ne soit accablé par les détails et qu'il puisse exécuter les plans qu'il forme pour l'administration qui lui est confiée. Je ne puis approuver la conduite de Schoen et de Niebuhr, il n'y a dans ce moment qu'un devoir à remplir, c'est celui de dévouement à la chose publique, d'une abnégation complète de soi-même, d'un oubli entier de tout ce qui peut être convenance personnelle, ils auraient dû se rallier autour d'un homme estimable comme H[ardenberg], partager, alléger son travail, lui montrer de l'attachement, un désir sincère de l'assister. — La conduite de Niebuhr est condamnable, c'est l'honnête criminel.

J'ai fait part à Mme. de L[anskoronska] de la réponse d'Ancillon auquel je suis bien reconnaissant pour la bonne volonté qu'il marque à obliger une personne à laquelle je dois de la reconnaissance¹. Quel malheur s'il avait quitté le Pr[ince] R[oyal] dans se moment — ce que vous en dites est inquiétant. Ungebundenheit, Unbesonnenheit, Leichtsinn — eine lebhaftige, bewegliche Einbildungskraft, pour un jeune homme dans sa position ces qualités annoncent peu innre, wahre, gediegene Kraft, pourquoi n'a-t-on plus tôt éloigné cette cire molle de D[elbrück].

Votre Altesse Royale ne me dit rien de ses enfants, je suis sûr qu'ils vous donnent des sujets de satisfaction et récompensent les soins que vous leur vouez. Le souvenir de Msgr. le P[rince] m'est bien précieux.

¹ *S. oben Nr. 248.*

268. Stein an Prinzessin Wilhelm von Preußen [Prag,] 27. September [1810]

Hess. Staatsarchiv Darmstadt, Großherzogl. Familienarchiv, Fischbacher Archiv, Kasten 22: Reinschrift (eigenhändig); Stein-A.: Konzept (eigenhändig).
 Druck: Alte Ausgabe III S. 333 f. nach der Ausfertigung.

Tod der Königin Luise. Hardenberg. Ancillon. Lob Prags und Böhmens.

Ew. K. H. Schreiben v. 10. Mai¹ hat mir Wallmoden zugestellt, er bedauerte, es nicht aus Dero Händen erhalten zu haben, um des Glückes theilhaftig geworden zu sein, Sie kennen zu lernen. E. K. H. haben den Sommer mitten unter den Ihrigen in dem schönen Vaterlande zugebracht, wie sehr wurde aber dieser Genuß nicht durch den Zustand von Herabwürdigung und Sklaverei, in dem es sich befindet, getrübt, wie vielmehr noch durch den

¹ *Nicht erhalten.*

Verlust, der die königliche Familie während Ihrer Entfernung traf, sie fanden ein zartes inniges Band, das Liebe, Schönheit und Güte geknüpft hatten, zerrissen, und wer wird diese Wunden heilen, wer den durch das Schicksal verfolgten, tief bekümmerten, nun ganz isoliert stehenden König trösten, aufrichten? Er wird allerdings Trostgründe finden in dem religiösen Sinn, der ihn belebt, in der Liebe zu seinen Kindern, in der Erfüllung seiner Pflichten, nichts kann ihm aber die Leere ausfüllen, die der Verlust einer zärtlichen, treuen Freundin und Gefährtin verursacht. Gewiß wird seine Familie sich liebevoll bestreben, seinen Kummer zu lindern, und man darf ihn glücklich preisen, unter seinen Angehörigen eine so edle, geistreiche, fromme und zartfühlende Fürstin, wie E. K. H. sind, zu finden. Es wird auch die Wiederanstellung eines verständigen, fähigen und rechtschaffenen Mannes wie H. v. H[ardenberg] in die Geschäftsführung Leichtigkeit und Einheit bringen.

Ancillons Umgang wird wohlthätig sein, er besitzt einen großen Reichtum moralischer, religiöser Ideen, die ihm Gründe zum Trost für den Leidenden geben. Als mir die Todes-Nachricht zukam, war mein erster Gedanke, dem König zu schreiben, bei näherem Nachdenken besorgte ich, manche seiner Umgebungen, die ich nicht schätze und die mich nicht lieben, möchten darin nicht Ausdruck der Teilnahme, sondern Berechnung eigenütziger Absichtlichkeit finden, und gab den Vorsatz höchst ungern auf.

Ich freue mich, daß Ancillon den Beifall E. K. H. erlangt hat, möge er nur kräftig und wohlthätig auf seinen Zögling wirken, ihn Selbstbeherrschung, ruhige Besonnenheit lehren, denn was muß man nicht von denen entgegengesetzten Eigenschaften, verbunden mit einer beweglichen glühenden Einbildungskraft, besorgen.

Werden E. K. H. denn nie die österreichische Monarchie besuchen, dies so interessante Land wegen seiner guten, treuen und tapferen Bewohner, wegen seiner schönen, reichen Natur, wegen der vielen Erinnerungen aus der Geschichte — das ehrwürdige Prag mit seinen großen Palästen und Kirchen, die Wiege religiöser Reformationen, die Tausende von tapferen Männern mit dem Schwert verfochten, mit ihrem Blut besiegelten — den Carlstein, den Wohnsitz C[arls] IV., dieses kenntnisvollen, tätigen, weisen Fürsten. Ich empfehle der Aufmerksamkeit E. K. H. Hormayrs² Öster-

² *Joseph Freiherr v. Hormayr zu Hortenberg, einer der eifrigsten Gegner Napoleons, vor allem bekannt durch seine Organisation der Tiroler Erhebung im Jahre 1809. — Seit 1808 Direktor des Wiener Haus-, Hof- und Staatsarchivs, stellte sich Hormayr auch literarisch in die Reihe der Gegner Napoleons und wirkte für die patriotische Erneuerung Österreichs. Er gab in den Jahren 1807—1812 den „Österreichischen Plutarch, oder Ideen und Bildnisse aller Regenten und der berühmtesten Feldherrn, Staatsmänner und Gelehrten des Österreichischen Kaiserstaats“ sowie von 1809—1828 das „Archiv für Geschichte, Statistik, Literatur und Kunst“ heraus. Auf seine „Lebensbilder aus den Befreiungskriegen“ wird später noch zurückzukommen sein. — Im Jahre 1828 trat Hormayr, der sich unterdessen mit Metternich*

reichischen Plutarch und das äußerst interessante Archiv für Geschichte, Wien bei Doll.

269. Stein an Marianne vom Stein P[rag], 2. Okt[ober] 1810

Stein-A.: Ausfertigung (eigenhändig); Spuren des briefschließenden Sekrets.

Wünscht ihre Anwesenheit in Nassau oder Prag.

Vielleicht hast Du ein älteres Schreiben von mir erhalten, und ohne allen Zweifel wird Dir, meine beste Freundin, dieses zukommen.

Unterdessen erfuhr ich den Plan auf [unleserliches Wort] von Herrn Salzer selbst; ich bat eine nahe wohnende Freundin, sich genauer darnach zu erkundigen und Dir die eingegangenen Nachrichten zukommen zu lassen — welches ohne allen Zweifel geschehen wird. Mir scheint es immer ratsamer, daß Du entweder bei uns hier wohnst oder in Nassau, an beiden Orten wirst Du nützlicher sein und angenehmer leben können als vereinzelt auf dem Lande — hierüber schreibe an mich oder meine Frau. Lebst Du hier, so können wir uns beide mit der Erziehung und dem Unterricht der Kinder beschäftigen, den ich zum Teil jetzt schon besorge; bist Du in Nassau, so kannst Du den alten W[ieler] leiten, der sehr stumpf wird — überlege Dir dieses, an beiden Orten könnte man es einrichten, daß Deine Freundin bei Dir wäre.

Wir leben hier ruhig und zufrieden, wie lange es dauert, weiß Gott, man muß ihm alles anheimstellen. An den Leiden unsrer armen Schwester nehme ich vielen Anteil, für sie bleibt wohl nichts als eine sanfte Auflösung zu wünschen.

Lebe wohl, meine liebe Marianne, und schreib irgend jemand von uns.

270. Stein an Prinzessin Luise Radziwill

Prag, 2. Oktober 1810

PrGStA., jetzt DZA Merseburg, Rep. 92 Pertz H 53: Abschrift.
Druck: Alte Ausgabe III S. 334 f.

Dank für ein Geschenk. Gräfin Brühl und die Heirat ihrer Tochter Marie mit Clausewitz. Hoffnung auf ein Wiedersehen mit Luise Radziwill.

Que ne puis-je exprimer à Votre Altesse Royale le plaisir que son charmant cadeau m'a donné, il réunit tant de gages de souvenirs intéressants et précieux et m'a été remis par votre excellente amie¹ à un rendez-vous que nous nous étions donné à Asseck près de Teplitz, et où nous nous

überworfen und dessen auswärtige Gegner heimlich mit Material versehen hatte, in bayrische Dienste und nahm nun auch offen gegen Österreich Stellung. Vgl. H. v. Srbik, Metternich I S. 501 ff.

¹ *Gräfin Brühl.*

sommes occupés à parler de cette réunion de qualités agréables et spirituelles qui se trouve en vous, de ce coeur fait pour l'amitié et tous les sentiments nobles qui honorent l'humanité par lesquels vous faites le bonheur de ceux à qui vous accordez votre intérêt. Il m'est extrêmement précieux d'avoir la certitude d'être de ce nombre, comme Votre Altesse Royale n'a cessé de m'en donner les preuves les plus convaincantes dans les situations pénibles par lesquelles j'ai passé et dont je ne vois point encore le terme, comme vous l'apprendrez par les détails que notre amie vous donnera. Je l'ai trouvée extrêmement agitée sur ce mariage² qui lui déplait parce qu'il blesse bien des convenances, qu'il rend son bonheur et celui de Marie dépendant d'un homme qu'elle ne connaît pas et la séparera entièrement d'elle. Il faut lui pardonner d'avoir peur des beaux-fils, après l'essai fait avec Marwitz³ dont la Roheit et les emportements lui ont donné bien des chagrins. Je lui ai cependant représenté qu'il ne fallait penser qu'au bonheur de Marie, je lui ai parlé de la bonne opinion que des personnes très estimables de ma connaissance avaient du jeune homme et de la nécessité de se soumettre à des circonstances qu'on ne pouvait changer. Pourvu que Marie elle-même ne trouve un jour s'être fait illusion et qu'elle jouisse toujours du bonheur qu'elle mérite par un charmant caractère, un esprit orné et des talents bien agréables. — J'aime à me flatter que Votre Altesse Royale se rendra l'été prochain à Carlsbad ou Teplitz et que la beauté de la nature et les eaux l'y amèneront et me procureront le bonheur de la revoir, il m'est bien pénible d'être éloigné depuis deux ans des personnes qui m'intéressent. A l'époque à laquelle nous vivons, on n'ose compter sur un avenir quelconque, il vaut mieux s'étourdir qu'examiner et réfléchir.

² Ihrer Tochter Marie mit Clausewitz, damals Major im Generalstab. Vgl. oben Nr. 235.

³ S. oben Nr. 162 Anm. 1.

271. Kunth an Stein

[Berlin,] 8. Okt[ober] 1810

Stein-A.: Ausfertigung (eigenhändig).
 Druck: Alte Ausgabe III S. 335.

Scharnhorst. Mißbilligt den Abgang Vinckes und Schöns. Hoffmann.

[. . .] Sobald die Gräfinnen¹ zurück sind, die wir in 8 Tagen erwarten, werde ich das Terrain wegen des Kapitäns Trimm sondieren, und dann nach Umständen an den rechten Mann² gehen, bei dem ich nun wohl geebneten Weg finde. Diesen Mann halte ich für eine zarte, edle Natur, die unter allem Glätten, das die Welt in den höhern Regionen ausübt, nicht verloren gegangen ist. Ich liebe ihn, wünsche auch in Rücksicht auf ihn das Beste und werde mich gern an ihn wenden, wiewohl er sonst

¹ Sophie und Marie Brühl?

² Scharnhorst.

für mich wenig zugänglich ist. Desto mehr schmerzt es mich, wenn die zurücktreten, die eben das Beste am meisten fördern könnten. Es liegt ein subtiler Stolz, ein Egoismus, der nur den Namen ändert, darin. Welcher bessere Mensch hat sich nicht bei seinen Unternehmungen 100 zum Ziele gesetzt und hat froh sein müssen 1 zu erreichen? Man kann nichts wirken, heißt es; man verzehrt seine Kräfte umsonst. Ich frage: ist dieses 1 denn nichts; und das negative Wirken, das Hindern des Schlechten, nichts? Ist es nichts, daß der Starke um sich her kräftigt und einen andern Geist in dem Andern weckt? Wer kann dies zählen oder messen in allen seinen Folgen? Dies ist meine Ansicht und meine Sprache, und es ist gewiß die richtige, weil es auch die Ihrige ist. Dabei ist von der höhern Pflicht gegen König und Vaterland und von der Pflicht der Selbstverleugnung noch gar nicht die Rede. So dachten die nicht, die je etwas Großes in der Welt geleistet haben. Wir stehen wieder im Begriff, einen zu verlieren, den ich auf seinem Platze, trotz einiger Härten, für unersetzlich halte. Es ist mein nächster Kollege H[offmann]³, der über die Zünfte geschrieben hat. Er geht zur Universität, zum statistischen Büro, und sonst in andre Fächer über. Was wir, wenn überhaupt, von ihm behalten, wird nicht viel sein [...].

272. Aufzeichnung Steins

[Prag], 10. Oktober [1810]

Stein-A. C I 16/3: (Eigenhändig).

Anordnung betr. Sicherung seines Vermögens in Nassau.

P. M. Wenn auch keine zweckmäßige Wiederbesetzung der Wielienschen Stelle erfolgt, so ist dennoch eine allgemeine Aufsicht und Leitung des Vermögens nötig, das aus drei Abteilungen besteht: [1.] dem Hauptgut in Nassau mit denen Gütern Frücht und Kirberg, 2. der Herrschaft Birnbaum, 3. der Masse von Aktivis und Passivis, so jenseits des Rheins liegt. — Ich halte es also für nötig, daß ein Kurator angestellt werde, der unter der Aufsicht des Sequesters das Interesse der Kinder und die Konservation der Substanz des Vermögens besorgt. Sollte das nassauische Ministerium dieses genehmigen, so bringe ich dazu den Domdechant v. Spiegel in Münster in Vorschlag, der 1. ein vollkommner, rechtschaffener Mann und mein Freund ist, 2. bei dem der besondere Grund eintritt, daß er im Großherzogtum Berg sehr geachtet ist, einen großen persönlichen und reellen Kredit hat, und da fast alle auf Birnbaum negozierten Kapitalien im Großherzogtum Berg negoziert worden, so ist es ihm leicht, teils die Kündigungen zu verhindern, teils wenn welche erfolgen, wieder Anleihen dorten einzuleiten.

Sollte dieser Vorschlag den Beifall des nassauischen Ministeriums erhalten,

³ S. oben Nr. 63 Anm. 3.

so könnte der Advokat in Wiesbaden, H[err] Exner, namens der Kinder den Antrag wegen Bestellung eines Kurators tun, und besonders bitten, Rücksicht zu nehmen auf das Andringen der im Großherzogtum Berg wohnenden und auf Birnbaum hypothekierten Gläubiger, welches am besten würde vermieden werden können durch Auswahl eines Kurators, der in dem gedachten Großherzogtum Verbindungen hätte.

Es wäre endlich sehr zu wünschen, daß meiner Schwester, der Chanoinesse, erlaubt würde, in Nassau oder in Wiesbaden selbst zu wohnen, und hierüber wünschte ich, daß Herr von Marschall oder Gagern sondiert würden.

273. Stein an Marianne vom Stein [?]

[Prag, erste Hälfte Oktober 1810?] o. O. o. D.

Stein-A. C I 16/3: Konzept (eigenhändig).

Anordnung betr. Vermögensverwaltung in Birnbaum (gehört zu Nr. 272).

Die Einleitung wegen Birnbaum ist recht gut, nur ist bei dem heillosen Haushalt der Sequester nötig, daß das Pachtgeschäft schleunig abgeschlossen werde, weil sonst die diesjährige Ernte aufgefressen wird. Die Pachtsumme muß nach dem jetzigen Ertrag bestimmt werden, der durch das Sinken der Getreidepreise, durch das durch die Patentsteuer gesunkene Getränkemonopol, durch den stockenden Absatz der Ziegeleien sich außerordentlich vermindert hat. Das Einfachste wäre immer die Rückgabe der Administration an T[roschke] unter eidlicher Verbindlichkeit der Rechnungsablage und Beobachtung des Sequesters.

Die Anstellung eines Kurators für die Kinder, der ihr Interesse beobachtet, ist notwendig, und werde ich deshalb das Nötige bei der Wiesb[adener] Regierung einleiten, und dann werden die erforderlichen Anträge in Dresden geschehen.

Den Brief an die Gräfin Kielmansegge bitte ich nach F[rank]furt auf eine ganz sichere Art zu befördern, in Ermangelung eines anderen Wegs per Expressen b[ei] Extrapost von Weimar aus. Sonst müßte er wieder zurückgeschickt und H[err] v. Gagern von Dresden aus auf H[errn] Gosebruch aufmerksam gemacht werden.

274. Stein an Troschke

Oktober 1810 bis 1812

Stein-A. C I 16/2a und b: Konzepte (eigenhändig).

Steins Korrespondenzen mit Troschke¹ von Oktober 1810 bis 1812 wegen der Verwaltung und möglichen Aufgabe von Birnbaum. Sehr umfangreicher Briefwechsel mit eingehenden Erörterungen der Wirtschaftslage, meist spezieller Natur und in der Regel sehr weilläufig. Obwohl Stein dadurch viel beschäftigt worden ist, gibt die Korrespondenz wenig zum Persönlichkeits- und Zeitbild Wertvolles.

¹ *Frhr. v. Troschke, preuß. Kammerherr, Steins Teilhaber in Birnbaum (Posen). Über diese oft erwähnte Besitzung Steins vgl. Register.*

275. Wilhelm v. Humboldt an Stein

Wien, 18. Okt[ober] 1810

Stein-A.: Ausfertigung (eigenhändig).
 Druck: Alte Ausgabe III S. 336 f.

Die Zusammenkunft in Prag. Übernahme der Geschäfte in Wien. Notwendigkeit innerer Reformen in Österreich. Gute militärische Vorbereitungen. Stehendes Heer und Milizen. — Preußische Verhältnisse. Die Opposition von Schön und Niebuhr gegen Hardenberg. Beurteilung seines Ministeriums. Die Universität Berlin. Humboldts eigene wissenschaftliche Studien. „Ruhe und Freiheit des Gewissens bleibt immer das Höchste, wofür man arbeiten kann.“

Ich habe die sichere Gelegenheit, deren ich mich jetzt bediene, abgewartet, um Ew. Exz. für die gütige Aufnahme zu danken, die ich in Prag bei Ihnen genossen habe, und Ihnen zu sagen, wie so überaus interessant und angenehm mir die beiden bei Ihnen zugebrachten Tage gewesen sind. Wenn sie das herzliche und lebhaftes Verlangen, das ich, Sie, verehrungswürdigster Mann, zu sehen, hatte, befriedigt haben, so haben sie doch selbst noch stärker das Bedauern in mir erweckt, nicht zu der Zeit in Deutschland gewesen zu sein, wo Sie bei uns tätig waren. Mit und unter Ihnen zu arbeiten, würde mir jetzt doppelte Freude und Beruhigung sein. Männer von großem Kopf und Energie können allein noch der Not der Zeit abhelfen, und daß es an ihnen mangelt, ist das wahre und bedeutendste Unglück.

Die Abwesenheit des Kaisers hat mich gehindert, bis jetzt wirklich und förmlich in Funktion zu treten. Für die Geschäfte ist das zwar eins. Ich führe sie ganz, und Gr. Finckenstein¹ unterschreibt bloß, wo es, wie bei Pässen und einigen Noten auf die Form eines anerkannten Gesandten ankommt. Nur ist es mir insofern nicht gleichgültig, als ich dadurch verhindert werde, meine Besuche zu machen und Verbindungen anzuknüpfen. Wie die Sachen hier stehen, sehen Sie gewiß gleich gut auch dort. Daß man sich diplomatisch die Hände gebunden habe, glaube ich nicht. Aber das Erste und Wichtigste bleiben die inneren Einrichtungen, und was tut man denn hier? was läßt sich nun einmal, wenigstens zunächst, anraten? Die einzelnen Personen bin ich weit entfernt zu beurteilen; aber wer wahrhaft handeln soll, muß die nötige Autorität in sich ansammeln. Was mir jedoch, so wie man es mir geschildert hat, wirklich gut scheint, ist die Art, wie man bei dem Ausrücken der Armee, das Land selbst zu üben und zum Kriegsdienst vorzubereiten sucht. Denn wenn irgend etwas aus der Zeitgeschichte und den Umständen klar ist, so ist es, daß das System der stehenden Heere mit dem gut geordneter Milizen, wenn nicht ganz vertauscht, wenigstens verbunden werden muß.

Von uns weiß ich nichts, als daß ich einen, wie Ew. Exz. denken können, wenig tröstlichen Brief von Schön vorgefunden habe. Er sagt mir, daß er nicht anders gekonnt habe, als Niebuhr in seiner Meinung über den Finanz-

¹ *Preußischer Gesandter in Wien von September 1806 bis 1810. Vgl. Bd. II Nr. 357 Anm. 1, Nr. 358 und Nr. 365.*

Plan beipflichten. Seitdem er dies getan, hätten die Anerbietungen aufgehört. Er behauptet sogar, daß man ihm bestimmte Kabalen entgegengesetzt habe. Zunächst habe er dem König geschrieben und zur Antwort erhalten, daß sein Gesuch, auf seinen Posten zurückzugehen, gewährt wäre, da er nicht geneigt scheine, im Ministerium des Innern unter Dohna zu arbeiten². Auch Dohnas Bleiben ist, nach andern Privatbriefen, die ich habe, noch sehr ungewiß³. Was nun geschehen wird, begreife ich nicht. So sehr ich aber auch ein unbedingtes Zutrauen zu Gf. v. Hardenberg habe, so muß ich doch der Meinung bleiben, daß ich nicht glaube, daß ohne einen tüchtigen Finanz-Minister und einen entschlossenen und weiter sehenden des Innern, als Dohna, die Maschine gehen kann.

Ew. Exz. werden die Ankündigung der Vorlesungen der Universität gesehen haben. Die Einleitung hat mir wunderbar geschienen. Ebenso haben mich einige Berufungen wie z. B. die von Rühls⁴, (wo ich Heeren⁵ gewünscht und durch ihn manchen andern erwartet hätte) gewundert.

Ich höre, daß mein Sohn⁶ das Glück gehabt hat, Ew. Exz. seine Aufwartung zu machen. Ich erwarte ihn Sonntag, meine Frau und übrigen Kinder erst am Ende des Monats⁷. Ich habe schon angefangen, meine Bücher auszuwickeln, und denke einige seit Jahren abgebrochene Studien wieder anzufangen. Ich denke dann, mehr wie ich sonst zu tun pflegte, finanzielle und staatswirtschaftliche damit zu verbinden. So sicher ich auch überzeugt bin, daß ich nie mehr werde darin und überhaupt schwerlich in Berlin gebraucht werden, so ist doch einmal mein fester Vorsatz, mich keinem Ruf zu entziehen, und ich möchte mir dann nicht den Vorwurf machen dürfen, die schöne Muße einer Zwischenzeit nicht benutzt zu haben. Die Ruhe und Freiheit des Gewissens bleibt immer das Höchste, wofür man arbeiten kann.

Ew. Exz. würden mich sehr glücklich machen, wenn Sie mir manchmal auch nur einige flüchtige Worte sagten. Auf jeder Bahn ist das Wohlwollen eines Mannes, wie Sie, unendlich ermunternd und tröstend. Erhalten Sie mir, ich bitte Sie darum, das Ihrige, und rechnen Sie mit Gewißheit ununterbrochen auf meine lebhafteste und innigste Verehrung und Anhänglichkeit.

² S. *Papiere Schöns* I S. 60 ff. und *Anlagen* S. 119 ff. Vgl. oben Nr. 250, 251, 253.

³ Vgl. unten Nr. 284 Anm. 2.

⁴ Christian Fr. Rühls (1781—1820), seit 1808 Professor der Geschichte an der Universität Greifswald. Sein Hauptgebiet war die Geschichte der nordischen Völker.

⁵ Heeren hatte abgelehnt. S. Lenz, *Universität Berlin* I S. 259.

⁶ Humboldts Schwiegersohn, der damalige Rittmeister A. v. Hedemann (1784—1859).

⁷ Die übrigen Glieder der Familie Humboldts befanden sich noch in Rom. Erst am 21. Oktober wurde er nach genau zweijähriger Trennung wieder mit ihnen vereinigt.

276. Stein an Reden

Prag, 25. Oktober 1810

Ehemals Preuß. Staatsarchiv Breslau: Ausfertigung (eigenhändig). Vermerk Redens: „resp. d. 8. 9bre.“
 Druck: Alte Ausgabe III S. 333 f.

Bittet um Nachsendung seiner Akten. Die Familie Senfft. Hardenberg. Gneisenau.

Uns, lieber Reden, hat der Winter mit Schnee und Eis nicht heimgesucht, es war d. 15—18 m. c. kalt, man mußte zweimal einzuheizen anfangen, seitdem ist die Witterung milde, und man könnte das Einheizen recht gut ganz entbehren, wenn dies möglich wäre, wenn man einmal damit angefangen hat.

Um die beiden Pakete herzubringen, ist der sicherste Weg durch Reisende, um aber zu erfahren, wann welche hergehen, so wäre es wohl am besten, an Syndikus Heckel in Landshut oder an Justiz-Kommissarius und Syndikus der Kaufmannschaft Tietz in Hirschberg zu schreiben und sie zu bitten, daß sie die Bewohner von Buchwald avertieren, wenn sich eine sichere Gelegenheit anbietet. Dieser könnte alsdann nur das Paket Akten mit einem innern Kuvert an mich und einem äußeren an Ballabene oder an General Schustekh,¹ der in meinem Hause wohnt, anvertraut werden. Ich wohne: Klein Seite, Heuwags-Gasse Nr. 123 im Fürstenbergischen Haus.

Sollte es nicht möglich sein, einen hierher Reisenden zu finden, so werde ich sehen, ob ich nicht von hier aus jemanden ausfindig machen kann.

Die Frau v. Senfft² ist eine französierte Närrin, die alles, was sie umgibt, verwirrt und unglücklich macht — er ist gutmütig, hat sich aber Napoleon und einer bösen Frau verschrieben, das ist schlimmer als dem Teufel, und alles, um im Wagen zu sitzen, statt nach Dresdner Art mit dem Paraplui unter dem Arm zu Fuß zu gehen.

Unser Freund³ muß schlechterdings die Hebezeuge und Zangen, die er gefunden hat, hinwegschmeißen, wenn er seine Schmiede gut betreiben will, so kann es nicht gehen, wie wir damals alle einverstanden waren — hoffentlich entschließt er sich noch dazu, wenigstens wünsche ich es für ihn, uns und das Ganze.

Sie werden an Ihrem Nachbarn G[neisenau]⁴ einen gescheiten, ausgezeichneten, kräftigen Mann finden, voll Geist und Leben — schade, daß er unbe-nutzt versauert auf dem Lande — sein Umgang wird Ihnen unterhaltend sein.

Empfehlen Sie mich und meine Umgebungen Ihrer von uns allen geliebten und verehrten Gemahlin, deren Bild mit dem Ihrigen vor mir über meinem

¹ S. oben Nr. 133 Anm. 5.

² Die Nichte Steins.

³ Hardenberg.

⁴ Gneisenau lebte nach seiner Rückkehr aus England in Schlesien auf seinem Gut Kaufungen und in Breslau, bis er während der Krise des Jahres 1811 zur Vorbereitung des Widerstandes gegen Napoleon nach Berlin berufen wurde. S. Pertz, Gneisenau II S. 3 ff.

Schreibtisch thront, wovon ich die Originale so gerne wiedersähe, versichern Sie Ihre liebenswürdigen Schwestern meiner Verehrung und bleiben Sie mein alter geprüfter treuer herzlicher Freund.
Die Anlage schicken Sie gütigst an Kunth.

277. Stein an W. v. Humboldt

P[rag], 28. Okt[ober 1810]

Stein-A.: Konzept (eigenhändig).
Druck: Alte Ausgabe III S. 339 ff.

Hinweise für die Beschäftigung mit Finanzwirtschaft. Gründe für das Fortschreiten der Inflation in Österreich. Mißbilligung von Schöns und Niebuhrs Opposition gegen Hardenberg.

Ew. Exz. sehr verehrtes Schreiben dd. 18ten m. c. hat mich sehr erfreut, da es mir ein Beweis ist ihrer freundschaftlichen und geneigten Gesinnungen; auch ich bedauere unsere verspätete Bekanntschaft, da vielleicht sonst hätten Einrichtungen können getroffen werden, um Ihnen gleich ausge dehntere und angenehmere Verhältnisse zu verschaffen — ich freue mich, daß Sie einen Rückblick auf das Vaterland werfen und Ihre Aufmerksamkeit auf finanzielle und staatswirtschaftliche Gegenstände wenden. Es wird einem Manne von Ihrem Geiste und Ihren Kenntnissen leicht sein, auch diese Materie zu ergründen, mir scheint es aber zur Erreichung dieses Zwecks sehr nützlich zu sein, nicht allein die Grundsätze der Wissenschaft, sondern auch die Geschichte der Finanz- und Staatswirtschaft der Nationen zu studieren. Sie ist so lehrreich und unterhaltend und ein wichtiger Teil der Staatengeschichte, selbst wenn man darunter hauptsächlich nur die Geschichte der Nationen gegeneinander versteht. Am meisten ist vielleicht über die französische Finanz-Geschichte geschrieben, eines der Hauptwerke sind Fortbonnais, *Considérations sur les Finances de la France* 2 B[ände] in Quart¹; Ganilh, *Sur le Revenu public*²; der Geschichte einzelner Epochen, als des Lawschen Systems in Visa, der Unmasse der Periode der Revolutionäre nicht zu erwähnen.

Es bleibt etwas Auffallendes, daß hier der Kurs des P[apiers] sinkt, uner-

¹ *Francois Véron de Fortbonnais (1720—1800), einer der bedeutendsten Finanzmänner und finanzwirtschaftlichen Schriftsteller des ancien régime. Sein Hauptwerk „Recherches et considérations sur les finances de France“ erschien 1758 in Basel in zwei Quartbänden, auf die Stein hier verweist. Eine zweite Ausgabe vom selben Jahre in sechs Klein-Oktavbändchen kam noch im selben Jahr in Lüttich heraus, diese von Stein in seiner Denkschrift vom 12./13. September (s. oben Nr. 266 Anm. 22) zitierte Ausgabe befindet sich noch jetzt in seiner Nassauer Bibliothek.*

² *Charles Ganilh (1758—1836) Jurist, Volkswirtschaftler und Politiker. Seine Hauptwerke sind der von Stein zitierte „Essay politique sur le revenu des peuples de l’antiquité, du moyen âge, des siècles modernes“ (1806), sein 1809 erschienenes Werk „Des Systèmes de l’Economie Politique“ und die „Théorie de l’économie politique“ (1815).*

achtet des zu seiner Tilgung aufgestellten Systems dd. 28sten Februar a. e., da denn doch seit dem 1. Juli kein Ereignis eingetreten, was den Kurs so beträchtlich herabgewürdigt haben könnte. Es ist allerdings die 15 jährige [Frist], so zur Abwicklung des Geschäftes festgesetzt ist, zu lang, und bei dem heutigen Zustand der Dinge muß man mit Grund zweifelhaft werden an der Gewißheit der Beendigung und des vollständigen Abschlusses des Geschäftes. Die große Krankheit der hiesigen Finanzen ist die Exemption Ungarns von den öffentlichen Lasten, und diese müßte durch Einfluß oder Gewalt geheilt werden. Unterdessen ist dieses doch kein Grund, woraus sich das Sinken erklären läßt; mir scheint, daß das Ganze nur ein Spiel ist einiger potenter Geldgeschäfte machender Häuser, die à la baisse spielen, und vielleicht auch des Bedarfs, welchen der Staat hat, Münze zur Kontributionszahlung anzuschaffen. Wenn man weiß, wie ein Kurs-Zettel gemacht wird, wenn man weiß, wozu er bestimmt ist, wenn man sieht, wie er etwas ganz anderes wirkt, als er wirken sollte, und etwas höchst Nachteiliges, so glaube ich, man sollte ihn ganz abändern. Der Kurs-Zettel drückt den Fraktionspreis aus, für den man Papiere, die auf einen fremden Platz lauten, in Wien verkauft. — Die Geldgeschäfte in Wien nach fremden Plätzen sind nicht von einem so großen, viel um sich greifenden Einfluß, die leitenden Männer unter den Bankiers sind keine solche bedeutenden, das Ganze des Welt- und National-Handels umfassenden Männer wie die Chefs der großen Handlungsgesellschaften, der Bank, der Ostind[ischen] Comp[agnie] u.s.w. in London und Amsterdam, Männer, die nicht bloß die Merkantil-Ehre der Zahlbarkeit, sondern ihre Würde und ihren Einfluß in der Nation, im Parlament, aufrechtzuerhalten haben, es sind vielmehr Bankiers mit Bankiers-Seelen und jüdischen Bankiers-Seelen. Wie kann man dem Verkehr dieser Bande die Bestimmung des Werts überlassen, den das allgemeine Zahlungsmittel in allen Transaktionen des freiwilligen Verkehrs haben soll — ich glaube, man sollte daher gar keinen Kurs mehr bekanntmachen, am wenigsten ihn in die Zeitungen aufnehmen, und eine Bank auf einer broad basis nach richtigen Prinzipien errichten, an der große Rentenierer, Grundeigentümer, Fabrikanten usw. teilnehmen, die alle ein Interesse an Aufrechterhaltung des Zirkulationsmittel[s] des Staats haben.

Ich kann Schön[s] und Nieb[uhrs] Betragen schlechterdings nicht billigen, man bot ihm die Finanzm[inister-] Stelle an, er lehnte sie ab wegen seines Dissensus mit dem vorgeschlagenen Plan und weil der König kein Zutrauen zu ihm habe.

Dieses konnte er sich erwerben, er hatte zum Vermittler und zur Stütze den Staatskanzler, der Plan selbst war ein Gegenstand der Diskussion, und er wird vermutlich sehr modifiziert. — Niebuhr erklärt seine abweichende Meinung, Herr v. H[ardenberg] ladet ihn zur Diskussion und zur Einreichung eines andern Plans ein, hierauf antwortet er gar nicht, gibt stattdessen eine voluminöse Deduktion gegen den H[ardenberg]ischen bei

dem König ein, ohne andere Vorschläge zu tun — und nun will er als Märtyrer der Wahrheit erscheinen. —

Alles dieses ist nichts als ein verfeinerter Egoismus und die jenseits der Elbe so sehr überhandnehmende Manie, über eine ganz gewöhnliche Handlungsweise eine Sauce hochtönender präziöser Phrasen zu gießen.

278. Stein an Reden

Prag, 1. November 1810

Österr. Staatsarchiv, Allg. Verwaltungsarchiv, Polizeihofstelle Wien, Interzept: Abschrift.
Teildruck: Wutke S. 625; Druck: Alte Ausgabe III S. 341.

Napoleons Wirtschaftspolitik als Gefahr für die Entwicklung Europas.

Beide für mich bestimmten Briefe sind mir zugekommen, und scheint die B[irnbaumer?] Angelegenheit eine gesetzliche und erträgliche Wendung [zu] erhalten — nach dem einen Brief und nach mehreren Tatsachen, die zu meiner Kenntnis gekommen sind, zu urteilen. Was die Gerüchte anbelangt, so mögen sie leicht ihre Entstehung aus dem Grenz-Ort genommen haben, durch den bekannten Umstand. Man tut am besten, die Sache durch sich selbst sinken zu lassen, und andere Gerüchte werden dieses Gerücht verdrängen. An diesen ist das Zeitalter reich, und verbietet zwar N[apoleon] das Zeitungs-Schreiben, so kann er doch das Sprechen nicht verbieten. Die Generalin Langwerth soll vielen Mut und Entschlossenheit zeigen; ihr braver Mann ist bei Talavera mit der Fahne in der Hand gefallen¹.

Es scheint, daß N[apoleon] nun allen Handel mit Kolonialwaren an sich ziehen² und sich durch ihren teuren Verkauf an das itzt schon so ausge-saugte Europa bereichern will. Wie wird dies noch alles enden, da von allem dem, was die Erfahrung lehrt, daß es Wohlstand und Bildung gründet und befördert, gerade das Gegenteil geschieht, also Verarmung und Verfinsterung notwendig folgen muß? Wäre ich nicht durch Familien-Verhältnisse gefesselt, so würde ich morgen Europa verlassen und anderwärts mein Heil suchen.

279. Stein an Hardenberg

Prag, 15. November 1810

PrGStA., jetzt DZA II Merseburg, Rep. 92 Hardenberg K 71: Reinschrift (eigenhändig); Stein-A.: Teilkonzept (eigenhändig).

Druck: Alte Ausgabe III S. 341 ff. nach der Ausfertigung. Ebenso hier.

Verwendung für Troschke und die Gräfin Karl Brühl. Empfiehlt Spiegels Berufung zur Mitwirkung bei der Säkularisation der geistlichen Güter in Schlesien. Neue Hoffnungen auf Aufhebung des Sequesters.

Je réclame un instant l'attention de Votre Excellence pour deux de mes amis qui se trouvent être les victimes de l'injustice et de l'oppression.

¹ S. oben Nr. 143 Anm. 2.

² Durch das Zolledikt von Trianon hatte Napoleon die Einfuhr von Kolonialwaren gegen eine Zollabgabe von 50% gestattet (5. August 1810).

Le Baron de Troschke n'a jusqu'ici point encore pu parvenir à faire lever le séquestre spoliateur que le gouvernement saxo-polonais a mis sur la terre de Birnbaum, ou au moins à se faire rendre l'administration, et se trouve toujours en but aux persécutions des créanciers qui n'ont point touché depuis 2 ans les intérêts, ce qui fait une somme de 6000 écus. L'un d'eux, un juif de Glogau nommé Lichtenstedt, vient d'obtenir du tribunal de cette ville la mise de scel sur la terre de Ostrowo appartenant à M. de Troschke, et il n'est point douteux qu'à la suite de cet acte juridique tous les autres créanciers de Birnbaum viendront fondre sur cette propriété, et qu'il sera réduit à la mendicité. En attendant, le séquestre saxo-polonais ruine les créanciers et le propriétaire, et la confiscation serait dans cet état de choses un bienfait, comme le fisc serait obligé de satisfaire les créanciers.

Il me paraît que c'est commettre une injustice réelle tout en observant les formes, de permettre aux créanciers d'abandonner l'hypothèque parfaitement suffisante, qui se trouve paralysée par une autorité étrangère, de ne point faire valoir leurs droits auprès du gouvernement détenteur pour persécuter un débiteur de bonne foi qui se voit privé de sa propriété par des événements auxquels il n'a point pris part. Et si cette tierce personne se trouve persécutée pour avoir rempli ses devoirs, si elle se trouve proscrite par une autorité étrangère incompétente, est-il possible de soumettre un cas si extraordinaire, si disparate, aux règles du droit civil qui supposent un ordre de choses régulier, des transactions de citoyen à citoyen et point des actes de proscriptions, des coups d'autorités étrangères, un état de guerre et de révolution.

Si Votre Excellence croit ces réflexions justes, j'y ajoute la prière de vouloir provoquer un ordre du cabinet qui ordonne aux tribunaux, die Birnbaum-Gläubiger anzuweisen, erst ihre Forderungen an die Hypothek selbst bei den Warschauer Gerichten geltend zu machen und bei diesen die Zahlungen nachzusuchen und erst im Falle der Insuffizienz der Hypothek das übrige Vermögen der Schuldner in Anspruch zu nehmen.

Le second objet que je désire porter à la connaissance immédiate de Votre Excellence, c'est celui de la pension de la Comtesse Charles Brühl. Elle lui a été accordée comme veuve du gouverneur de Prince Royal¹, maintenant on la considère comme veuve de général, et comme telle, on la lui retient, parce qu'elle doit prouver par serment qu'elle n'a point la propriété d'une rente de 1000 écus. C'est encore assommer l'équité par les formes, et je prie Votre Excellence de procurer le paiement de la pension à cette femme si estimable par la pureté de ses principes et son attachement à la famille Royale. Comme elle est du petit nombre des personnes dont l'amitié pour moi et ma famille a été à l'épreuve des événements, et connaissant les privations auxquelles

¹ *Ihr Gatte, Graf Karl v. Brühl, war der militärische Erzieher Friedrich Wilhelms III. gewesen. Vgl. oben Nr. 162 Anm. 1.*

elle a dû se soumettre et la résignation avec laquelle elle les supporte, j'ai cru devoir porter l'injustice qu'on commet à son égard à la connaissance de Votre Excellence.

Avant que de terminer ma lettre, je lui demande la permission de lui parler sur l'emploi des biens ecclésiastiques pour acquitter la dette publique. La sécularisation des biens ecclésiastiques et la réforme du clergé catholique sont deux objets étroitement liés, et pour les exécuter il faudrait avoir un sujet capable de vues étendues, connaissant les principes de l'hierarchie, la constitution du clergé, ses imperfections, les objets qui exigent une réforme. L'homme le plus fait pour un tel ouvrage serait le Grand Doyen de Spiegel à Muenster qui réunit à une connaissance exacte du clergé des vues très étendues et libérales sur les réformes qu'il exige, sur l'éducation publique, une grande activité et toutes les qualités dont se compose le caractère d'un galant homme. Le Roi le connaît et a su l'apprécier en lui donnant l'Ordre de l'Aigle Rouge en 1804. Si on nommait le Baron de Spiegel Coadjuteur de Breslau, on pourrait tout de suite l'activer et suppléer à l'âge et au manque de santé du bon évêque. Messieurs Sack et Schmedding pourront vous donner les plus grands détails sur Spiegel et sont certainement convaincus avec moi de sa capacité et de ses qualités distinguées.

Napoléon ayant levé le séquestre sur les terres que les sujets autrichiens possèdent dans la confédération du Rhin², ne pourrait-on point réclamer en faveur de mes enfants qu'il fasse lever à leur égard celui dont il a frappé mes terres. Cette demande est même fondée en justice, les terres de ma famille étant un fideicommiss, le droit des enfants est incontestable, et si le père est privé du sien, le leur commence à exister, mais étant mineurs, il faut que les autorités du pays où les terres sont situées nomment un curateur, fixent leur compétence et donnent un douaire à la mère. Il importerait seulement de savoir quelle serait la manière de présenter ces réclamations la plus faite pour réussir, la mère doit-elle écrire à Napoléon? cette requête doit-elle simplement être envoyée à Paris, ou serait-il bon que le Roi l'accompagne d'une lettre d'intercession? Sans doute il serait précieux de savoir l'opinion de Mr. de St. Marsan et d'être guidé par ses conseils sages et bienveillants.

Je prie Votre Excellence de me faire seulement une réponse verbale, qui me parviendra par le porteur de cette lettre.

Nachschrift. En lisant la convention entre le Comte de Metternich et Mr. de Champagny en date du 30 août a. c., il me paraît qu'on pourrait baser la réclamation sur le principe:

„daß alle Spuren des letzten Krieges in Deutschland sollen vertilgt werden,“
und l'art. 1 „die Eigentümer, wer sie auch immer sein mögen“ usw., et

² *Durch die „Convention . . . portant révocation du décret du 24 avril 1809 et levée des séquestres.“ Paris, 30. August 1810.*

si on a levé même la confiscation par l'art. 2. et le décret du 24. April 1809³, pourquoi ne lèverait-on point un séquestre.

280. Stein an Kolowrat

Prag, 16. November 1810

St. Zentral-A. Prag, PG 1806—10, 26/120 G. Z. 10059/1810: Ausfertigung (eigenhändig), gezeichnet Stein.

Ankauf von Gütern.

So nach der in den Prager Zeitungen enthaltenen Bekanntmachung gewisse Staats- und geistliche Güter zum öffentlichen Verkauf ausgedoten werden und einer meiner Freunde dergleichen anzukaufen wünscht, so nehme ich mir die Freiheit, Ew. Exz. gehorsamst zu ersuchen, mich benachrichtigen zu lassen, wo und zu welcher Zeit man die Einsicht der Kaufbedingungen und der Güteranschläge erlangen kann.

281. Stein an Gentz

Pr[ag], 16. Nov[ember] 1810

Stein-A.: Konzept (eigenhändig).
Druck: Alte Ausgabe III S. 344.

Hoffnungen auf Aufhebung des Sequesters.

Je saisis une occasion qui se présente de vous faire parvenir une lettre pour vous prier, Monsieur, de vouloir vous intéresser à l'affaire suivante.

Vous savez peut-être que le bon Comte O'Donnell, encore peu d'instants avant sa mort, obtint par le Prince de Metternich que S. M. l'E[mpereur] chargeât le P[rince] de Sch[warzenberg] de solliciter la levée du séquestre en faveur de mes enfants — ceci eut lieu à peu près au mois de mai, et depuis ce temps-là, il n'a plus été question de rien¹.

La convention entre l'Autriche et la France ayant été conclue, il m'importerait de savoir si Monsieur le Ministre Comte de Metternich croirait que mon affaire pourrait se reprendre d'une manière ou d'autre, ou comme une suite de la convention, ou en considérant celle-ci seulement comme fournissant des motifs d'insistance et de requête, l'Empereur ayant levé tous les séquestres frappés par raison quelconque en Allemagne, même les confiscations, et voulant effacer les traces de la guerre, on ose espérer qu'il voudra également accorder ce bienfait à des enfants mineurs.

Je vous prie de bien considérer qu'il ne s'agit que des enfants, absolument

³ *Mißverständlich, es müßte eigentlich heißen:* „si on a levé même par l'art. 2 la confiscation et le décret du 29 Avril 1809 . . .“

¹ S. oben Nr. 211 und 212.

point de moi, qu'en levant le séquestre en leur faveur, on leur donnera une compétence, un tuteur, et à ma femme un douaire, que quant à moi, je prétends n'en retirer aucun avantage.

Je vous prie de me faire avoir bientôt réponse, j'aurais écrit à Mr. le Comte de Metternich, si je n' avais craint de l'importuner, il est très obligeant et m'aurait répondu, j'ai voulu lui éviter cette peine.

282. Gentz an Stein

Wien, 17. und 18. November 1810

Stein-A.: Ausfertigung (eigenhändig).
 Druck: Alte Ausgabe III S. 344 ff.

Innenpolitische Lage Österreichs. Mißstimmung und Führerlosigkeit. Traurige Finanzlage. Fortschreitender Währungszerfall. Untätigkeit in der Außenpolitik.

Ich bitte Ew. Exz. sehr um Verzeihung, daß ich das beikommende Manuskript¹ über die Gebühr zurückbehalten habe; es wollte sich bis jetzt keine recht schickliche Gelegenheit zu dessen Übersendung finden.

Es ist schwer zu sagen, ob die hiesige Lage der Dinge besser oder schlechter ist, als ich sie mir bei meiner Abreise von Prag gedacht hatte. Objektiv betrachtet allerdings schlechter; subjektiv — in Rücksicht auf Stimmung des Publikums — vielleicht eben deshalb besser, weil sie für den Augenblick bedenklicher erscheint. Noch nie hab ich in Wien die Unzufriedenheit so rege, so lebendig, so laut, so mit sich selbst im klaren, und eben deshalb so deutlich und einstimmig sich aussprechend gefunden als jetzt. Es muß etwas geschehen, um ihren Fortschritten Einhalt zu tun; dies begreifen, dies bekennen — außer einem Unheilbaren² — endlich alle, die an den Staatsgeschäften Teil haben. Daß es so nicht mehr füglich ein Jahr fortgehen kann, ist zur tiefsten Überzeugung geworden. Insofern steht die Sache heute weniger hilflos als vor sechs oder acht Monaten, wo die alten Illusionen, mit denen Trägheit und Egoismus sich so gern halten mochten, noch durch eine neue verstärkt worden waren. Sehe ich hingegen auf die Mittel, auf die Werkzeuge, wodurch geholfen werden könnte, und die Wahrscheinlichkeit des Erfolges einer irgend gründlichen Reform, so finde ich die Schwierigkeiten weit größer als je zuvor. Die Unfähigkeit, oder wenigstens Unzulänglichkeit aller jetzt mit Macht bekleideten Personen ist allgemein anerkannt; sie wird täglich eindringender, weil jeder auf seinem Punkte alles tut, was er kann, um seine sämtlichen Amts-Gefährten in der öffentlichen Meinung herabzusetzen. Keiner hat also weder Kredit noch Selbstvertrauen genug, um Hand ans Werk zu legen. Man brütet unaufhörlich über kraftlosen Kombinationen neuer

¹ Nicht ermittelt.

² Dem Kaiser von Österreich selbst, s. unten.

Staats-Conseils, neuer Konferenz-Ministerien u.s.f., indes die wenigen wahrhaft guten Köpfe, die es noch gibt, ganz davon durchdrungen sind, daß in der Lage, in welcher wir uns befinden, und bei der absoluten Charakterlosigkeit des Souveräns alle diese Formen zu nichts führen können, daß heute schlechterdings nur noch geholfen werden kann, wenn es möglich wird, die oberste Leitung aller Geschäfte in einer Hand zu vereinigen. Ein Premier-Minister — oder die Auflösung des Staates; Zentralisierung der Gewalt — oder der Tod; eine andere Alternative existiert nicht mehr. Man antwortet mir — einer der nächsten Kandidaten zu dieser schweren Stelle behauptete selbst gegen mich — es habe niemand in der Monarchie Vertrauen genug im Publikum, um sich länger als vierzehn Tage an der Spitze der Geschäfte zu erhalten. Ich aber sage: dieser Einwurf schreckt mich nicht. Steht nur das Prinzip einmal fest, so mögen dann zwei, drei, sechs Individuen, immer einer nach dem andern aufsteigen [und herabstürzen; der Rechte findet sich am Ende doch. Wie aber die Abneigung des Kaisers gegen das einzige Rettungsmittel überwunden werden soll, ehe die Krankheit so weit vorgerückt ist, daß auch dies nicht mehr wirken kann — das ist eine Frage, an der wohl alle menschliche Weisheit scheitern möchte.

Was insbesondere die Finanzen betrifft, so bin ich fest überzeugt, daß wenn die letzten großen Maßregeln, die Vermögens-Steuer-Patente³, nicht eher in Gang gebracht worden wären, als bis man alle übrigen Bestandteile des neuen Systems gehörig angeordnet und aktiviert hätte, unmöglich das Elend entstanden sein würde, mit welchem wir gegenwärtig kämpfen. Jene Maßregeln durften nun einmal ihren Zweck nicht verfehlen, wenn nicht alles zugrunde gehen sollte; man hätte lieber noch mehrere Millionen aufopfern, als zugeben müssen, daß das Papiergeld, nachdem die Patente erschienen waren, auch nur um fünf Prozent schlechter wurde. Anstatt dessen wählte der Finanz-Minister gerade den Augenblick ihrer Erscheinung, um unter der Hand ankündigen zu lassen, die Regierung werde fort hin keinen Pfennig mehr ausgeben, um auf den Kurs zu wirken; eine höchst unzeitige, höchst unüberlegte und im Grunde recht widersinnige Erklärung. Ferner: anstatt sich selbst und dem Publikum über die Art und den Umfang der Beiträge, die von Ungarn zu erwarten standen, einige Sicherheit, einige Beruhigung wenigstens zu verschaffen, setzt man den Ungarischen Landtag aufs künftige Frühjahr (!) hinaus und gesteht ein, daß man über das Resultat desselben in der traurigsten Ungewißheit schwebt. Anstatt gleich damals dem Unwesen zu steuern, welches mit der hiesigen Börse getrieben wird, läßt man die Banco-Zettel erst auf 650 fallen, und affektiert Gleichgültigkeit gegen eine so alarmierende Erscheinung, ohne zu bedenken, daß die daraus entspringende, teils notwendige, teils will-

³ S. die Literaturangaben oben Nr. 138 Anm. 1.

kürliche Verteuerung aller Feilschaften, und mithin die allgemeine Unzufriedenheit jeden Tag um soviel höher steigt. Jetzt erst, seit etwa acht Tagen, hat man die vornehmsten Bankiers zusammenberufen und beratschlagt mit ihnen über Mittel, die Börsen-Geschäfte zu regulieren und der Administration regelmäßigen Einfluß darauf zu verschaffen. Ob aus diesen Beratschlagungen irgend etwas Wirksames hervorgehen wird, weiß bis jetzt wohl nur Gott allein; aber wenn es auch wirklich so weit käme, wie kann man hoffen, dadurch den Kurs nur erst auf den Punkt zurückzubringen, auf welchem er sich zur Zeit der Publikation der Patente befand? So ist alles zerstückelt, zerrissen, ohne Zusammenhang, ohne Konsequenz, ohne irgendein durchgreifendes Prinzip und — woraus freilich alles übrige fließt — ohne irgendeine leitende Kraft.

Mit der Politik geht es kein Haar besser. Unsre Hoffnungen sind auf eine einzige Basis, die durchaus nicht in unsrer Gewalt steht, nämlich auf die Fortdauer des Krieges in Spanien, gebaut. So lange der sich nährt, meint man, haben wir Ruhe. Was dann geschehen wird, wenn dieser Krieg einmal aufhört — und wer verbürgt uns, daß er immer währen wird? — das weiß niemand; auf diesen Fall hat niemand einen Plan. Die Frist, die das Schicksal uns noch gönnt, wird nicht benutzt, weder zur Konsolidierung unserer innern Kräfte, noch zur Wiederherstellung heilsamer Verhältnisse mit andern; anstatt daß wir uns insgeheim auf allen möglichen Wegen Rußland nähern sollten (welches über diesen Punkt eine viel aufgeklärtere Politik zu haben scheint als wir, so groß auch die gegenwärtige Furcht Alexanders vor Napoleon sein mag), überlassen wir uns den kläglichsten Triebfedern, gemeiner Eifersucht, blinder Rachgier, ohnmächtigen Kabbalen. — Daß wir mit Frankreich keinen Allianz-Traktat geschlossen haben (wiewohl selbst die Diplomaten es glauben, aber gewiß ohne allen Grund), ist keinesweges unsrer Weisheit oder einem Überrest von Ehrgefühl bei uns zuzuschreiben, sondern einzig der Gleichgültigkeit Napoleons, der es nicht der Mühe wert hielt, vielleicht auch, da er Rußlands vor der Hand noch bedarf, nicht ratsam fand, uns eine solche nähere Verbindung anzubieten.

Der Effekt, welchen die Proskription der in Frankreich, Piemont und Venedig geborenen Offiziere (die Niederländer sind nicht darin begriffen) in der Armee wie im Publikum gemacht hat, ist ein sehr kenntliches Symptom der herrschenden Stimmung der Gemüter. Die Sache war an und für sich nicht neu; sie wird in der Ausführung sehr gemildert werden; wir haben größere Übel und größere Schmach schon erlebt; gleichwohl hat noch nichts eine solche Gärung in Wien veranlaßt, als ein über diesen traurigen Gegenstand an den Feldmarschall Bellegarde gerichtetes, sehr ungeschickt, verworren und fast unverständlich gefaßtes Hand-Billet. Ich war erstaunt über den Ton, in welchem das Publikum die Sache behandelte; solche Äußerungen hatte ich hier noch nie vernommen. Aber die Indigna-

tion über die Fruchtlosigkeit der Reise des Gr[afen] Metternich⁴ auf einer Seite — über die zunehmenden Finanz-Übel auf der andern, war gerade so hoch gestiegen, daß es nur einer Gelegenheit bedurfte, um sie zum Ausbruch zu befördern.

Den 18ten November.

Ich wurde gestern gehindert, diesen Brief zu Ende zu bringen. Der Prinz Rohan⁵, der ihn mitnehmen soll, reist heute ab; ich kann also nur noch Weniges hinzufügen.

Der Kurs ist seit vorgestern weit unter 700 gesunken; und eine allgemeine Bangigkeit hat alle Gemüter ergriffen. Die Regierung tut fortdauernd nichts, um dem Übel Schranken zu setzen; dieser Umstand wirkt unendlich schlimmer als die Fortschritte der Krankheit selbst. Noch heute wäre sie zu heben, und sogar ohne halsbrechende Mittel; das ist das Resultat aller meiner Reflexionen über diesen Gegenstand. Gerecht ist aber der Glaube des Publikums, wenigstens natürlich und verzeihlich, daß, da man kein solches Mittel ergreifen sieht, wohl keins mehr zu finden sein müsse; und so erzeugt der Mißkredit jedes Tages einen größeren für den folgenden. Es ist nicht abzusehen, wie dies in kurzem endigen wird.

Die Personen, welche das Glück haben, Ew. Exz. näher zu kennen, namentlich die Gräfin Lanskoronska, Humboldt, der Graf Stackelberg⁶, erinnern sich Ihrer oft und viel mit dem höchsten Interesse. „Ach! wenn ein solcher Kopf uns aufgesetzt werden könnte, um uns zu retten!“ — das ist die Äußerung, die, selbst von denen, die weniger von E. Exz. wissen, Ihren Namen begleitet, so oft er ausgesprochen wird. Was ich dabei denke, verschweige ich. — Wenn ich wieder eine sichere Gelegenheit finde, werde ich, in der Voraussetzung, daß meine Briefe Ew. Exz. nicht unwillkommen sind, meine betrübten Nachrichten und Betrachtungen fortsetzen und empfehle mich unterdessen E. Exz. unschätzbarem Wohlwollen.

283. Landespräsidium an Stein

Prag, 19. November 1810

St. Zentral-A. Prag: Konzept (Böhme), gezeichnet Gubernialrat Böhme; Mundum, o. D.

Antwortet auf Steins Schreiben vom 16. Nov.¹, daß Güterverkäufe demnächst öffentlich bekanntgegeben werden.

⁴ Metternich hatte in der That keinen unmittelbar greifbaren Gewinn nach Hause gebracht. Seine Mission war deswegen aber doch nicht so erfolglos, wie sie den Patrioten zunächst erschien. Vgl. darüber H. v. Srbik, *Metternich I S. 131 ff.*

⁵ Prinz Louis Victor v. Rohan-Guéméné, Graf von St. Pol (geb. 1768), österreichischer Generalmajor, ursprünglich in französischen, dann in österreichischen Diensten, nahm Ende 1810 seinen Abschied und ging auf seine Güter in Böhmen.

⁶ Gustav Ernst Graf v. Stackelberg, russischer Gesandter in Berlin vom Februar 1808 bis März 1810, dann russischer Gesandter in Wien.

¹ Nr. 280.

284. Kunth an Stein

[Berlin,] 19. November 1810

Stein-A.: Ausfertigung (eigenhändig), Vermerke Steins: „Empf. d. 28. N., beantw. eodem“ und „Er möchte pro futuro seine Briefe an Lemberg oder Widmann adressieren.“

Druck: Alte Ausgabe III S. 348 ff.

Reorganisation der obersten Staatsbehörden. Abgang Dohnas. Persönliche Angelegenheiten Steins. Übersendung von Büchern. Besorgung von Humboldts Werken. Besetzung des historischen Lehrstuhls an der Universität Berlin.

Ich habe wieder einmal eine lange Pause gemacht. Die neuen Veränderungen hier¹, die gesuchte und gegebene Entlassung meines braven D[ohna]², die Trennung der Sektionen, wovon Freund S[ack] die allgemeine und Mediz[inal-] Pol[izei] erhalten³, die einstweilige Isolierung der Gew[erbe-]Sekt[ion], für welche, so wie für die ehemals Humboldt'sche, Schuckm[ann], doch noch nicht offiziell bestimmt ist⁴, und die Wirkung von diesem allen auf meine Ruhe werden mich bei Ew. Exz. entschuldigen, und ich bitte darum. Vorläufig habe ich gute Hoffnung von der neuen Ordnung der Dinge. Möge die Vorsehung die Ausführung segnen! Alles kommt jetzt auf die rechte Wahl des Chefs an. Ich dachte, Ew. Exz. einmal die Zeitungsblätter zu schicken, welche das wichtigste enthalten. Es kann über B[u]chw[al]d wohl leicht geschehen. Sie nehmen ja doch noch Anteil an uns; das weiß ich. Wie es mir unter dem neuen Chef ergehen wird? Es wird sich wohl bestätigen, daß meine glückliche Dienstzeit unter Ihnen war, zwischen 1804 und 1806.

Für heute nur von Privatsachen.

1. Die bestellten Humboldt'schen Werke habe ich noch nicht gekauft. Ew. Exz. sehen aus der Anlage, daß sie sehr kostbar sind. Ich dachte, zu warten, bis die Auktionsgelder eingegangen wären. [. . .] So schnell werden sich die Auflagen nicht verkaufen. [2. *Geschäftliches, Begleichung von Rechnungen.*]

3. Auf dem Packhof liegt schon seit etlichen Wochen und wartet auf Gelegenheit zur Absendung unter der bekannten Adresse:

- A. eine Kiste, worin die Landschaft unter Glas,
- B. eine dergleichen, worin die Büste der Gräfin R[eden],
- C. ein Paket in Wachstuch, worin ungebundene Bücher (Herder p.) und ein gebundenes,
- D. ein Paket in Wachstuch, worin Landkarten (Arowsmith pp.).

Der Frachtbrief wird detailliert sein, wie hier.

¹ Durch die „Verordnung über die veränderte Verfassung der obersten Staatsbehörden“ vom 10. Oktober 1810 (Gesetz-Sammlung S. 3 ff.). Über die personellen Veränderungen vgl. Bassewitz IV S. 137 ff.

² Dohna war schon vor dem 27. Oktober um seinen Abschied eingekommen, er wurde ihm am 3. November bewilligt.

³ Am 3. November. Die Oberpräsidien wurden stillschweigend aufgehoben und sind erst durch die Verordnung vom 30. April 1815 wieder eingeführt worden. S. E. v. Meier, *Die Reform der Verwaltungsorganisation unter Stein und Hardenberg* (2. Aufl.) S. 189 ff.

⁴ Schuckmann wurde durch K. O. vom 20. November offiziell in seine neuen Ämter eingesetzt. Vgl. oben Nr. 230 Anm. 18.

Ew. Exz. teuren Brief vom 15ten Oktober habe ich den 3ten dieses richtig erhalten. Darauf bemerke ich:

4. Die Büste des ehrwürdigen H[einitz] hat auf einem Büro bei S[ack] gestanden, da hat sie der Bediente umgeworfen. Die Brust und ein Teil des Halses ist beschädigt worden. Der Kopf ist noch gut und der halbe Hals. S[ack] hat sie auf der Fabrik gehabt, wo man nur hat abschleifen können. Selbst gesehen habe ich sie nicht, obwohl ich mirs ausgebeten. Rosenstiel⁵ hat noch ein zweites Exemplar in seiner Wohnung. Es ist also wohl zu warten, was Freund S[ack] tun werde. [. . .]

10. Ew. Exz. tun Ihren Freunden unrecht, daß sie den Wert der historischen Studien nicht genug würdigten. Sie wissen wohl, daß das jetzige Geschlecht dieser Stahlkur bedarf. Aber Heeren ist nicht zu haben; auch nicht Wilken in Heidelberg⁶, dessen Vortrag überdies nicht gerühmt wird. Bredow ist die Stütze von Frankfurt⁷. Rühls soll ein junger, gründlich gelehrter Mann sein und sich auch als Schriftsteller durch eine Geschichte von Schweden legitimiert haben, wovon 4 Bände erschienen sind⁸. Am meisten hat er sich mit der Geschichte des Mittelalters beschäftigt. Von Niebuhrs Vorlesungen (2 Stunden wöchentlich über Römische Geschichte) weiß man nicht Herrliches genug zu sagen. Den Lektionskatalogus habe ich schon dem Bücherpaket beigefügt, das auf dem Packhofe liegt, vielleicht auch abgegangen ist. [. . .]

Weiterer Vermerk Steins: „Aus dem Erlös der Bücher-Auktion und des Theodolits hoffe ich, Humboldts „Atlas pittoresque avec la lettre“⁹ und den „Essai politique sur la nouvelle Espagne avec l’atlas“¹⁰ kaufen zu können, der letztere besonders wäre für mich eine Winter-Lektüre. Das Exemplar möchte nur direkt an H. Widtmann geschickt werden und der Franc sei mehr wie 8 ggr.“

⁵ Rosenstiel war noch immer als Geh. Finanzrat (seit dem 16. Dezember 1808 mit dem Titel eines Staatsrates) im Bergwerksdepartement (nun Sektion für das Berg- und Hüttenwesen). Vgl. Bd. I Nr. 1 Anm. 10.

⁶ Friedrich Wilken (1777—1840), Orientalist, Historiker, 1805 Professor in Heidelberg, 1816 Professor in Berlin. Von seinem Hauptwerk „Geschichte der Kreuzzüge“ war der I. Band 1807 erschienen. Wilken nahm später reges Interesse an den Anfängen der „Monumenta Germaniae Historica“. — Über die Verhandlungen wegen der Berufung Wilkens nach Berlin im Jahre 1810, die sich damals zerschlugen, vgl. Lenz S. 259.

⁷ Gottfried Gabr. Bredow (1773—1814), seit 1804 Professor in Helmstedt. Von der Regierung des Königreichs Westfalen wegen seiner deutschen Gesinnung bedrängt, folgte er 1809 dem Ruf nach Frankfurt a. O. Vgl. Lenz S. 259.

⁸ Vgl. oben Nr. 275 Anm. 4. — Seine „Schwedische Geschichte“, 1803 ff. erschienen, umfaßt im ganzen 5 Bände.

⁹ Humboldts „Atlas pittoresque du voyage“ oder mit anderem Titel: „Vues des Cordillères et Monuments des Peuples indigènes de l’Amérique“ (Paris 1810). Das Werk enthielt als Anhang: „Lettre de M. Visconti à M. de Humboldt, sur quelques Monuments des Peuples américains.“ Bruhns II S. 502.

¹⁰ Vgl. oben Nr. 160 Anm. 2.

285. Stein an Reden

Prag, 23. November 1810

Österr. Staatsarchiv, Allg. Verwaltungsarchiv, Polizeihofstelle Wien, Interzept: Abschrift.
 Druck: Alte Ausgabe III S. 350 f.

*Bittet um Übersendung seiner Akten. Hoffnung auf Aufhebung des Sequesters.
 Ancillon. Wirkungen der Kontinentalsperre.*

Ich ersuche, lieber Freund, meine Akten-Stücke wohl verpackt hierher zu schicken¹. Auf den innern Umschlag setzen Sie nur W. S., auf den äußeren die Adresse an Feldmarschall-Leutnant Baron v. Schustekh, Ritter des Marien-Theresien-Ordens, Inhaber eines Dragoner-Regiments und Inspekteur der Kavallerie zu Prag.

Dieses Paket lassen Sie in der Festung Josephstadt abgeben an den H. Obersten von Krause des Infanterie-Regiments Albert Gyulai mit der Bitte der weiteren Beförderung. Er wird preveniirt.

Josephstadt liegt 3 Meilen von Trautenau; da nun Schlesier den Markt in Trautenau besuchen, so kann man einem solchen nur die Extra-Post von da nach Josephstadt bezahlen, welches hin und her propter 18 bis 20 f. B[anco-]Z[ettel] ausmacht, und es ist die ganze Sache abgemacht. Sollte der Oberst nicht zu Hause sein, so ist es die Regimentskanzlei, die das Paket in Empfang nimmt und bescheinigt.

Es ist jetzt vielleicht mehr Hoffnung als je zur Aufhebung des Sequesters, da die bekannte Konvention abgeschlossen ist², die einer so großen Menge Menschen, so dem großen C[rocodi]l verhaßt waren, ihr entzogenes Eigentum wiedergibt. Den Erfolg der deshalb gemachten Schritte erwarte ich.

Ich kann Ihnen schon nicht helfen und meine Meinung über den Egoismus der Country Gentlemen zurücknehmen³. Er existiert überall, wo nicht Verfassung ihm entgegenwirkt, indem sie den Einzelnen zur Teilnahme an der Verwaltung der Angelegenheiten des Distrikts oder des Ganzen beruft.

Ancillon ist ein Mann von Verstand, und sein Einfluß kann nicht anders als wohlthätig sein. Es ist ein Glück, daß er dem K[önig], der itzt Trost, Aufrichtung und Rat braucht, näher gebracht worden ist.

Ich wundere mich, daß Sie mit Erschwerung der Kolonialwaren zufrieden sind⁴, da die Bewohner der Kolonien sie doch gegen unsere Linnen, Eisen-, Glas-Waren, Mehl usw. bisher eingetauscht und noch eine bedeutende Menge Silber hinzugegeben haben. Da also mit dem Kolonialhandel ein sehr bedeutender Teil des europäischen Produkten- und Manufakturen-Handels aufhört, insbesondere auch der bedeutende Handel der Ostsee von Petersburg bis Rostock, der so wohlthätig durch die Albertustaler, Dukaten und Amsterdamer Wechsel war. Sie trösten sich, lieber Reden, also über die

¹ Vgl. dazu den Bericht Hagers an Kolowrat vom 29. November 1810, unten Nr. 611.

² Vgl. den Brief an Hardenberg vom 15. November 1810, oben Nr. 279.

³ Der Brief, auf den Stein hier anspielt, scheint verloren zu sein.

⁴ Der Brief Redens, auf den Stein sich hier bezieht, ist nicht erhalten.

Vernichtung des großen Welthandels, über den Fall aller großen Handelsstädte, über die Verarmung von Europa, über das Sinken aller unserer Produkte, über das Zerstören aller alten Kapitalien, über die gänzliche Stockung in der Akkumulation neuer? Insoferne alle diese Ereignisse mittelbar zur Erreichung anderer Zwecke wirken, kann man sich trösten. Verarmung kann die Sitten vereinfachen und Energie wiedergeben, die Zerrüttung des Welthandels, die Konvulsion Spaniens und Portugals durch den auf sie ausgegossenen Giftbecher kann Auswanderungen veranlassen, durch die neue Reiche in Amerika und den Inseln des Ostindischen Meeres entstehen. Mit solchen Betrachtungen tröstet man sich über die Leiden der Zeit, erklärt sich den Gang der Vorsehung. Man kann aber den ungebundenen Wilden nicht rechtfertigen, der alles zerstört, sorglos wegen des Erfolges mit dem Glück eines Erdballs spielt.

Der arme Wieler in Nassau ist tot⁵. Ich habe einen anderen ehrlichen Mann zu seinem Nachfolger vorgeschlagen. Wie glücklich ist man, wenn jener Hafen erreicht ist. Ich sehne mich sehr danach. Es ist traurig, unter lauter Krämern zu leben.

286. Stein an Marianne vom Stein

P[rag], 23. Nov[ember] 1810

Stein-A.: Ausfertigung (eigenhändig).

Neue Verpachtung von Birnbaum undurchführbar. Maßnahmen, um Troschke weiterhin in der Verwaltung zu belassen.

J'espère, ma chère amie, que mes lettres vous seront arrivées — en attendant des détails sur les arrangements pris à D[resden] avec T[roschke] me sont parvenus, selon lesquels, on veut l'admettre à l'enchère publique pour l'affermage de B[irnbaum]

„daß der Miteigentümer vor anderen das Vorrecht haben sollte, wenn er so viel bezahle als der Meistbietende offerieren wird.“

Depuis, il ya eu deux événements qui sont survenus, la Convention qui a été conclue entre Mess. de Metternich et de Champagny, et la mise sous scellés de la terre de Mr. de T[roschke] en Silésie à la requête des créanciers de B[irnbaum] et j'observe maintenant sur le mode d'administration adopté.

1) Daß die verfügte öffentliche Verpachtung eine geraume Zeit erfordern wird an Förmlichkeiten, als Veranschlagung, Abhaltung der Termine, Zuschlag, Übergabe u.s.w. Dieser Zeitverlust ist mit der größten Gefahr verbunden für die Gläubiger, die jetzt wieder keine Zinsen für den Dezember-Termin bekommen, unerachtet der Ernte, Willverkauf u.s.w., für das Gut, welches immer mehr deterioriat wird für den Miteigentümer, in dessen

⁵ S. oben Nr. 249 Anm. 2.

Gut Ostrow in Schlesien bereits ein Gläubiger immittiert ist, die andern werden bald folgen, das Gut wird gerichtlich verkauft, bei dem gegenwärtigen Geldmangel verschleudert, und der Eigentümer ruiniert. —

2) Ein anderer als ein Schwindler kann nicht pachten, denn die Dauer der Pachtzeit kann nur unbestimmt sein; ist mein Sequester aufgehoben, so hört die Pacht auf — es ist aber jetzt mehr als wahrscheinlich, daß dieses geschehe, denn ist durch die Konvention, in Ansehung der Untertanen des Rheinbundes, so in österreichischen Militärdiensten gestanden, die Konfiskation aufgehoben worden, warum sollte nicht mein Sequester auch aufgehoben werden — worüber ich verschiedene Einleitungen getroffen. Hinzu kommt, daß verschiedene Dinge nicht gut verpachtet werden können, z. B. der sehr bedeutende Wald. —

3) Warum soll ich im Herzogtum Warschau härter behandelt werden, als es in den übrigen Ländern, wo meine Güter liegen, geschehen ist, z. B. im Rhein- und Mosel-Departement hat man den 1808 dekretierten Sequester erst den 10. Februar 1810 von seiten der französischen Behörde und Präfektur zur Ausübung gebracht, man hat meine Beamten Wieler und Reichmann bis dato in Hebung gelassen und sie nur angewiesen, nichts an mich zahlen zu lassen, sondern an die Präfektur Rechnung abzulegen.

Ich muß also meine Bitte wiederholen, daß man der Stimme der strengsten Gerechtigkeit Gehör gebe, auf die Erhaltung des Herrn v. T[roschke] und seiner Familie, auf die der Gläubiger, worunter pia corpora u.s.w. sind, Rücksicht nehme und verfare, so wie man selbst in Frankreich verfahren ist, demnach

- a) die Administration so schleunig als möglich ihm zurückgebe,
- b) ihn und alle Beamten vereide, so lange mein Sequester dauert, nichts an mich auszuzahlen,
- c) ich will allenfalls einen eidlichen Revers ausstellen, nichts zu nehmen,
- d) ihn zur Rechnungsablage verpflichten lassen und des Überschusses, der rein bleibt nach Bezahlung der Zinsen, seines Drittels, nach Dresden in das dortige Warschauer Staatssekretariat abzuliefern. An einen Überschuß ist wegen des zweijährigen Zinsenrückstandes in geraumer Zeit nicht zu denken — der 8000 Tlr. beträgt.

287. Stein an [Marianne vom Stein?]

Prag, 26. Nov[ember] 1810

Stein-A. C I 16/3: Bruchstück eines Konzepts (eigenhändig), Vermerk Steins: „abgeg. d. 29. Nov.“.

Nachfolger für Wieler.

H[aupt]¹ ist zur interimistischen Verwaltung der erledigten Stelle gut, wenn man nicht G[osebruch]² zu Oberlahnstein, der H[aupt's] Vorgänger war,

¹ *Verwalter Steins in Nassau.*

² *Rentmeister Steins.*

haben kann. Ob G[osebruch] die Stelle annehmen will, darüber kann Madame W[ieler]³ ihn fragen, und dann müssen gehörigen Orts die nötigen Schritte geschehen, will er sie nicht, dann wählt man H[aupt].
Die Sache⁴

288. Stein an Reden

Prag, 6. Dezember 1810

Ehemals Preuß. Staatsarchiv Breslau: Ausfertigung (eigenhändig). Vermerk Redens: „resp. d. 16. Dezbr.“
Druck: Alte Ausgabe III S. 351 ff.

Die Rehabilitation Redens. Nachsendung der Akten Steins. Bücher und Karten. Bestrebungen Steins zur Sicherung seiner materiellen Lage. Hoffnungen auf ein Abflauen des Tätigkeitsdrangs bei Napoleon. Mildere Beurteilung Dohnas. Verachtung der kurmärkischen Stände und Bevölkerung. Aufhebung des Deutschen Ordens.

Ich freue mich sehr, liebster Freund, daß man endlich doch einmal einigermaßen ein Unrecht wieder gutgemacht und einen öffentlichen Beweis abgegeben hat, daß man Ihr mannigfaltiges Verdienst anerkennt¹ — ich wünschte, man benutzte Ihren Rat über die Angelegenheiten, die Sie mit so vieler Weisheit, Sachkenntnis und Beharrlichkeit geleitet haben — vielleicht geschieht es noch, wenn der große Drang der Geschäfte sich ein wenig gemindert hat.

Wenn die gelegentliche Reise nicht stattgefunden hat, so schicken Sie, bester Reden, meine Sachen nur nach Josephsstadt durch einen zuverlässigen reitenden Expressen, es kann höchstens noch vier Taler kosten, und ich bedarf sehr dieser Papiere.

Es ist mir sehr lieb, wenn Sie die Karte von den Niederlanden verkaufen, ich brauche keine Louisd'or, wenn ich nur die entsprechende Summe in Konventions-Geld erhalte — oder 56 Gulden. Ist der Verkauf erfolgt, so schicken Sie gefälligst sieben Taler Berl. Cour. an H. Gottlieb Korn in Breslau, von dem ich kürzlich La Cretelle, Histoire de la France erhalten habe, den Rest lassen Sie mir hier zukommen.

Die Karten werden Ihnen wohlverwahrt und glücklich by the care of Mr. Ballabene zugekommen sein.

Ich habe alles in B[erlin] und W[ien] zur Realisierung meiner Hoffnungen eingeleitet, ob mit Erfolg, wird die Zeit lehren, ich sehe das alles mit dem

³ Witwe von Steins verstorbenem Rentmeister in Nassau.

⁴ Bricht hier ab.

¹ Reden war, wie oben Nr. 185 Anm. 1 erwähnt wurde, im August 1807 entlassen worden, weil er Napoleon am 9. November 1806 den Eid der Treue geleistet hatte. Inzwischen scheint die Erkenntnis der wahren Zusammenhänge, Redens Sträuben gegen die Eidesleistung, seine Verdienste um die preußische Verwaltung während der Okkupation, seine Mitwirkung bei der Zusammenkunft Steins mit Hardenberg seine Rehabilitation beim König herbeigeführt zu haben, denn am 8. November 1810 verlieh ihm der König den Roten Adler-Orden erster Klasse. S. Wutke S. 626.

Interesse an, eines Mannes, den das Schicksal mit tückischer Laune behandelt und der von nur ganz, ganz wenigen Menschen etwas erwartet — unterdessen liegen in der Sache selbst begünstigende Umstände, die man benutzen muß.

Hat Ihnen denn Troschke wegen der Geld-Angelegenheiten nicht geantwortet? Der niedrige Stand der Banco-Zettel wird mich in die Möglichkeit setzen, gleich etwas zu tun, ich erwarte nun von allen Seiten Antworten. Was ist das nicht ein elendes, leeres Treiben.

Die Vermutung Ihrer gescheiten und liebenswürdigen Frau ist gegründet. Er² hat die ersten vier Wochen sich allen Geschäften entzogen, er war sehr gerührt durch das selbsteigene Kaffeemachen, durch die Talente und häusliche Geschäftigkeit, so daß er die Weiber dieser Nation als Muster der guten Gattinnen empfahl. Ich rechne auch auf die mit dem Alter zunehmende Genußliebe, Hang zur Ruhe, die sich auch bei Friedrich d. G. äußerte.

Ihre liebenswürdige Schwägerin hat doch nur zum Teil recht in ihrer Anklage gegen mich. D[ohna] ist ein braver, guter, edler Mensch, sein Unglück war, abgerechnet einer gewissen Kopfschwäche, die man im Umgang wenig bemerkt, daß er ganz allein unter gewandten, intriganten Menschen stand, eine verständige Frau hätte ihn in diesen Verhältnissen geleitet und ihm mehr Selbstvertrauen eingeflößt, ihn abgehalten, sich diesen Menschen ganz hinzugeben — und dieses hätte Fräulein Caroline gewiß bewirkt, hätte das Schicksal dem guten D[ohna] wohlgewollt und sie ihm zur Freundin und Gefährtin des Lebens geschenkt.

Sagen Sie doch Fräulein Caroline, sie möchte, wenn sie wieder in das Reich geht, ihren Weg über Prag nehmen, sie findet, außer Freunden, die sich sehr freuen, sie zu sehen, mehrere schöne Kunst-Sammlungen und einige sehr verständige Kunst-Kenner.

Sie werden mich sehr verpflichten, wenn Sie mir das Gesetz-Bulletin³ herschicken, es ist doch nichts anders als eine Fortsetzung des Mylius⁴, den alle Behörden zu halten von jeher verpflichtet waren. Unser Freund wird sich halten, so lange die Forderungen des [Napoleon] befriedigt werden, denn alles das Gequäk der Capituls und der so sehr malfamierten kurm[ärkischen] Stände wird ihm nichts schaden. — Nur sollte er ein Dutzend böseartige Intriganten und lenksame Schafsköpfe verbannen und dem Lumpenvolk die⁵ Hundepitsche applizieren. — Wir sind für das Volk zu gut, es hat statt des Herzens ein Stückchen schlechtes Gehirn.

² Napoleon. — Frau von Reden hatte offenbar die Vermutung ausgesprochen, daß seine Heirat dem Tätigkeitsdrang Napoleons vorläufig eine Ablenkung geben würde.

³ Die Gesetzsammlung für die kgl. preuß. Staaten 1810.

⁴ Die großen, nach ihrem Begründer — dem preußischen General-Auditeur Christian Otto Mylius († 1760) — benannten Sammlungen von Gesetzen und Verordnungen, das *Corpus Constitutionum Marchicarum*, und das *Nov. Corpus Const. March.*

⁵ „der“ im Text.

Ist St. Marsan wieder in Berlin — wo ist Goldberg⁶.

Mit der Aufhebung der Deutsch Ordens'schen Verfassung in Mergentheim⁷ ist eine für den Reichs-Adel bequeme heraldische Anstalt eingegangen, ich wünschte die dort aufgehängenen legalisierten Stammbäume mit denen dazu gehörigen Beweis-Urkunden meiner zwei verstorbenen Brüder, Johann Friedrich und Ludwig⁸, so in dem 70. Decennio aufgenommen und zum Ritter geschlagen worden, zurückzuerhalten. Sollte dieses nicht durch den Justiz-Minister H. v. Riedesel in Stouccard möglich sein? würden Sie sich wohl darnach erkundigen? Jetzt, so lange die alten Deutsch-Ordischen Offizianten noch leben, sind dergleichen Dinge möglich, in Zukunft hört alles dieses auf.

Die Anlage ist für Kunth.

289. Stein an Marianne vom Stein

[Prag.] 7. Dezember 1810

Stein-A.: Ausfertigung (eigenhändig).

Ergänzung zu Nr. 286. Drängt auf Übernahme der Verwaltung durch Troschke. Dessen Lage. Lob Österreichs. Der Domdechant v. Spiegel als Kurator in Nassau.

Aus Deinem Schreiben, liebe Marianne, dd. 27. m. pr. sehe ich, daß die B[irnbaumer] Angelegenheiten noch immer mit Interesse behandelt werden — ich bitte Dich aber es dahin zu bringen, daß man bei der Idee der Administration stehenbleibe —

1) Die Gründe gegen die Pachtung sind in meinen vorigen Schreiben erwähnt, Weitläufigkeit der Formen, Veranschlagung, Lizitation[s-] Zuschlag, Zeitverlust, Gefahr, durch Schwindler verdrängt zu werden oder durch Übelgesinnte, Beeinträchtigung des Vermögens und der Rechte der Gläubiger;

2) die Gründe für die Administration sind Vermeidung jener Nachteile, das Beispiel des Verfahrens der Autoritäten der anderen Territorien, wo mein Vermögen liegt, namentlich der französischen, endlich der Natur der in Vorschlag gebrachten Modalitäten der Eidesleistung, der Rechnungsablage u.s.w.

3) Nach dem Inhalt Deiner Schreiben dd. 19., 24., 15. m. pr. habe ich T[roschke] längst aufgefordert, in Dresden die Administration wiederholt nachzusuchen und gegen die Pachtung Vorstellung zu tun; in der Erwartung der Administration habe ich in Berlin gesucht, bei einem Bankier

⁶ *Holländischer Gesandter in Berlin, durch den St. Marsan Stein hatte warnen lassen.*

⁷ *Der Deutsche Orden, den die Säkularisationen von 1803 zunächst noch verschont hatten, wurde 1809 von Napoleon aufgehoben.*

⁸ *Joh. Friedr. vom Stein, der älteste Bruder Steins, gest. 1799 (s. Bd. I Nr. 370, 404 und 433), und Ludwig vom Stein, der nächstältere Bruder Steins, gest. 1790 (s. Bd. I Nr. 10 Anm. 1; Pertz I S. 6 f., 475 ff.)*

einen Kredit zu erhalten, um sogleich nach T[roschkes] Wiedereinsetzung auf einmal die rückständigen Zinsen zu bezahlen, um das Zutrauen wiederherzustellen und sich gegen Kündigungen zu schützen; alles dieses wird erschwert, vielleicht ganz vereitelt bei fernerer Zögerung.

Es kann sein, daß Troschke Unvorsichtigkeiten begangen hat, er leidet aber genug durch die Ungerechtigkeit, die ihn getroffen hat. Eine preussische Kammerherrn-Uniform existiert nicht, die Hof-Uniform hatte er nicht die Befugnis zu tragen. Was sollte er in Birnbaum machen, nachdem man den Sequester eingeführt hatte, er wollte wieder zurückkehren und man verweigerte ihm Pässe, die man a[nn]o 1809 brauchte, ao. 1810 suchte und hoffte er die Aufhebung der Sequestration, man lehnte alles ab u.s.w. Hat man endlich zu einem Staat gehört, der lange innerlich glücklich, äußerlich geachtet war, dessen Achtung erst in denen letzten Jahren sank, der jetzt, wo er fast aufgelöst ist, gehöhnt und mißhandelt wird von allen denen Aufschöblingen, die aus seinen Trümmern entstehen, dazu ist viele Resignation erforderlich, um den schadenfrohen Übermut der einen, die Kälte der anderen zu erdulden — ich vermag es nicht und werde dieses Land der Rechtlichkeit und Gutmütigkeit, das ich bewohne, nie verlassen.

Lebe wohl, liebe Marianne.

Dazu Einlage von Stein (eigenhändig):

Ich wünschte sehr, daß Du nach oder in die Gegend von Nassau gingst. Zu einem Kurator will ich den Domdechant v. Spiegel vorschlagen. Solltest Du Madem[oiselle] Kleinschmidt nicht in Sachsen oder Hessen als Gouvernante anbringen können, sie ist eine gute Person, aber ist uns jetzt entbehrlich.

290. Kunth an Stein

[Berlin,] 8. Dezember 1810

Stein-A.: Ausfertigung (eigenhändig).
Druck: Alte Ausgabe III S. 353 f.

Abgang Dohnas. Hardenbergs Reformgesetze.

[*Bestätigung von Briefen.*] In Beziehung auf die Hauptsache¹ ist das Schlimme, daß St. M[arsa]n nicht hier ist und wohl auch nicht wiederkommt. [*Verkäufe.*]

Den 10ten reist mein guter D[ohna] von hier. Auf dem zweiten Platze wäre er vortrefflich gewesen. Mir hat er viel Gutes erwiesen, noch mehr gewollt. Und alles so still und ohne Schein, daß ich es nur zufällig aus Akten oder durch Andere erfahre. Als Mensch verdient er die höchste Achtung. Möge

¹ Das Gnadengesuch an Napoleon im Interesse der Steinschen Kinder.

es ihm wohl gehen! Er wird mir ein Briefchen an Ew. Exz. zurücklassen², auch sein Compte-rendu, was ich Gelegenheit suchen soll, Ihnen zuzustellen, die sich wohl finden wird.

Unsre neuen Gesetze sind dem Geiste nach vortrefflich. Sie erscheinen in einer besondern Sammlung und als Beilagen zu den Zeitungen. Diese habe ich zwar für Ew. Exz. aufgehoben, aber Sie bekommen sie wohl noch leichter von B[u]ch[wal]d. [*Wechsel in seinen Beamtenstellungen.*]

291. Gentz an Stein

Wien, 14. Dezember 1810

Stein-A.: Ausfertigung (eigenhändig). Vermerk Steins: „le 22 déc., répondu le 23 de déc.“
 Druck: Alte Ausgabe III S. 354 ff.

Metternichs Ratschläge in der Frage der Aufhebung des Sequesters. Direkte Gesuche an Napoleon und Champagny.

J'ai reçu — mais seulement hier — la lettre que Votre Excellence a daigné m'adresser en date du 16 novembre¹. Je ne conçois pas par quelle fatalité cette lettre a traîné si longtemps, ni à quel mauvais commissionaire elle a été adressée, car, comme elle ne m'est pas arrivée par la poste, et qu'elle a été remise pendant mon absence de la part de je ne sais quel agent dont on n'avait pas exactement consigné le nom, je suis même hors d'état de constater les causes de ce retard.

Quoiqu'il en soit, aussitôt que j'ai été en possession de la lettre, je n'ai pas perdu un moment pour m'acquitter de la commission qu'elle contenait. Dès ce matin, j'en ai mis au fait Mr. le Comte de Metternich, qui a accueilli tout ce que je lui ai dit à ce sujet avec les dispositions les plus favorables pour les intérêts de Votre Excellence. Voici, Monsieur le Baron, le résultat de ma conversation.

Mr. de Metternich n'est pas d'avis que l'affaire dont il s'agit puisse être ramenée à la convention signée entre l'Autriche et la France relativement à la levée des séquestres. Son opinion est que cette convention, ne regardant que des mesures prises par rapport à la dernière guerre, ne peut pas s'appliquer à des actes étrangers à cette guerre et antérieurs même à son origine.

Il croit que la seule marche à suivre pour obtenir ce que Votre Excellence désire, serait celle d'avoir directement recours à l'Empereur Napoléon. Selon lui, Monsieur le Baron, vous exposeriez de la manière la plus concise — sans toucher ni à vos anciens rapports, ni à rien de ce qui a servi de prétexte aux persécutions personnelles que vous avez éprouvées, ni en général au pourquoi des actes de rigueur exercés contre vous — l'état actuel de la question, le mal que le séquestre mis sur vos terres inflige à vos enfants, l'injuste qu'il y aurait à les faire souffrir par des mesures qui ne peuvent et ne doivent

² *Ein solcher Brief ist nicht erhalten.*

¹ *Fehlt.*

rien avoir de commun avec leurs droits et leurs intérêts, enfin votre intention de renoncer à tout avantage direct et personnel qui résulterait de la cessation de séquestre. Cet exposé ne serait appuyé que d'un simple appel à la justice de celui à qui il s'adresserait mais de plus accompagné d'une lettre à Mr. de Champagny² pour lui recommander l'affaire dans les formes que Votre Excellence jugerait les plus convenables, en évitant toutefois autant que possible toute réflexion qui se porterait sur le passé.

Si Votre Excellence croit pouvoir adopter cette marche, je suis chargé en outre par Mr. de Metternich de la prévenir qu'il est prêt à contribuer à la réussite de cette tentative par tous les moyens en son pouvoir. Pour cet effet, il désire que V. E. lui fasse parvenir les deux lettres susdites pour l'Empereur Napoléon et pour le Duc de Cadore, le Cte Metternich les transmettra au Prince de Schwarzenberg et celui-ci, en alléguant que Votre Excellence n'a pas de moyen direct pour faire arriver ses réclamations à Paris, en prendra acte pour présenter ces pièces et pour les appuyer par les arguments les plus persuasifs que lui suggéreront la nature de l'objet, la connaissance du terrain et le degré de facilité et de probabilité qu'il rencontrera dans ses premières démarches.

Ce projet qui, dans tous les cas, manifesterà à Votre Excellence la bonne volonté du Cte. de Metternich, ne répondrait pas mal, à ce qui me paraît, aux vues dont elle a bien voulu me faire part dans sa lettre. Si vous en jugez comme moi, Monsieur le Baron, je vous sou mets ou d'envoyer directement à Mr. de Metternich les pièces en question, ou bien de me faire l'honneur de me les adresser pour que je les remette à ce ministre. Cela fait, je crois que Votre Excellence pourrait ajouter encore une lettre particulière au Prince de Schwarzenberg, que d'ailleurs je connais assez pour être sûr qu'il regardera comme un devoir sacré de ne rien négliger dans une affaire au succès de laquelle tout homme de bien doit vivement s'intéresser.

Je suis on ne peut pas plus sensible à la preuve de confiance dont Votre Excellence m'a honoré en se servant de moi dans cette occasion, trop heureux si on me mettait bientôt dans le cas de lui annoncer un dénouement conforme aux vœux ardents que je ne cesse de faire pour tout ce qui peut contribuer à sa satisfaction.

[Die Nachschrift enthält Ratschläge für die sichere und schnelle Übermittlung der Briefe Steins an Gentz.]

² Jean Baptiste Nompère de Champagny, seit 1808 Herzog von Cadore (1756—1834). Ursprünglich Seeoffizier, 1787 Mitglied der National-Versammlung, dann der Gesetzgebenden Versammlung, unter der Schreckensherrschaft eingekerkert, war er nach seiner Freilassung ins Privatleben zurückgetreten. Von Napoleon wieder in den Staatsdienst gezogen, zunächst in der Marineverwaltung, dann Gesandter in Wien (1801—1804). 1804 zum Innenminister, 1807 anstelle Talleyrands zum Außenminister ernannt, überall ein williges Werkzeug in den Händen des Kaisers. 1811 wurde er durch Maret ersetzt und hat seitdem in der großen Politik keine Rolle mehr gespielt.

292. Prinzessin Wilhelm von Preußen an Stein Berlin, 14. Dezember 1810

Stein-A.: Ausfertigung (eigenhändig).
 Druck: Alte Ausgabe III S. 356 f.

Tod der Königin. Süverns Vorlesung über das Mittelalter. Aufenthalt in Nassau.

Zwei liebe Briefe von Ihnen liegen vor mir¹, und ich kann es selbst gar nicht begreifen, wie ich sie so lange habe unbeantwortet lassen können — die Hauptursache davon war wohl die tiefe Traurigkeit, in der ich hier zurückkehrte; nach 4 so glücklich verlebten Monaten im teuren Vaterlande mußte dieser harte Schlag mich treffen, mich zu mahnen an die Unvollkommenheit des irdischen Glücks. Sie haben auch in dieser Gelegenheit teilnehmend mein gedacht, dankbar fühlt es mein Herz, wie gut das von Ihnen war. — Hätten Sie nur dem Ihrigen ganz gefolgt und es dem armen unglücklichen König gezeigt, wie Sie seinen großen Verlust bejammerten, es würde ihn sehr gefreut haben, und wer hätte denn schlecht genug sein können, diesen Schritt Ihnen in einem solchen Augenblick anders auslegen zu wollen, wie Sie es befürchteten? — Es tut mir wirklich recht leid, daß Sie ihm nicht geschrieben haben, weil ich Zeuge gewesen bin, wie sehr ihn solche Beweise von Anteil noch gerührt haben in seinem unendlichen Schmerz, so viel mehr wie ich gedacht hätte, daß man empfänglich sein könnte für so etwas, in einer solchen Zeit.

In einem Brief läßt es sich nicht alles so auseinandersetzen, aber mündlich würde ich es Ihnen so gerne sagen, wie so alle Annehmlichkeit des Lebens für mich dahin ist, mit ihr — sie war so unaussprechlich gut und schwesterlich mitfühlend gegen mich, so daß ich jeden Augenblick und bei jedem Ereignis sie ach! mit ewigem Kummer vermisse. Wie bereue ich jedes Wort, was ich je gegen sie kann gesagt haben; seitdem es mir klar geworden ist, daß wenn ich es tat, es gewiß nur Neid war, der aus mir sprach — weil sie so viel besser war als ich! —

Ich kann nicht fortfahren, es tut mir zu weh . . .

Der König ist so verehrungswürdig in seinem Leid, das gewiß nie enden wird — er ist so christlich ergeben und das so geduldig; er ist so gut gegen mich, daß ich ohne Tränen ihn nicht ansehen kann. —

Was mich heut so unwillkürlich eigentlich hinriß, Ihnen zu schreiben, war, daß ich zum ersten Mal die V. Vorlesung von Süvern über die Ritterzeit gelesen habe². — Sie sagten mir so oft, ich sollte jene Vorlesungen durchlesen, aber ich kam in Königsberg nur zu der ersten und jetzt las ich die Vte. Es hat mich diese Schrift so erhoben und ergriffen, wie beinah noch keine, denn es war so ganz alles, wie ich es meine und fühle, so fromm und deutsch, wie gewiß nur die Zeit sein konnte, wo die Menschen

¹ Die letzten erhaltenen Briefe Steins an die Prinzessin Wilhelm stammen vom 7. Juli und 27. September 1810.

² S. oben Nr. 53 Anm. 3.

noch glaubten und demütig waren. — Mir ists, als wenn Philosophie Eigendünkel erzeugte, und daß diese beiden Dinge daher das Zeitalter verdürben. — Ich rede wohl recht eingeschränkt und als wenn ich aus einer dunkeln Zeit redete — aber mit jedem Tag nimmt das bei mir zu, je mehr ich mich so augenscheinlich von der Nichtigkeit des Irdischen überzeuge. Ach! da wird man so klein und demütig vor dem allein Allmächtigen — das führt zum Glauben, deucht mir, nicht zum Hellehnen in den Dingen, die der Mensch doch einmal nicht durchschauen kann.

In einem bin ich besser geworden, ich darf es sagen, seitdem wir voneinander schieden, in der Frömmigkeit.

Lesen Sie mir zu Gefallen doch noch einmal die V. Vorlesung. — Mein erster Gedanke war, warum Sie den Verfasser nicht zum Erzieher damals vorgeschlagen hätten?

Ich werde ihn nun kennenlernen.

Beinah erschrecke ich, indem ich gewahr werde, daß ich nur von mir sprach — und so gerne hätte ich nur von Ihnen gesprochen, und Ihnen alles erzählt, was ich von Ihnen gehört habe von Ihren Untertanen — aber im Grunde geht das in einem Briefe auch nicht wohl an. Wie ich dort in der Gegend nur an Sie dachte, werden Sie mir leicht glauben, ein jeder sprach von Ihnen, wie ich von Ihnen denke, das tat mir so innig wohl und rührte mich oft zu Tränen. — Einmal bekamen wir ein starkes Gewitter auf der L[ahn], da mußten wir ein paar Stunden in N[assau] bleiben, der Arzt war in der Stube und ein junger Mann, der Sohn eines Justizrates — da wurde viel erzählt von der alten Zeit — ach! und das interessierte mich so sehr, so sehr. — Ein Mann von N[assau] kam auch als zu uns und war im höchsten Entzücken, wenn er von Ihnen reden konnte, ein gemeiner Mann nur, Philipp Balzer.

Ich muß enden. — Leben Sie wohl und gedenken Sie mein und meiner hohen Achtung.

Nachschrift. Meiner wartet morgen ein großes Glück, 5 meiner Brüder kommen³ — ich bin ganz außer mir vor Freude. Der eine liebt so sehr Ihren Schwager und möchte Ihnen so gerne kennen. — Ich habe Schön mehreremal gesehen, und er gefiel mir sehr. — Wilhelm empfiehlt sich Ihrem Andenken. Ich mich Ihrer Gemahlin.

³ Die Prinzessin Marianne hatte fünf ältere Brüder, Erbprinz Friedrich Joseph Ludwig, österreichischer Generalfeldmarschall, — Prinz Ludwig Wilhelm, preußischer Oberst, — Prinz Philipp August Friedrich (s. oben Nr. 234 Anm. 2), — Prinz Gustav Adolph Friedrich, österreichischer Major, — Prinz Ferdinand Heinrich Friedrich, österreichischer Rittmeister, — und einen jüngeren Bruder, Prinz Leopold Victor Friedrich, preußischer Hauptmann. Die im österreichischen Heer dienenden Brüder der Prinzessin hatten alle mit Auszeichnung am Feldzug von 1809 teilgenommen.

293. Kunth an Stein

[Berlin,] 15. Dezember [1810]

Stein-A.: Ausfertigung (eigenhändig), durch Siegelöffnung teilweise beschädigt, hier ergänzt. Vermerk Steins: „Erh. d. 24. Dez.“
 Druck: Alte Ausgabe III S. 358.

Die Veränderungen im Ministerium.

[*Das Gnadengesuch.*] Itzenplitz ist Intendant général des Domaines¹. Was kann ich tun? Ich habe mit dem Manne mit der Büste², mit dem Dualisten³, mit dem Abtrünnigen in Westfalen⁴ gesprochen. Es ist kein ernstes Ergreifen und Festhalten und Verfolgen. Sonst ginge dies wohl. Der letztere wäre am ersten eingegangen. Er ist fort. [*Geschäftliches. Bücher.*]

Mit S[chuck]m[a]nn habe ich noch nicht das geringste Unangenehme gehabt. Er gefällt mir recht gut. Er ist kalt und klar. Die ersten Tage abgerechnet, sehen wir uns nur im Amte. Ich werde leisten, was ich kann. Mit der Zeit muß die Arbeit sich doch vermindern, ungeachtet H[o]ff[ma]nn zu $\frac{3}{4}$ und Köhler ganz ausgeschieden ist⁵. Ich für mein Teil nähme mit weniger Arbeit gern vorlieb. Was ich am eifrigsten treibe und worin S[chuckmann?] bis jetzt noch gern eingegangen ist, sind immer Ihre Ideen. [Sie teilen] sich auch andern mit, und so wirken sie in [dieser] Zeit weiter fort, menschlich unsterblich, hier eines guten Geistes Früchte.

294. Stein an Marianne vom Stein

P[rag], 15. Dez[ember] 1810

Stein-A.: Ausfertigung (eigenhändig).

Die Erträgnisse von Birnbaum sollen zur Abtragung von Schulden verwendet werden

Ich schicke Dir hier einen Auszug des Briefes von T[roschke], der ein Bild von dem Verfahren der Personen enthält, denen die Sequestration anvertraut ist — Du siehst, wenn dieses Geschäft nicht in den Händen von Räubern wäre, so würden die Gläubiger, die alle westfälische oder französische Untertanen sind, befriedigt — warum befiehlt man nicht bestimmt, daß die Überschüsse sogleich zur Befriedigung der hypothekarischen Gläubiger abgeführt werden — warum schickt man nicht den Betrag der Zinsen und gibt ihm auf, innerhalb 6 Wochen die Zinsquittungen der hypothekarischen Gläubiger bei der zu bestimmenden Behörde einzureichen — wie

¹ Graf Itzenplitz-Kunersdorff, ehemaliger Landrat, war unter Ernennung zum Staatsrat zum technischen General-Intendanten für die Domänen ernannt worden. Siehe Bassewitz IV S. 143. — Itzenplitz hatte im Jahre 1808 einen Plan für die Reform der Kreisbehörden eingereicht. Vgl. Bd. II Nr. 729.

² Sack (Vermerk Steins).

³ Schön (Vermerk Steins).

⁴ Vineke (Vermerk Steins).

⁵ Jos. Gottfr. Hoffmann war an die Universität Berlin berufen worden. Er behielt jedoch die Leitung des statistischen Büros. S. Lenz, Universität Berlin I S. 252. Vgl. oben Nr. 63 Anm. 3.

leicht wäre es, in diese Sache Ordnung zu bringen und dennoch die Absichten Napoleons zu erfüllen, die gegen mich, nicht gegen die Gläubiger, gerichtet sind, worunter die pia Corpora von Münster und Wesel befindlich.

295. Stein an Reden

Prag, 18. Dezember 1810

Ehemals Preuß. Staatsarchiv Breslau: Ausfertigung (eigenhändig). Verm. Redens: „resp. d. 2. Jan.“
 Druck: Alte Ausgabe III S. 474 f. mit falschem Datum 1811.

Vorwürfe wegen mangelnden Entgegenkommens gegen Herrn von Troschke. Auswirkungen der österreichischen Inflation. Verwendung für Kunth.

Endlich, nach langem Harren, sind meine Papiere mir wieder zugekommen, sie enthalten die Ereignisse der Jahre 6. 7. 8. und erneuern Gefühle und Erinnerungen trauriger Art.

H. v. T[roschke] hat das Geld-Geschäft abgelehnt, wie ich aus seinem Brief und den Beilagen ersehe — den Rat, den Sie ihm gaben, Kauffungen¹ zu verpfänden und seines Schwiegervaters Hilfe zu suchen, konnte er nicht brauchen und der Schluß Ihres Briefes war zur Fortsetzung des Geschäfts nicht einladend.

Wäre sein Schwiegervater der geringsten Aufopferung fähig gewesen, so würde er seinen Schwiegersohn nicht in diese Verlegenheit haben kommen lassen. Er gehört aber zu den Menschen ohne Herz und Eingeweide, es sind zoologische Merkwürdigkeiten, aber ganz gewöhnliche Erscheinungen unter denen Menschen, bei denen man aber nicht in Zeit der Not Hilfe sucht.

Ihren Brief an T[roschke] schließen Sie mit denen Worten: „Meine örtliche Lage erlaubt mir nicht, mich in verwickelte Geldgeschäfte und Zahlungsverbindlichkeiten einzulassen.“

H. v. T[roschke] hat also Ihre örtliche Lage berücksichtigt und die Sache aufgegeben. Ich habe ihm sogleich meinen kleinen Notpfennig von 1000 Tlr. übermacht, die übrigen 1000 Tlr. erhalte ich durch Verpfändung von überflüssigem Silber, und so wird für das erste der Not, die aus seiner Verbindung mit mir entstanden ist, abgeholfen.

Das Sinken des hiesigen Kurses hat zur Veranlassung die starke Nachfrage nach barem Gelde, so erregt wurde durch Napoleons Operationen auf Kolonialwaren, auf das innere Verkehr der Monarchie hat dieses Sinken wenig Einfluß.

Sollten Sie nicht das Gesetzbulletin schon für mich bestellt haben², so benachrichtigen Sie mich gefälligst, ich kann es durch die hiesigen Buchhändler erhalten.

Sie haben mir Hoffnung gegeben, Fräulein Caroline³ werde mir ein gutes

¹ Troschke hatte einen Anteil an dem Gute Kauffungen in Schlesien.

² Vgl. oben Nr. 288.

³ Caroline v. Riedesel, Redens Schwägerin.

Rezept für Ölpapier schicken, ich wiederhole meine Bitte namens Theresen[s].

Wenn Sie in Schwedelsdorff 280 Tlr. mehr als bisher geben, so werden Sie es mit dieser kleinen Summe machen, wie H. Whitebread in London und H. Nathusius ehemals in Magdeburg, Sie werden die Abgabe von den Konsumenten zahlen lassen und das erhaltene freie Verkehr benutzen. Da Sie nach Berlin reisen, so würden Sie mich sehr verpflichten, wenn Sie von H[ardenberg] für den braven Kunth das kleine Kreuz des R.A.O. erbäten, er verdient es durch Einsicht, Treue.

Reisen Sie glücklich, empfehlen Sie mich Ihren Damens.

296. Stein an Gentz

[Prag,] 23. Dezember 1810

Stein-A.: Konzept (eigenhändig).
 Druck: Alte Ausgabe III S. 358.

Übersendet den Entwurf eines Gesuchs an Napoleon.

J'ai donc suivi la marche que Mr. le Cte de Metternich m'a tracée, je vous envoie un projet de lettre ci-joint¹ en vous priant de m'en dire votre opinion — je l'ai rédigé au nom de ma femme, il m'a paru qu'une mère de famille parlant au nom de ses enfants a plus de droit à l'intérêt qu'un père qu'on croit coupable et qu'on s'est plu à punir, qu'on excuse dans une lettre de femme mille imperfections qu'on aime à relever dans celle d'un homme, qu'on aime mieux agir par des motifs de clémence que de revenir sur ce qu'on a fait pour satisfaire aux demandes de la justice, comme c'est convenir d'une injustice faite et à rectifier.

Je vous prie, Monsieur, de vouloir soumettre ces réflexions à la décision de Mr. le Comte de Metternich, de juger vous-même sévèrement le projet de lettre, tant pour le fond que pour la forme, et de me faire parvenir les résultats.

297. Brief eines Unbekannten an Stein

Suhlau, 25. Dezember 1810

Österr. Staatsarchiv, Allgemeines Verwaltungsarchiv, Polizeihofstelle Wien. Interzept: Abschrift.

Kritik an der schlesischen Provinzialverwaltung. Unruhen auf dem Lande.

Es ist diesmal wohl nicht Hypochondrie, sondern ein inneren Gram erzeugendes Gefühl, welches am Schreibtisch mich begleitet hat; wenn Ew. Exz., wie ich hoffe, meine sämtliche Briefe erhalten haben, so werden Sie doch sich selbst gestehen, daß man einen Mann, der im Staate sich immer

¹ Die Entwürfe des Briefes an Napoleon und Champagny, dat. 6. Januar 1811.

rechtlich betrug, seine Pflichten, vielleicht noch mehr als ihm oblag, treulich erfüllte, nicht so preisgeben und gänzlich vergessen müßte. Daß ich keinen Schmeichlersinn habe, ist bekannt, mir übrigens nicht unangenehm, und glaubt man, daß ich bitten und kriechen soll, so irrt man sich, denn dieses tue ich nun nicht.

Was Ew. Exz. von dem bekannten Herrn sagen, so ist es recht gegründet, daß er für die hiesige Provinz in Bezug auf sein Fach, übrigens mit Hintenansetzung der Gerechtsame der Staatsbürger, Verdienste hat, doch, glaube ich, muß man die Einwirkung des ehrwürdigen Vorgesetzten, der in Berlin lebte, dabei nicht vergessen. Als er dessen Posten hatte, war nur eine Stimme, daß er dessen nicht gewachsen sei, und man war mit seiner Administration wohl nicht so besonders zufrieden, auch Ew. Exz. schon früher nicht. Daß er kein Freund vom Geben ist, war längst bekannt, und dürfte man dem allgemeinen Urteil trauen, so ließe sich manches andere behaupten, wenigstens wird ihm der allgemein bekannte Prozeß mit der Familie v. P. immer zum Nachteil gereichen. Daß er während des Krieges nicht viel mehr als den Bürochef des Herrn D. P. d. C. gemacht hat, davon habe ich mich persönlich überzeugt, und so etwas sollte nach dem ausdrücklichen Willen des Königs wenigstens nie durch Auszeichnungen belohnt werden. Gibt [es] indessen dieses Verdienst, dann hat man in dieser Provinz die Verdienstvollsten übergangen.

Doch von allem diesen und allen den Personen hier im Lande kein Wort mehr; ich fühle die heilige Verpflichtung, auf das geflissentliche alles zu vermeiden, was nur auf die entfernteste Art Ihnen nicht angenehm sein könnte; da ich Ihnen gerne [?] in Ihrer Abgeschiedenheit etwas sage, was selbige erleichtern kann, so gebe ich Ihnen die Versicherung, daß wir hier seit kurzem unter einem großen Druck seufzen und wahrscheinlich untergehen werden. Die Unzufriedenheit hat mit einem Mal bei allen Klassen sich ausgebreitet; es geschehen im Stillen Äußerungen, die nichts Gutes ahnen lassen (gebe Gott, daß alles sich beruhige!). Wohl denen, die in solchen Zeiten entfernt leben; mein Plan ist gemacht.

Dieser Tage erhielt ich einen Brief von dem Major L. aus L., welcher vorgibt, wichtige Nachrichten aus D. für mich mitgebracht zu haben, die er nur in einer besonderen Konferenz, die er in der hiesigen Hauptstadt vorschlägt, offenbaren könne. Ich habe diese Konferenz abgelehnt und ihn gebeten, mir die Nachrichten, da der Postenlauf hierher sehr sicher gehe, zu schreiben. Er mengt sich gern in alles und ist dabei plauderhaft; dieses hat er auch itzt bewiesen: in der Hauptstadt hat er nichts Eiligeres gehabt, als meiner Schwiegermutter zu sagen, daß er von dem Herrn von S. aus D. so wichtige und geheime Sachen an mich habe, daß er sie weder sagen noch an mich schreiben könne, mithin eine Konferenz mit mir haben möge; diese hat dann wieder nichts Eiligeres gehabt, als es hierher zu schreiben, und alles ist nun hier in der größten Besorgnis, was das sein möge.

298. Prinzessin Luise Radziwill an Stein

Stein-A.: Ausfertigung (eigenhändig).
 Druck: Alte Ausgabe III S. 359 f.

C[harlottenburg], 27. Dezember 1810

Karl und Marie v. Clausewitz. Gräfin Brühl. Niebuhr. Allgemeine Unzufriedenheit in Preußen. Dohnas Abgang.

J'espère que vous êtes trop persuadé de mon attachement pour vous pour m'accuser d'oubli ou d'indifférence, cependant si vous me connaissiez moins vous en auriez bien le droit, car je possède depuis un temps infini votre première lettre, et notre amie m'a remis la seconde il y a plus de 4 semaines¹. Mais depuis trois mois je n'ai pas eu une heure de santé et je ne commence de prendre l'air que depuis deux jours; j'étais si maussade, si ennuyée de mon état, si peu en état d'écrire et de m'occuper, que j'ai préféré attendre un moment où je serais moins souffrante pour vous dire combien vos lettres m'ont touchée, combien les témoignages d'intérêt et d'amitié que vous me donnez me rendent heureuse. J'ai beaucoup vu notre amie Charles² depuis son retour, cependant sa santé et la mienne y ont souvent mis obstacle. Heureusement, pendant les jours qui ont précédé et suivi le mariage de Marie³, j'ai pu aller chez elle, et elle est venue chez moi depuis, et ce moment que je redoutais tant s'est mieux passé que je n'osais l'espérer; elle paraît un peu réconciliée avec le sort de Marie, et la reconnaissance, le bonheur de Marie, paraît adoucir les regrets de sa mère. J'ignorais absolument ce projet de mariage et cet attachement qui dure depuis cinq ans, lorsque je l'appris, il était décidé jusqu'à un certain point, et j'ai cru pour le bonheur de notre amie qu'il était essentiel de tâcher de la réconcilier à cette idée et de diminuer sa répugnance, c'est à quoi j'ai mis tous mes soins. D'ailleurs, j'avais avec vérité le plus grand bien à dire du caractère et des principes de Clausewitz, qu'une connaissance qui date de 6 ou 7 ans m'a fait connaître particulièrement, je l'ai vu agir toujours d'une manière très noble et très conséquente; il est vrai qu'autant que le bonheur dépend de la fortune, il n'en promet pas un brillant à Marie, et je dois rendre la justice à Clausewitz qu'il a vivement senti cet obstacle que Marie n'entrevoyait ou ne voulait pas entrevoir. Il m'a souvent parlé avec douleur de la crainte de paraître personnel, de ne point sentir les sacrifices que lui portait Marie, tandis qu'elle, au contraire, regardait ces scrupules comme une faiblesse et les témoignages d'un attachement moins vif que le sien. Marie schien mir ein so ruhiges, frohes Gemüt zu besitzen, daß mir diese Leidenschaft eine ganz unerwartet neue Erscheinung war; ihr Kummer über die Spannung, die

¹ Die beiden Briefe Steins sind vom 24. September und 2. Oktober 1810. Der zweite wurde durch Gräfin Brühl überbracht.

² Gräfin Karl Brühl.

³ Am 17. August 1810. Vgl. oben Nr. 270 Anm. 2.

zwischen ihr und ihrer Mutter entstanden war, war so heftig, daß selbst die Gräfin für Mariens Gesundheit fürchtete und wir alle herzlich froh sind, sie jetzt gegenseitig ruhiger und zufriedener zu sehn; ich hoffe immer, die wirklich achtungswerten Eigenschaften Clausewitz' werden später zu unsrer Freundin Glück beitragen, die nach der traurigen Erfahrung, die sie an Marwitz machte, wohl berechtigt ist, einen Schwiegersohn zu fürchten: Marie bat ihn, bei Gelegenheit ihrer Verheiratung die kleine Fanny⁴ auf einige Wochen zu ihrer Mutter zu schicken, er hat es ihr aber abgeschlagen. — J'ai grondé Niebuhr de votre part, il prétend ne pas le mériter et avoir beaucoup de choses à dire en sa faveur, cependant je crois qu'il ne peut pas se disculper d'avoir eu des torts de vivacité par lesquels il a même nui au bien qu'il désirait. — In jeder Hinsicht scheinen recht traurige Aussichten uns zu umringen. — Unruhe aller Art umgibt ein höchst unzufriedenes Innere — inwiefern die Klagen gerecht oder ungerecht sind, weiß ich nicht zu beurteilen, aber ich höre sie sehr allgemein. Depuis 6 semaines, je n'ai point vu Ancillon, on le dit fort occupé de son élève et fort content de lui. Delbrück est parti, il a la commission de voyager pendant 2 ou 3 ans. Poor D[ohna] est parti, il a eu bien de la peine à gagner cette résolution, il est impossible de ne pas s'attacher à son cœur, à ses excellentes qualités, et j'ai vraiment souffert pour lui de la faiblesse qu'il ne pouvait surmonter.

Mon mari et mes enfants vous offrent mille tendres hommages; Wilhelm suit le cours d'histoire romaine de Niebuhr qu'on dit d'un grand intérêt, il étudie le latin et le grec, son frère également fait des progrès, quoiqu'il a moins de facilité de mémoire que l'aîné, mais plus d'imagination. Elisa s'est extrêmement remise, des bains qu'elle continua 6 mois ont fait disparaître tous les maux qui m'inquiétaient pour elle, et depuis quelque temps elle commence à étudier et à s'occuper; ses leçons sont partagées par les enfants de mon frère⁵, dont le petit garçon annonce beaucoup de moyens. Mille et mille choses à Madame votre épouse et aux chères petites, je désire bien d'avoir de bonnes nouvelles de vous, mais sous le rapport de la fortune, je crains plus que je n'espère.

⁴ Die Tochter Friedr. Aug. Ludw. v. d. Marwitz' aus erster Ehe mit Gräfin Franziska Brühl vgl. oben Nr. 162 Anm. 1). Die ewigen Klagen über Marwitz Grausamkeit gegen seine Schwiegermutter haben wohl ihren Hauptgrund darin, daß er nach seiner Wiederverheiratung 1809 seine Tochter zu sich nahm, die er nach dem Tod seiner Gattin und während der letzten Kriegsjahre seiner Schwiegermutter zur Erziehung übergeben hatte. Seine kurze Ehe mit Franziska Brühl war die denkbar glücklichste gewesen, er bewahrte bis an sein Lebensende seiner ersten Gattin das zärtlichste Andenken. (S. Meusel S. XXV u. S. 193 ff.).

⁵ Die Kinder des Prinzen Louis Ferdinand und der Henriette Fromm, Ludwig und Blanche die 1810 den Namen v. Wildenbruch erhielten. Louis Ferdinand hatte ihre Erziehung testamentarisch seiner Schwester, der Prinzessin Luise Radziwill, anvertraut.

299. Stein an Kunth

Prag, 29. Dezember 1810

Druck: Fournier, Stein und Gruner in Österreich S. 314. Danach Alte Ausgabe III S. 361 f.

Antwort auf Nr. 293. Rückblick auf die Jahre seiner Verbannung. Mißbilligt den Rücktritt seiner alten Freunde.

[. . .] Nun ist das zweite Jahr meiner Verbannung vorüber. Das erste war sehr verbittert durch die Erinnerung der von elenden Menschen erlittenen Verfolgungen, durch die verhängnisvolle Gegenwart, die eine gänzliche Trennung von den Meinigen anzukündigen und die Aufforderung zum Betreten einer ganz neuen wagnisvollen Bahn zu enthalten schien. Diese Gefühle wurden aufgewogen durch das große Interesse des Augenblicks, die großen Beispiele von Mut, Hingebung, Aufopferung der Umgebungen und der ganzen Nation, unter der man lebte, die Hoffnung, daß die Vortrefflichkeit des hier sich zeigenden öffentlichen Geistes glückliche Ereignisse und einen besseren Zustand der Dinge herbeiführen würden. Für jeden, der mehr lebt im Streben als im Genießen, war dieser Zustand vielleicht wünschenswerter als die Ruhe und die Ordnung, die in dem zweiten Jahr eintrat, wo man zu seinen gewöhnlichen Geschäften und Lebensweisen zurückkehrte und auf das Wiederaufbauen und Wiederherstellen des Zerstörten, auf das Anknüpfen einer neuen gesellschaftlichen Existenz, auf die Sorge für die aufblühende Generation Bedacht nehmen konnte. In diesem Sinne wird das dritte Jahr der Verbannung verlebt werden können. Vielleicht bringt es einen milden, erträglichen Zustand der Dinge.

Diese Prüfungszeit hat den Mut gestählt, die Gleichgültigkeit gegen die Tücke des Schicksals vermehrt, aber auch die Zweifel an dem Werte der Menschen, unter welchen Sie leben. — Wie groß ist nicht die Anzahl, selbst unter den Bessern, die sich zurückziehen, die nur ein flüchtiges, unfruchtbares Interesse zeigten, das erlosch, sobald Ausdauer, Kraft, Äußerung usw. in Anspruch genommen wurde. Was kann man von Menschen erwarten, die in der Zeit der höchsten Gefahr und wieder im Lauf dieses Sommers ihren König und ihr Vaterland verließen und aufgefordert, die Hand anzulegen, kalt und vernünftelnd zurücktraten? Die Gemütslosigkeit ist die böse Krankheit, die jenes Land seines errungenen Ruhms und [seiner] Selbständigkeit beraubte, und der Baum des Unglaubens, den Friedrich der Große und die Gelehrten pflanzten und pflegten, trägt jetzt seine verderblichen Früchte auf dem kalten und sandigen Boden. Diese Kälte und Klarheit, die Sie loben¹, gefällt mir nicht. Anscheinende Kälte, die aus verhaltener Kraft entsteht und mit sehr tiefem Gefühl verbunden ist, diese kann sehr viel Großes und Gutes erzeugen; aber diese Gemütslosigkeit wirkt in Ewigkeit nichts als allenfalls Dienststörungen und Akten-Volumina. An Kälte fehlte es unsern Geschäftsleuten nicht. Mit der kon-

¹ S. oben Nr. 293.

zentrierten Wärme des ganzen Generaldirektoriums hätte man nicht einen Teekessel zum Sieden gebracht.

[. . .] Sie fragen, mein schätzbarer Freund, wann wir uns wiedersehen. Ich rechne auf einen Sommerbesuch mit Gewißheit, und daß Sie bei mir in meinem geräumigen Haus wohnen. Ihre Gesundheit fordert Ausspannung und eine Reise nach Sachsen oder Schlesien.

300. Gentz an Stein

Wien, 30. Dezember 1810

Stein-A.: Ausfertigung (eigenhändig).
Druck: Alte Ausgabe III S. 362.

Metternich billigt im ganzen den Steinschen Entwurf vom 23. Dezember 1810.

Je me hâte de répondre à la lettre dont Votre Excellence m'a honoré en date du 23. — J'en ai rendu compte à Mr. de Metternich, et il approuve entièrement la forme que Votre Excellence a choisie en faisant parler Madame de Stein pour les intérêts de ses enfants. La seule observation que Mr. de Metternich a cru devoir faire, regarde le passage qui termine votre projet; il est d'avis qu'il vaut mieux garder le silence sur cette restriction¹. J'avoue que je suis du même avis.

D'après cela, Votre Excellence pourrait maintenant faire rédiger la requête accompagnée de la lettre à Mr. de Champagny écrite aussi au nom de Madame de Stein et dans le même sens que la requête. — Aussitôt que j'aurai reçu ces pièces, je les remettrai à Mr. de Metternich, et je ferai tout ce que je pourrai pour qu'elles soient expédiées sans délai. J'aurai dans le cours de cette semaine une occasion très sûre et très convenable pour écrire en particulier à Mr. le Prince de Schwarzenberg, et je lui recommanderai de mon mieux cette affaire intéressante. Je suis persuadé que le Cte. Metternich le fera aussi et d'une manière plus efficace encore.

Dieu veuille que l'année qui va s'ouvrir soit pour Votre Excellence une année, sinon de satisfaction et de prospérité, au moins de calme et d'espérance pour l'avenir!

301. Stein an Gräfin Lanskoronska

[o. O. 1810]

Stein-A.: Konzept (eigenhändig) auf dem Schreiben der Gräfin Lanskoronska an Stein, d. d. Wien, 26. März [1810].
Druck: Alte Ausgabe III S. 362 f.

Verschmäht unlautere Mittel zur Wiedererlangung seines Eigentums. Die Kaiserin Maria Ludovica. Freilassung seiner Schwester Marianne.

J'attendais le retour du Cte de M[etternich] pour faire les démarches nécessaires pour le voyage de Baden et la rentrée de mes enfants dans la jouissance de leur propriété, toujours j'ai cru devoir maintenant refuser

¹ S. den Entwurf vom 6. Januar 1811, Nr. 306 und 307.

une proposition que des personnes qui disent me vouloir du bien m'ont faite, de faire des arrangements de mariage avec un jeune homme de l'Allemagne dont le père a été protégé par N[apoléon]. Ce moyen m'a paru immoral, je ne me suis point cru autorisé de déterminer un enfant ou par influence, ou par autorité, à former des engagements dont elle ne connaît ni la nature ni l'importance.

Qu'il est heureux que cette Impératrice réunisse des qualités si distinguées pour pouvoir remplir sa destination de conserver les principes de noblesse, d'élévation, de pureté, au milieu de tant de circonstances qui tendent vers la Gemeinheit und Platttheit. Peut-être qu'elle, qui est jeune, en verra naître de plus heureuses et où les âmes bien pensantes auront plus de motifs de satisfaction qu'elles ne peuvent trouver dans ce moment-ci.

On me parle de la cherté incroyable de Baden, de quartier de très médiocre grandeur payé par jour avec 25 fl., que je dois renoncer d'y mener ma femme, ne vivant proprement que du jour à la journée et exactement comme l'enfant prodigue — aux pourceaux, dont cependant nous n'en manquons point dans notre société de ce bon Br[ünn].

Nous avons eu ici Mme de Lazansky à laquelle je crois que j'ai fait peur, donc que, pour la mettre à son aise, je l'ai évitée. —

Ma pauvre soeur a été relâchée après avoir été menée à Paris sans domestique, sans femme de chambre, accompagnée de deux gendarmes ivrognes, casernée dans le même cachot où se sont trouvés avant elle Mes. les Polignac¹, par les soins du Général...² elle a été mise en liberté, sans jamais [avoir] pu apprendre la raison de sa détention et, en attendant, on a pillé la fondation de son chapitre, un fonds de 400.000 écus en or, que le Roi de Westphalie a mangé — quelles horreurs!

302. Stein an Hardenberg

[1810 oder 1811]

PrGStA., jetzt DZA Merseburg, Rep. 92 Hardenberg H 7: Ausfertigung (eigenhändig). (Hier nach einer von Prof. Botzenhart genommenen Abschrift).

Dringende Bitte zur Beförderung seiner persönlichen Angelegenheiten.

Je m'acquitte avec bien de la satisfaction des devoirs que la reconnaissance m'impose envers Votre Excellence, comme c'est à son amitié active et con-

¹ Die Brüder Armand und Jules de Polignac, Söhne der Freundin Marie Antoinettes Jolande de Polignac. Die Familie hatte schon im Herbst 1789 auf den Rat der Königin Frankreich verlassen, die Brüder kehrten 1804 zurück und beteiligten sich an der Verschwörung Pichegrus gegen Napoleon. Sie wurden zum Tode verurteilt, aber zu lebenslanglichem Kerker begnadigt, entkamen 1813 und kehrten nach der Restauration zum zweiten Male zurück. Während Armand de Polignac keine bedeutende Stellung mehr einnahm, wurde Jules de Polignac als Günstling Karls X. Außenminister, später Ministerpräsident. Die Berufung dieses durch und durch reaktionären Mannes wurde eine der Hauptursachen der Julirevolution 1830. S. Treitschke, Deutsche Geschichte IV S. 9 ff.

² Name nicht zu entziffern.

stante que je dois l'avantage d'une existence indépendante et les moyens de prévenir ma ruine entière à laquelle je n'aurais pu échapper sans un miracle. Comme ma situation ne me permet de lui manifester ces sentiments que par des paroles, je crois devoir d'autant moins en remettre l'expression, mais au contraire prouver par mon empressement à l'annoncer, la vérité et la vivacité du sentiment.

303. Prinzessin Luise Radziwill an Stein

Berlin, 1. Januar 1811

Stein-A.: Ausfertigung (eigenhändig).
 Druck: Alte Ausgabe III S. 363 f.

Neujahrswünsche.

Je vous ai écrit il y a peu de jours, mais le C. de Homburg passant par Prague, je ne puis commencer cette nouvelle année sans vous dire, mon excellent ami, combien le souvenir de votre amitié et de votre intérêt m'est cher et combien je désire que vous me conserviez des sentiments si précieux. Puisse le Ciel écouter les vœux que je forme pour vous et les vôtres et écarter les peines et les soucis qui pourraient troubler le bonheur qui vous reste, puisse le Ciel surtout nous conserver les objets de notre tendresse, avec eux il n'est point de vrai malheur, du moins on s'accoutume et aux privations et aux sacrifices que le sort nous impose. Mari et enfants vous offrent leurs vœux avec moi et vous demandent la continuation de votre souvenir. Assurez toute la famille de mon attachement. Je me flattais de l'espoir d'aller l'été à Teplitz, j'espérais vous rencontrer; tous ces projets sont dérangés; je serai en couche dans la saison des eaux dont ma santé aurait eu bien besoin.

304. Koppe an Stein

Hannover, 2. Januar 1811

Stein-A.: Ausfertigung (eigenhändig).
 Druck: Alte Ausgabe III S. 364 ff.

Rechtfertigungsversuche.

Der Herr Feldmarschall-Leutnant Graf Wallmoden will die Güte für mich haben, diese Zeilen sicher in Ew. Exz. Hände zu befördern; es ist die erste sichere Gelegenheit dieser Art, die sich mir darbietet, und begierig ergreife ich sie: denn unter den zahllosen Entbehungen, die das feindlich mich verfolgende Geschick in länger als zwei Jahren auf mich gehäuft hat, war mir die eine der empfindlichsten, durch welche es mir unmöglich ward, auch nur einmal in dieser Zeit von meinen Gefühlen und meinen Handlungen Ew. Exz. die Rechenschaft abzulegen, die ich Ihnen vorzugsweise schuldig bin.

Wie sonderbar, wie grausam und treulos das Schicksal mit den Menschen

spielt! Unter allen Untertanen des preußischen Staats war — ich darf es sagen — vielleicht keiner Ew. Exz. Person mit einer so enthusiastischen Verehrung ergeben als ich; wenige vielleicht begriffen den notwendigen Zusammenhang Ihrer damaligen politischen Existenz mit der des Staats, den unnennbaren Wert eines Mannes von Ihrer Kraft und Ihrem Willen und Ihrem edlen Gemeinsinn in dieser erbärmlichen, an Kraft, Willen und Gemeinsinn so bettelarmen Zeit besser und klarer als ich: wenige waren bereitwilliger, alles zu wagen für den Preis, von Ihnen der Teilnahme an Ihren großen und schönen Plänen würdig befunden zu sein: — und mich vor allen andern sucht das Schicksal aus als totes Werkzeug in seiner Hand, Begebenheiten zuerst zu veranlassen, deren Folge, neben vielem persönlichen Unglück für Sie, das Mißlingen Ihrer Pläne und der Verlust aller auf Sie gestützten Hoffnungen des Vaterlandes gewesen ist!

Nur das Bewußtsein, nichts mehr bei dieser Katastrophe gewesen zu sein als ein totes Werkzeug in des Schicksals Hand, hat mir sie zu überleben den Mut gegeben: hätte ich mir irgend etwas dabei vorzuwerfen, so würde ich noch heute mich darum hassen, daß ich jenen Mut gehabt. Aber keinen sehnlicheren Wunsch hege ich, als daß auch Ew. Exz. die Gerechtigkeit mir nicht versagen mögen, die mein Bewußtsein mir gewährt; ich beschwöre Sie deshalb, wenn ich wieder in Berlin sein werde, um einige in dieser Hinsicht tröstliche Zeilen von Ihrer Hand. Ist Ihnen manches noch nicht klar aus dem Detail der unseligen Geschichte, hegen Sie Zweifel über dieses und jenes, was ich getan oder nicht getan, so haben Sie die Gnade, dann mich zu befragen: die strengste mir abgeforderte Rechenschaft wird mir die liebste sein, und nicht nur von Ew. Exz., auch vom Könige werde ich, daß sie mir abgefordert werden möge, als eine Gnade mir erbitten. Hier bemerke ich vorläufig nur einen Umstand: den direktesten Anteil an dem, was geschehen ist, hat der Zufall gehabt, welcher gewollt, daß ich vom Inhalt Ihres Briefes an F[ürst] W[ittgenstein] nicht besser unterrichtet war: Ew. Exz. erinnern sich, daß Sie anfangs willens waren, nur ein simples Kreditiv für den Fürsten mir mitzugeben, ohne schriftlich in die Sache selbst hineinzugehen; und unglücklicherweise habe ich nachher es nicht erfahren, daß im Schreiben selbst Ihre Ansicht sich geändert hatte. Dieser mein unverschuldeter Irrtum, in dem ich hinsichtlich des Inhalts jenes Briefs stand, ist schuld daran, daß ich nicht im Augenblicke, wo er mir aus dem Busen gezogen wurde, ringend mit den Gensd'armes mein Leben an seine Vernichtung gesetzt habe. Denn bei der Übermacht der letzteren mußte ich das Mißlingen dieses Versuchs als möglich, selbst als wahrscheinlich annehmen, und in diesem Fall schadete der Wert, den ich auf Vernichtung eines simplen Kreditivs, dessen Objekt nicht benannt war, also beliebig und ohne daß mir die Unwahrheit zu beweisen stand, von mir angegeben werden konnte, gelegt haben würde, bei weitem mehr als es selbst genützt haben würde, wenn die Vernichtung mir gelang. So habe ich damals räsontiert im

kritischen Augenblicke; und noch heute glaube ich, daß bei den Prämissen, die mir damals zu Gebote standen, es richtig räsontiert war¹.

Der grausamste Augenblick für mich in den letzten zwei Jahren ist unstrittig der gewesen, wo ich in der finsternen Wohnung, die Toussaints u.² Grab geworden ist, Ew. Exz. Abgang aus dem Ministerium durch die Zeitungen erfuhr. Da zwischen meiner Verhaftung und diesem Augenblicke mehrere Monate gelegen hatten, so war meine Hoffnung, das Ungewitter könne vielleicht an Ihrem Haupte vorübergehen und dem Vaterlande seine letzte, in immer furchtbarer Krisis Deutschlands doppelt gewichtigste Hoffnung erhalten werden, sehr stark geworden. Der Augenblick, in dem ich sie zertrümmert sah, und in dem ich nun alles mir schon vorher sagte, was geschehn ist, das ganze Gewebe von halben, unzusammenhängenden Maßregeln auf die Pläne hinauslaufen würde, denen der schaffende und lenkende Geist genommen war, dieser Augenblick hat wütend an meinem Leben genagt: ich bin zwei Tage darauf in eine heftige Krankheit gefallen, aus der ich nur langsam und mühsam genaß, und kaum der Gedanke an Frau und Kinder konnte die Genesung mir wünschenswert machen. Nachher habe ich den Gang der Begebenheiten nur unmutig verfolgt und ohne Glauben: ich war zu fest überzeugt, daß starke Schläge in Norddeutschland die günstige Entscheidung des Kampfs an der Donau herbeiführen mußten und daß sie nun nicht erfolgen würden. — Gegen alle späteren Begebenheiten habe ich mich geflissentlich so unempfindlich als möglich zu machen gesucht: — aber Lust zum Leben und Trost über die Zukunft habe ich während meines nachherigen 15monatlichen Aufenthalts zu Dijon in genauen Verhältnissen mit edlen spanischen Männern geschöpft, die dort, gefangen wie ich, auf bessere Zeiten harrten, an bessere Zeiten glaubten — ich habe ihre Sprache gelernt, um recht ungezwungen alle Ansichten mit ihnen austauschen zu können. Das sind Männer in der vollsten Bedeutung des Worts, und den herrlichsten Kommentar liefert eine genauere Kenntnis vieler Individuen zum Sinne und zu den Taten des Volks. Die Verhältnisse

¹ *Randbem. Steins:* „Ein Kreditiv der Person war unnütz, da H. K[oppe] sich 2 Monate bei dem F[ür]st W[ittgenstein] aufgehalten hatte und mit dessen Aufträgen nach Königsberg kam — es konnte nur von einem Brief die Rede sein, der selbst einige materielle Andeutungen enthielt. An meinem Schreibtisch sitzend, indem ich den Brief schrieb, empfahl ich dem dabeistehenden H. K[oppe] die größte Vorsicht mit diesem Brief und sagte ihm, er möchte ihn entweder in das Wagenpolster oder in eine hohle Leiste des Wagens verbergen — nachher empfahl ich ihm wiederholt in der Gegenwart des H. Gh. R. v. Altenstein die größte Vorsicht mit den Papieren, so ihm anvertraut waren. Diese Vorsicht hat er nicht angewandt — in seinem Haus mit seiner Frau und Schwägerin hatte ein Franzose namens Vigneron viel Zutritt — und mich versicherte der Staats-Kanzler v. Hardenberg ao. 1809 im Januar, ein Feldjäger Hammer habe von einem andern französischen Spion, dem Baron Moser, der zugleich mit einigen gutgesinnten Preußen in Verbindung stand, gehört, man wolle Koppe verhaften und habe ihn hiervon benachrichtigt. Er hat überhaupt nichts getan, um den Brief zu verbergen, sondern ihn ganz offen bei sich geführt.

² *Unleserlicher Name.*

mit Spanien sind, auf jeden Fall, ein unheilbarer Krebs am Leben und den Plänen des modernen Herostrats. Davon habe ich mich auf's innigste überzeugt: ich hoffe jetzt noch, beide zu überleben und Zeuge des Gerichts zu sein, das über beide schon seine nächste Nachwelt halten wird.

Aber ich darf Ew. Exz. Geduld nicht mißbrauchen — gönnte das Glück mir noch einmal eine Stunde mündlicher Unterhaltung mit Ihnen, vielleicht könnte ich manches Ihnen erzählen, was Ihnen interessant sein würde. Doch vom Glück erwarte ich nichts mehr; es kehrt zu konsequent im Großen wie in den armseligsten Kleinigkeiten mir den Rücken. Selbst meine endliche Befreiung aus Fr[ankreich] ist so feindlich modifiziert, daß ich bis jetzt ihrer mich nicht freuen kann: erschöpft und ruiniert durch die Kosten dieser zwei Jahre sitze ich jetzt hier, gezwungen, hier zu erwarten, was man in Berlin über mich zu beschließen, und ob man, bei der Art, wie ich hierhergewiesen worden, mich dorthin kommen zu lassen wagen wird. So ganz blind selbst in seine nächste Zukunft hineinzutappen, ist für den Gatten und Vater wirklich keine Kleinigkeit, und unter allen Sorgen sind vielleicht Nahrungssorgen die, von denen ein selbst nicht kraftloser Geist endlich am gewissesten überwältigt wird: denn sie führen einen unaufhörlichen Panduren-Krieg mit allem Hohen und Schönen im Gemüte, denen dieses auf die Länge nicht widersteht.

Geruhen Ew. Exz. auch jetzt noch wie ehemals die Versicherung der ehrfurchtsvollen Anhänglichkeit und Bewunderung gnädig aufzunehmen, mit der den ganzen Rest meines Lebens hindurch Ihrer Person ich ergeben bleiben, und die Rückerinnerung aus den glücklichen Zeiten, da ich in Ihrer Nähe sie täglich üben und mehren konnte, als den kostbarsten Schatz aus anderer Vergangenheit bewahren werde, so ist wenigstens einer meiner heißesten Wünsche erfüllt, und ich will viel anderes dann leichter ertragen.

305. Stein an Gentz

[Prag,] 6. Januar 1811

Stein-A.: Konzept (eigenhändig).
 Druck: Alte Ausgabe III S. 367 f.

Übersendet die Bittgesuche an Napoleon. Seine Motive. Hoffnungslosigkeit.

Voici les deux lettres, l'une pour l'Empereur, l'autre pour son Ministre¹, veuillez y faire mettre l'adresse usitée et en faire l'usage que votre amitié et la bienveillance de M. le Cte de Metternich lui dicteront. J'écris en même temps au Prince de Schwarzenberg² pour entrer dans quelques détails dont il pourra faire usage dans la conversation avec le Duc de Cadore. Je dois bien de la reconnaissance à Mr. le Cte de Metternich d'avoir voulu se prononcer distinctement en ma faveur, et de n'avoir pas été du nombre

¹ *Champagny, s. oben Nr. 291 Anm. 2.*

² *S. die folgenden Schreiben.*

de ces personnes qui craignent de se compromettre en essayant de nous rendre service, et qui aiment mieux se persuader eux-mêmes qu'ils ne le peuvent. — D'eux on peut dire:

Our doubts are traitors
And make us loose the good we might win
By fearing to attempt.

Permettez que j'entre dans quelques détails sur les motifs de ma conduite et sur mon insistance à arranger cette affaire, je n'y ai considéré que l'intérêt de mes enfants et celui de mes créanciers, absolument point le mien, comme il ne me résultera à moi aucun avantage direct, si même leurs démarches ont le résultat le plus favorable. On donnera alors aux enfants un curateur, on leur fixera une compétence, et vous sentez que je ne voudrais point la partager, mais je continuerai à vivre des débris de ma fortune que j'avais formée et de ma pension que j'ai perçue jusqu'ici.

Outre les droits de mes enfants j'ai également eu à ménager ceux de mes créanciers. Voulant me mettre à l'abri des événements de la guerre, j'avais en 1802 employé une partie de ma fortune et des fonds qui m'avaient [été] confiés à l'achat d'une terre dans la ci-devant Prusse méridionale, en m'associant un ami pour soigner l'administration. Le gouvernement saxo-polonais y a mis un séquestre qui détruit la terre, dépouille le copropriétaire et les créanciers et met dans sa conduite un acharnement et une mauvaise volonté incroyable et joint à la haine du Polonais contre tout ce qui est allemand la peur des trembleurs saxons.

Si cette affaire sera terminée, que j'ai rempli les devoirs du sang et de la probité, alors je me trouve rendu à moi-même et à mon indépendance, et je vous avoue que je suis résigné à tous les événements que l'avenir désespérant qui se présente peut amener. — Nous ne vivons point dans une époque où la vie est un travail facile, elle exige des sacrifices et l'oubli de soi-même, pourvu que nous puissions éviter d'entraîner la génération future dans le gouffre ouvert pour engloutir celle à laquelle nous appartenons.

306. Entwurf Steins zum Bittgesuch der Frau vom Stein an Napoleon

Stein-A.: Konzept (eigenhändig).
Druck: Alte Ausgabe III S. 368.

Prag, 6. Januar 1811

Gesuch um Aufhebung des Sequesters der Steinschen Güter zugunsten der Kinder.

Sire!

La grandeur d'âme et la justice de Votre Majesté Impériale inspire à une mère de famille la confiance nécessaire pour porter aux pieds de son trône les réclamations de ses enfants sur les terres de leurs ancêtres situées dans la Confédération du Rhin, le Duché de Varsovie etc. Ces terres, qui ont été

frappées par le décret Impérial du 16 de décembre 1808 d'un séquestre, sont affectées depuis longtemps d'un majorat renouvelé en 1774¹.

La continuation de séquestre prive mes enfants pour le moment des moyens d'instruction que leur éducation exige, pour l'avenir d'une propriété que la prévoyance de leurs ancêtres leur avait assurée, puisqu'une administration de séquestre dégrade les terres qui, surtout par les mesures sévères du gouvernement du Duché de Varsovie, sont détériorées dans une progression rapide, en même temps que les créanciers, qui ont avancé une partie des fonds pour l'achat, ne touchent ni intérêts ni capital.

V. M. I. a manifesté d'une manière si glorieuse et éclatante son amour pour la justice et sa volonté de rétablir le règne des lois en rendant en France aux familles dépouillées par la révolution leurs états et leurs propriétés et en levant en Allemagne les séquestres et les confiscations que la guerre avait occasionnées, que j'ose espérer avec confiance qu'elle daignera rendre à moi et à mes enfants la tranquillité et le bonheur en m'accordant ma respectueuse prière.

D'ordonner la levée du séquestre en faveur de mes enfants², cet acte de clémence ajouterait les sentiments d'une reconnaissance éternelle à ceux de respect et de soumission avec lesquels j'ose me dire, Sire, de V. M. I. . .

¹ *Durch den Familienvertrag von 1774, vgl. Pertz, Stein I S. 16 f.*

² *Das folgende von der Hand der Frau vom Stein anstelle des ursprünglichen von Stein selbst geschriebenen Abschlusses: „dont le père est prêt à renoncer de la manière la plus formelle à tout avantage direct et personnel qui résulterait pour lui de la cessation du séquestre afin que ses enfants ne souffrent des mesures dirigées contre lui.“*

307. Entwurf Steins zum Briefe der Frau vom Stein an Champagny

Stein-A.: Konzept (eigenhändig).
Druck: Alte Ausgabe III S. 369.

[Prag,] 6. Januar 1811

Bittet um befürwortende Weiterleitung ihres Gesuchs an Napoleon.

J'ose réclamer pour un moment l'attention de Votre Excellence en faveur de mes enfants, et son caractère bienveillant et sensible, dont le souvenir s'est conservé dans le pays où elle a représenté son Auguste Souverain¹, me garantit qu'elle m'écouterà avec bonté et ne me refusera point son appui.

Le décret du 16 décembre 1808, qui a frappé d'un séquestre les terres de ma famille, est surtout destructif pour la fortune et l'état moral de mes enfants, en faveur desquels ces terres ont été affectées par leurs ancêtres d'un majorat renouvelé formellement en 1774. Ils se voient privés pour le moment par ce séquestre des moyens d'instruction que leur éducation exige, et pour l'avenir d'un établissement que la prévoyance de leurs pères leur

¹ *Champagny war, wie oben Nr. 291 Anm. 2 erwähnt wurde, von 1801—1804 französischer Gesandter in Wien gewesen und hatte in der Tat dort den besten Eindruck hinterlassen.*

avait assuré, comme les terres se dégradent par l'administration négligente des étrangers, que les intérêts s'accroissent et les créanciers se croient privés des fonds qu'ils avaient placés.

J'ai cru devoir présenter à S. M. I. une requête pour la levée du séquestre en faveur de mes enfants encore mineurs et pour la nomination de curateurs par les autorités de la confédération du Rhin et du duché de Varsovie où les terres sont situées, j'ai osé lui exposer mes inquiétudes et lui énoncer mes vœux. Veuillez, Monsieur le Duc, les appuyer et les protéger et jouissez de la satisfaction d'avoir rendu le calme et le bonheur à moi et à mes enfants.

308. Stein an Schwarzenberg

[Prag.] 6. Januar 1811

Stein-A.: Konzept (eigenhändig).
 Druck: Alte Ausgabe III S. 369 f.

Begleitschreiben zu den Briefen seiner Frau vom 6. Januar 1811. Eingehendere Darstellung seiner Besitzverhältnisse. Motive seiner Bemühungen um Aufhebung des Sequesters.

Veillez permettre, mon Prince, que j'ose ajouter aux lettres ci-jointes et à leurs copies quelques observations dont peut-être vous jugerez convenable de faire usage verbalement auprès du Duc de Cadore.

Je suis prêt à renoncer de la manière la plus formelle à tout avantage direct et personnel qui résulterait de la levée du séquestre, afin que mes enfants ne souffrent des mesures prises contre moi.

Je ne considère dans cette affaire que l'intérêt de mes enfants et celui de mes créanciers — comme en levant le séquestre en leur faveur on leur fixera une compétence que certainement je ne voudrais point diminuer à leurs dépens en y participant, et je me bornerai à vivre de quelques débris que j'ai conservés, ayant d'ailleurs peu de besoins.

J'avais employé en 1802 une partie de ma fortune et des emprunts à l'achat d'une terre dans la ci-devant Prusse méridionale, et je m'étais associé un ami pour soigner l'administration.

Le gouvernement saxo-polonais a établi un séquestre qui détruit la terre et dépouille les créanciers et le copropriétaire.

C'est donc pour satisfaire aux devoirs de père et à ceux que la probité m'impose envers les familles qui m'ont confié une partie de leur fortune, que j'ose m'adresser à vous, mon Prince, et vous prier d'appuyer cette affaire de l'influence que la grandeur du Souverain que vous représentez vous donne et la considération personnelle dont vous jouissez dans un degré si éminent par la réunion des qualités qui inspirent la plus grande confiance et celles du héros qui commandent l'admiration.

Nachschrift. Les formes observées en 1808 pour la mise du séquestre sont l'insertion dans les papiers publiés et l'ordre donné à Mr. de Bacher à

Francfort¹ et de Bourgoing² à Dresde de demander aux Princes de Nassau et de Saxe que le séquestre soit constitué — vraisemblablement que la même marche sera suivie si la levée est décrétée.

309. Englischer Paß für Stein auf den Namen Karl Frücht

Stein-A. C I/20f: Ausfertigung mit dem Siegel des britischen Geschäftsträgers Prag, 11. Januar 1811
in Prag, Alexander Horn.

Nous Alexander Horn Chargé des Affaires de Sa Majesté Britannique etc. prions tous ceux qui sont à prier, et requérons tous ceux qui sont à requérir de laisser librement passer le Sieur Charles Frucht allant en Angleterre avec un Domestique sans lui donner, ni permettre qu'il lui soit donné aucun empêchement, mais au contraire de lui prêter toute l'aide et assistance dont il pourroit avoir besoin. — En foi de quoi nous lui avons délivré le présent passeport, écrit et signé de notre propre main et muni de l'empreinte de nos armes. — Fait à Prague ce 11. Janvier 1811. Valable pour le cas de besoin.

(LS) Alexander Horn.

310. Stein an Münster

[Prag,] 11. Jan[uar] 1811

Stein-A.: Konzept (eigenhändig).

Druck: Pertz, Stein III S. 43 ff. nach der Reinschrift mit einigen unbedeutenden Abweichungen (deutsch); Alte Ausgabe III S. 370 f. nach dem Konzept. Ebenso hier.

Der Achtbefehl Napoleons als Resultat der Umtriebe seiner innenpolitischen Gegner. Unsicherheit seiner Lage. Erbittet Auskunft über die Möglichkeit eines Asyls in England. Glaube an den Untergang des napoleonischen Zepters.

Je ne puis laisser passer l'occasion qui se présente d'écrire à V. E. pour me rappeler à son souvenir, lui parler de moi et de la allgemeine Lage der öffentlichen Angelegenheiten.

Noch immer dauert die von der französ[ischen] Regierung ausgesprochene Acht fort, sie wurde veranlaßt hauptsächlich durch die von einer zahlreichen sich erhebenden, aus allen gemeinen, gnußliebenden Menschen zusammengesetzten Kabale in Berlin, welche Herrn v. Voß an die Spitze der Geschäfte wünschte, um durch ihn jede verbessernde Maßregel zu hindern, diese Partei bearbeitete den mißtrauischen, beschränkten, heftigen M. Davoust, dessen Berichte den Kaiser zu einer Gewalttätigkeit bestimmten, zu der er vielleicht sonst nicht geschritten wäre. Ich lebe hier in diesem Land zwar ruhig, seine Lage ist aber noch so unsicher, so gefahrvoll, daß Umstände eintreten können, die mich nötigen, es zu verlassen, und dann bleibt kein Zufluchtsort übrig als England — ich würde zugleich genötigt, allen

¹ Theobald Bacher, damals französischer Geschäftsträger beim Bundestag des Rheinbunds in Frankfurt. In dieser Eigenschaft hatte er auch den Armeebefehl vom 16. Dezember dem Herzog von Nassau zur Vollstreckung zugesandt.

² Französischer Gesandter in Dresden.

Nous Alexander Horn

chargé des affaires de Sa Majesté Britannique G. B. R.



Prions tous ceux qui sont à portée, et requérons tous ceux
qui sont à requérir de laisser librement passer le Sieur Charles
Arucké allant en Angleterre avec un domestique sans lui
donner, ni permettre qu'il lui soit donné aucun empêchement,
mais au contraire de lui prêter toute l'aide et assistance
dont il pourrait avoir besoin. — En foi de quoi nous
lui avons délivré le présent rapport, écrit et signé de notre
propre main et muni de l'impression de nos Armes. —
Fait à Prague le 11 Janvier 1811.

Valable pour le cas
de Besoin



Alexander Horn.

Englischer Paß für Stein (Nr. 309)

meinen hiesigen Hilfsquellen zu [ent]sagen, und dann entsteht die Frage, ob ich dort nur so viele Unterstützung finden würde, als zu einem mäßigen Auskommen nötig ist — hierüber erbitte ich mir E. E. Belehrung. Der jetzige Zustand der Dinge, wo alles vom rücksichtslosen Willen eines Mannes abhängt, kann nicht dauern — sobald die Hand des Unterdrückenden erschlaft oder sinkt, oder wenn das Maß seiner Verbrechen voll ist, so wird eine Reaktion stattfinden, zu der alles vorbereitet wird durch den tiefen Unwillen, welchen Willkür, das Niedertreten der alten, auf Besitzstand und Recht gegründeten Verhältnisse, die Verachtung aller Denkfreiheit, die fortschreitende Verarmung verursachen, dieser Unwille verbindet sich mit Gewohnheit an Entbehrung und die Überzeugung, daß bei dem gegenwärtigen Zustand der Dinge jedes Verhältnis ungewiß und wandelbar ist, daß also jede Sorge für Erhaltung oder Befestigung der subsistierenden Einrichtungen vergeblich ist. Jeder, auch der Geringste und Dümme, sieht ein, daß alle die Worte von Freiheit der Meere usw. leere Wortschälle, geistlose Vorspiegelungen sind, ein zerissener Bettlermantel, um die verächtlichste Herrschsucht zu bedecken.

311. Stein an Gneisenau

P[rag], 13. Jan[uar] 1811

Stein-A.: Konzept (eigenhändig).
 Druck: Alte Ausgabe III S. 371 f.

Bittet um seine Verwendung für Herrn v. Troschke. Egoistische Haltung der Ungarn gegenüber der Finanznot Österreichs. Kritik der ungarischen Agrar- und Steuerverfassung.

[Lage Troschkes.]

Hier wird alles gelähmt durch den rohen Egoismus der Ungarn, die dem Staat 12 Mill. Einlösungs-Scheine zur Deckung des Defizits oder des jährlichen Ausfalls der Einnahme verweigern¹. Das Defizit ist eine natürliche Folge der Herabwürdigung des Münz-Zeichens² und der Verringerung der Monarchie — es ist daher nötig, daß die übrigbleibenden Teile ihre Geldbeiträge erhöhen, ihre Streitkräfte mehr anspannen, und Ungarn, das jetzt von Frankreich und Rußland unmittelbar bedroht wird³, hat jetzt ein politisches Interesse, das bei dem ehemaligen Zustand der europäischen Staatenverhältnisse mangelte. Eine Verfassung, die $\frac{8}{10}$ der Nation in der Dienstbarkeit hält und dessen Erwerbfließ lähmt, den größten Teil des

¹ Vgl. Kraft S. 35 ff.

² Das Finanz-Patent O'Donnells vom 26. Februar 1810 hatte nicht vermocht, die Zerrüttung der Staatsfinanzen und das Fortschreiten der Inflation aufzuhalten. O'Donnells Nachfolger, Graf Wallis, bereitete eben damals neue umfassende Maßregeln vor, um die Staatsfinanzen auf einer neuen Grundlage zu sanieren. Vgl. Kraft und Hofmann v. Wellenhof.

³ Seit dem Frieden von Schönbrunn (1809), der Frankreichs Machtgebiet in Illyrien bis an die Save vorgeschoben hatte und Rußland einen Teil Ostgaliziens überließ.

Grund-Eigentums der Steuerpflicht entzieht, an ihre Stelle einen persönlichen Kriegsdienst setzt, der kein anderes Resultat hat, als eine unbeholfene Masse zu sammeln, unbrauchbar, unkriegerisch, durch lange Ruhe verweichlicht — eine solche Verfassung kann den Kampf mit übermächtigen Nachbarn nicht bestehen, sie muß auf eine konstitutionelle Art oder durch einen Gewaltstreich, z. B. wie 1772 die schwed[ische] Verf[assung] durch Gustav III.⁴ geändert werden. — Der erste Weg setzt eine Versammlung geistvoller patriotischer Staatsmänner, der letzte einen kräftigen Regenten voraus — welches ist vorhanden?

312. Stein an Marianne vom Stein

[Prag,] 19. Jan[uar] 1811

Stein-A.: Ausfertigung (eigenhändig).
 Druck: Alte Ausgabe III S. 372.

(Sequester von Birnbaum.) Rät zu einer Reise nach Wiesbaden. Vorschlag einer Zusammenkunft in Teplitz.

[Herr von Troschke.]

Der Aufenthalt in Wiesbaden wird für Deine Ruhe, Deine Gesundheit einen wohlthätigen Einfluß haben, ich rate Dir also sehr dazu, auch werden sich meine dortigen Angelegenheiten wohlbefinden, da M[arschall] ein rechtschaffener, wohl denkender Mann ist, ein ehrlicher Franke. Du kannst Deine Gesundheit zum Vorwand nehmen, die auf jeden Fall Ruhe braucht, und schreibe nur durch die Gräfin Kielmansegg¹ an Marschall — oder auch durch S[enff]t.

Wenn Du im Frühjahr die Reise antreten wirst, so können wir in Teplitz zusammenkommen, ich habe nur sechs Posten hin, Du ohngefähr 4 Posten und kannst von hier aus gerade nach Leipzig Deine Reise fortsetzen, ohne über Dresden zurückzugehen [. .].

313. Kunth an Stein

[Berlin,] 19. Jan[uar] 1811

Stein-A.: Ausfertigung (eigenhändig). Vermerk Steins: „alles sei angekommen, außer die Karte von Preußen und die Humboldtschen Sachen d. 31. Jan.“
 Druck: Alte Ausgabe III S. 372 f.

Ausdruck persönlicher Dankbarkeit und Verbundenheit.

[*Muß Stein „schelten“ wegen der gestörten Dispositionen betr. Zinszahlung. Bücherbeschaffung.*]

Schelten muß ich dann Eure Exz. zum zweitenmal, daß Sie mich mit Ihrem Danke betrüben. Ich werde meine Schuld niemals abtragen, meine heilige

⁴ *Gustav III. (1771—1792), durch seine Mutter Ulrike der Nefte Friedrichs d. Gr., hatte im August 1772 die schwedischen Partekämpfe durch einen Staatsstreich und die Einführung einer neuen Verfassung beendet. Im Jahre 1792 wurde Gustav III. ermordet, ihm folgte sein Sohn Gustav IV. Vgl. oben Nr. 86 Anm. 6.*

¹ *Die Gräfin Friederike v. Kielmansegg, Schwester der Frau vom Stein.*

große Schuld — für das Vertrauen, welches Sie damals so bald dem Ihnen wenig Bekannten zuwendeten; für die Herrschaft, die Sie, unabhängig von dem äußeren Verhältnis, über mich erwarben; für den Einfluß, den Sie, wie nie ein andrer Mensch, auf meine Denkungsart, meine Ansicht der Welt, des Lebens, des Dienstes, gehabt haben; für das, was Sie auch äußerlich für mich getan hätten (und wirklich — ohne daß Sie es wissen wollen — getan haben), wäre nicht ein feindseliges Schicksal zwischen uns trennend getreten. Was ich ferner in einem langen Leben noch an kleinen Diensten leisten kann, werden immer nur kümmerliche Abschlagszahlungen eines schlechten Schuldners in meinem Gefühle sein. Auch lade ich eine neue große Schuld auf mich, wenn ich Sie bitte, wie ich hier mit tiefer Rührung tue, und wohl noch manchmal tun werde, und für die spätere Zeit Ihre Kinder bitte, meinen guten herzlichen Kindern durch das rauhe Leben zu helfen, wenn ich nicht mehr sein werde. Lassen Sie also nur mich allein die Rechnung machen; dann wird sie richtiger werden [*Dank für ein Neujahrsgeschenk*].

314. Aufzeichnung Steins

[Prag,] 21. Januar 1811

Stein-A. CI 16/3: (eigenhändig).

Verwaltung von Steins Besitzungen in Nassau.

Der Inhalt der Briefe betrifft

I) Die Meubles —

1) man hat die im Schreiben der Mad. Wieler h. d. verzeichneten für einen Spottpreis verkauft — die übrigen nebst Gemälden und Bibliothek in der Gegend bei Nassau untergebracht. —

Hierbei wird es sein Verbleiben haben, und wünschte ich sehr, daß die Sachen, so in Frankfurt sind, aus dieser Stadt hinweggeschafft würden, entweder zu denen übrigen, oder zu folgenden Personen:

H[errn] Gosebruch nach Oberlahnstein, od[er] dem v. Steinschen Kellner H[errn] Seebold in Kirberg oder dem Pfarrherr Oly in Marienfels bei Nassau oder zu Löw nach Stade — denn sie stehen an einem Ort wie Frankfurt, wo so viele Douaniers, Polizei-Offizianten und Aufseher und Aufspäher aller Art sind, äußerst unsicher.

II) Wiederbesetzung der Stelle eines Beamten in Nassau. Ich wiederhole meinen Wunsch, daß Gosebruch es werde, und hoffe, daß er die Stelle wenigstens interimistisch und auf ein Jahr annehmen werde. — Er kennt meine Geschäfte, er hat viele Betriebsamkeit und Geschäftsfähigkeit, und seine Fehler¹ überwiegen bei weitem seine guten Eigenschaften — es wäre am besten, wenn die Fr[au] G[räfin] v. Kielmansegge ihn zu sich nach Frank-

¹ *Akkusativ!*

furt beriefe durch ein Schreiben, welches M[adame] Wieler an Gosebruch besorgte, dorten mit ihm spräche und ihn mit einem Empfehlungsschreiben an H[errn] v. Marschall schickte. — Es ist sehr zu wünschen, daß der gegenwärtige Zustand der Dinge bald aufhöre. Dieses könnte man gleich auf eine vorsichtige Art der Gräfin Kielmannsegge schreiben.

III) Anstellung eines Kurators — deshalb werde ich an Spiegel schreiben.
IV) Aufenthalt meiner Schwester in Wiesbaden.

Dieser wäre sehr vorteilhaft, sie kennt meine Geschäfte und wird durch ihren Rat sehr nützlich sein; die sie betreffende Stelle habe ich abgeschrieben, um sie ihr mitzuteilen.²

V) Rechnungen

kann ich jetzt nicht geben, sondern muß man Papiere nachsehen, die in Königsberg liegen.

VI) Heirats-Kontrakt

hiervon ist ein Exemplar in den Händen meiner Frau, einer des F[eld]-m[arschalls] Wallmoden, einer muß bei denen Papieren [sein], die Wieler nach Frankfurt geflüchtet hat, ich wünsche sehr, daß diese Papiere bei G[raf] Löw deponiert würden, da hier die Hauptdokumente meiner Familie befindlich sind.

Wegen der Punkte I., III., IV., V., VI. kann bei Gelegenheit der Reise des H[errn] Rothschilds geschrieben werden, wegen II. aber durch die Post, nur muß mein Schreiben an Gosebruch jene Gelegenheit abwarten.

315. Gentz an Stein

Wien, 27. Januar 1811

Stein-A.: Ausfertigung (eigenhändig).
Druck: Alte Ausgabe III S. 373 f.

Weiterleitung der Briefe vom 6. Januar. Metternichs guter Wille.

Ich benutze eine sichere und schnelle Privat-Gelegenheit, um Ew. Exz. in der Kürze das Nötigste zu sagen, was ich, einiger Nebenumstände wegen, der Post nicht anvertrauen konnte.

Ich habe die bewußten Briefe richtig empfangen, sie aber geflissentlich so lange zurückgehalten, bis Tettenborns¹ Abreise ganz festgesetzt war. Dies tat ich in der Überzeugung, daß bei der jetzigen Lage der Sache auf die tätige Verwendung des Fürsten Schwarzenberg das meiste ankommen wird. Ich wollte aber weder den Brief Ew. Exz., noch den, welchen ich selbst dem Fürsten geschrieben, auf einem andern Wege als durch Tettenborn an ihn gelangen lassen; zugleich habe ich denn auch diesen, der bei der dortigen

² Siehe oben Nr. 287.

¹ Der bekannte spätere Reitergeneral, der sich in den letzten Feldzügen unter Schwarzenberg vielfach ausgezeichnet hatte und von ihm auch in Friedenszeiten als Adjutant zum diplomatischen Dienst herangezogen wurde.

Geschäftsführung eine bedeutende Person, ein überaus wohlthätiger Mann und einer meiner besten Freunde ist, zu jeder Art von Mitwirkung aufgefordert.

Graf Metternich, dem ich am Tage vor T[ettenborn]s Abreise die Briefe einhändigte, hat mir aufgetragen, Ew. Exz. zu melden, daß er sie dem Fürsten Schwarzenberg übersendet und denselben instruiert hat, sie zu übergeben, auch den Inhalt aufs kräftigste zu unterstützen. — Daß dies alles wirklich geschehen ist, und daß Graf Metternich in jeder meiner Unterredungen mit ihm über diesen Gegenstand die löblichsten und wohlwollendsten Gesinnungen an den Tag gelegt hat, kann ich verbürgen. Tettenborn ist in der Nacht vom 23ten zum 24ten von hier abgegangen. Ich bin sehr gespannt auf den Erfolg der in Paris zu erwartenden Schritte und werde Ew. Exz. sogleich, als ich nur die erste Nachricht davon erhalte, das Weitere berichten. Es gibt zwar jetzt nicht viel Stoff zu interessanten Mitteilungen; ich werde aber Ew. Exz. ein kleines Gemälde unserer jetzigen Lage entwerfen², welches Louis Rohan, der in 8 Tagen nach Prag zurückgeht, Ihnen überbringen soll.

316. Stein an Prinzessin Luise Radziwill

[Prag,] 27. Januar [1811]

Stein-A.: Konzept (eigenhändig);

Österr. Staatsarchiv, Allg. Verwaltungsarchiv, Polizeihofstelle Wien, Interzept: Abschrift (stark beschädigt). Danach der letzte Teil des Briefes hier gedruckt (von den Worten „und von aufopfernder Ergebenheit“ bis Schluß).

Druck: Alte Ausgabe III S. 374 f. (unvollständig nach dem Konzept), danach hier.

Vorteile einer Badekur in Teplitz. Die Heirat der Gräfin Marie Brühl. Das Verhalten Niebuhrs. Die Ursachen der Mißstimmung gegen Hardenberg. Beurteilung des Königs.

J'étais trop convaincu de la constance des bienveillants sentiments que V. A. R. a daigné m'accorder pour ne point attribuer son silence à tout autre motif qu'à celui de l'indifférence et, d'ailleurs, j'en savais la raison par les lettres de la bonne Ctesse Charles [Brühl] qui me parlaient des inquiétudes que lui donnait l'état de la santé de V. A. R. Je crois qu'un séjour aux bains de Teplitz lui ferait du bien sans même en faire usage comme la réunion d'une société variée, le séjour dans un beau pays dans la belle saison, sont des Umgebungen bienfaisantes pour le physique et le moral de ceux, die die Gegenwart und die Vergangenheit drückt. Même en faisant abstraction du reste, l'esprit d'aigreur et de mécontentement qui règne à B[erlin] et dans tout ce pays entretient en lui seul un état d'irritation qui est extrêmement pernicieux pour tout être sensible et délicat, l'éloignement seul déjà est bienfaisant, et je désire que V. A. R. puisse s'y décider, ce qui me procurerait également le bonheur de lui faire ma cour, que j'ambitionne vivement. Notre excellente C[omtesse] Ch[arles Brühl] se fera difficilement à ce mariage¹ qui lui enlève la société d'une amie en don-

² Fehlt.

¹ S. oben Nr. 298 Anm. 3.

nant à celle-ci un établissement précaire — je désire qu'elle puisse revenir de son opinion et que sa fille parvienne en redoublant de soins et de prévenances et son beau-fils en la convaincant de ses qualités morales à lui faire aimer ces nouveaux rapports, ce qui sera cependant très possible, comme elle a le coeur aimant. J'avoue à V. A. R., je suis de l'opinion de St. Paul que le célibat est à l'époque dans laquelle nous vivons préférable au mariage, et je désire que mes filles adoptent dans son temps ma manière de voir qui s'appuie de l'état révolutionnaire dans lequel nous vivons, de l'égoïsme et de l'immoralité générale.

Je ne sais point où le bon Danois Niebuhr est allé prendre la vivacité qui l'emportait, il aurait mieux fait de suivre les modèles de dévouement patriotique de l'histoire romaine qu'il enseigne que le verkehrten Geist du public de Berlin — il est naturel qu'on se plaigne des changements amenés par la force des choses, car tous ceux qui doivent payer les nouveaux impôts le font à contre-coeur, à eux se réunissent tous ceux qui appartiennent aux corporations ecclésiastiques et nobilitaires dissoutes, il n'est point douteux que les partisans des anciens ministres et tous ceux qui veulent des emplois et de l'argent, se réuniront aux premiers et que la grande masse du public qui adopte aveuglément les opinions fortement émises par beaucoup de personnes augmente la foule des mécontents, et on oublie ce qu'on doit à sa patrie, à un Roi respectable par ses vertus, par ses malheurs dont il faut attribuer la plus grande partie à la corruption du peuple qu'il a gouverné. Puisse l'assemblée des provinces qu'il a appelée auprès de son trône² lui donner des marques de résipiscence und von aufopfernder Ergebenheit; et il est du devoir de tous les hommes bien pensants de contribuer et de se réunir pour inspirer à ceux qui forment cette assemblée les sentiments du bon citoyen d'union et d'attachement à une dynastie, qui les a gouvernés avec sagesse et gloire.

Je prends une part bien vive à la satisfaction que les progrès des jeunes princes vous donnent, Madame — daignéz me rappeler au souvenir bienveillant du Prince votre époux, agréer les hommages de ma femme et de mes enfants, et être convaincue du dévouement respectueux.

317. Stein an Marianne vom Stein¹

P[rag], 1. Febr[uar] 1811

Stein-A.: Ausfertigung (eigenhändig). Vermerk Steins am Kopf des Briefes: „Präsident vom Tribunal in Posen“ und noch eine nicht zu entziffernde Abkürzung.

Provisorische Verpachtung von Birnbaum an Troschke. Wielers Nachfolge.

² Um der allgemeinen Opposition gegen sein Wirtschafts- und Finanzprogramm zu begegnen, hatte Hardenberg am 27. Dezember 1810 eine Versammlung von Notabeln (von der Regierung zu ernennenden Vertretern) der ganzen Nation für den 20. Januar 1811 nach Berlin berufen. Über den Konflikt mit der ständischen Opposition vgl. Steffens, Hardenberg und die ständische Opposition 1810/11.

¹ Vermerk von Marianne vom Stein am Ende des Briefes: „M. Prozdzyński Procureur Royal au Tribunal de première Instance à Posen“.

Dein Brief hat T[roschke] bestimmt, sich zur Pachtung zu bestimmen, wie er mir d. 20. m. pr. schreibt, aber hinzufügt
 „in der Hauptsache, nämlich der Übernahme der Pachtung, ist es sehr übel, daß man nicht weiß, von wem man die Bedingungen erfahren soll, ebensowenig, an wen man sich zu wenden hat. Von D[resden] aus erfolgen keine Antworten, und im Herzogtum die Sache bei der Präfektur oder dem Prokurator vorzutragen, ist eine Sache von einem halben Jahr, denn diese fragen erst an. Wenn doch Ew. Exz. erfahren könnten, mit wem man diese Angelegenheit zu verhandeln habe.— So lange man die Person nicht weiß, wird alles übrige schreiben nichts helfen u.s.w.“

Da sich nun T[roschke] zur Pachtung erklärt hat, so müßte man doch den Präfekten anweisen, die Verpachtungstermine zu halten und T[roschke] oder seinem Mandatarius diese und die Bedingungen bekanntzumachen. Daß dieses geschehe, bitte ich Dich, darauf dringe, damit dann doch die Gläubiger, welche nunmehr alle französische Untertanen geworden sind, befriedigt werden.

Ich suche eine auf Federn hängende Kalesche, wo im Fond 2, zur Not bei ungestümen Wetter 3 Personen, sonst eine auf dem Vorderplatz sitzen kann; hoffentlich finde ich eine aus der zweiten Hand; eine neue könnte man für 200 bis 220 f[lorin] in Konventions-Geld haben.

Wegen W[ieler] mußt Du einen Brief erhalten haben mit einem Auszug aus dem der G[räfin] K[ielmansegg], der Dir über alles Erläuterung gibt.²

T[roschke] ist rechtlich, hypochondrisch, heftig, stolz — halb kultiviert, das ist die Krankheit des Zeitalters, daher mehr schwätzend, schreibend als handelnd; der gegen ihn gehegte Verdacht ist ungegründet.

Lebe wohl, meine liebe Marianne, ich freue mich, Dich zu sehen und wünschte, Du machtest einen Aufsatz über Deine Angelegenheit, Dir werde ich auch manches Sonderbare mitteilen.

Meine Umgebungen grüßen Dich herzlich.

Wenn Du eine gute Gelegenheit weißt, die Kleinschmidt unterzubringen, so benutze sie, sie ist eine gute Person, aber uns vollkommen überflüssig.

Von Teplitz aus wirst Du über Chemnitz nach Reichenbach, Hof, Bamberg, Würzburg u.s.w. nach F[rank]furt gehen, der Weg ist von Bamberg aus gut und angenehm.

318. Bemerkungen Steins zu Gentz' Gutachten [Prag.] 11. Febr[uar] 1811

Stein-A.: Konzept (eigenhändig). Vermerk Steins: „Opinion sur les finances de l'Autriche 1810 Dec[embre] par Pozzo Observations sur l'Opinion u.s.w. par Gentz 11. F[ebrua]r 1811.“

Gutachten über Maßnahmen zur Sicherung der Finanzverhältnisse in Österreich.

Herr v. G[ent]z widerlegt das wilde Projekt, die B[anco-] Z[ettel] auf den Satz eines momentanen Börsenkurs auf 3/10 ihres Nennwerts herunterzu-

² Vgl. oben Nr. 287 und 314.

setzen. Er zeigt dessen Härte und Unausführbarkeit und geht zu der Entwicklung seines Plans über.

Um denen Nachteilen der Überhäufung des P[apier-] G[eldes] abzuhelfen, kann man dreierlei Wege einschlagen —

entweder man kann ihm die Eigenschaften des Geldes nehmen und es demonetisieren; oder man kann seine Menge allmählich vermindern; oder man kann es nach einem angemessenen Kurs beibehalten und alle Zweige der Finanzverfassung auf ein so bestimmtes Papier gründen —

(Eine plötzliche Demonetisierung der P[apier-] G[elder] würde die Folgen haben eines schleunigen Verschwindens des Zirkulationsmittels, ohne Ersetzung durch ein Surrogat — es würde alles Aufbringen der Abgaben, die Befriedigung der unter Privatpersonen eingegangenen und einzugehenden Verbindlichkeiten außerordentlich erschweren und ein plötzliches Sinken des Werts der Dinge verursachen, wodurch alle Eigentumsverhältnisse zerüttet würden.)

Allmähliche Verminderung des Papier-Geldes durch seine allmähliche Einziehung mittelst erhöhter Abgaben und Vernichtung des eingezogenen — p. 91. Der Zweck, den man auf diesem Weg erreichen wollte, war

I.) entweder die B[anco-] Z[ettel] um die Hälfte zu vermindern und dieses durch den Domänenverkauf und durch Abgabenerhöhung zu bewirken.

Es wird aber eine Summe nutzbares Eigentum verwandt, um einen nichtigen Zweck zu erreichen,

so wie die Masse der B[anco-] Z[ettel] sich vermindert, so muß eine größere Masse nutzbaren Eigentums zur Einziehung der B. Z. verwandt werden. — Der Zweck ist aber nichtig, denn er ist kein anderer, als daß die B. Z. dem Münzwert nähergebracht — p. 101 — und daß der Marktpreis in anderen Zahlen ausgedrückt werde.

p. 104. Der Nachteil des P[apier-]Geldes besteht aber nicht in der Verschiedenheit des Preises der Dinge in Papier und in Münze, sondern in der Möglichkeit seines unbegrenzten und fortschreitenden Sinkens; verhindert man dieses, bringt man es in Beharrungszustand, so sind alle Nachteile, so aus dem P. G. entstehen können, gehoben. Alles hängt davon ab, den Wert des P. G. in einen Beharrungsstand zu bringen.

II.) Man kann aber auch, nachdem die Hälfte eingezogen worden, mit der Maßregel in Ansehung der zweiten fortschreiten, die Einziehung wird aber wegen des Steigens des Werts der B. Z. immer kostbarer oder die Verwendung einer größeren Masse nutzbaren Eigentums erfordern. Die Reduktion des P. G. von 1000 M. auf 250 würde die Verwendung von 300 Mill. nutzbaren Eigentums erfordern haben, und wollte man die ganze Masse der B.Z. aus der Zirkulation ziehen, so würde dieses 600 Mill. gekostet haben.

p. 121. Die Einlösungsscheine waren nur der Ersatz eines Papiers mit einem anderen, sie sollten durch Realisationslasten im Preis gehalten werden, zu

deren Bildung man ausländische Anleihen unter sehr lästigen Bedingungen suchte.

Ist eine allmähliche Verminderung des P. G. nachtheilig und eine gänzliche Vernichtung desselben unmöglich oder wenigstens durchaus verderblich, so bleibt nach der gegenwärtigen Lage der Dinge die Erhaltung der B. Z. das einzige anwendbare und haltbare System.

p. 129. Der Preis des Zirkulationsmittels hängt von dem Verhältnis seiner Menge zu den Erfordernissen der in der bürgerlichen Gesellschaft vorkommenden Veräußerungen an Ware und Arbeit ab.

Dieses Verhältnis machte eh[e]mals eine Summe von 250 Mill. Münze nötig (p. 137) und unerachtet der Verminderung des Umfangs der Monarchie wird eine gleiche Summe nötig bleiben wegen des gestiegenen Nationalwohlstandes — da man aber 1000 Mill. ausgab, unerachtet, daß die Erfordernisse der Zirkulation mit 250 Mill. befriedigt waren, so müßten 400 der wahre Wert des im Übermaß ausgegebenen Papiergeldes sein (eigentl[ich] hätte der Kurs 250 sein sollen).

Sinkt das Papier unter seinen natürlichen Wert, so ist dieses eine Folge unmittelbarer Ursachen oder mittelbar darauf einwirkender Nebenumstände, der Diskredit ist mittelbar oder unmittelbar. Dieser ist eine Folge des Mißtrauens in die Dauer des Papiers, die Weisheit und Kraft der Regierung. — Der mittelbare Diskredit des Papiers entsteht aus dem unverhältnismäßigen Steigen des Preises der edlen Metalle, den starke Nachfrage oder ihre steigende Seltenheit verursacht hat.

Den unmittelbaren Diskredit muß man denen Mißgriffen der Regierung zuschreiben (p. 153).

Der Wert des Papiers kann keine Festigkeit erlangen (157), weil nichts in dieser Absicht von seiten der Regierung geschieht, das Defizit ist wachsend, das Steigen der Preise rasch — man gleiche das erstere aus, man setze dem letzteren Grenzen (159), man handle mit Folge (160), man erlasse nicht Patente, ohne sie auszuführen, man überlasse die öffentliche Meinung nicht allen ihrer Verirrungen.

Die Seltenheit der Metalle allein kann die raschen Abwechslungen im Wert der Papiere nicht verursachen, da ihre Abnahme und selbst die Nachfrage darnach nicht im gleichen Verhältnis wandelbar ist.

(191) Das P. G., besonders wenn es überhäuft ist, verdrängt die Münze vom einländ[ischen] Markt, die nur noch zum Verkehr mit dem Ausland gebraucht wird — und hierdurch steigt ihr Wert — und es entsteht ein Schwanken zwischen dem Preis der Metalle gegen das P. G., welches das Agiotieren verursacht — dieses treibt man öfters durch simulierte Wechsel-Geschäfte — (193).

(p. 203) Die Handelsbalance wirkt auf den Preis des P. G., ist sie nachtheilig, so steigt die Nachfrage nach Münze, die man zu der Bezahlung der auswärtigen Schulden allein brauchen kann. Wahrscheinlich ist die Han-

delsbalance für Österreich günstig, es kommt also nur auf eine solche Leitung der Zahlung an, damit die wechselseitig eingegangenen Verbindlichkeiten zwischen Ein- und Ausland zur Ausgleichung benutzt werden (p. 213).

In dieser Absicht muß eine Bank errichtet werden (223), der das ausschließende Recht beigelegt würde, die Geldgeschäfte mit dem Ausland zu verrichten, und man müßte die Börse abschaffen (226). Das Vermögen der Bank müßte sich bilden durch Teilnahme der Regierung, der wichtigsten Handelshäuser, großer Gutsbesitzer.

(237) Zusammenhängende Darstellung des Plans der Reform der Geldpartie und Finanzen

1) Erklärung der B. Z. als Landesmünze¹—die Münze als bloße Handelsware— 2) die ältern eingegangenen Geldverhältnisse müßten näher und besonders bestimmt werden²— das Papier-G[eld] soll nicht vermehrt werden— Die Delegation der Fabrikation an die ständischen Deputationen ist etwas Anomales mit der monarchischen Verfassung, 244 p. es ist hinreichend, wenn man die Platten und Stempel zerbricht.

Man bestimmt einen angemessenen Normal-Kurs, er scheint 400 zu sein, und errichtet eine Bank mit einem Fond von 5-6 Mill. Münze (249).

256. Polizei der Waren-Preise werde belebt.

Ausmittlung der Staatsbedürfnisse (258)³

p. 262. Militär zu 100 Mill. nach dem Kurs von 400 M. — Zivilliste 80 M. Öffentliche Anstalten 30 Mill. — Staats-Schuld-Zinsen von 600 M. — 30. S[umm]a 240/4 Mill. = 60 Mill. Bargeld.

Verbesserung des Abgabe-Systems besonders Mitleidenheit von Ungarn p. 270. (Ein tumultarischer Reichstag und eine Exemption einer Klasse von allen Dienstleistungen, das ist keine Verfassung. Ungarn müßte erst eine Staatsverfassung erhalten, um nicht allein seine Abgaben-Einrichtung, sondern auch seine ganzen übrigen inneren Einrichtungen zu verbessern).

p. 276. Man müßte die Staatseinnahmen auf 300 Mill. in B. Z. zum Kurs von 400 erhalten.

p. 278. Bildung eines Reservefonds von 50 Mill.

p. 283. Für Krieg — als Einziehungsmittel (292) der zu einem zukünftigen Gebrauch aufbewahrten B.Z., deren Zerstörung äußerst schädlich ist (p. 297); jedes Geldzeichen ist Assignation auf eine Quantität Arbeit und Ware — bare Münze gilt im Weltverkehr, Papier gilt im inneren Landesverkehr⁴.— Man erlangt den Besitz eines Papiers oder Münze nicht als gegen Veräußerung von nutzbarem Eigentum oder Arbeit — und der Untertan liefert es

¹ *Randbemerkung Steins:* „Ist durch das Patent dd. 15. März geschehen.“

² *Randbemerkung Steins:* „gleichfalls“.

³ *Randbemerkung Steins:* „Naturallieferung“.

⁴ *Randbemerkung Steins:* „Das Metallzeichen muß ich erkaufen oder aus der Erde gewinnen, das Papierzeichen kann ich selbst willkürlich darstellen.“

nicht ein als nachdem er einen Teil seines Eigentums zu seiner Erhaltung verwandt hat — und die Zerstörung des Papierzeichens conduit a la destruction d'une quantité plus ou moins grande de valeur réelle. — In einem Tilgungsfonds gleich dem englischen wird ein Kapital erlöscht, indem ein anderes an seine Stelle gesetzt wird.

Soll das P[apier-] G[eld] ganz verschwinden, so kommt an seine Stelle Münze; diese wird entweder aus dem verschlossenen Kasten wieder erscheinen, und dann war sie vorhanden, aber nur ruhend, — oder sie muß durch Anleihen aus dem Ausland angeschafft werden, und dieses wäre kostbar und lästig. Will man nur einen Teil einziehen und diesen vertilgen, so bleibt immer eine Zerstörung von einem realen Wert — in meinem Plan verschwindet nicht das Papier, sondern es wird zu andern Zwecken aufbewahrt (p. 297). Das Steigen des Papiers hat wenigen Wert, wenn man es nur in Beharrungsstand bringen kann (300).

303. Hat der Reservefond eine bestimmte Höhe erreicht, so muß er zu einem Tilgungsfond verwandt werden, denn würde das Papiergeld zu selten werden, so entstünden alle Nachteile, so aus der Seltenheit des Zirkulationsmittels erfolgen. — Die Basen des Systems sind Normalkurs, Verbesserung des Abgabe-Systems, Mitleidenheit von Ungarns Bank — fortschreitender Silbermangel.

Bereitwilligkeit, den Staat aus der Gefahr zu reißen, und die ganze Insurrektion bestand in einer unbeholfenen Menschenmasse von 39/m M. [39 000 Mann]. Hat Ungarn eine Verfassung? ein tumultarischer R[eichs-] T[ag], die Exemption einer Klasse von allen Geldleistungen, Leibeigenschaft in ihrer rohesten Gestalt von 3/5 der Nation. Das ist keine Verfassung — Ungarn müßte erst eine Staatsverfassung erhalten, und nur dann beobachtet der König seinen Krönungs-Eid, wenn er alles versucht, um die geistigen und physischen Kräfte der Nation und des Landes zu entwickeln, indem er ihr den Genuß einer gesetzlichen Freiheit verschafft.

Ihm liegt es auf, das für Ungarn zu werden, was Gustav a[nn]o 1772 für Schweden ward, ihm stehen Mittel zu Gebot, die dieser nur kärglich besaß — auch die bewegende Kraft?

Die Geschichte des Feldzugs von 1809 liegt vor mir, und nur mit dem tiefsten Gefühl von Schmerz und Unwillen kann man sie lesen — diese große Masse tapferer Männer so spät, ängstlich und verkehrt in Tätigkeit gesetzt, im entscheidenden Augenblick, den 19. April, auf eine Linie von 6 Meilen zerstreut, durch einen Zwirnsfaden verbunden, die zerstreuten feindlichen Korps läßt man ruhig sich sammeln, man fällt nicht über sie einzeln her, stellt sich nicht zwischen sie — alles besteht in einem blutigen, erfolglosen Angriff bei Hausen, Dinglingen — nun kommt Napoleon den 20. — er zerrißt den Bindfaden, er wirft die schwächere Abteilung über die Isar u. s. w. — Und dieser Feldherr, für den eine so glänzende, vorteilhafte Lage, mit großen Streitkräften mitten unter den vereinzelt feindlichen Korps zu

stehen, die Ursache einer schmachlichen Niederlage wird — zeigt in seiner Untätigkeit bei Wagram, in seinem Mangel von Sorgfalt, den Übergang zu erschweren, das Schlachtfeld vorzubereiten, die denen feindlichen Streitkräften entgegensetzenden Hindernisse zu vervielfältigen, dieselbe Geistlosigkeit — wer mag es wünschen, ihn je wieder an der Spitze der Armeen zu sehen — oder wer mag über dieses allgemeine Zusammentreffen unglücklicher Umstände wünschen, zu leben. —

Ich halte die Verminderung der Anzahl der B. Z. durch ihre Einziehung gegen Einlösungsscheine für nützlich, weil die Verminderung der Geldzeichen allein schon dem Schwanken der Preise eine beschränkbare physische Grenze setzt — bis jetzt haben sich die Preise noch nicht im Verhältnis des durch den Börsenpreis reduzierten Werts gleichförmig ausgeglichen, weil man immer noch eine Milliarde B. Z. hat und ihre Anwendung im Verkehr noch immer nach sehr schwankenden Sätzen geschieht — das Verschwinden der alten Münzzeichen wird aber dem neuern selteneren Papier einen höheren Wert geben. Die späte Erscheinung der Einlösungsscheine halte ich für einen großen Mißgriff.

Die vom Staat gewählte Verpflegungsart der Armee durch Lieferanten trägt sehr zur Preissteigerung bei, ich halte den eh[e]mals im Preußischen eingeführten Weg der Naturallieferung für vorzüglicher, weil jener Nachteil vermieden und ein großer Teil der Armeebedürfnisse vom Schwanken der Preise unabhängig gemacht wird. Die Mißbräuche bei Naturallieferungen lassen sich durch Aufsicht und Ordnung heben.

319. Stein an Marianne vom Stein

[Prag,] 15. Febr[uar] 1811

Stein-A.: Ausfertigung (eigenhändig), Spuren des briefschließenden Sekrets.

Verpachtung von Birnbaum. Ankauf eines neuen Wagens für Marianne.

Nach meinen heutigen Nachrichten ist der Termin zur Verpachtung noch nicht bestimmt. Wenn doch der vorgeschriebene Weg endlich zum Ziel führte — das immer noch sehr entfernt ist.

Aus zweiter Hand kann man eine Kalesche mit Stahlfedern, aber hölzernem Achsen-Langbaum, für 1200 f. Banco-Zettel kaufen, die Banco-Zettel stehen jetzt ungefähr zu 800 f. — für eine ganz neue fordert man 2500 f. B. Z. Das wäre also für eine gebrauchte 150 f. Konvent.-Geld, für eine neue mit eisernen Achsen, Schwanhälsen, Federn 300 f. K.-G. Hierauf ließ sich aber noch handeln — ich glaube für einen mäßigen Preis die Kalesche zu Wasser nach Dresden schaffen zu können. — Schreib mir also bald Deinen Willen. Wohlfeiler wie hier bekommst Du den Wagen nicht. Antworte mir bald. — Lebe wohl und sage mir, daß es Dir wohl geht.

320. Wilhelm v. Humboldt an Stein

Wien, 16. Februar 1811

Stein-A.: Ausfertigung (eigenhändig).
 Druck: Alte Ausgabe III S. 375 f.

Humboldts Stellung und Verhältnisse in Wien. Die politische Lage. Apathie in Österreich. Preußische Zustände. Nicolovius und Süvern. Verhältnis zu Stackelberg. Durchsickern von Nachrichten über die Zusammenkunft Stein-Hardenberg im September 1810.

Ich habe eine Gelegenheit abgewartet, um Ew. Ex. gütiges Schreiben vom 26. Okt.¹ zu beantworten. Eine solche gibt mir jetzt die Abreise des H. v. Wulffen und die Inlage². Ich hätte auch früher leicht eine finden können, allein ich hielt es fast für Unrecht, einen Mann, der seine Zeit immer gut zu benutzen weiß, mit einem Briefe zu beschweren, der keinen bestimmten Gegenstand hätte.

Mir geht es hier sehr gut. Es ist mir ziemlich gelungen, diejenigen Verbindungen zu finden, die für mein Geschäft nützlich und zugleich mir angenehm sind, ich lebe außerdem glücklich in meiner Familie; und es bleibt mir, wenigstens manchmal, auch Zeit zu eigenen Beschäftigungen. Nur an eigentlich gehaltvollem Umgang bleibt doch Mangel, und Mangel, den ich fühle, weil ich einmal Umgang nicht vermeiden kann. Teils sind der Männer, die sich mit Ernst auf ein Geschäft oder ein Studium werfen, doch wirklich nicht viele; teils ziehen sie sich zurück, teils lassen sie sich gar durch die Frivolität des gesellschaftlichen Lebens abziehen. Daß ich dazu wenig Geschick habe und wenig in das innere Leben dieser Gesellschaften eingehe, läßt mich manchmal sehr einsam mitten in ihren Zirkeln. Die Schreiberin der Inlage ist mir eine der liebsten Personen hier und viele Männer wert. Nur hat sie jetzt ein Leben gewählt, bei dem man sie selten zu sehen bekommt. Über die Weltbegebenheiten weiß ich kaum, ob ich Ew. Exz. etwas sagen soll. Sie liegen, dünkt mich, auch wenn man noch so einsam lebte, ziemlich offen da. Eigentliche Krisen scheinen mir noch so bald nicht zu drohen. Aber was hilft das, wenn die größten Staaten nicht daran denken, sich moralisch und physisch zu stärken, um drohendes Unglück zu entfernen, oder unabwendbares noch mit dem Mut, der sich auch da noch rüstig und kräftig auf eine andere Seite hin wirft, zu ertragen?

Von uns[erem] Herrn höre ich, da ich einen stark und natürlich [?] Unzufriedenen, B[eym]e[?], gar wenig, aber doch manchmal sehe, viel Klagen. Ein genaues Urteil kann ich nicht fällen. Aber im ganzen scheinen mir die Sachen so übel nicht zu stehen. Nun ist ein Weg eingeschlagen, geht man

¹ Gemeint ist Steins Brief vom 28. Oktober 1810, oben Nr. 277.

² Die Einlage fehlt. Die Schreiberin war, wie sich aus dem Briefe Steins vom 26. September ergibt, Henriette Herz (1764—1847), die Witwe des im Jahre 1803 verstorbenen Arztes Markus Herz. Sie gehörte, wie Rahel Varnhagen, zu den durch Geist und Schönheit ausgezeichneten Frauen, in deren Salons sich das ganze geistige Berlin zusammenfand. Zu ihrem engsten Freundeskreise gehörten vor allem Schleiermacher, die Brüder Humboldt, später Börne. Auch Prinz Louis Ferdinand hatte in ihrem Kreise verkehrt.

nun den fort, so wirken Zeit und die natürlichen Kräfte, und man kommt doch ans Ziel. Von Nicolovius habe ich einen sehr braven Brief, der mich aufgerichtet hat. Er und Süvern arbeiten mit Mut und in einem stillen und guten Sinne fort. Sie verbessern, wie ich ihnen beim Abgang riet, das Innere, da die Regierung in Gewährung der äußeren Hilfsmittel sehr und wirklich zu sparsam ist. Ob Schuckmann eine gute Wahl ist, weiß ich nicht. Ich hörte vor vielen Jahren ein Kollegium mit ihm und sah ihn seitdem nur einmal wieder.

Stackelberg³), den Sie, wie ich weiß, auch achten und lieben, ist ein großer Trost hier. Wir sind im ganzen Corps diplomatique wohl am genauesten verbunden, und je mehr ich ihn sehe, desto mehr schätze ich seine Denkungsart. Auch seine Frau sehen wir oft.

Nachschrift. Ich halte es für Pflicht, Ihnen anzuzeigen, daß man von Berlin uns hierher geschrieben hat: Ew. Exz. hätten in Schl[esien] eine Zusammenkunft mit H[ardenberg] gehabt, und die neuen Finanzpläne wären teils Ihr Werk, teils hätten sie Ihre ganze Zustimmung.

321. Stein an Nesselrode

Prag, 17. Februar [1811 ?]

Stein-A.: Konzept (eigenhändig).

Verkauf der Herrschaft Landskron.

Je sais l'occasion du départ de Mr. votre fils pour me rappeler au souvenir de votre Excellence et lui dire quelques mots sur la situation de l'héritage de Landskron. J'ignore absolument l'état présent, je sais seulement que les héritiers de Diepenbroich (?) tombent (?) à N les intérêts d'un capital négocié pour le paiement du Comte de Bas[senheim], et que je crains que les créanciers de la rive gauche ne reçoivent ni intérêts ni capital et finiront par s'en prendre à ma propriété de la rive droite. Ne serait-il pas possible de les pauser [?] pour qu'ils s'adressent à la direction des domaines pour obtenir leurs intérêts et leur capital des arrérages sur le prix de la vente? Il m'est impossible, vu mon éloignement local et mon ignorance de la situation de l'affaire, de proposer un plan quelconque pour procurer aux créanciers le paiement, et je dois entièrement ceci à la sagesse de Votre Excellence.

Je ne lui dis rien sur ma position, Mr. votre fils pourra vous en donner quelques détails.

322. Stein an Gräfin Arnim

Prag, 18. Februar 1811

Stein-A.: Konzept (eigenhändig).

Beileid zum Tode des Sohnes. Bedauert seine unzureichende Unterrichtung und geringen Einwirkungsmöglichkeiten auf die Öffentlichkeit. Fragen nach der Familie und dem Religionsunterricht der Kinder. „Pardonnez-moi ces questions, elles s'adressent à une mère tendre et respectable.“

³ *Russischer Gesandter in Wien.*

323. Stein an Marianne vom Stein

P[rag], 23. Febr[uar] 1811

Stein-A.: Ausfertigung (eigenhändig), Spuren des briefschließenden Sekrets. Vermerk Steins: „An die Frau Dechantin Freyin vom Stein zu Dresden.“

Mariannes Dresdener Aufenthalt. Ankauf eines Wagens. Bevorstehendes Wiedersehen.

Ich habe die Briefe dd. 15. und 18. Februar erhalten und danke Dir, meine liebe Marianne, für Deine treue, unermüdete Sorgfalt, das unglückliche B[irnbaumer] Geschäft zu betreiben, möchtest Du es nur während Deines Aufenthaltes in D[resden] zum Schluß bringen. —

Für Dich habe ich eine Kalesche für 1150 f[lorin] B[anco-]Z[ettel] gekauft, sie hängt in stählernen Federn und ist bequem, ich wünschte noch einige Abänderungen zur Bequemlichkeit machen zu lassen, die ppter. 80 f. B. Z. kosten werden oder 10 f. Konventions-Geld — hast Du einen Koffer, sonst kaufe ich einen aus der 2ten Hand und laß ihn vorrichten — Du tu[s]t besser und übermachst jetzt gleich 150 f. Konvent[ions-]Geld, um den Kurs, der über 800 steht — 840 f. zu benutzen; er könnte wieder fallen, nämlich unter 800 f.

Wenn ich eine sichere und recht wohlfeile Gelegenheit weiß, so schicke ich Dir den Wagen nach D[resden]. Du hast den Vorteil, keinen Mietkutscher zu brauchen, der immer viel mehr kostet als die kaiserliche Post, wo man 2 Pferde per Station mit 6 f. B. Z. bezahlt. Gibt man auch 5 f. Trinkgeld, so kostet die Station noch nicht 1 Taler K[onventions-]G[eld].

Lebe wohl, liebe Marianne, sage unsrer guten, leidenden Schwester vieles Freundschaftliche und Teilnehmende von uns allen.

Hast Du an M[arschall] nach W[iesbaden] geschrieben, sobald Du eine befriedigende Antwort hast und die gute Witterung eingetreten, wollen wir in T[eplitz] ein paar Tage verleben — laß uns aber das warme, mildere Wetter abwarten, die Kälte taugt uns in keinem Sinn genommen etwas.

324. Stein an Marianne vom Stein

P[rag], 5. März 1811

Stein-A.: Ausfertigung (eigenhändig), Spuren des briefschließenden Sekrets. Vermerk Steins: „An die Frau Dechantin Freyin vom Stein.“

Teildruck: Alte Ausgabe III S. 376 f.

Birnbaum. Bevorstehendes Zusammentreffen in Teplitz. „Ich erwarte noch große Stürme“. Steins Deck-Adressen in Prag.

Das Schreiben dd. 26. Februar mit der Anlage ist richtig angekommen, ich werde versuchen, sogleich umzusetzen und alles berechnen, auch den Koffer besorgen — Du wirst den Wagen ohne großen Verlust wieder loswerden, an dem Ort seiner Bestimmung.

Ich wünschte sehr, daß die B[irnbaumer] Sache zu Ende gehe. — Sobald Du Antwort aus W[iesbaden] erhalten, wollen wir uns wegen der Zusammenkunft in T[eplitz] vereinigen, ich wünsche sehr, daß wir gutes Wetter haben,

weil die Gegend von T[eplitz] alsdann außerordentlich schön und angenehm ist, und wir ein paar Tage dort verleben können, da ich die Straßen u.s.w. satt habe.

Gott erleichtere unsere gute arme Schwester, der Du viel Freundschaftliches von uns allen sagen muß — ich hätte sehr gewünscht, sie zu sehen und meinem Ziel gleich nahe zu sein; ich erwarte noch große Stürme, daran teilzunehmen, bin ich zu alt, sie ruhig und leidend anzusehen, zu jung und zu teilnehmend — das Zeitalter wird entweder gestählt oder alles sinkt in einen großen inerten Klump zusammen, welches letztere mir doch auf die Dauer nicht recht wahrscheinlich scheint.

Adressiere Deine Briefe unter Kuvert von Widtmannsches Buchhandlung in P[rag], Klein Seite, oder an H[errn] Lemberg, Nr. 123 Heuwags Gasse, Klein Seite — sie kommen mir dann ganz richtig zu.

Lebe wohl und empfiehl mich Deinen Umgebungen.

325. Kunth an Stein

[Berlin,] 5. März [18]11

Stein-A.: Ausfertigung (eigenhändig) mit starken Beschädigungen durch Aufbrechen des briefschließenden Siegels.

Bestätigung des Briefes vom 14. Februar. „Gut, daß es mit B[irn]b[aum] wenigstens so weit ist.“ *Drängt, seine Beziehungen auszunutzen, um keine Verzögerung in der Sache des Domänenkaufs eintreten zu lassen. Genugtuung über sichere Boten.* „Das heillose Zeitalter, das Sie so wahr schildern, dem nichts mehr heilig ist, und das mit seinen Sophistereien nicht bloß den gesunden Menschenverstand, sondern auch alle besseren Gefühle, Liebe, Treue, stete Anhänglichkeit an etwas anderes, außer dem Ich, vernichtet. Ich komme mir manchmal ganz einfältig vor unter diesen Menschen . . .“ — „Herr Buchwald [Graf Reden] ist hier, doch sehr hinfällig . . .“.

326. Stein an Kunth

[Prag,] 7. März 1811

Druck: Fournier S. 318. Danach Alte Ausgabe III S. 377. Ebenso hier.

Übersendung eines Briefes für Arnim. Würdigung Hardenbergs.

Ich schicke Ihnen, lieber Freund, die Einlagen und die lettres interceptées¹, um sie unserm barschen Mann² einzuhändigen; ist er aber nicht in Berlin, so nehmen Sie die lettres interceptées heraus und geben sie in die Hand des freundlichen liebenswürdigen Mannes, dem Sie den Herbst bereits eine offene Mission zugestellt haben³. Was wird aus allem diesem werden? Glück-

¹ Die Einlage an Arnim nachstehend. — Die „lettres interceptées“ sind die „Dépêches interceptées en Espagne et publiées dans le Courrier de Londres No. 10, le 1. février 1811.“ Es handelte sich dabei um Depeschen, welche die Abdankung Joseph Bonapartes als König von Spanien und die Übertragung der Krone an Napoleon ankündigen sollten. Diese die napoleonische Politik in Spanien schwer kompromittierenden Dokumente fielen den spanischen Aufständischen in die Hände und kamen auf diesem Wege in die englische Presse.

² Arnim.

³ Hardenberg.

lich, wer über dem Meer ist — oder jenseits des Grabes . . . Hier heißt es, der Minister v. Hardenberg sei ernstlich krank. Ist dieses wahr? Es wäre ein sehr großes Unglück, wenn der Staat diesen würdigen Mann verlieren sollte.

327. Stein an Arnim

Prag, 7. März 1811

Druck: Fournier S. 138. Danach Alte Ausgabe III S. 377. Ebenso hier.

Übersendung eines Schriftstücks für Hardenberg. Zuspitzung der politischen Lage. Persönliches.

Ich schicke Ihnen, mein verehrungswürdiger Freund, die Einlage¹, um sie, nach genommener Einsicht, an den abzugeben, den der Hühnerdieb² wegzubeißen bemüht ist³ und für den Sie sich so kräftig interessieren. Die Ausichten trüben sich. Ich bin bereit, Chancen zu laufen, nur wünschte ich, daß vorbereitend das Domänenprojekt zustande käme. Ich höre, daß Sie Warmbrunn brauchen wollen. O, warum nicht Teplitz? Ich würde Sie dort besuchen.

¹ Die im vorstehend abgedruckten Briefe an Kunth erwähnten Papiere.

² Voß.

³ Hardenberg.

328. Stein an Gräfin Brühl

[Prag,] 7. März [1811]

Stein-A.: Konzept (eigenhändig).
Druck: Alte Ausgabe III S. 378 f.

Hartes Urteil über den preußischen Volkscharakter. Unzufriedenheit mit den Notabeln. Historische Studien. Die Familie Stadion. Frau v. Stael.

J'ai pris une part bien vive au plaisir que votre réunion avec la bonne petite Fanny vous a causé et [suis] bien charmé de vous savoir satisfaite de la gouvernante à laquelle on l'a confiée. Le motif qu'a eu le cher couple¹ de la remettre entre vos mains n'est pas bien distinct, mais que peut-on attendre des habitants de ces sandigen Steppen, diesen pffifigen, herzlosen, hölzernen, halbgebildeten Menschen — die doch eigentlich nur zu Corporales und Calculators gemacht sind. Ces Mess. les notables n'ont jusqu'ici encore montré, à ce qu'on me dit, que de l'ineptie et de la mauvaise volonté² — je dois ce-

¹ Friedr. Aug. v. d. Marwitz und seine zweite Gattin, geb. Gräfin Moltke.

² Die erste Versammlung der Notabeln hatte vom 23. Februar bis Ende März 1811 getagt. Sie waren von Hardenberg am 27. Dezember 1810 ursprünglich auf den 20. Januar berufen worden, um die Grundsätze seines Reformprogramms, insbesondere des Finanzprogramms vom 27. Oktober 1810 zu beraten, das beim Adel eine heftige Opposition hervorgerufen hatte. Diese Opposition machte sich bei der ersten Versammlung schon sehr erfolgreich geltend und zwang Hardenberg in vielen Punkten zum Nachgeben. Der Widerstreit der Ideen des ständisch-partikularistischen Staates und des bürokratischen Einheitsstaates durchsetzte diese Kämpfe um die Finanz- und Agrarfragen, die im Vordergrund des Interesses standen. Vgl. für die Einzelheiten Steffens, Hardenberg und die ständische Opposition 1810/11.

pendant excepter Arnim, dont la conduite mérite à tous égards des éloges³. Je me donnerai la vie de Fénelon, je suis maintenant occupé à faire pour H[enriette] un tableau historique de la révolution⁴ et de la lui présenter avec les couleurs les plus faites pour inspirer de l'horreur pour ces événements désastreux et cette nation tigre singe. La lecture de plusieurs ouvrages volumineux qui en traitent et qu'il faut consulter pour savoir la vérité me prend beaucoup de temps. H[enriette] annonce einen richtigen, besonnenen Verstand, sie hat eine große Leichtigkeit zu lernen und eine unerschöpfliche Gutmütigkeit. La petite Thérèse est charmante[?], elle a beaucoup de talent pour la musique et la danse, de l'application, un grand désir de s'instruire, mais plus de difficultés de subir l'humeur extrêmement inégale et beaucoup de susceptibilité. Sa petite société la quitte, comme notre bonne et aimable voisine, la Comtesse Czernin, part dans quelques jours pour Vienne, d'où elle ne revient qu'au mois de mai. La famille St[adion] est bien sensible à votre souvenir, elle est la bonté, la raison, l'aménité même, et lui est un homme estimable et très intéressant à tous égards. La connaissance du Comte Fritz Stadion, du frère du ministre⁵, m'est d'une grande ressource, il a infiniment de moyens, beaucoup d'activité, d'instruction, une grande connaissance des hommes et des affaires, et c'est une perte irréparable de voir tant de talents unbenutzt untergehen. — Lui, comme tous les honnêtes gens, sont atterrés par la situation présente des affaires générales et par la progression effroyable de ce système destructeur et subversif. Nous avons eu ici des fragments manuscrits de l'ouvrage de Mme de Staël sur l'Allemagne qui a été supprimé. Il y a des observations infiniment justes et spirituelles sur les femmes allemandes dont elle fait l'éloge, sur l'imitation des étrangers, sur le Cte Maurice [qui] avait des qualités très essentielles du coeur et de l'esprit, une très grande aptitude pour les affaires, des connaissances variées, mais qu'il s'est donné beaucoup de peine à cacher sous des formes et des habitudes peu considérables pour un homme de ses connaissances. Je le trouve très heureux, je sens que la vieillesse n'est point un état désirable, pas même supportable, surtout dans l'époque dans laquelle nous vivons, où tous les anciens rapports et habitudes sont détruits. — Je suis sûr que notre ami qui est bon et aimant et beaucoup trop doux pour ces pflüffe, herzlose, hölzerne, halbgebildete Brandenburger, dont j'excepte en tout leur A[rnim], tâchera de vous obliger dès ce que l'époque d'un peu plus d'aisance sera arrivée.

³ *Über Arnims Tätigkeit in der Notabelnversammlung ist (nach Steffens, Hardenberg S. 46) nicht viel zu ermitteln.*

⁴ *Die „Geschichte des Zeitraums von 1789—1799“. S. Alte Ausgabe III S. 587.*

⁵ *S. Bd. I Nr. 114 Anm. 1.*

329. Stein an Marianne vom Stein

[Prag,] 9. März 1811

Stein-A.: Ausfertigung (eigenhändig), Spuren des briefschließenden Sekrets. Vermerk Steins: „An die Frau Dechantin Frein vom Stein.“

Behörden verzögern den Verpachtungstermin von Birnbaum.

Liebe Freundin, T[roschke] klagt in seinem Schreiben dd. 25. Febr[uar], das Kreisgericht behaupte, Vorschriften erhalten zu haben, die es befolgen müsse und nach denen an einen Verpachtungstermin noch gar nicht zu denken sei — ich fürchte, man gibt Dir leere Versicherungen, könntest Du dann nicht eine Abschrift der abgegangen sein sollenden Verfügungen erhalten. Wie könnte T[roschkes] Bevollmächtigter unter dem 15. Febr[uar] das oben Erwähnte berichten, wenn den 4. Febr[uar] bereits die angeblichen Verfügungen nach Posen abgegangen wären, wie Du unter dem 25. Febr[uar] erwähnst.

Lebe wohl, liebe Marianne.

330. Stein an Kunth

[Prag,] 10. März und 21. April 1811

Stein-A.: Konzept (eigenhändig). Ebenda Berichtigung der Berechnung, Konzept (eigenhändig).

Ankauf eines Gutes in Schlesien gegen Veräußerung seiner Pension und Berechnung derselben.

Es wird aus denen in meinem vorigen Schreiben und seinen Anlagen enthaltenen Tatsachen sehr wünschenswert, daß ich für die Zukunft sichergestellt werde. Mein Vorschlag wäre also mit Berücksichtigung der wegen Veräußerung der Domänen angenommenen Prinzipien folgender:

- 1) man überlasse mir ein schlesisches geistliches oder Domänen-Objekt für den Wert von 150 000 Tlr.
- 2) dieses erhalte ich nach Anschlägen, und das Einkommen zu 6% des ausgemittelten Kapitals berechnet.
- 3) Ich werde dafür dem Staat schuldig das ausgemittelte Kapital in Staatspapieren nach dem Nominalwert — wäre also das Kapital zu 150 000 Tlr. ausgemittelt, so würde ich 150 000 Tlr. in Münzscheinen, Seehandlungs-Obligationen u. s. w. schuldig.
- 4) Dieses Kapital bliebe ich schuldig, bis meine Güter meiner Familie wiedergegeben würden, und in der Zwischenzeit bezahlte ich die Zinsen mit Kupons oder mit Staatspapieren im Nominalwert.
- 5) Sobald als ich mein Vermögen zurückerhalte, zahle ich in 10jährigen Terminen in Staatspapieren das auf dem Gut haftende Kapital.

Das Geschäft würde unter dem Namen eines Dritten geführt, es würde eine Schein-Quittung gegeben über die ausgezahlte Summe gegen einen Revers. Der Staat verliert auf diese Art nichts, indem er mich nicht anders behandelt als jeden anderen Käufer und nur auf die erlittene Beraubung meines Ver-

mögens durch Stundung und Verlängerung der Termine Rücksicht nimmt. Ich hätte den bedeutenden Vorteil:

- 1) daß meine Familie gegen alle Ereignisse sichergestellt wäre;
- 2) ein Einkommen von 6% zu kaufen;
- 3) da die Staatspapiere ein Damnum von pptr. 33% leiden und nach dem Nominalwert für voll angenommen werden, so kauft man eigentlich zu 90%, oder ein Gut, was 150 000 Tlr. wert ist und zu 6% 9 000 Tlr. eintragen muß, würde ich mit 100 000 bezahlen und dafür eine Rente von 9 000 Tlr. erhalten.

Ich wünschte also, daß Herr v. Merckel in Breslau im engsten Vertrauen angewiesen würde, ein geistliches Gut von dieser Art in Vorschlag zu bringen. Seiner angenehmen Lage wegen wäre mir das Kloster Camenz bei Reichenstein in Schl[esien] besonders anständig, dessen Ertrag ich jedoch nicht weiß, und dessen Besichtigung nebst Einsicht der Anschläge noch erforderlich wäre. Ein schlesisches Gut würde ich vorziehen wegen seiner Lage in einer Provinz, die sich am ersten noch durch ihre Kräfte wird erheben können, und der Nähe von Böhmen.

Der mir erwachsende Vorteil wäre

- a) Sicherstellung gegen alle Ereignisse
- b) Ankauf nach einem vorteilhaften Zinsfuß
- c) Benutzung des die Anschlagsprinzipien übersteigenden Ertrags
- d) Sukzessiver Ankauf der zur Zahlung bestimmten Staatspapiere.

Ich könnte aber auch erbpachten oder kaufen und dann ein der Pension entsprechendes Kapital auf die Rente oder auf den Kaufschilling anrechnen und dieses hätte für mich den Vorteil, daß die auf dem ersten Weg eintretende Schwierigkeit, ohne Kapital ein Kaufgeschäft abzuschließen, hinwegfiele.

Die Lebenszeit eines 53 jähr[igen] Mannes wird zu 15 Jahren angenommen, das wären 75 000 in Gold à 5 Tlr.; wenn man diese am Wert des zu vererbachtenden Gutes mit 6% absetzte, so wäre dieses eine Rente von 4 500 Tlr., welche dem Erbpächter an der Rente des zu vererbachtenden Gutes abgesetzt würde. Im Fall des Kaufes, so käme die Sache so zu stehen 75 000 Tlr. in Gold als der Kapitalwert der Pension zu 20% betragen 90 000 Kur[ant]. Diese machen in Staatspapieren zu 33% 119 700 Tlr. Kaufe ich also ein Gut von 150 000 Tlr., so würde meine Pension darauf abgezogen und den Rest von 30 300 Tlr. Cour[ant] bezahlte ich mit Staatspapieren nach dem Kurs. Ich glaube, der Ankauf des Guts gegen Veräußerung der Pension und ihrem Abzug am Kaufpreis wäre für mich das angemessenste, daher ich diesem Plan den Vorzug gebe. Die öffentlichen Kassen hätten den Vorteil, mich mit Grund und Boden abzufinden, der jetzt für sie, die eine solche große Gütermasse zur Disposition haben, keinen besonderen [Wert] hat; das bare Geld, was sie brauchen, behalten sie.

AUFENTHALT IN PRAG

Ich bitte Sie, prüfen Sie dies alles mit Arnim, wählen Sie das Beste und dann wünsche ich, daß er den Plan dem Staatskanzler vorlege — dieser selbst hat sich auf eine Domänen-Erbpacht eine bei seinem Dienstantritt versprochene Pension anrechnen lassen — noch bemerke ich, daß ich doch auch auf einige Entschädigung zu rechnen habe; dieser Schade[n] bildet sich

1) aus einem entbehrten 3jährigen Einkommen von wenigstens	
10000	30000
2) aus denen anomalierten Birnbaumer Zinsen	8000
3) aus denen vom Sequester gemachten Wirtschaftsschulden der	
Degradation der Wirtschaft	6000
	S[umm]a 44000
hiervon geht die Pension ab pro 1809, [18]10, [18]11 mit pp[er].	18000
	bleiben 26000

Ich teile Ihnen endlich ein Schreiben des G[enerals] Scharnhorst dd. Petersburg, 16. Jan[uar] 1809 mit, worin der König mir sagen läßt, bereit zu sein, außer Erteilung der Pension mir auf jede andere Art seine Dankbarkeit zu beweisen.

den 10. März 1811. S[tein].

Wenn ich ein Gut von 150000 Tlr. kaufe, so erhalte ich à 6% eine Rente von 9000 Tlr.

Ich verliere aber

- a) die Pension von 6000 Tlr. in Kurant
- b) ich belaste mich mit 30000 Schulden in Staatspapieren im Nominalwert, sind mit Abzug von 33% 20000 à 6% tun 1200 — ich verliere also 7200 Tlr. und balanciert mit 9000 Tlr., bleibt mir [ein] Vorteil 1800 Tlr., worüber sich noch handeln ließ[e].

Berichtigung der Berechnung im Schreiben dd. 10. März 1811.

Vermerk Steins: „abgesandt dd. 21. April.“

Ich übergehe die Balance mit dem Güterertrag in der gegenwärtigen Berechnung gänzlich und schränke mich ein auf den Wert der Pension und auf den bei Birnbaum erlittenen wirklichen Schaden. Hiernach kommt die Berechnung so zu stehen

der Wert der Pension von einem 53jähr[igen] Mann, ist nach dem Gothaischen Kalender seine Lebenszeit zwischen 20 und 17 Jahre berechnet, da erstere Zeit zu 50 Jahre, letztere zu 55 Jahre gehört = gleich

- 1) 18¹/₂ oder 18, also 5000 in Gold 18 mal
sind 90000 in Gold oder zu 20%
108000 Tlr. Courant
- 2) die jährlichen Zinsen von denen auf
Birnbaum haftenden 120000 Tlr. Kapital
sind 5200 Tlr., also von 2¹/₂ Jahren . . 13100

Übertrag:	13 100	108 000 Tlr. Courant
3) Die vom Sequester auf das Gut gemachten Wirtschaftsschulden sind	3 000	
4) Zur Wiederherstellung des Inventariums	2 000	= 18 000
		<u>Tlr. 126 000</u>

331. Kunth an Stein

[Berlin,] 12. März 1811

Stein-A.: Ausfertigung (eigenhändig). Vermerk Steins: „d. 21. März, beantw. d. 24. März“.
Teildruck: Alte Ausgabe III S. 380.

Die Universität Berlin.

[*Beileid zum Tod von Steins Schwester Luise. Geschäftliches.*]

Spalding¹ lebt einsam mit seinen Griechen und Römern und wenigen geistesverwandten Freunden. Er ist ein sehr edler Mensch . . . Die Studenten sind auch hier — Studenten, tragen sich wunderlich und werden deshalb bemerkt². Doch sollen sie fleißig sein. Ein immer volles Auditorium, selbst von den Gelehrtesten der hiesigen Gelehrten und Geschäftsmännern, hat Niebuhr in der Römischen Geschichte, worin er etwa bis zu den Decemvirn ist. Es ist nur eine Stimme des Beifalls und der Bewunderung seiner Gelehrsamkeit und Einsicht in die Verfassung des Römischen Staats. [. . .]

332. Stein an Gentz

Prag, 15. März 1811

Stein-A.: Konzept (eigenhändig).
Druck: Alte Ausgabe III S. 380 ff.

*Gutachtliche Äußerung zur österreichischen Finanzreform vom 20. Februar 1811.
Steins Geld-Theorie.*

Das Edikt vom 20. Febr[uar] 1811 setzt 1. den Kurs der Bank-Zettel gegen Konvent[ions-]G[eld] und Einlösungsscheine auf 500 f[lorin] fest; 2. bestimmt hiernach die Abgabebzahlung oder erhöht die bisher in B[ank-]Z[zettel] größtenteils im Nominalwert, zum Teil in dreifachem Wert erlegt wurden, um das Fünffache; 3. ordnet das Verhältnis derjenigen, denen Geldverbindlichkeiten aufliegen, zu denen, so sie zu fordern haben, oder der Schuldner gegen die Gläubiger in der Maßgabe, daß die vor dem J[ahre] 1799 eingegangenen Verbindlichkeiten nach dem vollen Wert, die später übernommenen nach dem vorgeschriebenen Durchschnittskurs bezahlt wer-

¹ Georg L. Spalding (1762—1811), Professor am Grauen Kloster in Berlin. Vgl. Bd. II Nr. 378; oben Nr. 150 und Nr. 239.

² Über Sitten und Betragen der Berliner Studenten, ihre ersten Reibungen mit den Universitäts- und Militärbehörden, sowie das engherzige Verhalten des Königs s. Lenz, Universität Berlin I S. 336 ff.

den sollen; 4. die Vermögenssteuer wird erlassen, sie ersetzt das Fünffachen der alten Abgaben, wodurch also Ungarn herangezogen wird; 5. ein neues, nicht realisierbares Papier wird eingeführt; 6. die Gehälter um das Einfache erhöht; 7. einige Sorten Kupfermünzen außer Kurs gesetzt; 8. und die Zinsen von der Staatsschuld auf die Hälfte heruntersetzt, das Kapital bleibt aber unverändert.

Der im Edikt angenommene Kurs von 500 ist willkürlich, er stimmt weder mit dem eigentlichen Wechsel- oder Börsen-Kurs überein, denn dieser ist 300, noch mit dem Sachwert der B.-Z. oder der Quantität Arbeit und Ware, über die eine bestimmte Summe von B.-Z. disponiert. Überhaupt wirkt der ausländische Kurs nicht allein und nicht im Verhältnis seiner Abwechselungen auf den Wert der einländischen Produkte — sondern ihr Wert blieb immer bedeutend unter dem Kurs — denn da die österreichische Monarchie alle zur Bestreitung der Bedürfnisse des menschlichen Lebens erforderlichen Produkte und Fabrikate reichlich hervorbringt und nur einen mäßigen Teil nach seiner mittelländischen Lage davon ausführen kann — so wirken der Kurs und die auswärtigen Verhältnisse auf den einländischen Marktpreis nur wenig — wie jeden seine eigne Erfahrung und seine eigne Wirtschaftsrechnung belehren kann. Ist also der einländische Marktpreis verschieden von dem Wechselkurs, so kann dieser auf keine Art zum Bestimmungsgrund von Größen, die allein vom einländischen Marktpreis abhängen, gewählt werden, nämlich von dem Betrag der Abgaben, denn diese hängen von dem Marktpreis der Produkte ab, und ebensowenig von der Befriedigungsart der in Geld eingegangenen Verbindlichkeiten. — Denn Geld ist eine Anweisung auf eine Quantität Arbeit und Ware, der Gläubiger, der eine solche Anweisung besitzt, überläßt sie dem Schuldner, der sie bedarf, und die Rechte beider werden gehörig berücksichtigt, wenn die ausgeliehene und die wiedererstattete Anweisung über eine gleiche Quantität Arbeit und Ware disponieren. Wieviel mit einer solchen Anweisung bewirkt wird, das bestimmt der Marktpreis.

Da man bei Bestimmung der Abgaben und der Befriedigungsart der Schuldner von einem falschen Grundsatz ausgegangen, nämlich von einem willkürlich angenommenen Kurs, der den Marktpreis übersteigt, so sind mehrere Nachteile entstanden

- 1) man hat die Abgaben unverhältnismäßig erhöht,
- 2) sind die Schuldner vervorteilt, hingegen die Gläubiger bereichert,
- 3) die laufenden Marktpreise der Produkte, für jetzt in B.-Z. in den Taxen beibehalten, sie in Konventionsgeld aber nach dem Verhältnis von $\frac{1}{5}$ statt $\frac{1}{8}$, welches das wirklich vorhandene ist, berechnet, also zwei Preise, einen wohlfeilen in B.-Z. und einen teuren in Konventionsgeld, indem dieses zu $\frac{1}{5}$ statt zu $\frac{1}{8}$ berechnet ist und wonach $\frac{8}{20}$ zuviel bezahlt würden, berechnet.

Die Abgabeerhöhung nach dem Kurs hat das Nachtheilige, daß sie den Gutsbesitzer unverhältnismäßig trifft, da nach der Steuerverfassung der österreich[ischen] Monarchie der größere Teil der Staatseinnahme durch die Grundsteuer aufgebracht wird. Der Gutsherr trägt also fünffache Abgaben, und zahlt alle ihm aufliegenden Privatlasten im vervielfältigten Verhältnis an seine Gläubiger jeder Art, und sein Zustand als Steuerpflichtiger und als Schuldner verschlimmert sich im vervielfältigten Verhältnis, während er seine Produkte nicht verhältnismäßig steigern kann, sondern bei dem sich vermindernden Zirkulationsmittel ihrem Sinken entgegensehen muß. Wenn die Summe der von den Gutsbesitzern aufzubringenden Steuern 70 Millionen jährlich betrug, so müssen sie nach Erscheinen des Patents 350 M[illionen] aufbringen — werden sie es vermögen und die erhöhten Privatlasten zugleich zu tragen imstande sein? Die durch das Edikt dd. 28. Febr[uar] a. pr. eingeführte Vermögenssteuer hatte vor der Vervielfältigung der alten Abgaben den Vorzug, daß sie das sämtliche freie Nationalvermögen traf, da die gegenwärtige Erhöhung das belastete Vermögen der Gutsbesitzer, auf die auch hauptsächlich die Salz- und Stempel-Abgabe fällt, vorzüglich trifft. Die Abkürzung der Zahlungstermine der Vermögenssteuer hätte den National-Wohlstand weniger heftig erschüttert als die Verfünffachung der Abgaben, und man hätte nicht den 20. Febr[uar] 1811 ein System verlassen, das man den 28. Febr[uar] 1810 aufgestellt hatte, und die Ausgleichung der Schuldner und Gläubiger hätte sich allmählich gebildet. Für den Augenblick, wo alle Lasten 5fach aufgebracht werden sollen, verursacht das Patent heftige Erschütterungen, für die Zukunft einen dauernden Druck durch die Herabwürdigung der in den Jahren 17[99] bis 18[11] umgesetzten Kapitalien und die Erhöhung der fortdauernden Abgaben und Lasten nach dem fehlerhaften Verhältnis des willkürlich angenommenen Kurses.

Der Gewerbetreibende, der Staatsbeamte, der Kapitalist gewinnen unverhältnismäßig, da die den letzteren zugestandene fünffache Erhöhung ihren Verlust übersteigt und der erstere von der Vermögenssteuer entbunden wird. Der Besitzer von Beständen und alle Kapitalisten, denen seit 1799 und besonders seit 1806 ihre Kapitalien zurückgezahlt worden, verlieren, da für sie die Aussichten, daß ihr Wert sich verbessern werde, ganz verschwinden.

Die Zinsenheruntersetzung um die Hälfte ist ein wahrer Staatsbankrott, umso mehr, da dem Gläubiger weder eine Kündigung freisteht, noch durch Bildung eines kräftigen Tilgungsfonds die Aussicht zur Zurückzahlung oder ein Markt zum Verkauf eröffnet wird.

Die ganze Maßregel ist eine willkürliche Vervielfältigung der alten Abgaben und der Privatlasten, ohne Rücksicht auf Zahlungsfähigkeit, und ein Staatsbankrott. Das neue Papier tritt unter sehr ungünstigen Auspizien in die Welt.

Wie wird nun der Zustand der Dinge nach vollendeter Emission der B[ank-]

Z[ettel] und Ausgabe der E[inlösungs]-Sch[eine] sein? [1.] Die Abgaben werden fortdauernd höher bleiben, denn da die Voraussetzung der fünf-fachen Verteuerung der Produkte und Arbeit falsch ist, die Abgaben aber verfünffacht werden — so wird die Portion von Produkten oder Waren, so man dem Staat gibt oder deren Wert in Geld ausgedrückt, um diese Diffe-renz erhöht — ein Gleiches geschieht mit den Schulden. —

2. Bleibt die Herabwürdigung derjenigen alten Kapitalien, mit denen seit 1799 ein Umsatz geschehen.

3. Die jetzt verursachte Teuerung wird in einem nicht zu bestimmenden Verhältnis bleiben.

4. Es ist nicht vorherzusehen, wie sich der Kurs gegen das Ausland und das Verhältnis des Papiers gegen Geld bestimmen wird; zu vermuten ist, daß bei der stets abnehmenden Metall-Masse der Wert der Münze immer steigen und der des P[apiers] immer fallen werde.

333. Stein an Kunth

Prag, 17. März 1811

Druck: Fournier S. 138. Danach Alte Ausgabe III S. 383. Ebenso hier.

Dringende Bitte um Beförderung seiner Angelegenheiten. „Wir leben auf einem Vulkan.“

Sie werden, mein lieber Freund, meine Schreiben vom 28. Februar und 10. März und noch ein drittes¹ erhalten und davon Gebrauch gemacht haben. Die Sache ist für mich täglich wichtiger, daher ich mit gespannter Erwartung der Antwort entgegensehe, wir leben auf einem Vulkan. Kann ich die Meinigen in einen Nothafen bringen, so steht er auch für Sie und die Ihrigen offen, und da ich selbst im Sturm fortgeschleudert werde, so seien Sie ihnen Freund, Ratgeber, Hilfe und Trost.

Bestellen Sie die Anlage an Vittoria Colonna, zu Deutsch an P[rinzessin] W[ilhelm]² [. . .].

Ich wünschte eigentlich nur St. M[arsans] Meinung über die quaestio an für das erste zu erfahren.

Sind die B[irnbaumer] Papiere abgegangen?

334. Stein an Prinzessin Wilhelm von Preußen

P[rag], 17. März 1811

Stein-A.: Konzept (eigenhändig); Hessisches Staatsarchiv Darmstadt, Großherzogl. Familien-Archiv, Fischbacher Archiv, Kasten 22; Ausfertigung (eigenhändig).

Druck: Alte Ausgabe III S. 383 ff. nach der Ausfertigung; ebenso hier. Kleine Ausgabe Nr. 92.

Charakteristik des Königs. Süverns Vorlesungen über das Mittelalter. Kritik des Zeitgeistes und der zeitgenössischen Philosophie. Herder.

Die Erwartung einer sicheren Gelegenheit hielt mich bisher ab, Ew. Königlichen Hoheit gnädiges Schreiben vom 14. Dezember zu beantworten —

¹ Sämtliche verloren.

² Den Brief vom 17. März. Vgl. Nr. 334.

dessen Inhalt Ihr zartes frommes Gemüt so treu darstellt und mich tief gerührt hat. In dem Umgang einer so edlen Freundin wird der König einen Ersatz für das Verlorne finden, in dem täglichen Leben, in den Augenblicken des Kummers, den ihm die Erinnerung des Vergangenen und die trübe Aussicht auf eine verhängnisvolle Zukunft verursachen. Ich verehere ihn wegen seiner religiösen Sittlichkeit, seiner reinen Liebe zum Guten, ich liebe ihn wegen seines wohlwollenden Charakters und bedauere ihn, daß er in einem eisernen Zeitalter lebt, wo diese Milde, diese Rechtlichkeit nur seinen Fall beförderten, und wo nur eins not tut, um sich zu erhalten, ein überwiegendes Feldherrn-Talent, verbunden mit rücksichtslosem Egoismus, der alles beugt, niedertritt, um auf Leichnamen zu thronen.

Die Vorlesungen von Süvern¹ las ich in K[önigsber]g in einer der Königin gehörenden Handschrift, ich selbst besitze sie nicht, wünsche aber, sie zu haben. Der Verfasser ist ein äußerst achtungswerter Mann wegen seiner seltenen Kenntnisse, wegen seines reinen edlen Charakters; sollte aber dieser einfache schlichte, mit dem Hof und seinem Treiben so ganz unbekannt Gelehrte geeignet sein, in diese Verhältnisse zu treten und einen jungen Prinzen zu leiten? — sollte er es selbst gewünscht haben? — ich glaube es kaum.

Gewiß, das Zeitalter, dessen Ew. Königliche Hoheit erwähnen, hat überwiegende Vorzüge vor dem unsrigen; diese frommen, treuen, für Religion, kriegerische Ehre und Liebe beseelten Menschen, wie vermag man die zu vergleichen mit den kleinlichen, frivolen, zusammengeschrumpften, genußliebenden Egoisten unseres Zeitalters. In jenem Zeitalter erscheinen große Begebenheiten und vorzügliche Menschen, in dem unsrigen große Begebenheiten durch die Gemeinheit und Ungebundenheit der Menschen herbeigeführt. Was hat bei uns jene großen Gefühle, jene kräftigen Triebfedern des menschlichen Handelns ersetzt? Was hat unser metaphysisches Wortgeklingel bewirkt? — Frankreich klagt jetzt laut seine Philosophen an, als Verderber des öffentlichen Geistes, als Zerstörer der religiösen und moralischen Grundsätze, als Veranlasser einer scheußlichen Revolution, die mit einem eisernen Despotism[us] geendigt hat — und was verdankt Deutschland der Berliner theologischen Schule und ihrem Koryphäen und Kolporteur Nicolai² und seinen neueren Metaphysikern? Jene haben den einfältigen, schlichten Bibel-Glauben hinweg exegesiert und diese die alte deutsche Biederkeit und Treue hinwegräsoniert, den schlichten gesunden Menschenverstand verdunkelt und Lehren vorgetragen, die die Grundsätze der Moral, den Glauben an Gott und Unsterblichkeit tief erschütterten und die Herzen der Menschen austrockneten. Glücklicherweise hat sich diese Schule durch die unter ihren Anhängern entstandenen Zänkereien verächtlich gemacht,

¹ Vgl. den Brief der Prinzessin vom 14. Dezember 1810, oben Nr. 292.

² Friedrich Nicolai (1733—1811), der streitbare Hauptvertreter der Berliner Aufklärung, war gerade gestorben.

und es wird diese Torheit, wie bereits so viele andere, verschwinden. — Auch blieben noch Männer in der Nation übrig, die ihr Vertrauen verdienten und sich dem eindringenden Strom des Verderbens widersetzen, zu diesen rechne ich vorzüglich Herder, einen Mann, der einen kräftigen, gesunden Menschenverstand, einen religiösen tugendhaften Sinn, einen zarten reinen Geschmack besaß und äußerte und damit einen großen Tiefsinn, eine ausgebreitete Gelehrsamkeit verband und durch sie zu einem seltenen Reichtum von Ideen und Ansichten gelangte. Ich empfehle Ew. Königlichen Hoheit das Lesen derjenigen Teile seiner Werke, worin für Sie besonders interessante Gegenstände behandelt werden. Sie werden aus ihnen Belehrung, Veredlung und Befestigung im Guten schöpfen.

335. Marie Clausewitz, geb. Gräfin Brühl, an Stein

Stein-A.: Ausfertigung (eigenhändig) mit Unterschrift und Siegelspuren.

Berlin, 19. März 1811

Beileid zum Tode von Steins Schwester Luise, verh. Gräfin Werthern. „Mon mari Vous présente ses respects.“

336. Stein an Marie Clausewitz, geb. Gräfin Brühl

Stein-A.: Konzept (eigenhändig) auf dem Brief von Marie Clausewitz vom 19. März 1811.

[Prag,] o. D. [April 1811]

Dank für das Mitgefühl anlässlich des Todes seiner Schwester Luise Werthern. „Ihr ganzes Leben war ein Kampf mit äußeren, drückenden Umständen, die ihren regen Geist in seiner Tätigkeit störten.“

337. Stein an Marianne vom Stein

P[rag], 19. März 1811

Stein-A.: Ausfertigung (eigenhändig).
Druck: Alte Ausgabe III S. 385.

Tod seiner Schwester Werthern. Absprechendes Urteil über den Zeitgeist. Anweisungen für eine Zusammenkunft in Laun.

Die Nachricht von dem Tod unserer guten Schwester Luise betrübt mich sehr, so wenig unerwartet sie ist — ich sah sie zum letztenmal im Mai 1808. — Der größte Teil ihres Lebens ward hingbracht im Kampf mit einem ungünstigen Schicksal, sie blieb aber immer treu, liebend und liebenswürdig, frei von Bitterkeit und egoistischer Kälte, selbst in denen letzten Zeiten unseres Zusammenlebens (im Mai 1808), wo bereits langwieriges Leiden ihren Geist gelähmt hatte, loderte noch seine Flamme rein und wohlthuend für ihre umgebenden Freunde auf, ihr reger Sinn, sich alles Gute, Schöne, Edle anzueignen, hatte sie nicht verlassen, und man sah in ihr immer noch mit Teilnahme das zarte treue Gemüt, den gesunden kräftigen Sinn für Wahrheit und Recht. Sie gehörte einem besseren Zeitalter zu, sie war dem gegenwärtigen fremd, das Erbärmlichkeit, Genuß-Liebe, niederträchtiges

Kleben an einer frivolen Existenz ergriffen haben — doch laß uns ihr Andenken durch keine bitteren Betrachtungen entheiligen.

Versichere die Fr. v. S[enfft] meiner innigen Teilnahme an dem Verlust einer treuen liebenden Mutter und meiner Wünsche für ihr bestes Glück und das der Ihrigen.

[*Genauere Anweisungen für die bevorstehende Zusammenkunft in Laun.*]

Ich freue mich sehr, Dich wiederzusehen, nachdem uns beide so mancher herbe Schlag des Schicksals getroffen hat, und mich vielleicht noch treffen wird, denn wer kann an Sicherheit, Ruhe und an einen Zustand der Beharrung glauben.

Lebe wohl, meine liebe gute Marianne. Ich wünsche, daß die Sache mit B[irnbaum] sich ändere, für die Gläubiger, für T[roschke], die man auf eine verruchte Art um das ihrige bringt; mir persönlich und selbst für meine Kinder ist wenig daran gelegen, vielmehr wünsche ich, man konfiszierte es. *Nachschrift.* Meine Frau wünscht die Zusammenkunft etwas früher oder etwas später als den 1. und 2. April, etwa den 29. m. c. oder den 8. oder 9. April.

338. Stein an Gräfin Brühl [Prag.] o. D. [zweite Hälfte März 1811]

Stein-A.: Konzept (eigenhändig).

Druck: Alte Ausgabe III S. 379 f. unter dem falschen Datum 8. März.

Tod seiner Schwester Werthern. Bevorstehende Zusammenkunft mit seiner Schwester Marianne.

Nous avons perdu, le 8 mars, mon excellente amie, vous une personne qui vous était sincèrement attachée, moi, une sœur tendre et chérie — ses longues souffrances ont épuisé ses forces et lui ont procuré une mort douce, ses derniers moments ont été employés à se rappeler de nous et à former des vœux sur notre bonheur. — Sa vie a été en grande partie employée à lutter avec le sort affligeant de se voir unie à un homme bizarre et violent, elle l'a supporté avec douceur, en remplissant ses devoirs avec exactitude. L'extravagance de sa fille¹ hat sie den letzten Teil ihres Lebens gedrückt und die Aussicht, es in meinem Hause zu beschließen, wurde durch die Ereignisse, die mich trafen, vereitelt. Sie besaß einen regen Sinn, sich alles Gute und Schöne anzueignen, man bemerkte, selbst nachdem ihre Gesundheit zerstört, ihr Geist gelähmt war, in ihr mit Teilnahme ein zartes, treues Gemüt, einen gesunden Verstand und einen richtigen Sinn für Wahrheit und Recht. Sie gehörte einem besseren Zeitalter zu und war dem jetzigen fremd, das Genußliebe und niedriges Kleben an einer frivolen Existenz beherrscht.

Marianne compte quitter dans peu D[resden] pour aller avec son amie² à

¹ *Gräfin Senfft von Pilsach.*

² *Fräulein v. Gilsa, der Äbtissin des Stiftes Wallenstein.*

Wiesbaden se rapprocher de mes terres en Empire et d'un pays qu'elle aime et où elle pourra m'être utile. — Nous nous sommes appointés sur la frontière — de là elle continuera sa route.

Pendant que j'écrivais cette lettre, j'ai reçu la vôtre du 14 d. c. [qui] nous est parvenue avec son incluse³, elle peint bien votre âme sensible et m'a touché sensiblement. Je le crois, la mort était pour la bonne Louise un bienfait comme un terme à ses souffrances, mais elle me prive d'un être aimant dans un âge où tout se réunit à nous isoler pour nous détacher également du monde. — Viendrez-vous nous voir, mon excellente amie, pendant cet été, faites-nous part de vos projets afin que nous mettions les nôtres en rapport avec eux qui, si notre situation ne change point, se borneront à des courses dans les environs.

³ Nicht ermittelt.

339. Friedr. Graf v. Arnim an Stein [Berlin,] 22. und 25. März [18]11

Stein-A. (Kunth): Ausfertigung (eigenhändig).
Druck: Alte Ausgabe III S. 386 ff.

*Übermittlung von Nachrichten an Hardenberg. Der Steinsche Domänenkaufplan.
Innere Lage Preußens. Französische Truppenbewegungen.*

Mit inniger Erkenntlichkeit habe ich in Ew. Ex. Schreiben vom 14ten Febr[uar]¹ und 7ten März² die Beweise Ihres mir so teuren Andenkens gefunden und statte Ihnen dafür meinen herzlichsten Dank ab. —

Die interessanten Beilagen des letzten Briefes³ habe ich sogleich dem geschickt, den der Hühnerdieb⁴ wegbeißen will. — Da man⁵ manchmal so besorglich scheint, daß man von Auswärtigen und auch wohl Einheimischen zu enger Beziehungen mit den Freunden des böhmischen Eremiten⁶ beargwohnt werden möchte, und sich deshalb sehr unzugänglich macht, so habe ich es vorgezogen, die Einlagen zu schicken, als sie selbst hinzubringen. — Will man aus seiner Wolke hervortreten, ist die Zurückgezogenheit nur Maske, so gibt dies die beste Gelegenheit, dies zu zeigen. — Ist es aber Ernst, so gewinnt man durch Zudringlichkeit auch nichts und in diesem Falle ist ja überhaupt doch alles verloren, denn jener⁷ rettet nicht, sondern kann und muß nur das Mittel sein, eine Kategorie herbeizuführen, die dem Einsiedler es erlaube, die verwaiste Herde wieder zu leiten. — Deshalb aber auch muß jener durchaus gehalten werden, trotz aller Schwächen und Eigen-

¹ Fehlt.

² Vgl. oben Nr. 327.

³ Vom 7. März 1811. Vgl. Fournier, Stein und Gruner in Österreich S. 139 Anm. 2.

⁴ Voß.

⁵ Hardenberg.

⁶ Stein.

⁷ Hardenberg.

heiten, und wenn er noch einseitiger, noch mehr die Gutgesinnten verken-
nend würde als es jetzo der Fall ist. —

K[un]th schreibt Ew. Ex. über die Privat-Angelegenheiten für jetzo nur
kurz, bei der ersten Gelegenheit aber weitläufig und deutlich. — Über das
Domänen-Projekt hat sich der Barsche⁸ mit K[un]th und dem Trödler⁹
besprochen. — Jene drei tun gewiß redlich, was an ihnen ist, aber der Wille
des braven rechtlichen Mannes muß wiedergeweckt werden, und das ist
für jene drei nicht leicht. — Man hat den Wunsch, der Einsiedler möchte
selbst schreiben¹⁰, das Allgemeine, und dann brächte K[un]th oder der Bar-
sche den Brief und gäbe die Details. K[un]th wird die Gründe auseinander-
setzen — indessen sorgt der Trödler dafür, den Gegenstand des Handels
aufzufinden.

Was aus dem Inneren werden wird, ist noch nicht zu bestimmen. — Die
Konferenzen gehen fort¹¹, die Ideen werden gewechselt, aber von oben herab
ist noch über nichts eine Entscheidung erfolgt — wird sie nur gut, so ist der
Stillstand schon zu verschmerzen. Der Barsche kann nicht viel mehr dabei
tun als leere Wünsche, da er nicht zugezogen worden — weshalb?
begreift er nicht — einige Entdeckungen boshafter Machinationen sind ihm
geglückt, und er hat sie denen besseren Umgebungen des braven Mannes mit-
geteilt und dadurch vielleicht Nutzen gestiftet — ob dieses gewürdigt wor-
den, tut nichts; der Zweck ist doch erreicht. — So wollte man einen ge-
wissen Abschied an die Mitglieder des General-Departem[ents]
schändlicherweise dem Druck übergeben¹², um daraus Gift zu saugen — Dies
ist denn doch contrecariert worden — so nährt man ewig Parteizwist und
Egoismus zur Erreichung persönlicher Zwecke und untergräbt die Kraft,
die nur aus festem Zusammenhalten entstehen könnte — so malt man ewig
die Gespenster des Tugendbundes¹³ und der Revolutionssucht denen Ein-
fältigen hin, um das gegenseitige Zutrauen zu zerstören, und der entschei-
dende Augenblick wird eintreten und eine unförmliche Masse von Frondeu-
ren, von Egoisten und von engherzigen, furchtsamen Toren finden, statt
eines Volks, das sich selbst achtet, sich vertraut und das Gefühl der Ehre
und der Pflicht jedem anderen vorzieht [. .]

Bleibt alles in der jetzigen Lage, so kommt der Barsche nach Teplitz, wo-
hin wirklich ein bißchen Gicht ihn zu reisen nötigt — daß diese Reise nur

⁸ Arnim selbst.

⁹ Nicht ermittelt, doch ist kaum anzunehmen, daß damit der König gemeint ist, wie Fournier
S. 139 Anm. 6 vermutet.

¹⁰ Vgl. den Brief Steins an Hardenberg vom 10. April 1811, unten Nr. 347.

¹¹ Kann sich nicht, wie Fournier annimmt, auf die Notabeln beziehen, denen Arnim ange-
hörte, sondern nur auf andere Konferenzen im Ministerium Hardenberg, da sogleich von
Arnim's Nichtzuziehung zu diesen Beratungen die Rede ist.

¹² Das sogen. Steinsche Testament.

¹³ Der am 31. Dezember 1809 verboten wurde, an dessen geheime Fortexistenz aber alle Welt
glaube und dem man eine völlig übertriebene Bedeutung beimaß.

dann ganz ihren Zweck für ihn erreicht, wenn er den Einsiedler besucht, leidet wohl keinen Zweifel! [. . .]

Nachschrift. Soeben kommt die Nachricht, daß ein französisches Korps von 4000 Mann ohne vorherige Anzeige durch das preußische Territorium nach Stettin marschiert¹⁴ — ein offener Eingriff in die Konvention, welche nur der Hälfte nach vorheriger Anzeige den Durchmarsch mit Eins erlaubt. Man ist darüber sehr erstaunt und betreten, aber dabei bleibt es. Das Davoustsche Korps geht, dem Vernehmen nach, nach Polen — 3 Divisionen stark¹⁵ — wahrscheinlich wird auch das preußische Territorium zum Durchgang dienen und man auch hierbei untätig bleiben. — Bis heute hat der Antagonist des Hühnerdiebes noch nichts wegen der überschickten Zeitungen von sich hören lassen. — d. 25ten März [18]11.

340. Gentz an Stein

Wien, 25. März 1811

Stein-A.: Ausfertigung (eigenhändig), mit Vermerk Steins: „prä. d. 31. März, geantw. eodem.“
 Druck: Alte Ausgabe III S. 388 f.

Fortgang der Sequesterverhandlungen in Paris.

Tettenborn ist in der vergangenen Nacht angekommen und war soeben bei mir. Da ich nun zugleich eine ebenso sichere als schnelle Gelegenheit habe, Ew. Ex. zu schreiben, so säume ich keinen Augenblick.

Ein bestimmtes Resultat der bewußten Angelegenheit habe ich, leider, noch nicht zu melden. Doch wird es Ew. Ex. immer interessant sein zu hören, was der Fürst Schwarzenberg, teils nach den ihm zugekommenen Instruktionen, teils aus eigenem Antriebe und großem Interesse für die Sache versucht hat.

Fünf oder sechs Unterredungen mit Champagny haben jedesmal zu dem Endbescheide geführt, daß, da dies eine bloße Gnaden-Sache sei, jeder andere Kanal, dessen man sich bedienen würde, um auf den Kaiser zu wirken, ebenso zweckmäßig, ja zweckmäßiger sein würde, als seine Intervention. Dabei [hat] er jedoch die letztere weder verweigert, noch für fruchtlos erklärt, vielmehr meistens so gesprochen, als wenn ein günstiger Ausgang nicht unwahrscheinlich wäre.

¹⁴ Ende Dezember 1810 hatte der Zar in einem Ukas die Einfuhr von Kolonialwaren auf neutralen Schiffen wesentlich erleichtert und gleichzeitig die Einfuhr französischer Tuche und Weine verboten. Darin sah Napoleon mit Recht einen Abfall von den bestehenden Abmachungen. Er hatte seinerseits Anfang Dezember Oldenburg annektiert. Seitdem rüsteten beide ernsthaft zum Krieg, die von Arnim erwähnten Bewegungen gehören mit zu den ersten geschickt verteilten Aufmarschbewegungen Napoleons gegen Rußland. In den folgenden Monaten hat Napoleon durch willkürliche Vermehrung der Festungsbesatzungen, durch Truppenverschiebungen auf den vertragsmäßigen und auf anderen Straßen die Konvention vom 8. September 1808 dauernd verletzt. Vgl. Droysen, *York I* S. 196 f.

¹⁵ Davoust stand damals noch an der Elbe, er erhielt erst im April 1812 den Befehl zum Abmarsch. S. Bogdanowitsch, *Gesch. d. Feldzugs 1812 Bd. 1* S. 62, S. 107.

Hierbei ist nun aber Fürst Schwarzenberg nicht stehengeblieben. Er hat sich an die Kaiserin gewendet, dieser die Sache in einem möglichst eindringenden Lichte vorgestellt und unter anderem auch angeführt, daß Frau v. Stein, als die Schwester eines sehr verdienten österreichischen Generals, dem hiesigen Hofe besonderes Interesse einflöße. Die Kaiserin hat versprochen, eine gute Gelegenheit zu benutzen. Fürst Schwarzenberg hat sie mehrere Male durch die Duchesse de Montebello (Mad. Lannes) daran erinnern lassen. Doch ist dies alles erst in den letzten Wochen vor der Niederkunft geschehen¹; und es war bis zu Tettenborns Abreise noch kein bestimmter Erfolg eingetreten.

Ich werde nachher vernehmen, ob in den Depeschen des Fürsten Schwarzenberg etwas Näheres über diese Sache enthalten ist. Graf Metternich hatte, als ich ihm das letztmal davon sprach, noch die besten Hoffnungen.

In wenig Tagen werde ich Ew. Ex. wieder schreiben. Ich habe soeben auch den Brief erhalten, den die Gräfin Czernin mir mitgebracht hat². Gegenwärtige Gelegenheit aber leidet keinen Aufschub.

341. Kunth an Stein

25. M[ärz 18]11

Stein-A.: Ausfertigung (eigenhändig). Vermerk Steins: „praes. d. 9. April“.

Verhandlungen betr. Ankauf einer preußischen Domäne für Stein.

Ich habe in diesen Tagen von Eurer Ex. etwas zu erhalten gehofft, und will doch nichts Schlimmes vermuten, weil bis jetzt nichts eingegangen. Inzwischen habe ich die Beilage erhalten, und habe auch das Resultat der Unterredung mit dem Barschen und dem Trödler in der Sache unseres teuren Entfernten zu melden. Haben Eurer Ex. die Güte, diesem zu sagen, es sei im wesentlichen Bestätigung dessen, was der Brief vom 16ten vorschlägt, nämlich:

1. Die Initiative müsse von ihm ausgehen, unmittelbar. Er schreibe seinem Freunde, andeutend, überließe die nötige Erläuterung demjenigen, welcher den Brief einhändigen wird, wozu die Barsche bereit ist.
2. Dieses Schreiben sendet er hierher, auf möglichst sicherem Wege, wobei zu raten, sich einer Adresse in Schlesien zu bedienen, von wo der Brief unter Umschlag weiterginge (einen solchen Weg nimmt der gegenwärtige).
3. Worauf von ihm und seinem Sprecher anzutragen? Darüber ist man einig, daß das Unbewegliche mit fast unüberwindlichen Schwierigkeiten in dieser schweren Zeit verknüpft, also dieser Plan nur etwa zu berühren, doch nicht als einziger aufzustellen, sondern lieber Bewegliches, etwa 20mal das Bestimmte in 4 oder 5 Zeitpunkten, auch nur als einstweiliges, bis der Druck der Zeiten bei ihm vorüber, zu begehren sein würde, welches denn auch über-

¹ Am 20. März 1811 war der Sohn Napoleons, der „König von Rom“, geboren worden.

² Nicht ermittelt.

wiegende Vorteile verschaffen würde, insofern Bewegliches beweglich macht, die Möglichkeit des andern und seiner Freuden nicht ausschließt, aber die Wahl der glücklichsten (sichersten) Zone gestattet. Die auch hier unverkennbar vorkommenden Bedenken der Sendung wären durch Papier, Bade-reisen, Ml. in Br. und sonst wohl zu heben.

4. Für zweckmäßig wird gehalten, gleichzeitig und unmittelbar den Horst zu unterrichten.

5. Nicht mit Hoffnung für die Sache, sondern um seinen Wunsch zu ehren, werde der Trödler Nachricht einziehen über den Punkt, den er am 10. d. M. im Auge gehabt.

Sagen Sie ihm, daß es mir unbeschreiblich peinlich sei, mich zwischen Phrasen herumzudrehen, und ich tausendmal an die Postchaise denke, die mich dessen überhöbe.

Übrigens lese ich nur die hiesigen Zeitungen, bin aber vorbereitet, in dem abgelegensten Winkel, vielleicht meines Vaterlandes, in äußerster Beschränkung meine letzten Tage zuzubringen. Ob in einem Monat oder einem Jahr ist gleichgültig, wenn es einmal ist.

Gott segne Sie und erhalte Sie für frohere Tage!

342. Denkschrift Steins

[Prag,] 27. März 1811

Stein-A. C I 16/3: Konzept und Reinschrift (beides eigenhändig). Nach der Reinschrift. Vermerk Steins auf dem Konzept: „P. M., so ich meiner Schwester M[arianne] zugestellt habe“.

Bestandsaufnahme seiner Vermögens-Verhältnisse mit Anweisungen zu Einsparungen.

Es ist erforderlich, daß man gewisse allgemeine Gesichtspunkte bei der Leitung der Verwaltung des ganzen Vermögens festsetze.

Das Vermögen besteht

- I. Aus Nassau nebst Zubehör,
- II. aus der jenseits rheinischen Gütermasse,
- III. aus der Herrschaft Birnbaum.

I. Bei Nassau wird man

1. an Verwaltungskosten sparen können,
2. sich eine periodische Übersicht der Lage der Geschäfte durch die Einsicht der Rechnungen ao. 1807-8-9-10 und durch Quartal-Extrakte verschaffen — ich wünschte auf einem sicheren Weg die Abschlüsse der Rechnungen von 1807-8-9-10 zu erhalten, und monatliche Extrakte.
3. Müßte man sich über Verwendung der Überschüsse vereinigen, die sich dann doch bilden müssen, da bisher meine Familie nur eine Kompetenz pro 1809 von 2000 f., pro 1810 von 3600 f. erhalten hat, und
4. versuchen müssen, das im Herzogtum Berg liegende Gut Staffel und den Zehnten zu Steinbach und das Gut zu Bachheim wieder für Nassau in Hebung zu bringen, da hier Schulden, Verwaltungskosten usw. hinfallen.

[ad] 1. Die Ersparungen an Verwaltungskosten sind

a) die Entlassung der Helwigen mit einer Pension von 100 f. Ihre unbedeutenden Geschäfte würde wohl M[adame] Wieler übernehmen mit einer Zulage von 50 f., da sie freie Wohnung und 250 f. Pension genießt.

b) Der Verwalter Haupt, so 375 f. erhält, ist auch überflüssig, wenn man H[errn] Gosebruch zur Haltung eines Schreibers 75 f. gibt.

c) Die Pension des Magnus kann, da seine Frau tot, auf 200 f. gesetzt werden — man würde also ersparen

ad a) 150

ad b) 300

ad c) 100

550

d) Ferner könnte man, um den Gartenjungen und die vielen Tagelöhner und sonstigen Kosten zu ersparen, dem Gärtner den Küchengarten oder Grabengarten in Ansehung der Unterfrüchte verpachten. Die Baumfrüchte in den Gärten und auf den Baumstücken würden alle Jahre, so wie es hier gewöhnlich ist, den Meistbietenden von den benachbarten Obsthändlern verpachtet.

e) Die Jagd könnte man im Amt Nassau verpachten, und die Kompetenz für die Hunde, so der Jäger Müller erhält, bis auf den Unterhalt eines einzigen einziehen.

f) Was die Verwaltung selbst anbetrifft, so kommt alles auf die richtige Erhebung und den teuren Verkauf der Produkte an. In Frücht wird hoffentlich die Wechselwirtschaft allgemein eingeführt sein, und die Pacht, so ao. 1810 geendigt war, sollte erhöht werden, welches hoffentlich geschehen sein wird?

g) In Oberlahnstein ist der Hausmiete-Kontrakt des H[errn] Ott mit dem Jahr 1811 zu Ende, man kann also wieder über das Haus frei disponieren — am besten tut man, es an H[errn] Ott zu verkaufen, vielleicht ließe sich der Kaufschilling anwenden, um den Lehensnexus vom Stein und Weickert loszukaufen, wozu der Lehenshof wohl geneigt sein wird, es wäre denn, daß man der Einführung des Code Napoléon und der Aufhebung der Lehensverbindlichkeiten entgegensähe.

h) Der Fürst von Neuwied ist noch 12 000 f. für den Hof von Rems schuldig; auf den bei ihnen deponierten Kaufbrief haben die Herren Metzler ao. 1807 das ganze Kapital vorgeschossen, welches dem Herrn Geheimrat Hoffbauer in Minden ausgezahlt worden für ein ihm schuldiges, auf Birnbaum hypothekiertes Kapital. Als der Sequester ao. 1808 auf mein Vermögen gelegt wurde, so erhoben die H[erren] Metzler einen großen Lärm, fielen über die aus der Nassauer Kellerei zu ihnen geflüchteten 4-5 000 f. betragenden Weine [her], die sie sich zueigneten. — Hat Neuwied bezahlt? Ist mit Metz-

ler liquidiert? Wie fällt die Liquidation aus? Und überhaupt, wie liegt die Sache? Das Betragen der H[erren] Metzler war sehr unedel, man sollte einen anderen Bankier nehmen?

i) Auf den Kaufschilling des Hofes in Sayn restiert H[err] von Boos noch 6000 f. unter allerlei nichtigem Vorwand; er ist deshalb gerichtlich in Anspruch genommen worden, wie liegt der Prozeß? Sollte er beendet sein, so war der Kaufschilling zur völligen Befriedigung des Geheimen Rats Hoffbauer bestimmt. — Solange der Sequester nicht aufgehoben ist, tut man am besten, man zieht ihn zu den Beständen.

[ad] 3. Wie sollen die sich bildenden Bestände verwandt werden? Ich glaube, man asserviert sie, solange der Sequester dauert, aber nicht in Frankfurt, wo alle Augenblicke die Bücher der Kaufleute der Inspektion unterworfen sind, sondern an einem sichern Ort, allenfalls bei H[errn] v. M[arschall] selbst.

[ad] 4. Was ist aus denen Forderungen an die mittelrheinische Ritterschaft geworden — sie bestanden aus einem älteren, zinsbaren Kapital von 1800 f. und aus 2000 f. unzinbar, so ich selbst vor 5 bis 6 Jahr[en] vorschloß.

II. Die jenseits [des] Rheins liegende Gütermasse besteht aus den

- a) restierenden Verkaufssummen der Clostschen Erbschaftsmasse,
- b) aus denen noch übrigen Parzellen an Grundstücken, Grund- und Geldzinsen,
- c) aus einer Forderung an die Stadt Koblenz
- d) hierauf haften Clostsche alte Erbschaftsschulden, ferner das Kapital der Frau von Diepenbrock von 8000 Thlr., so zur Befriedigung der Bassenheimschen Forderung aufgenommen wurde,
- e) ein Präzipuum von 10000 f., so dem Grafen von Nesselrode nach dem Vergleich von 1798 zukommt.

Die Summen ergeben sich aus denen Rechnungen und Akten. Man müßte sich mit dem Receveur der Domänen zu Koblenz zu verständigen suchen, daß er H[errn] Gosebruch, so wie er es mit H[errn] Wieler tat, die Verwaltung der Masse und die Befriedigung der Kreditoren überlasse, jedoch unter der Verpflichtung, ihm Rechnung abzulegen.

III. Die Lage von Birnbaum ist bekannt. Auf Birnbaum haften ungefähr 118000 Taler B. C. Schulden; eine der Forderungen, nämlich die Liechtensteinsche von 20000 T. wird sich noch bedeutend vermindern, da sie als Kautio[n] haftet für die Ansprüche der unbekannt[en] Realprotendenten; mehrere haben sich gemeldet, die befriedigt worden sind, und wegen deren Entschädigung wir uns an das Kapital halten, worüber es zu einem Prozeß gekommen ist, der für uns eine günstige Wendung nimmt. In dem Gut selbst stecken noch Hilfsmittel,

- a) für 25 000 Tlr. Holz,
- b) der Verkauf der entfernten Vorwerke,
- c) die Ausdehnung und Veredlung der Schäferei,
- d) die Gutsüberschüsse, aus denen die Tilgung erfolgen muß; man kann dessen Ertrag zwischen 8-9000 Tlr. B. C. rechnen, ehemals war er 11-12000! Alles kommt auf einen ruhigen, friedlichen Genuß und treue Beamte an, bei deren Auswahl man bisher nicht sehr glücklich war. Ich wünschte, Haupt ging hin als Rendant von Getreide, Bier, Branntwein, Wolle. In den Nassauer Akten findet sich eine genaue Nachweisung der aus dem Stamm- und Familienvermögen auf Birnbaum verwandten Kapitalien, sie seien aus dem Verkauf der diesseits oder jenseits rheinischen Güter, oder aus dem Verkauf des Familien-Silbers, oder aus 4000 Tlr. in Gold Dotal-Gelder meiner Frau, oder aus eignen Ersparungen entstanden.

IV. Es ist sehr zu wünschen, daß die Anarchie in Nassau aufhöre,

- a) durch Anstellung des H[errn] Gosebruch; sollte sie nicht wirklich erfolgt sein, so müßte man wiederholt bei Herrn v. M[arschall] darauf dringen. Er muß sich aber der Stelle ganz widmen, und sie kann nicht von Oberlahnstein her so nebenher versehen werden.
- b) H[errn] Gosebruch wird vorzüglich die Aufmerksamkeit auf die Waldungen zu empfehlen sein, in ihnen steckt für die zukünftige Generation ein wahrer Schatz. —
- c) Ist der Jäger Müller durch die Not zu einigen Unterschleifen verleitet worden, so muß man ihm in Rücksicht seiner sonstigen Verdienstlichkeit zu helfen suchen durch eine außerordentliche Unterstützung oder durch Übernahme eines Teils seiner Kinder zur Erziehung und Versorgung. Ich wünschte, der älteste Junge, Carl, würde zur Beendigung seiner Erziehung bei einem Forstbedienten angebracht — und der zweite käme nach Idstein.

V. Asservierung der Meubles.

Man hat nach der Anlage (A) die darauf verzeichneten Meubles für ein Spottgeld verkauft, das übrige aber in der Gegend von Nassau untergebracht, wobei es sein Verbleiben haben wird, und wünschte ich sehr, daß die in Frankfurt aufbewahrten Sachen, Meubles, Akten u. s. w. aus der Stadt hinweggeschafft würden, entweder zu den übrigen Sachen, oder zu folgenden Personen: z. B. zu H[errn] Gosebruch nach Oberlahnstein, H[errn] Seebold nach Kirberg, Pfarrer Oly nach Marienfels — denn sie stehen in Frankfurt unter so vielen Douaniers und Ausspähern aller Art äußerst unsicher.

VI. Verschiedene Bemerkungen.

1. Der Referent in unserer Angelegenheit in Wiesbaden ist Reg[ierungs-] Rat v. Mühlmann, wie es heißt, ein sehr braver Mann — als Prokurator in

meinen neuesten Angelegenheiten seit 1808 hat H[err] Exner verschiedentlich gearbeitet, er soll sehr gewandt sein, aber man soll ihm kein Geld anvertrauen dürfen.

2. [a)] Es wäre notwendig, bei H[errn] v. M[arschall] sich zu beraten, ob die Bestätigung des Familien-Paktes durch den Fürsten nötig oder nützlich sei, b) oder der Code Napoléon werde eingeführt werden?

3. [a)] welche Rechte sind eigentlich denen adligen Gütern durch die neue Ordnung der Dinge entzogen worden?

b) wieviel beträgt der hierdurch entstandene Verlust an Einkommen in Nassau — Frücht — Kirberg?

c) wieviel betragen die auf die Güter gelegten Steuern?

4. Die Akten, welche das Betragen meines jüngsten Bruders betreffen, wo sind sie? ich wünschte sie auf eine ganz sichere Art in meine Hände zu bekommen.

5. Sollte die Aufhebung des Sequesters in der von mir eingeleiteten Art zum Vorteil der Kinder erfolgen, so muß ihnen der ruhige Genuß von Nassau, Frücht und Kirberg gegen alles Zudringen der Birnbaumer Kreditoren gesichert werden. Dieses geschieht, wenn sie als fideikommissarische Erben auftreten

a) der vorhandenen großelterlichen Gütermasse, nämlich von Nassau, Frücht und Kirberg und der aus dem großelterlichen Stammvermögen auf Birnbaum verwandten Summen;

b) in Ansehung Birnbaums als einer väterlichen Akquisition; so wird die väterliche Erbschaft sub beneficio legis et inventarii angetreten. Ich halte zwar Birnbaum für vollkommen hinreichend, um die hypothekarischen Gläubiger zu befriedigen, halte aber die erwähnten gesetzlichen Vorsichtsmaßregeln für notwendig, um sich gegen die Kündigungen der Gläubiger zu sichern, die ohne alle Rücksicht auf den allgemeinen Druck der Zeit und die Verarmung Deutschlands und des nördlichen Europas auf ihre unmittelbare Befriedigung dringen, und hat die Frau von der Decken sich schon in Nassau ihre Zinsen für ein auf Birnbaum haftendes Kapital zahlen lassen, womit sie aber gradezu wird abgewiesen werden müssen.

Erfolgt die Aufhebung des Sequesters, so wird man die Ernennung des Domdechanten von Spiegel zum Kurator nachsuchen müssen, von dessen vorzüglicher Geschäftsfähigkeit, seinem in Westfalen habenden allgemeinen Zutrauen, und seiner bewährten Freundschaft man sich die wohlthätigsten Wirkungen für die Leitung der Angelegenheiten der Kinder versprechen darf.

Anlage A. Man hat überlassen an einen Herrn M[...] in Koblenz an Mahagoni-Meubles aus dem blauen Wohnzimmer 1 Klapptisch, 1 großen

runden Tisch, 1 große Kommode, 1 Diwan nebst 12 Stühlen und einen großen Sessel; aus denen Eckzimmern für Fremde 1 Kanapee mit 12 Stühlen von Birnbaum mit schwarzem Roßhaar überzogen — alle diese Meubles hat man zu 228 f. geschätzt.

343. Stein an Kunth

Prag, 28. März 1811

Druck: Fournier, Stein und Gruner in Österreich S. 140. Danaach Alte Ausgabe III S. 389. Regest.

Verhandlungen über den Ankauf einer preußischen Domäne für Stein.

Ihr Brief vom 16. ist mir richtig zugekommen, so wie auch Sie alle die meinigen erhalten haben, da die Äußerung wegen Verschlimmerung der Hauptangelegenheit sich auf den Einfluß bezog, den die täglich steigende Verwirrung der allgemeinen Lage der Dinge auf den Einzelnen haben muß. Indem ich Ihnen die französischen Abschriften mitteilte, so glaubte ich ein Mittel an die Hand zu geben, die Antwort, „es sei noch keine dringende Notwendigkeit“ zu widerlegen. Der Inhalt jener Papiere zeigt die immer steigende Gefahr, die vollkommene Unsicherheit des Zustandes der Dinge handgreiflich, und um sich gegen diese dringende Notwendigkeit zu sichern, muß man, solange es noch Zeit — Mittel gebrauchen. Ich wünschte, man hätte also eine Denkschrift übergeben, darin meine Ansichten aufgenommen, nachdem man das Beste gewählt und (nachdem man mündlich das Gefährliche des allgemeinen Zustandes der Dinge dargestellt) angetragen, die Sache dem Kartoffelhändler [?] aufzutragen und den Trödler [?] zum Repräsentanten genommen. Jener hat bereits ein ähnliches Geschäft für seinen Patron abgeschlossen. Das Schreiben an S[?] oder an den alten Horst hilft gar nichts. Jener ist überladen, treibt die Sachen im Lauf, und dann habe ich längst nichts mehr von ihm gehört; dieser ist nicht unmittelbar zur Sache berufen, und je weniger Menschen davon wissen, je sicherer das Geheimnis. Was soll überhaupt das Schreiben helfen, wenn der Freund unmittelbar mündliche Vorstellungen nicht vermag. Der wünschenswerte Aufenthalt auf dem Lande ist eine Nebensache, und man kann ihm leicht entsagen. Bringt man die Sache nicht oft und bald zur Sprache, so ist die Zeit zur Hilfe vielleicht bald verstrichen; wer weiß, wann und wie die Ereignisse sich gestalten. Alles dieses bitte ich wohl mit unserm kräftigen Freund zu erwägen und zu glauben, daß die Gefahr des Nicht-Handelns weit größer ist als die des Handelns, und daß ich daher wünsche, daß die von mir obenerwähnte Einleitung getroffen werde. Will man bestimmt und entschieden dort von oben nicht helfen, wenn man kann, nun so muß man sich darein ergeben und sein Schicksal abwarten . . .

Von wem befürchten Sie Eröffnungen der Briefe? Hier können Sie nur vom Landes-Chef geschehen, und der hat gegenwärtig kein Motiv dazu; dort werden Sie unter dem gegenwärtigen Ministerio nicht geschehen, seitdem

Herr N[agler] entfernt ist. Übrigens lasse ich diesen Brief unter der Adresse der G[räfin] B[rühl] gehen, der ich für meine Rechnung das Porto zu vergüten bitte. Alle Petschaften kann man übrigens eröffnen . . .

344. Prinzessin Luise Radziwill an Stein B[erlin], 2. April 1811

Stein-A.: Ausfertigung (eigenhändig).
 Druck: Alte Ausgabe III S. 389. Regest.

Tod der Gräfin Werthern. Familiennachrichten.

345. Sack an Stein B[erlin], 4. April 1811

Stein-A.: Ausfertigung (eigenhändig).
 Druck: Alte Ausgabe III S. 389 ff.; Steffens, Briefwechsel Sacks Nr. 20.

Das Ministerium Hardenberg. Die Notabelnversammlung vom Frühjahr 1811. Stocken der Reformgesetzgebung. Mangelnde Festigkeit Hardenbergs. Eigener Wirkungskreis Sacks. Bedauert die Abtrennung der Gewerbepolizei von seinem Departement und die Vereinigung des Kultus-Departements mit dem Innenministerium. Die Universität Berlin. Westfälische Zustände.

Ihren letzten Brief vom 26. Sept[em]b[er] vorigen Jahres¹ habe ich zu seiner Zeit wohl erhalten, aber bis jetzt nicht beantwortet, teils, weil ich Ihnen bald ein vollständiges Urteil, wie sich die neuen Dinge bei uns gestalten würden, mitteilen zu können hoffte, vornehmlich aber, weil es mir an einer völlig sicheren Gelegenheit fehlte, Ihnen offen geschriebene Briefe zukommen zu lassen.

Desto mehr freue ich mich jetzt der guten Gelegenheit der Rückkehr des Grafen] und der Gräfin] v. R[eden], und ich benutze sie mit dem größten Vergnügen, werde auch nun nach der mit ihr genommenen Abrede fortfahren, bei ihrer Wiederanwesenheit in B[erlin] diesen Weg zur Fortsetzung der Korrespondenz mit Ihnen zu benutzen und bitte dieses ebenfalls zu tun, da mir alle übrigen Wege nicht sicher genug zu sein scheinen und man in den jetzigen Umständen von neuem wohl alle Ursache zur Vorsicht hat. Was in Gemäßheit der Verabredungen für die neuen Staats-Anordnungen bei uns geschehen ist, wissen Sie aus den öffentlichen Blättern. Mit dem ersten Anfange und dem Monat Nov[em]b[er] werden Sie gewiß auch zufrieden gewesen sein, so wie es bei uns im allgemeinen der Fall war; aber an der Fortsetzung hat es nachher gefehlt. Wohl wäre es besser gewesen, erst über die Anwendbarkeit mehrerer spezieller Anordnungen, z. B. der angelegten Konsumptions-Steuern, verständige Männer aus den Provinzen vorher zu hören; doch auch jetzt ist die Maßregel gut und nicht zu tadeln. Sie erzeigt sich in dem Erfolge sehr ersprießlich, denn indem man aus allen Klassen der Eingesessenen Deputierte hergerufen hat², indem man sie in

¹ *Fehlt.*

² *Gemeint ist die Versammlung der Notabeln vom 23. Februar 1811, die aber in vier, nicht*

3 Sektionen als Deliberations-Konseils zusammengemischt und ihnen vernünftige Männer in den Präsidenten Maaßen³, Wißmann⁴, Troschel⁵ und v. Balthasar⁶ vorgesetzt hat, sind die aufgestellten Gegenstände gut durchgearbeitet und die einseitigen, zum Teil lächerlichen Propositionen mancher Kasten, worunter sich wie gewöhnlich die kurmärkische Ritterschaft ausgezeichnet hat, widerlegt. Aber daß man bei dem Monat November bis auf unbedeutende Dinge stehengeblieben ist, wie unsere Gesetz-Sammlung es beweist, daß man nicht Hauptpunkte festgestellt hat, die wesentliche Teile des neuen Gebäudes sind, wohin ich die neue Repräsentation und Konstitution⁷ usw. rechne; das ist zu bedauern. Bei der reinsten Absicht, Umsicht und Verstand unseres Staats-Kanzlers, die man ihm gewiß nicht absprechen kann, ist er doch nicht imponierend bestimmt genug gegen das, was von der nahen Umgebung des Königs her, mehr als von ihm selbst vielleicht, ihm als Ausdruck der alten Vorurteile und des bloßen Egoismus entgegengesetzt wird, teils zu gutmütig und weich, um nicht Persönlichkeiten nachzugeben, statt fest und unerbittlich auf dem Grundsatz zu halten und zu sagen: fiat [iustitia] et pereat mundus, wie es doch in der Tat in den jetzigen Umständen notwendig ist. Aus gleicher Quelle fließt es, daß er sich — vielleicht in den jetzt wichtigsten Partien — mit leichten oder wenigstens nicht genug kräftigen Menschen umgeben hat, daß er durch dieselben Geneigtheiten gegen seiner nicht würdige Männer nachgibt, selbst anerkannte Verworfene und von der öffentlichen Meinung gebrandmarkte Personen wieder emporgehoben hat, wovon ich nur immer Grothe⁸, von Pape⁹, Buchholz¹⁰, v. Cölln¹¹ nenne. Dennoch aber ist es ein großes Glück,

in drei Sektionen eingeteilt war, deren jede durch einen Regierungspräsidenten geleitet wurde, welcher ebenfalls der Notabelversammlung angehörte. Es waren die Nachgenannten:

³ *Maaßen, der spätere preußische Finanzminister, vgl. oben Nr. 154 Anm. 4, damals Vizepräsident der kurmärkischen Kammer.*

⁴ *Wißmann, Präsident der westpreußischen Regierung.*

⁵ *Troschel, Vizepräsident der neumärkischen Regierung.*

⁶ *Balthasar, Vizepräsident der pommerschen Regierung. — Über die Notabelversammlung vgl. Steffens, Hardenberg und die ständische Opposition 1810/1811 (1907), und Meusel, Marwitz II I S. 210 ff.*

⁷ *Die im Finanzdikt vom 27. Oktober 1810 in Aussicht gestellt worden war.*

⁸ *Der Geh. Finanzrat und Lotteriedirektor v. Grothe-Bukow, der sich bei der Besetzung der Kurmark durch die Franzosen wenig rühmlich benommen hatte (Basseswitz II S. 174 f.). Im Frühjahr 1807 verhandelte er über eine Anleihe für die kurmärkischen Stände in Amsterdam, er soll auch dabei keine völlig sauberen Finger behalten haben. Vgl. Granier, Franzosenzeit S. 357.*

⁹ *Der Landrat v. Pape zu Neudamm, Landrat des Kreises Königsberg in der Neumark? Vgl. die Bemerkung Sacks oben Nr. 154; näheres war darüber nicht zu ermitteln.*

¹⁰ *Friedrich Buchholz (gest. 1843), der Verfasser der berühmten „Galerie preußischer Charaktere“ (1808) und anderer politischer Schriften. — S. Granier, Franzosenzeit S. 126 u. ö., dazu Kurt Bahrs, F. Buchholz, ein preuß. Publizist (Eberlings Historische Studien, Heft 47), Treitschke, Deutsche Geschichte I S. 251, 298, II S. 108, 282.*

¹¹ *Der Kriegsrat Georg Friedr. v. Cölln, Verfasser der „Feuerbrände“, einer Reihe von*

daß er da ist. Schon viel ist unter ihm geschehen, und er hat den besten Willen und die vorurteilsfreiste Gesinnung, das neue System ganz durchzuführen. Unter dem Ministerium vor ihm war das durchaus nicht der Fall und nur Vermessenheit und Selbstzufriedenheit bei einem und eine schwache Mattherzigkeit auf der anderen Seite; dagegen H. v. H[arden]b[er]g jede Sache von allen Seiten, vielleicht oft zu viel prüfen läßt und sich von Vorurteilen so frei gemacht hat, wie ich wenig Menschen kenne. Jedermann, der es mit dem Staate wohlmeint, muß daher seine Erhaltung wünschen und ihn, wo er kann, unterstützen. Und das suche ich in meinem Wirkungskreise¹² redlich zu tun. Dieser ist allerdings viel umfassend und neben den kurrenten machen die neuen Einrichtungen und Anstalten, besonders der Medizinal- und Sicherheits-Polizei, mir volle Arbeit mit meinen an sich tüchtigen Räten: Friese^{12a}, Hoffmann¹³, Köhler¹⁴, Langermann¹⁵, Reil¹⁶ — die weniger erheblichen habe ich nicht genannt. Dennoch glaube ich, es sei nicht gut, daß man die Gewerbe-Polizei in andere Hände gegeben hat. Sie grenzt so nahe mit der allgemeinen Polizei zusammen und ich glaube: man hätte für die Wissenschaften und Kunst allein einen Mann bestimmen sollen¹⁷, weil besonders im Schul- und Erziehungs-Wesen so viel zu tun ist und bei der Sektion für diese Sachen die Stoßkraft zu fehlen scheint, die Freund Scheffner als das erste Prädikat eines Chefs verlangt. So wäre vor allen Dingen auch unserer Universität ein Mann zu wünschen, der sich, wie weil[and] Münchhausen¹⁸ für Göttingen, ihr mit ganzer Kraft und ganzem Gemüte widmen könnte. Die Sektion scheint die Sache viel zu formal und bürokratisch zu treiben. Das verträgt die Wissenschaft, das vertragen solche Gelehrte nicht. Unter diesen sind unstreitig tüchtige Männer hierherberufen; aber auch viele schwache, die man nur in der Not genommen

Schmähschriften (18 Hefte) gegen das alte Preußen, die nach der Besetzung Berlins durch die Franzosen in den Jahren 1807/1808 erschienen. Stein hatte schon im Januar 1808 eine Untersuchung der literarischen Tätigkeit Cöllns und seine Bestrafung angeordnet. Später ist Cölln unter die Denunzianten gegangen, welche Jahns Turnwesens verdächtigten. Vgl. Granier S. 96 u. ö. und Treitschke, Deutsche Geschichte II S. 394.

¹² Sack erhielt im Oktober 1810 die Leitung des allgemeinen Departements der allgemeinen Polizei im Ministerium des Innern.

^{12a} Karl Ferd. Friese, Staatsrat, später Chef-Präsident der Bank.

¹³ Der Staatswirtschaftler Johann Gottfried Hoffmann. Vgl. oben Nr. 63 Anm. 3.

¹⁴ Nicht ermittelt.

¹⁵ Johann Gottfried Langermann (1768—1832), bedeutender Psychiater, ursprünglich in Bayreuth, war nach dessen Abtretung 1810 nach Berlin übergesiedelt, wurde Staatsrat im Ministerium des Innern, später Chef des gesamten preußischen Medizinalwesens.

¹⁶ Joh. Christ. Reil (1759—1813), Physiologe, 1787 Professor der Medizin an der Universität Halle, 1810 nach Berlin berufen, vgl. Lenz, Universität Berlin I S. 196 ff.

¹⁷ Anstatt sie zusammen mit der Sektion für Gewerbe und Handel Schuckmann zu übertragen. Vgl. Lenz, Universität Berlin I S. 305 ff.

¹⁸ Gerlach Adolf Freiherr v. Münchhausen (1688—1770), englisch-hannoverscher Staatsmann, 1737—1770 Kurator der Universität Göttingen, ihr eigentlicher Begründer.

hat, um alle Fakultäten und Kollegia zu besetzen; aber darin hat man sich meines Erachtens nicht hoch genug mit der Anstalt gestellt. Sie mußte nicht eine gewöhnliche Universität, sondern eine höhere Lehr-Anstalt zur völligen Ausbildung schon von der Wissenschaft ergriffener Männer werden, wohin auf andern Universitäten gebildete junge Leute aus ganz Deutschland kämen, um der höheren Studien und der praktischen Unterweisung halber. Also mußte man auch weniger, aber lauter hochausgezeichnete Männer rufen. Bei allem dem, was noch fehlt, ist indessen ein guter Grund jetzt schon gelegt; die Kollegien sind diesen Sommer über sehr regelmäßig, meist in dem Universitäts-Hause gehalten, ein großer Teil der Sammlungen für die Natur-Geschichte sind darin schon vorhanden und auch schon aufgestellt, über 300 Studenten sind da und Männer wie: Wolf¹⁹, Reil, Rudolphi²⁰, v. Savigny²¹, Gräfe²², Lichtenstein²³, Hoffmann²⁴, Fichte²⁵, Klaproth²⁶, Willdenow²⁷ werden der Universität gewiß Ruf und Nutzen bringen. Der Himmel gebe uns, daß wir diese gelehrten, wie unsere neuen Staats-Einrichtungen überhaupt ausführen können, denn es ist leider noch überall so trübe um uns her, daß man oft den Mut verlieren möchte und es doch nicht darf, um zu wirken, dieweil es Tag ist usw. Wie gerne unterhielt ich mich über alles das und so viel anderes mündlich mit Ihnen; aber ich sehe dazu wenig Möglichkeit. Vielleicht daß Sie Graf[af] und Gräfin Reden bald mündlich sprechen können, dann werden Sie von ihnen viel von hier, besonders was die wissenschaftlichen und Kunst-Einrichtungen und -Sammlungen betrifft, erfahren.

In Westfalen ist durch die neue Abgrenzung wieder vieles umgekehrt. Mein Bruder, der Bergdirektor²⁸, kommt als Reg[ierungs-]Rat für die Chaussee-Sachen, technische Partie usw. nach Potsdam. Was dort wegkommen kann, geht doppelt gern, weil alles so ungewiß ist und man in allen oberen Stellen, und die einige Kontrolle und Einnahme haben, Franzosen ansetzt. Neulich

¹⁹ Friedrich August Wolf (1759—1824), klass. Philologe, vorher Prof. in Halle. Über die Vorgeschichte der Berufung Wolfs und seine Lehrtätigkeit s. Lenz S. 73 ff., 81 f., 85 ff., 107 ff., 136 ff., 143 f., 157 ff., 208 ff., 267 ff., 352 ff.

²⁰ Anatom, aus Greifswald berufen, Lenz I S. 203.

²¹ Über die Berufung v. Savignys s. Lenz I S. 196.

²² Chirurg, aus dem Dienst des Herzogs von Anhalt-Bernburg berufen.

²³ Martin Karl Hinrich Lichtenstein, geb. 1780, Zoologe, der eigentliche Begründer des Zoologischen Museums. Kurzer Lebensabriß bei Lenz I S. 246.

²⁴ Johann Gottfried Hoffmann. Über seine Berufung s. Lenz I S. 250 ff. und 256.

²⁵ Über die Berufung Fichtes, Lenz, passim.

²⁶ Martin Heinrich Klaproth, ursprünglich Apotheker, bedeutender Chemiker, schon vor 1806 Lehrer am Collegium medico-chirurgicum in Berlin (gest. 1. Januar 1817).

²⁷ Ursprünglich Apotheker und Arzt, einer der größten Botaniker seiner Zeit (geb. 1756), der Neu-Schöpfer des Berliner botanischen Gartens, den er seit 1801 leitete. Willdenow gehörte seit 1789 zum Lehrkörper des Berliner Collegiums medicum-chirurgicum, er starb bald nach seiner Berufung an die Universität.

²⁸ Ernst Sack s. oben Nr. 68 Anm. 7.

war H. Hoffbauer²⁹ hier und hat nun seine Angelegenheit wegen der Emdener und Mindener Bank reguliert. Was er über Ihre Angelegenheiten geäußert hat, wird Ihnen Freund Kunth gemeldet haben. Mir ist davon weder aus Nassau noch [aus] dem Warschauischen etwas Näheres zur Wissenschaft gekommen. Wie gern wünschte ich, in einer oder anderen Art Ihnen behilflich zu sein! Sie kennen mich und ich darf noch hinzusetzen, daß meine hohe Achtung und freundschaftliche Gesinnung Ihnen unverändert verbleiben, so wie ich auch zum Schluß um die Fortsetzung Ihrer mir so werten Freundschaft bitte.

346. Stein an Marianne vom Stein

P[rag], 6. April 1811

Stein-A.: Ausfertigung (eigenhändig), Spuren des briefschließenden Sekrets.

Bevorstehende Verpachtung von Birnbaum. Namensring der Kinder Therese und Henriette.

Du bist hoffentlich, meine liebe Marianne, glücklich angelangt, und wir danken Dir alle für Deinen freundschaftlichen Besuch, vielleicht werden die Meinigen ihn länger genießen, da nach unseren W[iesbadener] Nachrichten die Hauptsache in gutem Zug ist, und die Kindbetterin selbst sich ihrer annimmt — wir sehen also dem Erfolg entgegen.

Nach T[roschkes] Briefe hat man endlich den Verpachtungstermin auf den 27. m. c. festgesetzt, bis der Zuschlag, Übergabe, erfolgt, verfließt der Mai, dann ist Bestellungszeit vorüber, Schafschur nahe, die Zinsen um ein halbes Jahr mehr wieder aufgeschwollen — wenn man nur den Pächter autorisiert, die Zinsen selbst zu bezahlen der hypothekarischen Gläubiger und sie statt Bargeld bei Abführung des Pachtgeldes durch Quittungen zu berechnen — soll die Zinszahlung durch die Gerichte erfolgen, so entstehen Kosten, Aufenthalt u.s.w.

Hierbei erhältst Du einen Namensring der beiden Kinder, er ist Turquoise, Heliotrop, Emerande, Rubis, Epitholith, Sardonix, Emerande und Hyacinthe, Emerande, Naire, Rubis Galaer, Jaspe, Epitholith, Topas, Turquoise, Emerande;

beide Namen sind durch kleine goldne Punkte unterschieden.

Lebe wohl, meine liebe Marianne, grüße Deine Umgebungen und laß bald etwas von Dir hören.

Bemerke noch sub Nr. 6, daß es nötig ist, mit Graf Nesselrode zu liquidieren, oder seinem Rat, Herrn Schoetter; hierzu sind die Materialien in den Akten, und die Sache ist dem Herrn Gos[ebruch] bekannt.

²⁹ Zu Steins Zeit Kriegs- und Domänenrat bei der Kammer in Minden. S. Bd. I Nr. 425. Stein hatte bei ihm, der persönlich wohlhabend war, im Jahre 1802 Geld für den Ankauf von Birnbaum aufgenommen.

347. Stein an Hardenberg

Prag, 10. April 1811

PrGStA., jetzt DZA II Merseburg, Rep. 92 Hardenberg H 7: Ausfertigung (eigenhändig); Stein-A. C 1/21 p. 161f.: stark korrigierter eigenhändiger Entwurf mit Schlußbemerkung: „abgesandt an Kunth in seinem Schreiben dd.“
 Druck: Alte Ausgabe III S. 393.

Erbittet seine Unterstützung in den Verhandlungen über den Ankauf eines säkularisierten Kirchenguts oder die Kapitalisierung seiner Pension.

Je profite d'une occasion sûre pour parler à Votre Excellence avec toute la confiance que je dois à son amitié sur les inquiétudes que ma position me donne — elle est toujours précaire malgré les démarches que j'ai faites à V[ienne] pour obtenir l'intercession de cette cour auprès de N[apoléon] et malgré les démarches qu'on a faites en ma faveur. Les changements qui nous menacent rendent ma position encore plus incertaine et mon avenir plus inquiétant, et je me verrai privé de tout genre de ressources, quand les moyens qui m'ont jusqu'ici mis à l'abri du besoin cesseront de pouvoir être activés. Ces réflexions m'agitent vivement, je les sou mets à Votre Excellence pour la prier de contribuer à ce qu'on donne à l'existence de ma famille une base plus solide que n'est la jouissance d'une pension dépendante ou des facultés des caisses, ou de la bonne volonté des personnes en place, ou, surtout, de la situation générale des affaires dans une époque aussi orageuse qu'est celle dans laquelle nous vivons. Cette base pourrait se trouver en substituant à la pension la cession d'un bien ecclésiastique en Silésie, à titre d'achat ou de bail emphytéotique, ou le paiement d'un capital équivalent à la pension et à quelques indemnités qu'il serait peut-être juste de m'accorder. Je n'entre point dans les détails sur le mode de l'arrangement, sur les mesures à employer pour observer le secret, je m'en rapporte aux explications verbales qui seront données à Votre Excellence si elle veut accorder quelque attention à ma proposition, qui n'a pour objet que de mettre ma famille à l'abri du besoin. — Mes devoirs envers elle m'engagent à mettre dans cette affaire plus d'insistance que je ne me le permettrais d'ailleurs.

347a. Stein an den Prinzen Wilhelm v. Oranien Prag, April 1811–Febr. 1812

Kgl. Niederländ. Hausarchiv, Den Haag (Inv. XIX¹ 8c/s-91): Ausfertigungen in französischer Sprache. Steins Briefe datieren Prag vom 7. und 8. Mai, 27. Juli, 23. August 1811, 16. Januar, 2. und 6. Februar 1812. Die Briefe des Prinzen von Oranien datieren Berlin vom 28. April und 17. Mai 1811, 9. Januar 1812.

Auf eine entsprechende Anfrage des Prinzen aus Berlin macht Stein ihm Vorschläge für eine Wohnung in Prag. Das Haus „Salm“ wird gemietet¹ und der Mietbetrag für den Grafen v. Sternberg an Stein überwiesen.

¹ Vgl. unten Nr. 399 Ziff. 3